



Bundesministerium  
der Finanzen

Das Ministerium



# Monatsbericht des BMF 2007



Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

**Dezember**





# Monatsbericht des BMF Dezember 2007



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial .....</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine .....</b>	<b>9</b>
Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2007 .....	31
Termine .....	33
<b>Analysen und Berichte .....</b>	<b>35</b>
Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung Dezember 2007 .....	37
Einkommensentwicklung im Spannungsfeld zwischen verbesserter Wettbewerbsfähigkeit und Konsumschwäche .....	51
Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur zukunftsorientiert gestalten – Mobilität und Wachstum sichern .....	67
G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs am 17./18. November 2007 in Südafrika .....	73
Ergebnisse der G8-Konferenz zu Migrantentransfers („Remittances“) vom 28. bis 30. November 2007 in Berlin .....	77
Stichworte zur Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften .....	95
<b>Statistiken und Dokumentationen .....</b>	<b>117</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	120
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	143
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	147
<b>Verzeichnis der Berichte .....</b>	<b>161</b>
Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2007...	
...nach Veröffentlichungsdatum .....	163
...nach Stichpunkten .....	165

## Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

am 5. Dezember hat das Bundeskabinett die diesjährige Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms beschlossen. Die darin dokumentierte Entwicklung der öffentlichen Haushalte kennzeichnet eine außerordentlich bedeutende Zäsur für die Staatsfinanzen in unserem Land. Erstmals seit 1989 wird der Staatshaushalt in diesem Jahr wieder ausgeglichen sein. Ab 2010 dürfte der Schuldenstand auch wieder die 60-%-Marke unterschreiten. Die positive Entwicklung bestätigt die finanz- und wirtschaftspolitische Doppelstrategie der Bundesregierung, die gleichermaßen auf die strukturelle Haushaltskonsolidierung wie auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet ist. Es zeigt sich, dass Haushaltssanierung und Wachstumspolitik keineswegs Gegensätze sein müssen, sondern sich durchaus wechselseitig verstärken können. Entscheidende Voraussetzung dafür ist die Einbettung in ein konsistentes Gesamtkonzept der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Das Stabilitätsprogramm verdeutlicht aber auch die weiteren Konsolidierungserfordernisse, denen sich insbesondere der Bund noch gegenüberstellt. Im Gegensatz zu den übrigen staatlichen Ebenen weist der Bund noch immer ein deutliches Defizit auf. Nur bei konsequenter Fortsetzung der in der aktuellen Finanzplanung verankerten Konsolidierungslinie wird auch der Bund seinen Haushalt im Jahr 2011 ausgleichen können.

Vielfach wurde in den letzten Monaten die Entwicklung der Arbeitnehmerinnen- und -einkommen in der öffentlichen Diskussion problematisiert. Richtig ist, dass sich die Nettolöhne und -gehälter seit der deutschen Vereinigung preisbereinigt nur schwach entwickelt haben. Hierzu haben in diesem Zeitraum der Wandel in der Beschäftigungs-



struktur, die Arbeitslosigkeit sowie die Lohnmoderation, aber auch die höhere Abgabenbelastung beigetragen. In der Diskussion wird allerdings vernachlässigt, dass die Arbeitnehmerinnen- und -einkommen nur einen Teil des verfügbaren Einkommens darstellen. Weitere wichtige Komponenten sind die Vermögens- und Transfereinkommen, deren Zunahme indes die gedämpfte Entwicklung der Nettolöhne nur teilweise auffangen konnte. Insgesamt hat der geringe Anstieg der verfügbaren Einkommen maßgeblich zur Konsumschwäche der letzten Jahre beigetragen. Auf der anderen Seite hat jedoch die Lohnzurückhaltung zu einer deutlichen Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von in Deutschland produzierenden Unternehmen geführt und damit zu deren heutigen Exporterfolgen und der daraus resultierenden Schaffung neuer Arbeitsplätze beigetragen. Zudem sind sowohl in der vergangenen als auch in der laufenden Legislaturperiode wichtige Strukturreformen in Angriff genommen worden, die ebenfalls zur spürbaren Belebung am Arbeitsmarkt beigetragen haben. Vieles spricht daher dafür, dass die Einkommen im Zuge dieses Beschäftigungszuwachses, der sich nach allen Prognosen der nationalen und internationalen Konjunkturoxperten auch im nächsten Jahr weiter fortsetzen wird, wieder stärker steigen werden.

Die wachsenden Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Verkehrswege und die langfristig begrenzten Haushaltsspielräume stellen die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in Zukunft vor große Herausforderungen. Zur

Entwicklung einer tragfähigen Finanzierungsstrategie wurden deshalb in einem BMF-Projektteam Handlungsschwerpunkte identifiziert, die auf eine effizientere Gestaltung der Finanzierungs- und Verwaltungsstrukturen wie auch auf eine stärkere Einbindung von Privaten bei der Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur zielen.

Regelmäßig berichten wir über die Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Industrieländern. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die analysierten Volkswirtschaften – bei allen Unterschieden im Detail – weiter auf Wachstumskurs befinden. Allerdings zeigen die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten und im Bankensektor sowie eine gewisse Abkühlung der Weltkonjunktur erste Auswirkungen auf die nationalen Wirtschaften. Zur Verbesserung der Wachstumsvoraussetzungen bzw. zur Stabilisierung des Wachstumspfades setzen viele Regierungen auf Reformen, z. B. zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Im Zentrum der nationalen Politiken steht darüber hinaus die tragfähige Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme.

Die zunehmenden weltwirtschaftlichen Risiken waren auch Thema des Treffens der G20-Finanzminister und -Notenbankchefs am 17. und 18. November in Südafrika. Zu den bemerkenswerten Erkenntnissen der Tagung gehört die Feststellung, dass sich die Schwellenländer in der aktuellen Finanzkrise erfreulich stabil präsentieren. Weltweit ist allerdings ein zunehmender

Inflationsdruck durch steigende Energie- und Rohstoffpreise erkennbar. Weitere wichtige Themen des G20-Treffens waren die Reform der Bretton-Woods-Institutionen (Internationaler Währungsfonds und Weltbank), die Fiskalpolitik, die Lage auf den Rohstoffmärkten sowie die Umsetzung von Reformen in den G20-Staaten.

In der Oktoberausgabe hatten wir über ein geplantes G8-Treffen zum Thema Migranten-transfers berichtet. Dieses vom BMF im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft organisierte Treffen fand vom 28. bis 30. November in Berlin statt. Die mehr als 100 Teilnehmer aus dem In- und Ausland einigten sich einvernehmlich auf sieben Empfehlungen. Darin werden u. a. die G8 aufgefordert, die erfolgreichen multilateralen und bilateralen Aktivitäten im Bereich der Migranten-transfers fortzusetzen, die sie auf dem Wirtschaftsgipfel in Sea Island im Jahre 2004 eingeleitet hatten. Darüber hinaus wird den G8 vorgeschlagen, eine „Global Remittance Working Group“ zu schaffen, die die Aufgabe hat, die verschiedenen Aktivitäten zu bündeln und neue Anstöße zu geben.



Dr. Thomas Mirow  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2007 .....	31
Termine .....	33



## Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich November beliefen sich auf 247,8 Mrd. €. Sie lagen nominal um 5,5 Mrd. € (+ 2,3 %) über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die im Zusam-

menhang mit der Erhöhung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes in diesem Jahr eingeführte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung war mit 5,9 Mrd. € die für den

### Entwicklung des Bundeshaushalts

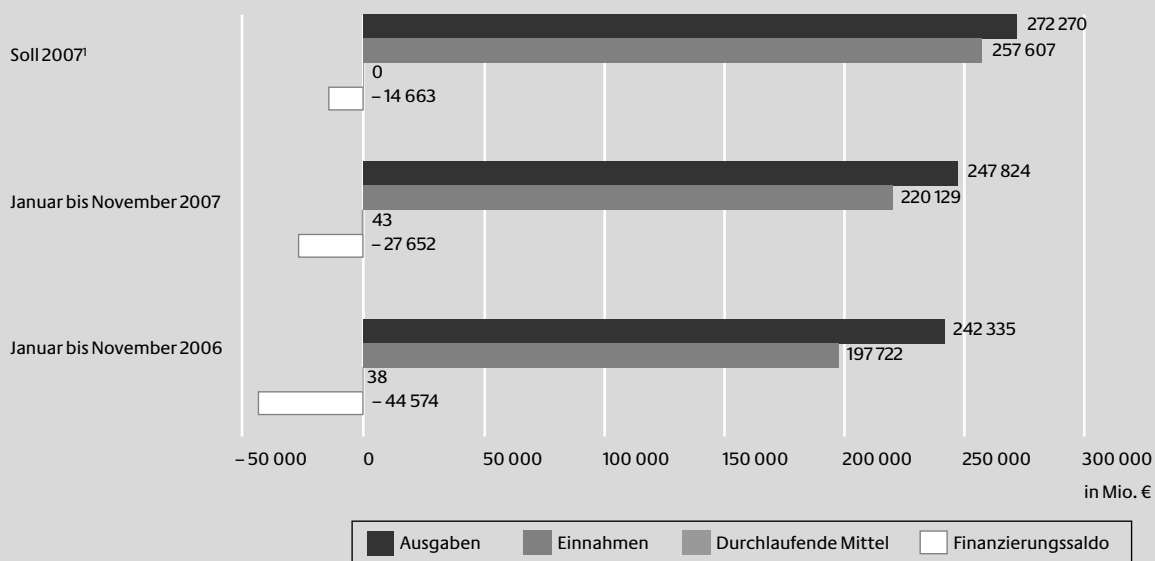
	Soll <sup>1</sup> 2007	Ist-Entwicklung <sup>2</sup> Januar bis November 2007
Ausgaben (Mrd. €)	272,3	247,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,3	2,3
Einnahmen (Mrd. €)	257,6	220,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	10,7	11,3
Steuereinnahmen (Mrd. €)	231,7	196,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	13,6	14,7
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 14,7	- 27,7
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 13,5
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 14,4	- 14,0

<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

<sup>2</sup> Buchungsergebnisse.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

### Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

Ausgabenzuwachs gewichtigste Position. Ohne Berücksichtigung dieser Mehrbelastung haben sich die Ausgaben des Bundes gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sogar verringert. Im laufenden Monat Dezember ist jedoch – insbesondere auch infolge der mit dem Nach-

tragshaushalt 2007 beschlossenen Zuführung an das Sondervermögen „Kinderbetreuungs-ausbau“ in Höhe von 2,15 Mrd. € – mit einem Ausgabenanstieg zu rechnen.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Ergebnis des Vorjahreszeitraums mit 220,1 Mrd. €

## Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2006	Soll 2007 <sup>1</sup>	Ist-Entwicklung Januar bis November 2007		Ist-Entwicklung Januar bis November 2006		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 732	49 446	42 673	17,2	42 425	17,5	0,6
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 059	4 318	4 043	1,6	3 812	1,6	6,1
Verteidigung	27 795	28 222	24 158	9,7	24 631	10,2	– 1,9
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 620	8 027	7 135	2,9	6 963	2,9	2,5
Finanzverwaltung	3 151	3 383	2 680	1,1	2 680	1,1	0,0
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 047	13 249	11 125	4,5	10 422	4,3	6,7
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	0	0	0,0	665	0,3	– 100,0
BAföG	1 072	1 130	1 062	0,4	1 033	0,4	2,8
Forschung und Entwicklung	7 004	7 293	5 878	2,4	6 030	2,5	– 2,5
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	134 509	140 057	131 915	53,2	129 258	53,3	2,1
Sozialversicherung	74 431	75 645	74 556	30,1	73 482	30,3	1,5
Arbeitslosenversicherung	0	6 468	5 929	2,4	0	0,0	X
Grundsicherung für Arbeitsuchende	38 677	35 920	32 677	13,2	35 397	14,6	– 7,7
darunter: Arbeitslosengeld II	26 414	21 400	21 029	8,5	24 548	10,1	– 14,3
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 017	4 300	3 971	1,6	3 681	1,5	7,9
Wohngeld	956	1 000	843	0,3	938	0,4	– 10,1
Erziehungsgeld	2 805	1 944	1 904	0,8	2 577	1,1	– 26,1
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 798	2 574	2 414	1,0	2 662	1,1	– 9,3
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	897	926	706	0,3	755	0,3	– 6,5
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 488	2 005	1 397	0,6	1 162	0,5	20,2
Wohnungswesen	1 002	1 446	1 072	0,4	866	0,4	23,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 654	6 088	4 495	1,8	4 507	1,9	– 0,3
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	742	749	0,3	669	0,3	12,0
Kohlenbergbau	1 562	1 823	1 660	0,7	1 561	0,6	6,3
Gewährleistungen	794	1 150	504	0,2	565	0,2	– 10,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	10 991	9 183	3,7	9 086	3,7	1,1
Straßen (ohne GVFG)	6 195	5 740	4 830	1,9	5 021	2,1	– 3,8
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 295	9 777	7 908	3,2	7 516	3,1	5,2
Bundeseisenbahnvermögen	5 361	5 421	4 481	1,8	4 579	1,9	– 2,1
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 409	3 488	3 112	1,3	2 535	1,0	22,8
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	39 730	38 423	15,5	37 202	15,4	3,3
Zinsausgaben	37 469	39 178	37 591	15,2	36 307	15,0	3,5
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>261 046</b>	<b>272 270</b>	<b>247 824</b>	<b>100,0</b>	<b>242 335</b>	<b>100,0</b>	<b>2,3</b>

<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

deutlich um 22,4 Mrd. € (+ 11,3 %). Die Situation auf der Einnahmenseite wurde auch weiterhin von der Entwicklung der Steuereinnahmen getragen. Die kumulierten Steuereinnahmen lagen mit 196,7 Mrd. € um 25,2 Mrd. € (+ 14,7 %) über dem Vorjahresergebnis. Diese Entwicklung beruhte im Wesentlichen auf Mehreinnahmen bei den Steuern vom Umsatz und bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 23,4 Mrd. € um 2,8 Mrd. € unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums (– 10,6 %) und damit in etwa auf dem Veranschlagungsniveau des Nachtragshaushalts 2007.

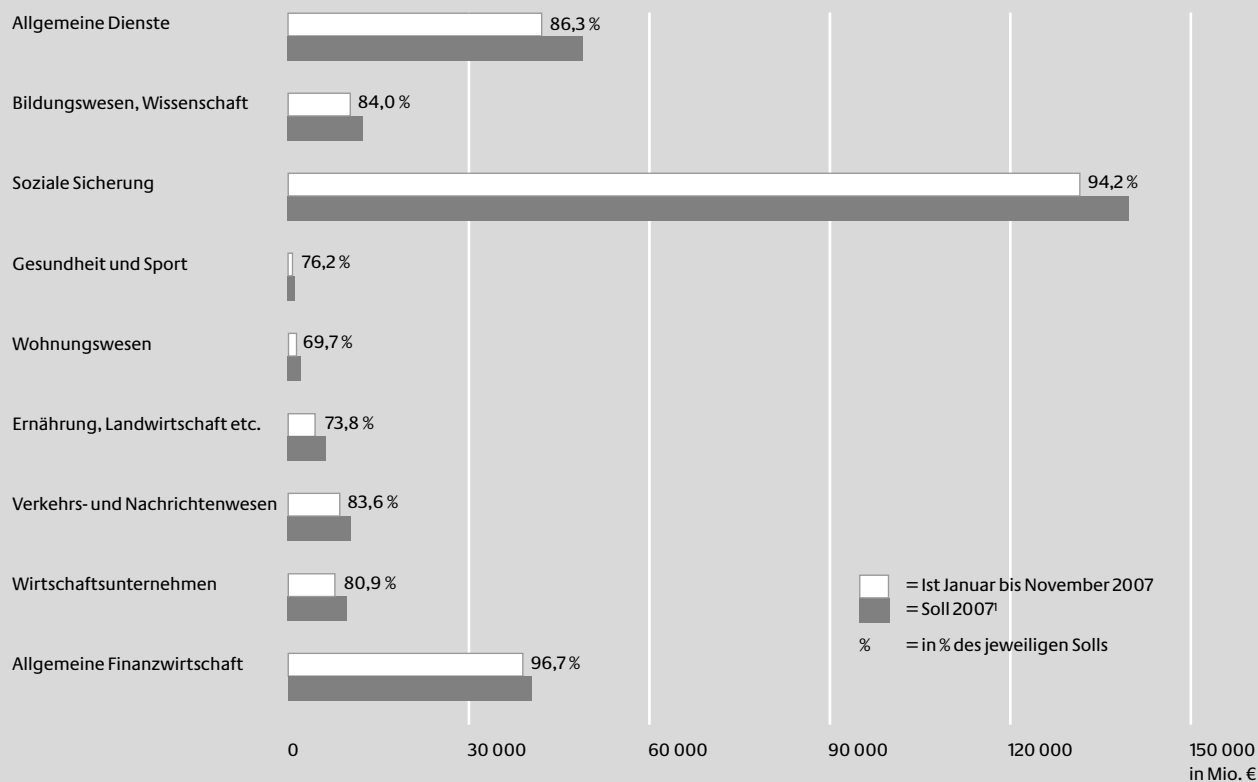
Der Finanzierungssaldo bis einschließlich November in Höhe von – 27,7 Mrd. € fiel wie bereits in den Vormonaten gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um ca.  $\frac{1}{3}$  geringer aus. Am 30. November hat der Deutsche Bundestag in 2. und 3. Lesung auf Basis der November-Steuerschätzung und der bisherigen Haushaltsentwicklung den Nachtragshaushalt für 2007 mit einer gegenüber dem ursprünglichen Planwert um mehr als 5 Mrd. € reduzierten Nettokreditaufnahme in Höhe von 14,4 Mrd. € beschlossen.

## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2006	Soll 2007 <sup>1</sup>	Ist-Entwicklung Januar bis November 2007		Ist-Entwicklung Januar bis November 2006		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>238 330</b>	<b>246 260</b>	<b>228 210</b>	<b>92,1</b>	<b>224 315</b>	<b>92,6</b>	<b>1,7</b>
Personalausgaben	26 110	26 204	23 013	9,3	24 407	10,1	– 5,7
Aktivbezüge	19 730	19 761	17 197	6,9	18 300	7,6	– 6,0
Versorgung	6 380	6 443	5 815	2,3	6 107	2,5	– 4,8
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	15 691	6,3	14 985	6,2	4,7
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 450	1 517	1 143	0,5	1 195	0,5	– 4,4
Militärische Beschaffungen	8 517	8 654	7 162	2,9	6 682	2,8	7,2
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	7 386	3,0	7 108	2,9	3,9
Zinsausgaben	37 469	39 178	37 591	15,2	36 307	15,0	3,5
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	161 787	151 561	61,2	148 247	61,2	2,2
an Verwaltungen	13 937	14 590	12 486	5,0	12 474	5,1	0,1
an andere Bereiche	142 079	147 197	139 156	56,2	135 965	56,1	2,3
darunter:							
Unternehmen	14 275	17 602	13 131	5,3	12 492	5,2	5,1
Renten, Unterstützungen u.a.	32 256	27 847	27 047	10,9	30 078	12,4	– 10,1
Sozialversicherungen	91 707	97 533	95 313	38,5	89 966	37,1	5,9
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	354	0,1	369	0,2	– 4,1
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>22 715</b>	<b>26 507</b>	<b>19 614</b>	<b>7,9</b>	<b>18 020</b>	<b>7,4</b>	<b>8,8</b>
Finanzierungshilfen	15 603	19 646	13 980	5,6	12 399	5,1	12,8
Zuweisungen und Zuschüsse	12 916	16 224	11 665	4,7	10 053	4,1	16,0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 109	2 778	1 690	0,7	1 770	0,7	– 4,5
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	625	0,3	576	0,2	8,5
Sachinvestitionen	7 112	6 860	5 635	2,3	5 621	2,3	0,2
Baumaßnahmen	5 634	5 326	4 532	1,8	4 567	1,9	– 0,8
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	676	0,3	640	0,3	5,6
Grunderwerb	536	505	426	0,2	414	0,2	2,9
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>– 496</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>261 046</b>	<b>272 270</b>	<b>247 824</b>	<b>100,0</b>	<b>242 335</b>	<b>100,0</b>	<b>2,3</b>

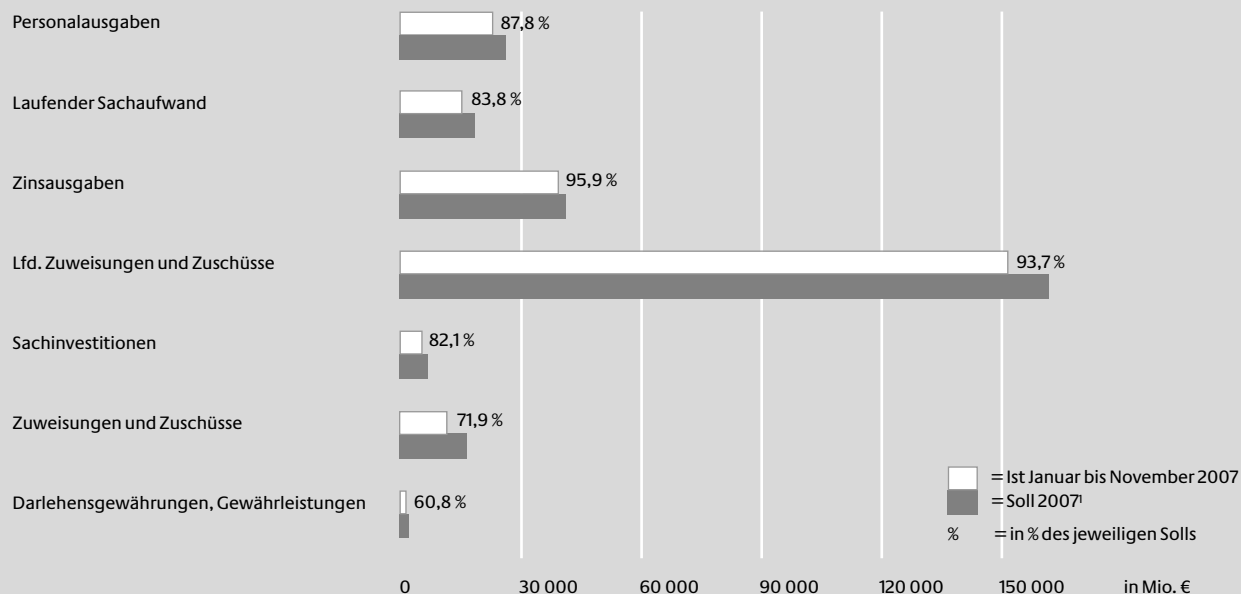
<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis November 2007



<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis November 2007



<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2006	Soll 2007 <sup>1</sup>	Ist-Entwicklung Januar bis November 2007		Ist-Entwicklung Januar bis November 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>I. Steuern</b>	<b>203 903</b>	<b>231 699</b>	<b>196 715</b>	<b>89,4</b>	<b>171 530</b>	<b>86,8</b>	<b>14,7</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	159 693	184 166	158 089	71,8	136 097	68,8	16,2
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	80 347	89 993	72 366	32,9	64 081	32,4	12,9
davon:							
Lohnsteuer	52 122	56 313	46 982	21,3	43 331	21,9	8,4
veranlagte Einkommensteuer	7 466	10 689	6 654	3,0	3 886	2,0	71,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5 952	6 723	6 167	2,8	5 442	2,8	13,3
Zinsabschlag	3 359	4 913	4 543	2,1	3 101	1,6	46,5
Körperschaftsteuer	11 449	11 355	8 020	3,6	8 321	4,2	- 3,6
Steuern vom Umsatz	77 732	92 587	84 470	38,4	70 783	35,8	19,3
Gewerbesteuerumlage	1 614	1 586	1 254	0,6	1 233	0,6	1,7
Energiesteuer	39 916	39 350	30 571	13,9	31 295	15,8	- 2,3
Tabaksteuer	14 387	14 350	12 511	5,7	12 289	6,2	1,8
Solidaritätszuschlag	11 277	12 400	10 327	4,7	9 384	4,7	10,0
Versicherungsteuer	8 775	10 400	9 599	4,4	8 096	4,1	18,6
Stromsteuer	6 273	6 600	5 816	2,6	5 709	2,9	1,9
Branntweinabgaben	2 166	1 973	1 762	0,8	1 731	0,9	1,8
Kaffeesteuer	973	1 060	974	0,4	850	0,4	14,6
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 689	- 14 808	- 11 262	- 5,1	- 11 082	- 5,6	1,6
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 586	- 13 800	- 12 516	- 5,7	- 13 372	- 6,8	- 6,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 677	- 3 700	- 3 368	- 1,5	- 3 365	- 1,7	0,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 6 710	- 6 151	- 2,8	- 6 465	- 3,3	- 4,9
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>28 903</b>	<b>25 908</b>	<b>23 414</b>	<b>10,6</b>	<b>26 193</b>	<b>13,2</b>	<b>- 10,6</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 768	4 259	3 895	1,8	3 202	1,6	21,6
Zinseinnahmen	885	895	765	0,3	598	0,3	27,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	9 459	6 467	6 030	2,7	8 832	4,5	- 31,7
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>232 806</b>	<b>257 607</b>	<b>220 129</b>	<b>100,0</b>	<b>197 722</b>	<b>100,0</b>	<b>11,3</b>

<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

## Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2007

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) legten mit +9,6 % wieder etwas stärker zu als im schwachen Vormonat. Am kräftigsten war der Anstieg bei den gemeinschaftlichen Steuern (+11,4 %). Die Veränderungen bei den Bundessteuern (+4,0 %) und den Ländersteuern (+7,7 %) blieben dahinter zurück.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis November 2007 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum liegt bei +11,5 %. Sie hat sich damit den achten Monat in Folge – wenn zuletzt auch nur leicht – abgeschwächt.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen im November um +11,0 % gegenüber dem Vorjahr. Für den Zeitraum Januar bis November 2007 ergibt sich für den Bund ein Zuwachs von +14,7 %.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat im laufenden Jahr stark vom Aufschwung profitiert. Das hat sich im Berichtsmonat erneut in einem kräftigen Anstieg bei der Lohnsteuer (+8,8 %) niedergeschlagen.

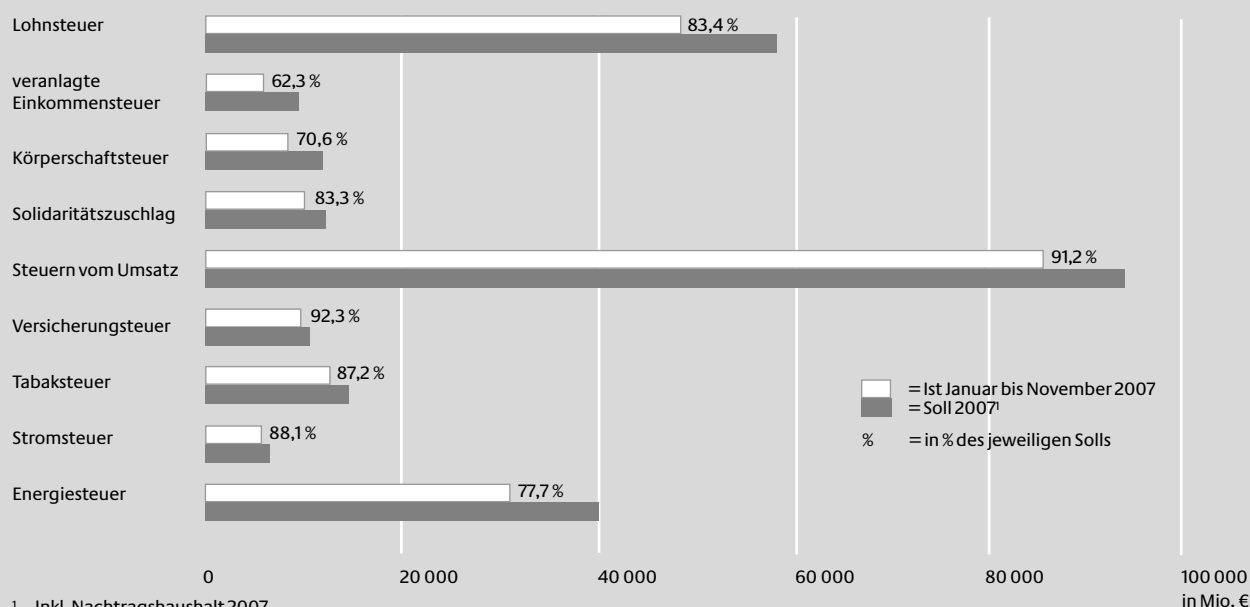
Der Rückgang beim Kindergeld (–1,2 %) trug zu dieser Aufkommenssteigerung bei.

Bei der veranlagten Einkommensteuer zeigt das Ergebnis im Vorjahresvergleich eine geringfügige Verbesserung. Deutlichen Rückgängen bei der Investitionszulage und der Eigenheimzulage stand dabei eine Zunahme der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer gegenüber.

Deutlich schwächer stellt sich Entwicklung bei der Körperschaftsteuer dar. Verglichen mit dem November 2006 verschlechterte sich das kassenmäßige Resultat um rd. –450 Mio. €. Ursache hierfür sind Sonderfälle in mehreren Bundesländern mit hohen Erstattungen. Rückschlüsse auf das Körperschaftsteueraufkommen im Vorauszahlungsmonat Dezember können daher aus dem November-Ergebnis nicht gezogen werden.

Bei den schwankungsanfälligen nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wechselte das Vorzeichen ein weiteres Mal. Anders als im Vormonat ergab sich im November 2007 gemessen am gleichen Zeitraum des Vorjahres mit –41,7 % wieder ein erhebliches Minus. Allerdings ist die Basis im November – und vor allem auch im Dezember – des vergangenen Jahres überhöht, weil verstärkt

### Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis November 2007





Ausschüttungen getätigt wurden, um der zum 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Erhöhung des Einkommensteuerspitzensatzes auf 45 % auszuweichen.

In die entgegengesetzte Richtung zeigen die Vorjahresveränderungen beim Zinsabschlag. Hier haben sich die Einnahmen (+ 73,2 %) um mehr als zwei Drittel erhöht. Wegen der Kürzung des Sparerfreibetrags, der gegen Jahresende in einer wachsenden Zahl von Fällen überschritten wird, kam die Beschleunigung im November nicht unerwartet.

Die Zunahme bei den Steuern vom Umsatz war im November 2007 mit jetzt registrierten + 15,9 % wieder höher als zuletzt. Gemessen an den Effekten, die schon die Anhebung des Regelsteuersatzes für sich genommen bewirkt, kann diese Aufkommenssteigerung aber nicht zufriedenstellen.

Die Zunahme der reinen Bundessteuern lag im November (+ 4,0 %) insgesamt nicht sehr weit von dem im bisherigen Jahresverlauf erzielten Zuwachs entfernt (Januar bis November kumuliert + 3,2 %). Dabei waren nur die Einnahmen aus der Energiesteuer (früher: Mineralölsteuer) mit – 6,6 % rückläufig. Ursächlich hierfür dürften die

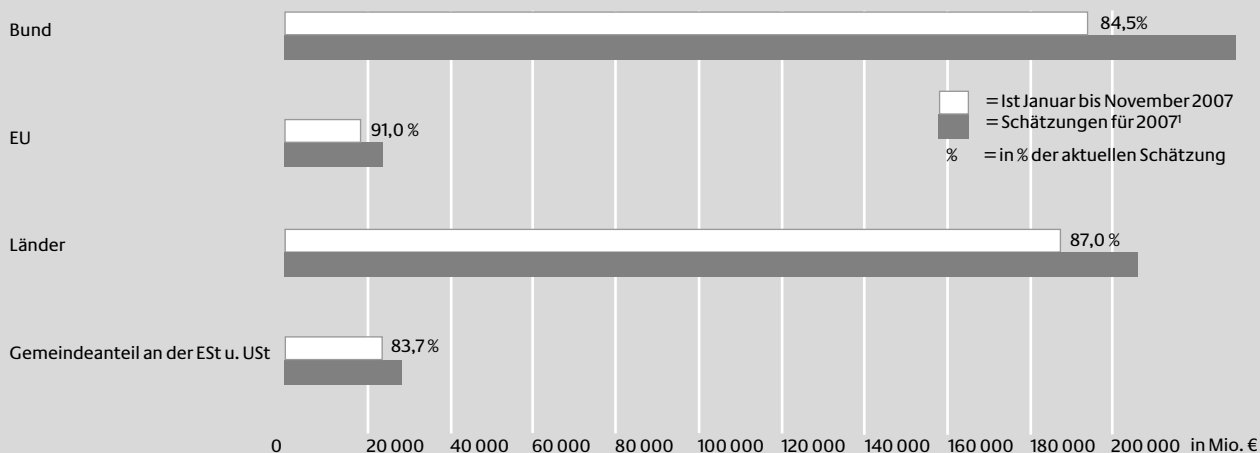
Ölpreissteigerungen sein, die z. B. beim Heizöl zu einer Halbierung des Vorjahresaufkommens geführt haben.

Alle anderen Bundessteuern wiesen ein Plus auf. Zweistellig waren die Zuwächse nicht nur bei der Versicherungsteuer, in deren Aufkommen (+ 18,2 %) sich die Anhebung des Steuersatzes niederschlägt, sondern auch bei der Branntweinsteuer (+ 36,0 %) und bei der Tabaksteuer (+ 24,8 %).

Bei der Stromsteuer hatten im Oktober buchungstechnische Besonderheiten das Ergebnis geprägt. Im November (+ 8,9 %) normalisierte sich die Veränderungsrate wieder. Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag erhöhten sich um + 5,0 % und folgten damit der Entwicklung der Bemessungsgrundlagen.

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern fiel im November 2007 um + 7,7 % höher aus als im Vorjahr. Dabei war der stärkste Zuwachs (+ 18,4 %) bei der Erbschaftsteuer zu verzeichnen. Grunderwerbsteuer (+ 5,8 %) und Kraftfahrzeugsteuer (+ 5,8 %) sowie Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 5,4 %) legten ebenfalls merklich zu. Die Einnahmen aus der Biersteuer (+ 2,3 %) veränderten sich hingegen nur wenig.

## Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis November 2007



<sup>1</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2007).

## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2007	November	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis November	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2007 <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	9 786	8,8	113 835	8,1	132 500	8,1
veranlagte Einkommensteuer	– 450	X	15 656	71,2	25 150	43,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	385	– 41,7	12 335	13,3	13 445	12,9
Zinsabschlag	984	73,2	10 325	46,5	11 165	46,3
Körperschaftsteuer	– 762	X	16 040	– 3,6	22 710	– 0,8
Steuern vom Umsatz	15 318	15,9	154 479	15,8	170 000	15,9
Gewerbesteuerumlage	325	5,0	2 978	1,4	3 767	– 1,9
erhöhte Gewerbesteuerumlage	201	2,6	2 402	– 0,5	3 026	– 4,7
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>25 786</b>	<b>11,4</b>	<b>328 049</b>	<b>14,0</b>	<b>381 763</b>	<b>13,5</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Energiesteuer	3 253	– 6,6	30 571	– 2,3	39 350	– 1,4
Tabaksteuer	1 222	24,8	12 511	1,8	14 350	– 0,3
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	165	36,0	1 760	2,0	1 970	– 8,8
Versicherungsteuer	656	18,2	9 599	18,6	10 400	18,5
Stromsteuer	524	8,9	5 816	1,9	6 600	5,2
Solidaritätszuschlag	624	5,0	10 327	10,1	12 400	10,0
übrige Bundessteuern	134	19,5	1 340	9,8	1 481	4,0
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>6 579</b>	<b>4,0</b>	<b>71 923</b>	<b>3,2</b>	<b>86 551</b>	<b>2,8</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	375	18,4	3 919	13,7	4 163	10,6
Grunderwerbsteuer	572	5,8	6 502	16,5	7 180	17,2
Kraftfahrzeugsteuer	676	5,8	8 292	0,2	8 840	– 1,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	146	5,4	1 515	– 7,2	1 625	– 8,5
Biersteuer	62	2,3	701	– 2,6	763	– 2,1
sonstige Ländersteuern	30	– 9,6	312	– 6,9	331	– 5,2
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 860</b>	<b>7,7</b>	<b>21 241</b>	<b>6,3</b>	<b>22 902</b>	<b>5,4</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	375	6,4	3 711	4,5	4 040	4,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	306	– 43,6	3 368	0,1	3 700	0,6
BNE-Eigenmittel	1 274	55,8	12 516	– 6,4	13 800	– 5,4
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 956</b>	<b>14,1</b>	<b>19 595</b>	<b>– 3,4</b>	<b>21 540</b>	<b>– 2,7</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>15 957</b>	<b>11,0</b>	<b>195 690</b>	<b>14,7</b>	<b>231 697</b>	<b>13,5</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>14 862</b>	<b>7,3</b>	<b>185 879</b>	<b>9,7</b>	<b>213 622</b>	<b>9,6</b>
<b>EU</b>	<b>1 956</b>	<b>14,1</b>	<b>19 595</b>	<b>– 3,4</b>	<b>21 540</b>	<b>– 2,7</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>1 826</b>	<b>12,7</b>	<b>23 761</b>	<b>14,4</b>	<b>28 396</b>	<b>13,6</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>34 601</b>	<b>9,6</b>	<b>424 924</b>	<b>11,5</b>	<b>495 255</b>	<b>11,0</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2007.

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

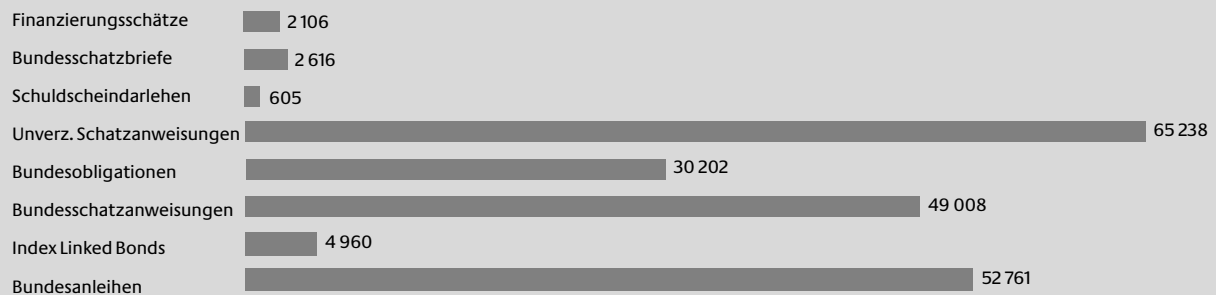
## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im November gesunken. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Oktober bei 4,20 % lag, notierte Ende November bei 4,06 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich dagegen von 4,60 % Ende Oktober auf 4,81 % Ende November. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 6. Juni 2007 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basis-

punkte anzuheben. Mit Wirkung vom 13. Juni liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,00 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 3,00 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 5,00 %.

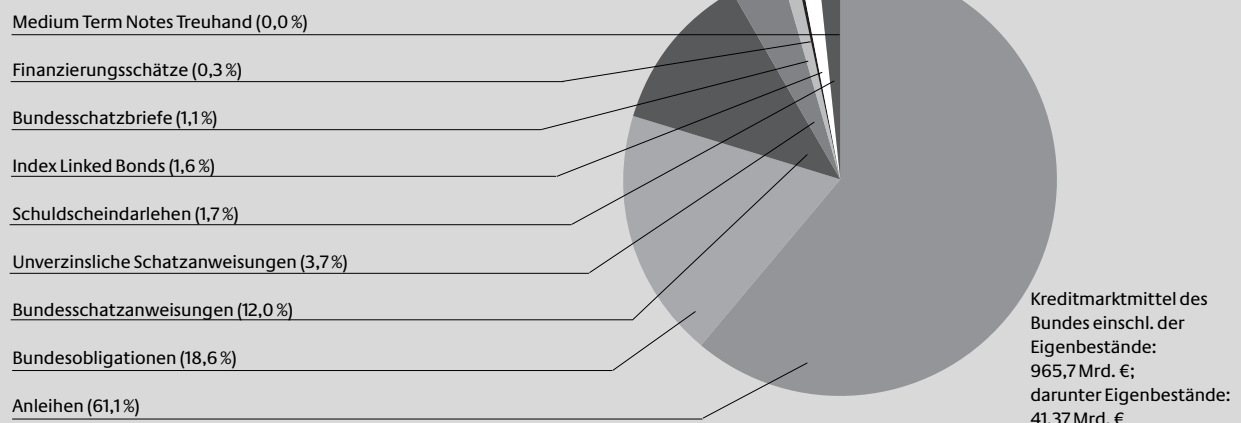
Die europäischen Aktienmärkte schwächten sich im November ab; der Deutsche Aktienindex verringerte sich von 8 019 auf 7 871 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 4 490 auf 4 395 Punkte (Monatsendstände).

## Kreditaufnahme des Bundes bis November 2007 in Mio. €<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.  
Nachrichtlich: Kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 1268 Mio. €.

## Kreditmarktmittel des Bundes per 30. November 2007



## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet erhöhte sich im Oktober auf 12,3 % (nach 11,3 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum August bis Oktober 2007 betrug 11,7 %, verglichen mit 11,5 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Oktober auf 12,2 % (nach 11,6 % im Vormonat). Die Grunddynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums bleibt damit unverändert kräftig. In Deutschland stieg die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 2,5 % im September auf 2,85 % im Oktober.

## Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes 2007 betrug bis einschließlich November 207,5 Mrd. €. Davon wurden 194,4 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Zusätzlich wurden am 25. April 2007 die 1,5-prozentige inflationsindexierte Bundesanleihe – ISIN DE000103500 – um 2 Mrd. € aufgestockt und am 24. Oktober 2007 eine 2,25-prozentige inflationsindexierte Obligation des Bundes – ISIN DE0001030518 – im Tenderverfahren in Höhe von 4 Mrd. € neu begeben. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und Schuldscheindarlehen; die im Rahmen von Marktpflegeoperationen durchgeführte Kreditaufnahme (Eigenbestandsabbau) betrug 1,3 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2006 haben sich die Kreditmarktmittel des Bundes bis zum 30. November 2007 um 25,4 Mrd. € auf 965,7 Mrd. € erhöht.

## Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen im 4. Quartal 2007

### Tilgungen

Kreditart	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
	in Mrd. €			
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	–	–	–	–
Bundesobligationen	–	–	–	–
Bundesschatzanweisungen	–	–	15,0	15,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,6
Bundesschatzbriefe	0,3	0,2	0,1	0,6
Finanzierungsschätze	0,2	0,2	0,2	0,6
Fundierungsschuldverschreibungen	0,0	–	–	0,0
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	4,3	2,2	0,3	6,7
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>10,6</b>	<b>8,5</b>	<b>21,4</b>	<b>40,5</b>

### Zinszahlungen

	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
	in Mrd. €			
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	2,6	0,3	1,2	4,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Der Bund beabsichtigt, im 4. Quartal 2007 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2007“ dargestellten Kapitalmarkt- sowie Geldmarktemissionen in Höhe von insgesamt ca. 52 Mrd. € zu begeben.

Die Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich im 4. Quartal 2007 auf rund 40,5 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich im 4. Quartal 2007 auf rund 4,2 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2007

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137198 WKN 113 719	Aufstockung	10. Oktober 2007	2 Jahre fällig 11. September 2009 Zinslaufbeginn: 11. September 2007 erster Zinstermin: 11. September 2008	6 Mrd. €
Inflationsindexierte Obligation ISIN DE0001030518 WKN 103 051	Neuemission	24. Oktober 2007	5 Jahre fällig 15. April 2013 Zinslaufbeginn: 15. April 2007 erster Zinstermin: 15. April 2008	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141513 WKN 114 151	Aufstockung	31. Oktober 2007	5 Jahre fällig 12. Oktober 2012 Zinslaufbeginn: 28. September 2007 erster Zinstermin: 12. Oktober 2008	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135341 WKN 113 534	Neuemission	14. November 2007	10 Jahre fällig 4. Juli 2018 Zinslaufbeginn: 16. November 2007 erster Zinstermin: 4. Januar 2009	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141513 WKN 114 151	Aufstockung	28. November 2007	5 Jahre fällig 12. Oktober 2012 Zinslaufbeginn: 28. September 2007 erster Zinstermin: 12. Oktober 2008	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137206 WKN 113 720	Neuemission	12. Dezember 2007	2 Jahre fällig 11. Dezember 2009 Zinslaufbeginn: 11. Dezember 2007 erster Zinstermin: 11. Dezember 2008	ca. 7 Mrd. €
<b>4. Quartal 2007 insgesamt</b>				<b>ca. 34 Mrd. €</b>

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115095 WKN 111 509	Neuemission	15. Oktober 2007	6 Monate fällig 16. April 2008	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115103 WKN 111 510	Neuemission	12. November 2007	6 Monate fällig 21. Mai 2008	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115111 WKN 111 511	Neuemission	10. Dezember 2007	6 Monate fällig 18. Juni 2008	ca. 6 Mrd. €
<b>4. Quartal 2007 insgesamt</b>				<b>ca. 18 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der Aufschwung dürfte sich im Schlussquartal dieses Jahres fortsetzen, allerdings mit vermindertem Tempo.
- Der Zuwachs der Investitionsgüternachfrage spricht für eine starke Investitionsdynamik.
- Die jüngste Inflationsbeschleunigung belastet die Kaufkraft und damit den privaten Konsum.

Mit einem kalender-, saison- und preisbereinigten Zuwachs von 0,7 % ist das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal deutlich kräftiger als im Vorquartal angestiegen. Die Wachstumsimpulse kamen ausschließlich aus dem Inland (+ 0,8 Prozentpunkte). Der Wachstumsbeitrag der inländischen Verwendung wurde von den Privaten Konsumausgaben (+ 0,3 Prozentpunkte) und den Bauinvestitionen (+ 0,1 Prozentpunkte) sowie den Vorratsveränderungen (+ 0,4 Prozentpunkte) getragen. Im Gegensatz zu den Komponenten der inländischen Verwendung wirkte der Außenbeitrag rein rechnerisch wachstumshemmend (– 0,2 Prozentpunkte), da mehr importiert als exportiert wurde.

Die aktuellen Konjunkturindikatoren bis Oktober deuten darauf hin, dass sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik im 4. Quartal etwas abschwächt. Angesichts der in der Tendenz weiterhin günstigen Entwicklung der Industrieindikatoren und der im optimistischen Bereich liegenden Erwartungen der Unternehmen dürfte sich aber der Aufschwung fortsetzen. So geht die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion von einem realen Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr von 2,0 % aus, nach 2,4 % in diesem Jahr. Allerdings sind die Risiken sowohl auf der außenwirtschaftlichen als auch auf der binnenwirtschaftlichen Seite größer geworden. So belastet der deutliche Preisauftrieb, der sich zuletzt beschleunigt hat, die Kaufkraft der privaten Haushalte und könnte damit die Erholung des privaten Konsums gefährden.

Dass noch keine durchgreifende Erholung

des privaten Konsums eingetreten ist, zeigt – zusammen mit dem merklichen Rückgang der Einzelhandelsumsätze – auch das Aufkommen der Steuern vom Umsatz. Deren Anstieg im November von 15,9 % ist – angesichts der Anhebung des Regelsteuersatzes zur Umsatzsteuer – als unbefriedigend einzustufen. Dagegen sind die Lohnsteuereinnahmen mit einem Plus von 8,8 % erneut kräftig gegenüber dem Vorjahr angestiegen, wozu auch geringere Kindergeldzahlungen (– 1,2 %) beitrugen.

Die Aufwärtsbewegung der Warenexporte setzte sich im Oktober fort. So stieg der Wert der Ausfuhren im Zweimonatsdurchschnitt spürbar an (September/Oktober saisonbereinigt + 2,1 % gegenüber der Vorperiode). Der entsprechende Vorjahresstand wurde deutlich übertroffen (+ 4,8 %). Die Entwicklung der Exporte dürfte zwar von der robusten Weltkonjunktur gestützt worden sein. Der überdurchschnittliche Zuwachs der Exporte in EU-Länder (von Januar bis Oktober 2007 + 12,0 % gegenüber dem Vorjahr) und der kräftige Exportanstieg in Drittländer (+ 6,4 %) spricht aber auch für das hohe Maß an preislicher Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und deren attraktives Gütersortiment von hoher Qualität. Die Aussichten für die Exportentwicklung sind günstig, auch wenn die Dynamik – vor dem Hintergrund einer allgemein erwarteten Verlangsamung der Weltkonjunktur – etwas nachlassen dürfte. So nahmen die Auftragseingänge aus dem Ausland zuletzt, unterstützt durch einen überdurchschnittlichen Umfang von Großaufträgen, spürbar zu. Auch

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2006 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			1.Q.07	2.Q.07	3.Q.07	1.Q.07	2.Q.07	3.Q.07
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 183	+ 2,9	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,4
jeweilige Preise	2 322	+ 3,5	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,9	+ 5,0	+ 4,6	+ 4,7
<b>Einkommen</b>								
Volkseinkommen	1 751	+ 3,6	+ 1,5	- 0,9	+ 3,3	+ 4,7	+ 3,1	+ 5,1
Arbeitnehmerentgelte	1 149	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	602	+ 7,2	+ 1,7	- 4,0	+ 9,0	+ 7,5	+ 3,2	+ 9,4
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 494	+ 1,9	- 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,0
Bruttolöhne und -gehälter	926	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,2	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,3
Sparen der privaten Haushalte	158	+ 1,5	+ 4,2	+ 0,8	- 0,7	+ 6,1	+ 6,3	+ 5,3
<b>Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge</b>	<b>2006 Mrd. € bzw. Index</b>	<b>ggü. Vorj. %</b>	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
					Zwei- monats- durch- schnitt			Zwei- monats- durch- schnitt
			Sep 07	Okt 07		Sep 07	Okt 07	
in jeweiligen Preisen								
<b>Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)</b>	81	+ 9,2	+ 0,8	.	+ 2,7	- 7,2	.	- 5,5
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	893	+ 13,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 2,1	+ 3,2	+ 6,3	+ 4,8
Waren-Importe	734	+ 16,9	- 2,6	+ 0,2	- 0,4	- 0,4	+ 5,2	+ 2,4
in konstanten Preisen von 2000								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)<sup>1</sup></b>	109,8	+ 6,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,9	+ 5,9	+ 5,9	+ 5,9
Industrie <sup>2</sup>	113,2	+ 6,5	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 6,7	+ 6,9	+ 6,8
Bauhauptgewerbe	81,0	+ 6,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 1,9	- 2,4	- 0,8	- 1,6
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe<sup>1</sup></b>								
Industrie (Index 2000 = 100) <sup>2</sup>	114,3	+ 7,2	- 0,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 5,2	+ 6,6	+ 5,9
Inland	102,5	+ 4,9	- 1,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,6
Ausland	133,3	+ 10,1	+ 0,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 7,5	+ 10,1	+ 8,8
<b>Auftragseingang (Index 2000 = 100)<sup>1</sup></b>								
Industrie <sup>3</sup>	119,0	+ 9,5	- 1,6	+ 4,0	+ 1,3	+ 5,4	+ 10,3	+ 7,9
Inland	105,5	+ 7,4	- 2,4	+ 2,7	- 0,8	+ 0,0	+ 5,1	+ 2,5
Ausland	135,8	+ 11,5	- 0,8	+ 5,0	+ 3,3	+ 11,0	+ 15,5	+ 13,3
Bauhauptgewerbe	74,6	+ 2,9	+ 0,1	.	- 3,7	- 1,6	.	- 3,2
<b>Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)<sup>3</sup></b>								
Einzelhandel								
(mit Kfz und Tankstellen)	103,7	+ 1,7	+ 0,2	- 1,8	- 0,8	- 4,9	- 1,3	- 3,1
Großhandel (ohne Kfz)	109,8	+ 3,2	- 0,6	+ 0,6	- 0,8	- 3,5	+ 2,8	- 0,3
<b>Arbeitsmarkt</b>	<b>2006 Personen Mio.</b>	<b>ggü. Vorj. %</b>	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Sep 07	Okt 07	Nov 07	Sep 07	Okt 07	Nov 07
Erwerbstätige, Inland	39,09	+ 0,6	+ 40	+ 33	.	+ 672	+ 682	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,49	- 7,7	- 56	- 37	- 53	- 694	- 650	- 617
<b>Preisindizes</b>	<b>2006 Index</b>	<b>ggü. Vorj. %</b>	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahr		
			Sep 07	Okt 07	Nov 07	Sep 07	Okt 07	Nov 07
2000 = 100								
Importpreise	106,7	+ 5,2	+ 0,6	+ 0,7	.	+ 1,3	+ 2,3	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	116,8	+ 5,5	+ 0,2	+ 0,4	.	+ 1,5	+ 1,7	.
Verbraucherpreise	110,1	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 3,1
<b>ifo-Geschäftsklima</b>	saisonbereinigte Salden							
<b>Gewerbliche Wirtschaft</b>								
	Apr 07	Mai 07	Jun 07	Jul 07	Aug 07	Sep 07	Okt 07	Nov 07
Klima	+ 16,3	+ 16,2	+ 13,1	+ 11,9	+ 10,7	+ 7,5	+ 7,0	+ 7,6
Geschäftslage	+ 21,9	+ 20,6	+ 18,4	+ 18,2	+ 18,5	+ 15,6	+ 14,9	+ 16,5
Geschäftserwartungen	+ 10,9	+ 11,8	+ 8,0	+ 5,8	+ 3,1	- 0,2	- 0,5	- 0,9

<sup>1</sup>Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. <sup>2</sup> Ohne Energie. <sup>3</sup> Änderung des Berichtsfirmenkreises ab 2006; aber: Spalte 2006 ohne Neuzugangsstichprobe zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit gegenüber 2005.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

die Exporterwartungen der Unternehmen (ifo-Exporterwartungen) zogen wieder merklich an. Allerdings stellen die Aufwertung des Euros gegenüber dem US-Dollar sowie die erwartete weitere Abschwächung der Wirtschaft in den USA Risiken für die Ausfuhrentwicklung dar.

Die nominalen Warenimporte gingen im Zweimonatsdurchschnitt leicht zurück (saisonbereinigt – 0,4 % gegenüber der Vorperiode). Über mehrere Monate betrachtet hat sich dennoch deren günstige Entwicklung fortgesetzt, was für eine Belebung der Binnenkonjunktur spricht.

Die Entwicklung der Industrieproduktion ist in der Tendenz weiterhin aufwärtsgerichtet, hat sich allerdings am aktuellen Rand etwas abgeflacht. Im September/Okttober kam es zu einem Anstieg um saisonbereinigt 1,0 %, nach einer Zunahme um 1,1 % im Juli/August (jeweils gegenüber der Vorperiode). Den höchsten Zuwachs verzeichneten die Investitions- und Konsumgüterproduzenten (+ 1,3 % und + 1,5 %). Auch der Industrieumsatz stieg spürbar an. Im Zweimonatsdurchschnitt legte er ähnlich stark wie die Produktion zu (+ 0,9 %). Einen deutlichen Umsatzanstieg gab es im Ausland (+ 2,1 %), insbesondere für Investitionsgüter (+ 3,3 %). Dies deutet neben einer intakten Auslandsnachfrage auch auf das – trotz Euro-Aufwertung – immer noch hohe Maß an internationaler Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen hin. Im Inland dagegen war der Umsatz kaum gestiegen (+ 0,1 %). Hier nahm der Investitions- und Konsumgüterumsatz leicht zu, während der Umsatz mit Vorleistungsgütern nahezu stagnierte. Die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen hat sich zuletzt erheblich beschleunigt. So stieg der Auftragseingang in der Industrie im Zweimonatsdurchschnitt merklich an (+ 1,3 % nach – 2,8 % im Juli/August). Im Oktober gab es einen deutlichen Auftragsschub (+ 4,0 %), der vor allem von einem überdurchschnittlichen Umfang an Großaufträgen – insbesondere von Investitionsgütern aus dem Ausland (+ 9,2 %) – begünstigt wurde. Im Inland dürften auch Vorzieheffekte im Zusammenhang mit dem Auslaufen der temporär verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten positiv auf die Bestelltätigkeit gewirkt haben (+ 2,7 %). Dies zeigt der überproportionale Zuwachs der Investitionsgüternachfrage (+ 6,4 %), der auf eine

starke Investitionsdynamik im Schlussquartal dieses Jahres hindeutet.

Im Baugewerbe setzte sich die Erholung fort. So wurde die Bauproduktion im September/Okttober spürbar ausgeweitet (saisonbereinigt + 1,9 % gegenüber der Vorperiode). Die deutliche Zunahme der Hochbaugenehmigungen im gewerblichen Bau spricht dafür, dass die Unternehmen weiterhin Erweiterungsinvestitionen tätigen. Angesichts der schwachen Entwicklung der Auftragseingänge (3. Quartal – 1,6 % gegenüber dem Vorquartal, für Oktober liegen noch keine Daten vor) könnte sich allerdings die Dynamik der Bauproduktion im nächsten Jahr verlangsamen.

Die Entwicklung des privaten Konsums wird wohl in diesem Jahr insgesamt verhalten ausfallen. Er ist gegenwärtig noch das Sorgenkind im Aufschwung. Darauf deutet der herbe Rückschlag im Einzelhandel hin. So sind im Oktober die Einzelhandelsumsätze sowohl mit als auch ohne Handel mit Kfz und Tankstellen deutlich zurückgegangen (saisonbereinigt – 1,8 % und – 2,3 % gegenüber dem Vormonat). Im Einzelhandel ohne Kfz und Tankstellen liegen die Umsätze sogar noch deutlich unter dem Niveau vom Januar, das durch den Umsatzeinbruch im Zusammenhang mit der Umsatzsteuersatzanhebung geprägt war. Vor den Hintergrund der rückläufigen Einzelhandelsumsätze (einschließlich Handel mit Kfz und Tankstellen) im Zweimonatsvergleich ist die Erholungstendenz, die sich im 3. Quartal zeigte, nunmehr zum Stillstand gekommen. Die Entwicklung im Einzelhandel sowie die Verringerung des Verbrauchervertrauens (Rückgang des GfK-Konsumklimas zum vierten Mal in Folge) signalisieren, dass eine anhaltende Erholung des privaten Konsums noch nicht gesichert ist. Zusätzlich wirkt die jüngste Inflationsbeschleunigung belastend auf die Kaufkraft.

Positiv wirkt dagegen die Beschäftigungsexpansion, die mit der damit einhergehenden Erhöhung der verfügbaren Einkommen den privaten Konsum stützt. Die Verbesserung am Arbeitsmarkt spiegelt sich im spürbaren saisonbereinigten Rückgang der Arbeitslosenzahl im November wider (– 53 000 Personen gegenüber dem Vormonat). Von Januar bis Oktober ging die Zahl der arbeitslosen Personen



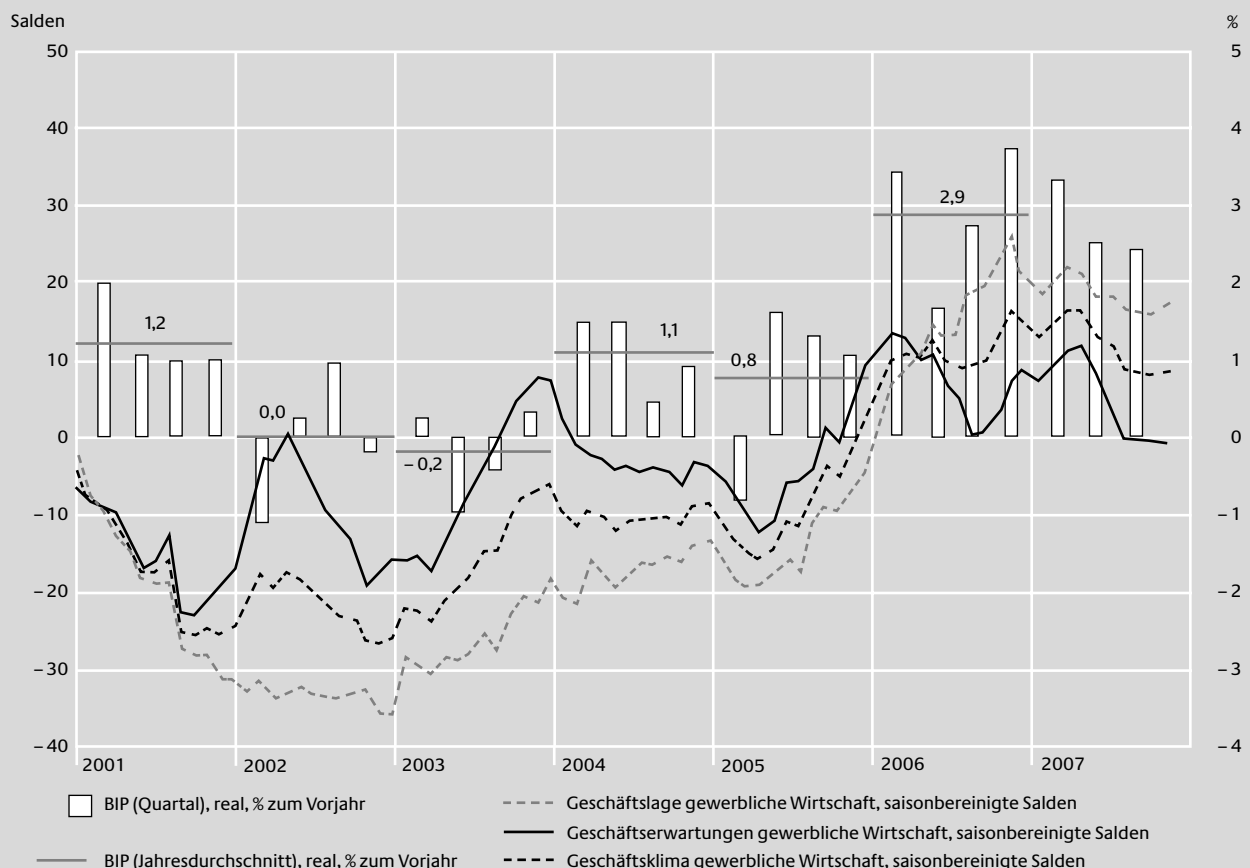
monatsdurchschnittlich um 44 000 zurück. Nach Ursprungszahlen waren im November 3,38 Mio. Personen arbeitslos gemeldet. Dies ist der niedrigste Stand seit Juni 1993. Es gab damit 617 000 weniger Personen ohne Arbeit als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote nahm gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozentpunkte auf 8,1 % ab (Arbeitslosenquote West 6,7 %, Ost 13,4 %).

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) stieg im Oktober saisonbereinigt um 33 000 Personen gegenüber dem Vormonat an. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 682 000 auf 40,36 Mio. Personen. Der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hat sich im September fortgesetzt (nach ersten Hochrechnungen saisonbereinigt ca. + 42 000 gegenüber dem Vormonat und ca. + 577 000 gegenüber dem Vorjahr). Dabei entfällt weiterhin etwa die Hälfte der Beschäftigungszunahme auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen. Die Beschäftigung stieg in allen Bundeslän-

dern an, am stärksten in Hamburg und Berlin (jeweils + 2,9 % gegenüber dem Vorjahr). Auch nach Branchen gab es fast überall Beschäftigungszuwächse. Der Arbeitskräftebedarf dürfte in den nächsten Monaten weiter zunehmen. Indizien dafür sind der Anstieg des Stellenindex BA-X der Bundesagentur für Arbeit (November: saisonbereinigt + 4 auf 233 Punkte), die starke Investitionsdynamik in der Industrie und die spürbare Zunahme der Baugenehmigungen für gewerbliche Bauten. Angesichts der allgemein erwarteten Wachstumsschwächung könnten sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit sowie der Beschäftigungsaufbau 2008 etwas verlangsamen.

Der Verbraucherpreisanstieg hat sich im November deutlich beschleunigt (+ 3,1 % gegenüber dem Vorjahr und + 0,5 % gegenüber dem Vormonat). Über die Hälfte des Preisanstiegs erklärt sich durch die gestiegenen Preise für Energie (+ 11,1 %) und Nahrungsmittel (+ 5,8 %). Bei den Energieprodukten nahmen Preise für

## BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



leichtes Heizöl (+ 23,7 %) und Kraftstoffe (+ 18,6 %) kräftig zu. Der Preisanstieg wird zusätzlich durch einen statistischen Basiseffekt (Preisrückgang bei Mineralölerzeugnissen im November 2006) bestimmt. Ohne Einrechnung der Preise von Energieprodukten hätte die Teuerungsrate nur bei 2,2 % gelegen. Bei den Nahrungsmitteln war der Preisanstieg von Speisefetten und -ölen (+ 26,2 %) sowie Milchprodukten und Eiern (+ 16,5 %) besonders stark. Neben der Umsatzsteuersatzanhebung erhöhte auch die Einführung von Studiengebühren das Niveau im Vergleich zum Vorjahr. Dagegen dämpfte die Preisentwicklung bei Informationsverarbeitungsgeräten und bei Unterhaltungselektronik die Teuerungsrate.

Der Importpreisindex hat im Oktober um 2,3 % gegenüber dem Vorjahr und um 0,7 % gegenüber dem Vormonat zugenommen. Der Anstieg der Jahresteuerrate beruht teilweise auf einem Basiseffekt bei den Importpreisen für Energie (Importpreise für Energiegüter von September auf Oktober 2006 – 3,9 %). Im Oktober dieses Jahres gaben bei den Importpreisen für Energieträger nur Erdgaspreise nach (– 8,2 %). Preise für Rohöl und Mineralölerzeugnisse legten dagegen deutlich zu (+ 24,4 %,

+ 22,3 %). Ohne diese Produkte lag der Importpreisindex um 0,1 % niedriger als vor einem Jahr. Ebenfalls wesentlich teurer als vor einem Jahr waren Einfuhren von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (+ 5,4 %) sowie Getreide (+ 52,6 %) und Milcherzeugnissen (+ 24,8 %). Billiger wurden dagegen Importe von Schweinefleisch (– 8,7 %), Datenverarbeitungsgeräten/-einrichtungen (– 31,7 %) sowie elektronischen Bauelementen (– 22,0 %).

Auf der industriellen Erzeugerstufe stieg der Preisindex im Oktober um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr und um 0,4 % gegenüber dem Vormonat. Preise für Verbrauchsgüter nahmen überdurchschnittlich (+ 3,3 %) zu. So waren u. a. Milch und Milcherzeugnisse in der Herstellung um 24,1 % teurer als vor einem Jahr. Der Erzeugerpreisindex für Vorleistungsgüter stieg um 3,0 % (Futtermittel und Nutztiere: + 45,5 %). Dagegen wirkte sich die Entwicklung der Energiepreise (– 0,2 %) insgesamt dämpfend auf den Preisanstieg aus. Sie verlief jedoch bei den Energiearten unterschiedlich: Während die Erzeugerpreise für Erdgas weiter rückläufig waren (Erdgas: – 8,2 %), zogen die Preise für Mineralölprodukte (+ 8,7 %) und Strom (+ 3,5 %) spürbar an.

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 4. Dezember 2007 in Brüssel

### Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Die Europäische Kommission (KOM) hat am 20. November 2007 eine Mitteilung zu dem Defizitverfahren zu Polen vorgelegt. Darin kommt sie zu dem Schluss, dass das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit Polens in diesem Jahr wahrscheinlich unter den Referenzwert von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fallen wird. Die KOM sieht allerdings das Risiko, dass das Defizit in 2008 wieder den Referenzwert von 3 % überschreiten könnte. Sie fordert deshalb, dass Polen so bald wie möglich ein aktualisiertes Konvergenzprogramm vorlegt, in dem zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen für 2008 und die Folgejahre dargelegt sind. Derzeit sind nach Auffassung der KOM keine weiteren Schritte im Defizitverfahren erforderlich. Der ECOFIN-Rat hat bei seiner Tagung am 4. Dezember 2007 die Position der KOM unterstützt.



### Multilaterale Überwachung im Rahmen von Lissabon

Die Finanzminister haben sich mit einem Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU (WPA) befasst, der das Ergebnis der vom WPA durchgeführten multilateralen Überwachung der Umsetzung der Nationalen Reformprogramme zusammenfasst. Der Bericht schätzt die erneuerte Lissabonstrategie grundsätzlich positiv ein. Er konstatiert aber unterschiedliche Fortschritte sowohl in Bezug auf einzelne Mitglied-

staaten als auch in Bezug auf verschiedene Wirtschaftssektoren. Der ECOFIN-Rat hat am 4. Dezember 2007 hierzu Schlussfolgerungen verabschiedet, die die Ergebnisse des WPA-Berichts bestätigen.

### Globalisierung und Zuwanderung von Arbeitskräften

Der ECOFIN-Rat am 13. November 2007 hatte einen ausführlichen Meinungsaustausch zu den Auswirkungen der Migration in die EU auf die öffentlichen Finanzen und das Wirtschaftswachstum geführt. Auf der Grundlage dieser Aussprache hat der ECOFIN-Rat am 4. Dezember 2007 nunmehr Schlussfolgerungen verabschiedet, die als Beitrag für den Europäischen Rat am 14. Dezember 2007 dienen sollen. Die Schlussfolgerungen betonen die Bedeutung der Migration für Wachstum und Beschäftigung. Zuwanderung könne Engpässe auf Arbeitsmärkten teilweise beheben sowie Mobilität und Produktivität erhöhen. Die negativen Auswirkungen des Bevölkerungswandels könnten aber nicht alleine durch Zuwanderung kompensiert werden. Die Schlussfolgerungen betonen auch, dass die Auswirkungen der Zuwanderung von den länderspezifischen Gegebenheiten abhängen.

### Finanzdienstleistungen

#### a) Richtlinie über die Solvenz von Versicherungsunternehmen (Solvenz II)

Die KOM hat ihren Richtlinienvorschlag am 10. Juli 2007 vorgelegt. Ziel ist es, die bestehenden Eigenmittelanforderungen (Solvabilitätsvorschriften) für Versicherungsunternehmen zu einem modernen, konsequent risikoorientierten System der Finanzaufsicht weiterzuentwickeln. Der ECOFIN-Rat beschäftigte sich am 4. Dezember 2007

erstmals mit dem Richtlinienvorschlag und führte hierzu eine Orientierungsaussprache. Der Rat nahm einen Bericht über die Fortschritte der Ratsarbeitsgruppe zur Kenntnis. Die Diskussion der Minister konzentrierte sich auf die Frage der Aufsicht über Versicherungsgruppen. Einige Mitgliedstaaten sprachen sich für eine weitgehende Übertragung aufsichtsrechtlicher Kompetenzen an die Aufsichtsbehörde des Sitzstaates der Versicherungsgruppe aus. Eine Reihe von Mitgliedstaaten befürwortete hingegen, dass auch die Mitgliedstaaten, deren Märkte von Tochterunternehmen ausländischer Versicherungsgruppen dominiert sind, ausreichende Kompetenzen behalten müssen. Bundesfinanzminister Steinbrück betonte, das Ziel der Verhandlungen müsse sein, eine ausgewogene Lösung zu finden. Neben der Frage der Gruppenaufsicht gelte es generell, faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den einzelnen Versicherungsunternehmen sicherzustellen. Slowenien kündigte an, die Verhandlungen während der eigenen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2008 zügig weiterzuführen.

### **b) „Lamfalussy“-Überprüfung**

Am 20. November 2007 hat die KOM eine Mitteilung zur Überprüfung des „Lamfalussy-Verfahrens“ veröffentlicht. Das „Lamfalussy-Verfahren“ ist ein vierstufiges Verfahren für die Annahme, die Umsetzung und die rechtliche Durchsetzung von Rechtsvorschriften und Durchführungsmaßnahmen im Wertpapier-, Banken- und Versicherungssektor. Der ECOFIN-Rat diskutierte am 4. Dezember 2007 vor allem die Rolle der sogenannten „Level-3-Ausschüsse“ der EU, in denen die nationalen Aufsichtsbehörden die KOM beraten und Meinungen austauschen. Viele Mitgliedstaaten sahen die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch unter den Aufsichtsbehörden weiter zu intensivieren. Einige Mitgliedstaaten sprachen sich für weitergehende institutionelle Änderungen aus, die im Kern auf eine einheitliche europäische Finanzmarktaufsicht abzielen. Die Vorschläge Italiens für ein einheitliches europäisches Aufsichtsregelwerk („European rulebook“), für die Schaffung einer integrierten Aufsicht über grenzüberschreitende europäische Finanzgruppen und für die Einsetzung eines Ausschusses

„Weiser Personen“ fand nur wenig Unterstützer. Bundesfinanzminister Steinbrück sprach sich dafür aus, auf der bewährten dezentralen Organisation der Finanzmarktaufsicht aufzubauen und diese durch verstärkte Kooperation weiterzuentwickeln. Die Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates, zu denen sich Italien der Stimme enthalten hat, stellen fest, dass die Erfahrungen mit dem Lamfalussy-Verfahren insgesamt positiv sind. Die Gesetzgebungsarbeiten müssten aber weiter verbessert und die Konvergenz im Aufsichtshandeln gefördert werden. Die Schlussfolgerungen enthalten auch einen detaillierten Zeitplan für die weiteren Arbeiten. Neben den Schlussfolgerungen vereinbarte der ECOFIN-Rat, das Thema beim informellen ECOFIN im April 2008 erneut zu beraten und dabei auch auf die Vorschläge Italiens einzugehen.

### **c) Risikokapital**

Dieser Tagesordnungspunkt diente der Bestandsaufnahme des ECOFIN-Rates über Fortschritte und Hindernisse bei der Entwicklung der europäischen Risikokapitalmärkte auf der Grundlage eines Berichts des Ausschusses für Finanzdienstleistungen. Die Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates vom 4. Dezember 2007 halten fest, dass die Risikokapitalmärkte in Europa weiterhin national fragmentiert und weniger weit entwickelt sind als in den USA. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, ihre Bemühungen zum Abbau von Hindernissen für die Entwicklung der Risikokapitalmärkte fortzuführen. Die KOM kündigte an, noch im Dezember 2007 eine Mitteilung zu grenzüberschreitenden Kapitalanlagen zu veröffentlichen.

## **Steuern**

### **a) Mehrwertsteuerpaket**

Der ECOFIN-Rat erzielte am 4. Dezember 2007 Einvernehmen über das Mehrwertsteuerpaket. Das Paket besteht aus drei Teilen: 1. Ort der Umsatzbesteuerung von Dienstleistungen in der EU, 2. einzige Anlaufstelle zur Erledigung von steuerlichen Verpflichtungen für grenzüberschreitend tätige Unternehmen (kleiner One-Stop-Shop), 3. Umsatzsteuervergütungsverfahren

ren für in anderen EU-Mitgliedstaaten ansässige Unternehmer. Luxemburg erklärte sich im ECOFIN-Rat am 4. Dezember 2007 erstmals grundsätzlich bereit, auch bei Rundfunk-, Fernseh-, Telekommunikations- und elektronischen Dienstleistungen an Private vom Ursprungsland auf das Bestimmungslandprinzip überzugehen, knüpfte daran allerdings Bedingungen. Der ECOFIN-Rat einigte sich nach langer Diskussion letztlich darauf, die Anwendung des neuen Verfahrens und den One-Stop-Shop für diese Dienstleistungen auf den 1. Januar 2015 (statt 2010) zu verschieben und ab 2015 bis Ende 2018 eine degressiv gestaltete Beteiligung des Sitzlandes des Unternehmens am Steueraufkommen vorzusehen. Die Kommission wurde aufgefordert, bis Ende 2014 einen Bericht über die Durchführbarkeit des Übergangs zum Bestimmungslandprinzip für die genannten Dienstleistungen an Private vorzulegen. Sobald der Rechtsakt in allen geprüften Sprachfassungen vorliegt, soll die förmliche Annahme durch den Rat erfolgen.



## b) Ermäßigte Mehrwertsteuersätze

### Mitteilung der Kommission über andere Mehrwertsteuersätze als den Normalsatz

Die KOM hat am 5. Juli 2007 eine Mitteilung zu den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen veröffentlicht. Sie erhofft sich vom Rat Hinweise für die Erarbeitung eines Richtlinienvorschlags, mit dem der Anwendungsbereich der ermäßigten Mehrwertsteuersätze ab 2011 neu ausgestaltet werden soll. Die KOM kündigte im ECOFIN-Rat am 4. Dezember 2007 an, sie werde im 2. Halbjahr 2008 einen Richtlinienvorschlag zu den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen vorlegen. Dieser Vorschlag werde sich aber nur auf die bereits hinreichend untersuchten, dringlichsten Anwendungsbereiche beziehen. Dazu zähle die KOM insbesondere die derzeit befristeten Regelungen für lokal erbrachte Dienstleistungen einschließlich Restaurantdienstleistungen. Bis Ende

2010 gelte es dann, eine umfassende Lösung zu erarbeiten. Deutschland betonte die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Debatte des ECOFIN-Rates über die wirtschaftlichen Folgen ermäßigter Mehrwertsteuersätze. Die vom ECOFIN-Rat am 4. Dezember 2007 verabschiedeten Schlussfolgerungen fordern den Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) auf, eine grundsätzliche Debatte des ECOFIN-Rates vorzubereiten. Außerdem nehmen sie die Absicht der KOM, im Jahr 2008 einen Richtlinienvorschlag vorzulegen, zur Kenntnis.

### Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf bestimmte befristete Bestimmungen über die Mehrwertsteuersätze

Die KOM hat dem Rat ebenfalls am 5. Juli 2007 einen Vorschlag zur Änderung der Mehrwertsteuer-Richtlinie vorgelegt. Dieser Vorschlag sieht vor, Ausnahmeregelungen für einige neue Mitgliedstaaten (Malta, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Zypern), die in den Beitrittsverträgen enthalten sind und Ende 2007 auslaufen, bis Ende 2010 zu verlängern. Der ECOFIN-Rat erzielte am 4. Dezember 2007 Einvernehmen über diesen Richtlinienvorschlag. Deutschland und Dänemark stimmten zu, nachdem sich Rat und Kommission auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt hatten, wonach es sich um eine einmalige Verlängerung handelt, die keine Präzedenz für die Überlegungen zum zukünftigen Mehrwertsteuerregime darstellen wird. Die formale Annahme der Richtlinie durch den Rat erfolgt, sobald die Stellungnahme des Europäischen Parlaments vorliegt.

## c) Gesellschaftsteuer-Richtlinie

Die KOM hat am 4. Dezember 2006 einen Richtlinienvorschlag zur Neufassung der Richtlinie betreffend indirekte Steuern auf die Ansammlung von Kapital vorgelegt. Die Richtlinie sollte damit vereinfacht und die Gesellschaftsteuer schrittweise bis 2010 abgeschafft werden. Da ein konkretes Zieldatum für die Abschaffung der Gesellschaftsteuer nicht konsensfähig war, hat die KOM am 14. November 2007 einen entsprechend überarbeiteten Richtlinienvorschlag vorgelegt. Der ECOFIN-Rat am 4. Dezember 2007 erzielte Einvernehmen über diesen Richtlinien-

vorschlag. Die formale Annahme der Richtlinie durch den Rat erfolgt, sobald die Stellungnahme des Europäischen Parlaments vorliegt. Für Deutschland folgen aus der Richtlinie keine Anpassungen des nationalen Rechts, da die Börsenumsatzsteuer bereits 1991 abgeschafft wurde.

#### **d) Bekämpfung des Steuerbetrugs**

Der ECOFIN-Rat hatte sich am 5. Juni 2007 auf Schlussfolgerungen geeinigt, in denen der KOM konkrete Aufträge erteilt wurden: So wurde die KOM aufgefordert, bis Ende 2007 erste Rechtsetzungsvorschläge im Bereich sogenannter konventioneller Maßnahmen (z. B. Beschleunigung des Informationsaustauschs) vorzulegen. Hinsichtlich des generellen Reverse-Charge-Verfahrens wurde die KOM beauftragt, die Effekte einer derartigen Option auf den Binnenmarkt zu prüfen. Die KOM soll im Rahmen dieser Prüfung auch die Möglichkeit eines zeitlich befristeten Pilotprojekts in einem interessierten Mitgliedstaat klären. Österreich hatte entsprechendes Interesse bekundet. Bislang hat die KOM diese Rechtsetzungsvorschläge und Analysen noch nicht vorgelegt. Der ECOFIN-Rat verabschiedete am 4. Dezember 2007 Schlussfolgerungen, in denen die Schlussfolgerungen vom Juni 2007 bekräftigt werden und auf zeitnahe Vorlage durch die KOM Anfang 2008 gedrängt wird.

#### **e) Gruppe „Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)“**

Der Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung wurde vom ECOFIN-Rat im Jahr 1997 beschlossen. Er ist kein rechtsverbindliches Instrument, sondern eine politische Selbstverpflichtung, steuerliche Maßnahmen, die als schädlicher Wettbewerb einzustufen sind, zu beenden („rollback“) und keine neuen schädlichen Maßnahmen einzuführen („standstill“). Mit dem Kodex wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die dem ECOFIN-Rat jeweils zum Ende einer Präsidentschaft einen Bericht über die erzielten Fortschritte und das künftige Arbeitsprogramm der Gruppe vorlegt. Der ECOFIN-Rat verabschiedete am 4. Dezember 2007 Schlussfolgerungen, in denen die unter portugiesischer Präsidentschaft erzielten Fortschritte der Gruppe im Bereich „standstill“ begrüßt werden und die Gruppe zur Fortsetzung der Arbeit in beiden Bereichen sowie zur Lösung der offenen Fragen zum künftigen Arbeitsprogramm aufgefordert wird.

Ergänzende Informationen zur Ratstagung finden Sie auf der Internetseite des Ratssekretariats. Die Seite ist über folgenden Link erreichbar: [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_applications/applications/newsRoom/loadBook.asp?target=2007&bid=93&lang=4&cmsId=350](http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/applications/newsRoom/loadBook.asp?target=2007&bid=93&lang=4&cmsId=350)

## Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2007

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Oktober 2007 vor.

Die Haushaltssituation der Ländergesamtheit hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erheblich verbessert. Zwar erhöhten sich die Ausgaben der Länder bis Ende Oktober 2007 um + 1,9 %, jedoch stiegen die Einnahmen im gleichen Zeitraum um + 8,5 %. Der Einnahmezuwachs ist überwiegend auf die um + 6,9 % gestiegenen Steuereinnahmen zurückzuführen. Das Finanzierungsdefizit betrug am Ende des Berichtszeitraums – 2,5 Mrd. € für die Länder insgesamt und unterschritt den Vorjahreswert um rd. 12,4 Mrd. €. Die Haushaltsplanungen sehen für das Jahr 2007 ein Gesamtdefizit von rd. – 11,7 Mrd. € vor.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden die Ausgaben in den ostdeutschen Flächenländern bis Ende Oktober um – 0,6 % verringert, während sich die Ausgaben in den Flächenländern West um + 3,1 % erhöhten und in den Stadtstaaten die Ausgaben um + 1,2 % anstiegen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Einnahmen der Flächenländer West um + 9,6 %, die der Stadtstaaten um + 7,8 % und etwas verhaltener die der Flächenländer Ost um + 5,4 %. Das Finanzierungsdefizit in den westdeutschen Flächenländern betrug Ende Oktober – 3,4 Mrd. € und das der Stadtstaaten – 1,7 Mrd. €. Die Flächenländer Ost konnten einen Haushaltsüberschuss von + 2,6 Mrd. € verzeichnen.

### Länder insgesamt

#### Bereinigte Ausgaben

Personalausgaben

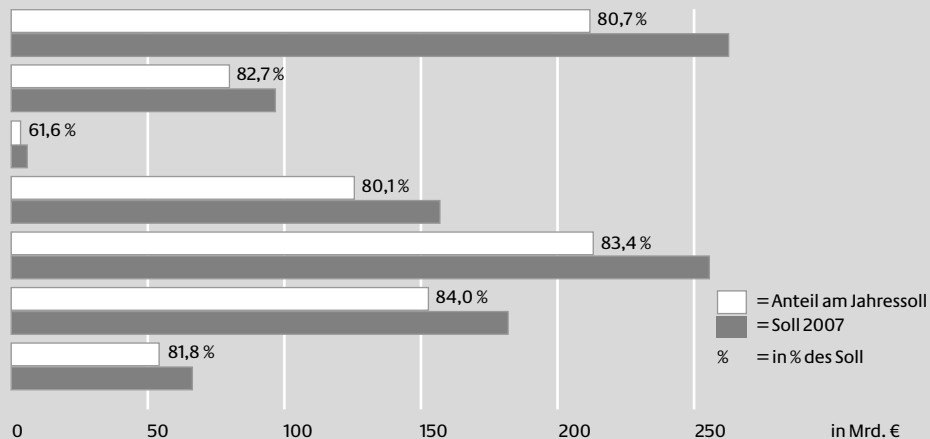
Baus Ausgaben

übrige Ausgaben

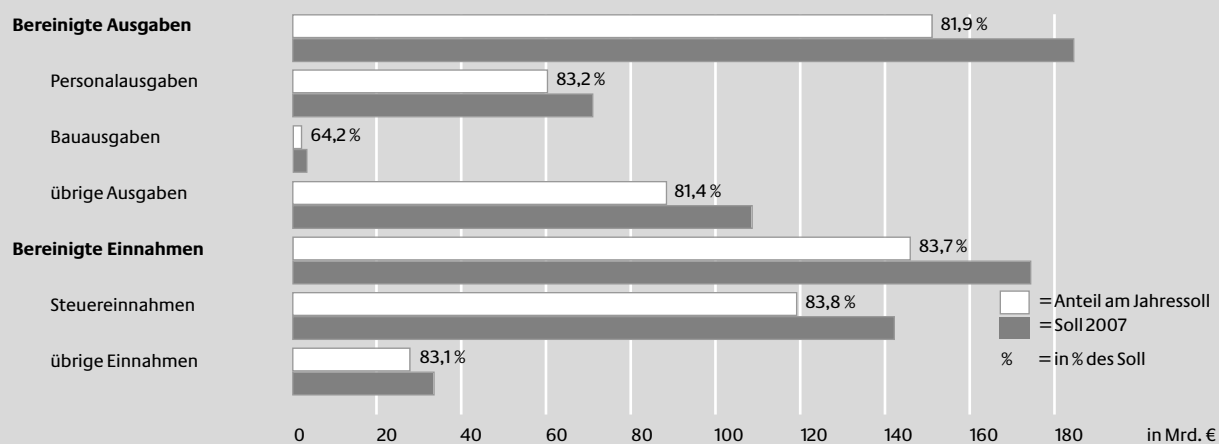
#### Bereinigte Einnahmen

Steuereinnahmen

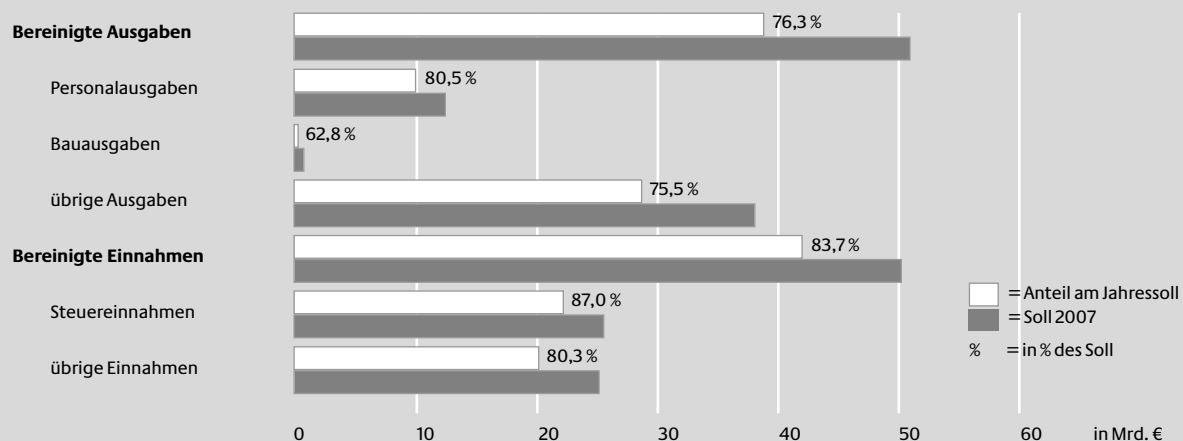
übrige Einnahmen



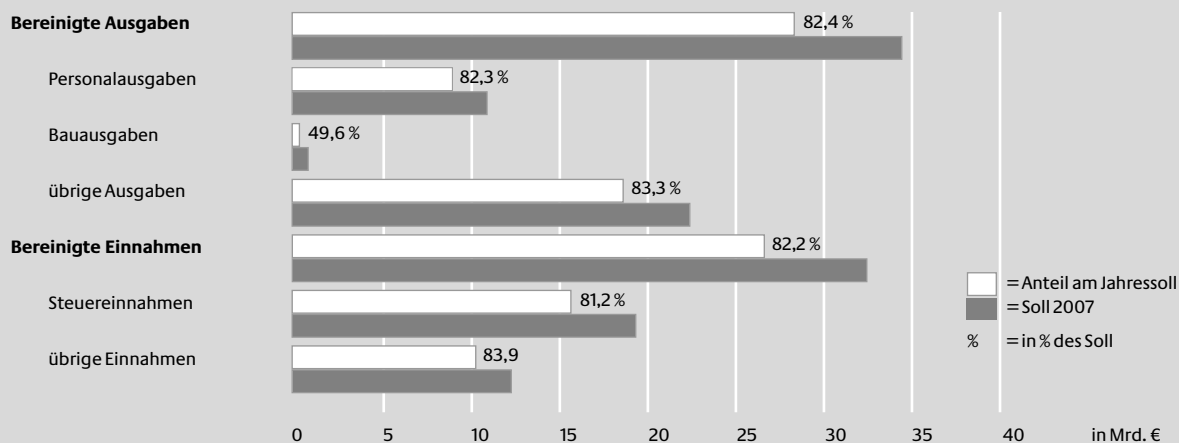
## Flächenländer West



## Flächenländer Ost



## Stadtstaaten





## Termine

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 21./22. Januar 2008 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 23. bis 27. Januar 2008 – World Economic Forum in Davos
- 8./9. Februar 2008 – G7-Finanzministertreffen in Tokio
- 11./12. Februar 2008 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2008

- 4. Juli 2007 – Kabinettsbeschluss
- 10. August 2007 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 11. bis 14. September 2007 – 1. Lesung Bundestag
- 21. September 2007 – 1. Beratung Bundesrat
- 19. September bis
- 14. November 2007 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 6. bis 7. November 2007 – Steuerschätzung
- 15. November 2007 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 27. bis 30. November 2007 – 2./3. Lesung Bundestag
- 20. Dezember 2007 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2007 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Januar 2008	Dezember 2007	31. Januar 2008
Februar 2008	Januar 2008	21. Februar 2008
März 2008	Februar 2008	20. März 2008
April 2008	März 2008	21. April 2008
Mai 2008	April 2008	22. Mai 2008
Juni 2008	Mai 2008	20. Juni 2008
Juli 2008	Juni 2008	21. Juli 2008
August 2008	Juli 2008	21. August 2008
September 2008	August 2008	19. September 2008
Oktober 2008	September 2008	23. Oktober 2008
November 2008	Oktober 2008	21. November 2008
Dezember 2008	November 2008	19. Dezember 2008

## Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Bürgerangelegenheiten  
11016 Berlin  
buergerreferat@bmf.bund.de  
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:  
telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90<sup>1</sup>  
per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Jeweils 0,12 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>



## Analysen und Berichte

Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung Dezember 2007 .....	37
Einkommensentwicklung im Spannungsfeld zwischen verbesserter Wettbewerbsfähigkeit und Konsumschwäche .....	51
Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur zukunftsorientiert gestalten – Mobilität und Wachstum sichern .....	67
G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs am 17./18. November 2007 in Südafrika .....	73
Ergebnisse der G8-Konferenz zu Migrantentransfers („Remittances“) vom 28. bis 30. November 2007 in Berlin .....	77
Stichworte zur Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften .....	95



## Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung Dezember 2007

1	Finanzpolitik in Deutschland: Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen .....	38
1.1	Die Qualität der öffentlichen Finanzen .....	38
1.2	Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen .....	41
1.3	Deutsche Finanzpolitik im europäischen Kontext .....	41
2	Gesamtwirtschaftliche Perspektiven bis 2011 .....	42
3	Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte .....	44
3.1	Entwicklung des Finanzierungssaldos .....	44
3.2	Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben .....	46
3.3	Entwicklung des strukturellen Defizits und Anpassungspfad zum mittelfristigen Haushaltsziel .....	47
3.4	Entwicklung des Schuldenstandes .....	48

- Nach der Beendigung des Defizitverfahrens im Juni 2007 ist der Staatshaushalt bereits in diesem Jahr – erstmalig seit 1989 – ausgeglichen. Ab 2010 unterschreitet der Schuldenstand den 60%-Referenzwert des Maastricht-Vertrags.
- Das Ziel eines auch mittelfristig strukturell ausgeglichenen Staatshaushalts wird in der Programmperiode bis 2011 erreicht. Damit setzt Deutschland ein wichtiges Signal zur Stärkung des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes.
- Der Bund weist noch ein deutliches Defizit auf. Das Ziel, den Bundeshaushalt bis 2011 auszugleichen, erfordert die konsequente Fortsetzung der in der Finanzplanung verankerten Konsolidierungslinie.
- Auch die Verbesserung der Qualität muss als eine zentrale Aufgabe finanzpolitischen Handelns verstanden werden. Dies erfordert insbesondere eine Steigerung der Effizienz staatlicher Ausgaben sowie institutionelle Rahmenbedingungen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu unterstützen.

Nach den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind die Euro-Teilnehmerstaaten verpflichtet, dem ECOFIN-Rat jährlich aktualisierte Stabilitätsprogramme vorzulegen. Die diesjährige Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 5. Dezember 2007 durch das Bundeskabinett gebilligt.

Im Folgenden werden die zentralen Elemente des aktualisierten Stabilitätsprogramms – die Darstellung der Finanzpolitik in Deutschland insbesondere im Hinblick auf die Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sowie die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Ent-

wicklung und der öffentlichen Haushalte – zusammenfassend vorgestellt. Die vollständige Version des deutschen Stabilitätsprogramms Dezember 2007 kann auf der Internetseite des Bundesfinanzministeriums ([www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)) abgerufen oder als Broschüre angefordert werden.

# 1 Finanzpolitik in Deutschland: Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Die zentrale Aufgabe der Finanzpolitik in Deutschland ist die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Nur mit soliden öffentlichen Finanzen können staatliche Handlungsspielräume auch für kommende Generationen gesichert werden. Sie sind zugleich notwendige Voraussetzung für dauerhaft günstige Wachstumsbedingungen. Umgekehrt gilt ebenso, dass ein angemessenes Wirtschaftswachstum und ein Anstieg der Beschäftigung die besten Voraussetzungen für gesunde und tragfähige öffentliche Finanzen schaffen – dies haben die Erfahrungen der vergangenen Jahre in Deutschland deutlich gezeigt.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist deshalb gleichermaßen auf die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme wie auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet. Die positive Bilanz der vergangenen zwei Jahre bestätigt das erfolgreiche Zusammenspiel zwischen Konsolidierung und Wachstum.

Um die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte langfristig sicherzustellen, müssen beide Ziele – Wachstum und Konsolidierung – gleichermaßen und dauerhaft erreicht werden. Neben der quantitativen Konsolidierung gilt es daher auch, die Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen in den Mittelpunkt finanzpolitischen Handelns zu stellen.

## 1.1 Die Qualität der öffentlichen Finanzen

Nur mit einer nachhaltig wachstumsfördernden Ausgestaltung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen wird ein dauerhaft höherer Wachstumspfad erreichbar sein. Quantitative und qualitative Konsolidierung bilden dabei keinen Widerspruch, sondern ergänzen einander. Die

Fortsetzung der strukturellen Konsolidierung und weitere Strukturreformen müssen die notwendigen Spielräume schaffen, um verstärkt Schwerpunkte in zukunftsorientierten Bereichen setzen zu können.

Eine Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen darf indes nicht auf eine Umschichtung staatlicher Ausgaben zugunsten wachstumsrelevanter Aufgaben reduziert werden. Neben einer wachstums- und beschäftigungsfördernden Ausgestaltung auch der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte ist insbesondere eine Steigerung der Effizienz staatlicher Ausgaben in allen Bereichen erforderlich. Aufgabe der Finanzpolitik ist es nicht zuletzt, Mechanismen und Strukturen zu etablieren, die eine Überprüfung der Effektivität und Effizienz der Verwendung öffentlicher Mittel ermöglichen. Auch wenn es darum geht, Langfristorientierung und Stabilisierungsfunktion der öffentlichen Haushalte zu verankern, sind institutionelle Rahmenbedingungen und Regeln ein wesentlicher Einflussfaktor. Der ECOFIN-Rat hat die wichtige Rolle nationaler Budgetregeln und Institutionen insbesondere in Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung und die Vermeidung prozyklischer Finanzpolitik mehrfach hervorgehoben.<sup>1</sup> In diesem Sinne ist vor allem die Reform der verfassungsrechtlichen Regeln zur Begrenzung der Staatsverschuldung im Rahmen der Föderalismusreform ein zentrales Ziel der Bundesregierung.



## Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung weiter verbessern

Mit dem Bundeshaushalt 2008 und der Finanzplanung bis 2011 setzt die Bundesregierung ihre finanzpolitische Doppelstrategie fort. Über die Weiterführung des zu Beginn der Legislaturperiode beschlossenen 25-Mrd.-€-Impulsprogramms hinaus werden mit zusätzlichen knapp

<sup>1</sup> Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rats vom 10. Oktober 2006 und vom 27. September 2007.

10 Mrd. € im Finanzplanungszeitraum weitere Schwerpunkte in zukunftsorientierten Politikbereichen gesetzt. Im Vordergrund stehen Ausgaben in den Bereichen Forschung und Bildung, innere und äußere Sicherheit sowie Entwicklungshilfe. Mit einem Nachtrag zum Haushalt 2007 wurden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Bund mithilfe eines Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ ab dem nächsten Jahr insgesamt 2,15 Mrd. € Finanzhilfen für Investitionen der Länder und Gemeinden zum Ausbau der Infrastruktur für Kinderbetreuung bereitstellen kann. Ab 2009 beteiligt sich der Bund zudem im Wege einer veränderten Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern an den Betriebskosten dieser zusätzlichen Kinderbetreuungseinrichtungen. Nach der verbesserten steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten ab 2006 und der Einführung eines einkommensabhängigen Elterngelds ab 2007 sind dies weitere Schritte, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Bereits zu Beginn dieses Jahres konnte der paritätisch finanzierte Gesamtbeitragssatz zur Sozialversicherung um 1,3 Prozentpunkte auf 39,7 % und damit unter die von der Bundesregierung gesetzte Zielmarke von 40 % gesenkt werden. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird zum 1. Januar 2008 um weitere 0,9 Prozentpunkte auf dann 3,3 % gesenkt. Damit kommt es trotz der zum 1. Juli 2008 vorgesehenen Erhöhung des Beitragssatzes der sozialen Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte ab 2008 zu einer weiteren deutlichen Reduzierung der Lohnzusatzkosten.

Mit der Reform der Unternehmensbesteuerung, die zum 1. Januar 2008 in Kraft tritt, wird die Basis für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung gestärkt und die Attraktivität des Standorts Deutschland erhöht. Die Reform verbessert die steuerlichen Bedingungen für die Eigenkapitalbildung deutscher Unternehmen und wirkt der Verlagerung von in Deutschland erwirtschafteten Gewinnen und damit verbundenen Steuerzahlungen in andere Länder entgegen. Die geänderten gesetzlichen Regelungen

stabilisieren die Einnahmebasis des Staates, insbesondere die der Gemeinden. Durch die abgestimmte Anpassung der Unternehmenssteuersätze wird eine weitgehende Belastungsneutralität für alle Rechtsformen von Unternehmen in Deutschland erreicht.<sup>2</sup>

### **Strukturelle Konsolidierung fortsetzen – Qualität der Einnahmenseite verbessern**

Angeichts der insbesondere im Bundeshaushalt noch immer vorhandenen strukturellen Lücke und um die Handlungsspielräume für einen leistungsfähigen Staat dauerhaft zu sichern, ist die konsequente Fortsetzung der mittel- und langfristig ausgerichteten Konsolidierungsstrategie unabdingbar. Ein zentrales Element der Finanzpolitik des Bundes bleibt deshalb das von der Bundesregierung zu Beginn der Legislaturperiode beschlossene Konsolidierungskonzept, dessen Kernbestandteil die Maßnahmen sind, die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 eingeleitet wurden und die nun weiter ihre Wirkung entfalten. Auf der Ausgabenseite sind insbesondere die Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz und Effektivität bei der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende und Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung zu nennen.

Auf der Einnahmenseite hat die Anhebung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes um drei Prozentpunkte zum 1. Januar 2007 eine Stabilisierung bewirkt. Sie hat zudem über die Finanzierung einer Beitragssatzsenkung bei der Arbeitslosenversicherung zur Entlastung des Faktors Arbeit beigetragen. Die in den vergangenen Jahren bereits erfolgte und die für das kommende Jahr beschlossene Absenkung der direkten Steuer- und Abgabenlasten sowie die im Gegenzug erfolgte Stärkung der indirekten Besteuerung sind Elemente einer wachstums- und wettbewerbsfähigen Einnahmenstruktur.

Einen wesentlichen Beitrag zur quantitativen wie zur qualitativen Konsolidierung des Bundeshaushalts leistet der Abbau von Subventionen.<sup>3</sup> Die Subventionen des Bundes sinken zwischen 2005 und 2008, dem Berichtszeitraum des

<sup>2</sup> Zur Reform der Unternehmensbesteuerung vgl. BMF-Monatsbericht März 2007.

<sup>3</sup> Vgl. zum 21. Subventionsbericht BMF-Monatsbericht September 2007.

aktuellen 21. Subventionsberichts der Bundesregierung, um rund 2,0 Mrd. € auf 21,5 Mrd. €. Den Hauptanteil hieran trägt der Abbau von Steuervergünstigungen. Diese sinken um 9 % auf 15,8 Mrd. €. Die Finanzhilfen, die von 1998 bis 2005 auf 6,1 Mrd. € bereits nahezu halbiert wurden, sinken bis 2008 nochmals um 7 % auf 5,7 Mrd. €. Bis 2011 sieht der Finanzplan einen weiteren Rückgang auf dann 5 Mrd. € vor.

### **Effektivität und Effizienz staatlicher Ausgaben erhöhen**

Eine wesentliche Anforderung an eine qualitätsorientierte Finanzpolitik ist eine verstärkte Ergebnisorientierung. Staatsausgaben und Staatsaufgaben müssen nicht nur regelmäßig auf ihre Notwendigkeit, sondern auch auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Mit der Zielsetzung einer Verbesserung der Ausgabeneffizienz arbeitet das Bundesministerium der Finanzen derzeit an einer Reform des Haushalts- und Rechnungswesens des Bundes. Dazu wurde im Oktober 2006 eine Projektgruppe eingerichtet, die die wesentlichen Reformansätze des Haushalts- und Rechnungswesens im In- und Ausland untersucht sowie Vorschläge für eine Reform des Haushaltssystems vorgelegt hat. Nach den in der ersten Projektphase bis Juli 2007 gewonnenen Erkenntnissen eignet sich das Reformmodell einer modernen, sogenannten erweiterten Kameralistik für den Bundeshaushalt, da es unter Beibehaltung einer kameralen Struktur über eine flächendeckende, aber den jeweiligen Erfordernissen angepasste Kosten- und Leistungsrechnung mit einem vertretbaren Aufwand ein verbessertes Bild über die Finanz- und Vermögenslage des Bundes ermöglicht und mit einer ergebnisorientierten Haushaltspolitik verbunden werden kann. Das Grobkonzept wird derzeit evaluiert, um bis Mitte 2009 ein konkretes Reformkonzept für den Bundeshaushalt zu entwickeln.

Auch zu einer weiteren Verbesserung der Effektivität und Effizienz staatlicher Subventionen hat das Bundesfinanzministerium Maßnahmen ergriffen. Die Bundesregierung folgt bei ihrer Subventionspolitik Leitlinien, die der Erhöhung der Transparenz, des Rechtfertigungsdrucks und der Steuerungsmöglichkeiten im

Subventionswesen dienen. Mit dem Beschluss dieser Leitlinien im März 2006 hat die Bundesregierung auch die Bedeutung der Erfolgskontrolle von Subventionen hervorgehoben. Handlungsbedarf besteht insbesondere bei den Steuervergünstigungen. Die steuerlichen Subventionen übersteigen in ihrem finanziellen Volumen die Finanzhilfen deutlich und wurden bislang nur in geringem Maße evaluiert. Das Bundesfinanzministerium hat deshalb ein internationales Konsortium unabhängiger Wirtschaftsforschungsinstitute mit der Evaluierung der finanziell bedeutsamsten Steuervergünstigungen beauftragt. Von der Evaluierung sind mehr als 90 % des Steuersubventionsvolumens des Bundes umfasst. Ziel ist eine systematische Bewertung aller Vergünstigungen unter gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Aspekten.

### **Reform des Föderalismus**

In Deutschland werden die Rahmenbedingungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik maßgeblich durch die föderale Struktur des Bundesstaates mitbestimmt. Nach dem Inkrafttreten der ersten Stufe der Föderalismusreform im September 2006, die den Abbau von Zuständigkeitsverflechtungen und eine partielle Neuordnung der Gesetzgebungszuständigkeiten beinhaltet, sollen nunmehr in einem zweiten Schritt die Bund-Länder-Finanzbeziehungen den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Zur Erarbeitung entsprechender Reformvorschläge ist am 8. März 2007 eine gemeinsame Kommission von Bundestag und Bundesrat konstituiert worden. Die zweite Stufe der Föderalismusreform soll innerhalb dieser Legislaturperiode beschlossen werden.

Eine zentrale Rolle im Finanzbereich wird dabei der Begrenzung der Staatsverschuldung und der Vermeidung von Haushaltskrisen im Bundesstaat beigemessen. Es gilt, die in der Finanzverfassung angelegten institutionellen Voraussetzungen für eine tragfähige Entwicklung der öffentlichen Haushalte zu verbessern. Stringentere Verschuldungsregeln und ein Frühwarnsystem zur Erkennung von Haushaltsschiefen können dafür sorgen, dass der Staat die finanziellen Spielräume zurückgewinnt bzw. erweitert, die zur Erfüllung der drängenden



Zukunftsaufgaben notwendig sind. Über Finanzthemen hinaus erstrecken sich die Beratungen auch auf Möglichkeiten zur Verbesserung der Qualität und der Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung, z. B. durch Neustrukturierung, Standardisierung, Automatisierung, Bündelung oder Verbesserung der ebenen- und organisationsübergreifenden Zusammenarbeit.



## 1.2 Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Die deutsche Bevölkerung wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in ihrer Struktur und voraussichtlich auch in ihrer Größe deutlich verändern. Bedeutsamer als ein möglicher Bevölkerungsrückgang ist die absehbare Alterung der Gesellschaft. Bis 2050 wird sich der Altenquotient, der das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im Rentenalter und der Bevölkerung im Erwerbsalter beschreibt, in etwa verdoppeln. Diese Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur erhöhen den Druck auf die öffentlichen Haushalte auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite. Auf der Ausgabenseite gilt dies vor allem für diejenigen sozialen Sicherungssysteme, die vorwiegend der Bewältigung der altersabhängigen Risiken dienen – die Renten- und Pflege-, aber auch die Krankenversicherung. Auf der Einnahmenseite ist relevant, dass der mit der veränderten Altersstruktur einhergehende Rückgang des Arbeitsangebots die wirtschaftliche Dynamik beeinträchtigt. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass mit den im Bereich der sozialen Sicherung und auf dem Arbeitsmarkt durchgeführten Reformen bereits deutliche Fortschritte in Richtung auf tragfähige öffentliche Finanzen erzielt werden konnten.

Langfristige Budgetprojektionen werden auf nationaler Ebene wie auf EU-Ebene in einem mehrjährigen Turnus erstellt. Die Ergebnisse der zuletzt vom Wirtschaftspolitischen Ausschuss der EU und der EU-Kommission publizierten

Modellrechnungen wurden bereits bei der Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms im Dezember 2006 dargestellt. Sie fließen in die Risikobewertung ein, die der ECOFIN-Rat jährlich bei seiner Prüfung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme mit Blick auf die langfristige Solidität der Staatsfinanzen vornimmt. Deutschland lag im letzten Jahr im Mittelfeld der beurteilten Länder.

Die Bundesregierung hat seither weitere Schritte unternommen, um möglichen Gefahren zu begegnen, die sich aus den Folgen der Bevölkerungsalterung für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ergeben. Wie sich die Situation heute – auf Basis aktualisierter Bevölkerungsvorausrechnungen – darstellt, wird der zweite Tragfähigkeitsbericht zeigen, mit dem das Bundesministerium der Finanzen im kommenden Jahr die nationale Berichterstattung fortsetzen wird. Der Bericht, der wie der Vorgängerbericht auf externen Modellrechnungen des ifo-Instituts München aufbaut, wird auch darlegen, in welchem Ausmaß weitere Maßnahmen zur Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen notwendig sind, und entsprechende Handlungsoptionen aufzeigen.

## 1.3 Deutsche Finanzpolitik im europäischen Kontext

Rechtliche Grundlage der haushaltspolitischen Überwachung sowie der Entscheidungen im Rahmen der laufenden Defizitverfahren sind die einschlägigen Regelungen des EG-Vertrags sowie der im Frühjahr 2005 reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt. Auf dieser Basis hat der ECOFIN-Rat mit seiner Entscheidung vom 5. Juni 2007 das im Jahr 2003 in Bezug auf Deutschland eröffnete Defizitverfahren beendet. Der Rat stellte fest, dass es Deutschland gelungen sei, sein Defizit glaubwürdig und nachhaltig unter den vom EG-Vertrag vorgegebenen Referenzwert von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zurückzuführen. Die Entscheidung des Rats über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in Deutschland vom 21. Januar 2003 wurde damit aufgehoben.

Mit der Rückführung des gesamtstaatlichen Defizits auf 1,6 % des BIP im Jahr 2006 ist es

Deutschland gelungen, sein übermäßiges Defizit bereits ein Jahr vor der vom ECOFIN-Rat im März 2006 gesetzten Frist zu korrigieren. Zugleich wurden die Vorgaben des ECOFIN-Rats zur Verringerung des strukturellen Defizits mehr als deutlich erfüllt. 2007 wird Deutschland einen ausgeglichenen Staatshaushalt aufweisen. Die erfolgreiche Rückführung des Defizits ist eine Bestätigung der wirtschafts- und finanzpolitischen Strategie der Bundesregierung, die auf strukturelle Konsolidierung und Stärkung des Wachstumspotenzials gleichermaßen setzt.

Die Finanzminister der Länder des Euro-raums haben im April 2007 in Berlin gemeinsam erklärt, dass sie anstreben, ihre jeweiligen mittelfristigen Haushaltsziele bis spätestens 2010 zu erreichen. Für die Glaubwürdigkeit des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist es von großer Bedeutung, dass diese Vereinbarung von allen Ländern eingehalten wird. Die Bundesregierung wird den Weg der nachhaltigen Konsolidierung und der Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen weiterhin konsequent verfolgen. Das Ziel, wonach der Bund und die Länder grundsätzlich strukturell ausgeglichene Haushalte anstreben, soll nach Auffassung der Bundesregierung im Zuge der zweiten Stufe der Föderalismusreform auch in der Verfassung verankert werden.

Insbesondere bedingt durch die mit der Unternehmensteuerreform – zumindest anfänglich – verbundenen Steuermindereinnahmen, wird das Ziel, eine weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung zum Ausgleich des Haushalts zu nutzen, beim Bund voraussichtlich erst 2011 erreicht. Die Unternehmensteuerreform stellt eine strukturelle Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung dar. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Erträge aus dieser Reform werden sich in vollem Umfang vor allem mittel- und langfristig einstellen.

## 2 Gesamtwirtschaftliche Perspektiven bis 2011

Für 2007 rechnet die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von real 2,4%. Deutliche Wachstumsimpulse werden vom Außenbeitrag erwartet (ein Prozentpunkt). Auch die inländischen Auftriebskräfte werden sich verstärken und das Wachstum zu mehr als die Hälfte tragen (1,4 Prozentpunkte). Infolge des anhaltenden Aufschwungs erwartet die Bundesregierung eine deutliche Zunahme der Erwerbstätigkeit um rund 1,7% und eine Senkung der registrierten Arbeitslosigkeit um rund 700 000 Personen.

Der Aufschwung wird sich angesichts günstiger wirtschaftlicher Fundamentalfaktoren fortsetzen. So ist für 2008 mit einem realen Wirtschaftswachstums von 2,0 % zu rechnen. Die etwas geringere Dynamik im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem durch das voraussichtlich etwas niedrigere weltwirtschaftliche Wachstum vor dem Hintergrund der Immobilienkrise in den USA und der Finanzmarkturbulenzen, den deutlichen Ölpreisanstieg sowie die Aufwertung des Euro begründet.

Das Wirtschaftswachstum wird 2008 im Wesentlichen von der Binnennachfrage getragen, während die Nettoexporte rein rechnerisch kaum noch zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen. Die Inlandsnachfrage erhält kräftige Impulse von den Ausrüstungsinvestitionen. Auch der gewerbliche Bau dürfte zum Wirtschaftswachstum beitragen. Insgesamt wird der Zuwachs der Bruttoanlageinvestitionen jedoch vor allem wegen der ausgelaufenen verbesserten Abschreibungsbedingungen voraussichtlich schwächer ausfallen als in diesem Jahr. Dagegen dürfte sich der private Konsum zur Haupttriebfeder des Aufschwungs entwickeln. Dabei wird erwartet, dass die weiter expandierende Beschäftigung und steigende Löhne die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erhöhen und so den privaten Konsum begünstigen. Die Erwerbstätigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt um 300 000 Personen steigen. Entsprechend ist mit einer Fortsetzung des Abbaus registrierter Arbeitslosigkeit zu rechnen, auch wenn er geringer ausfallen dürfte als in diesem Jahr (rund – 295 000 Personen).

In den Folgejahren (2009 bis 2011) wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um rund  $+1\frac{1}{2}\%$  pro Jahr zunehmen. Das jährliche Potenzialwachstum dürfte in diesem Zeitraum bei etwa  $+1\frac{3}{4}\%$  pro Jahr liegen. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten werden dabei durch eine wieder deutliche Ausweitung des Kapitalstocks und durch Investitionen in Humanvermögen begünstigt. Die verbesserten makroökonomischen Rahmenbedingungen und die strukturellen Reformen manifestieren sich erst sukzessive auch in einem höheren Wachstumspfad. In der längeren Frist bestehen daher gute Chancen, dass sich das Potenzialwachstum im Zuge der andauernden Erholung weiter bis auf rund  $+2\%$  erhöht.

Ausgehend von einer robusten Weltkonjunktur sind über den gesamten Projektionszeitraum außenwirtschaftliche Impulse zu erwarten. Die stärksten Wachstumsimpulse werden im Vorausschätzungszeitraum von der Binnennachfrage ausgehen. Dabei wird der private Konsum deutlich stärker als in den Vorjahren und nur wenig schwächer als das Bruttoinlandsprodukt zulegen, während der Staatskonsum im Gefolge des Konsolidierungskurses über den gesamten Projektionszeitraum nur wenig zunehmen wird.

Die Unternehmensinvestitionen dürften überproportional zur gesamtwirtschaftlichen Produktion steigen. Die Investitionsentwicklung profitiert von den kräftig gestiegenen Gewinnen und der moderaten Arbeitskostenentwicklung. Zudem werden die Unternehmen mit der Unternehmenssteuerreform und durch niedrigere Sozialbeiträge entlastet. Die hohe Kapazitätsauslastung führt zu einem starken Bedarf an Erweiterungsinvestitionen. Die Erwerbstätigkeit dürfte um rund  $\frac{1}{2}\%$  pro Jahr steigen. Gleichzeitig dürfte sich die Zahl der Arbeitslosen weiter reduzieren.

Risiken dieser Projektion stellen steigende Preise für Rohstoffe, vor allem für Rohöl, dar. Die Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen und der Immobilienkrise in den USA könnten die weltwirtschaftliche Dynamik auch stärker als allgemein angenommen belasten und so die außenwirtschaftlichen Impulse auf die deutsche Wirtschaft verringern. Nicht auszuschließen ist auch, dass gerade vor dem Hintergrund der Finanzmarkturbulenzen – angesichts des nach wie vor gravierenden Leistungsbilanz- und Staatsdefizits in den USA – eine abrupte und kräftige

Abwertung des US-Dollar erfolgt. Innerhalb des Euroraums könnte eine Vergrößerung der Inflations- und Lohndifferenzen mit einhergehenden Unterschieden in den Leistungsbilanzsalden zur Belastung für die wirtschaftliche Entwicklung werden. Allerdings bestehen auch Chancen, dass der Aufschwung stärker ausfällt als erwartet. Dazu könnten eine dynamischere Investitionstätigkeit als erwartet und deren positive Effekte auf Beschäftigung und Konsum beitragen. Auch wird die wirtschaftliche Eigendynamik in einem Aufschwung oft unterschätzt. Es besteht ferner die Chance, dass eine noch stärkere Nachfrageentfaltung in den Schwellenländern Asiens und in den Aufholländern Osteuropas der Wachstumsdämpfung in den USA deutlicher entgegenwirkt.



### 3 Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte

#### 3.1 Entwicklung des Finanzierungssaldos

##### Ausgeglichener Staatshaushalt

Deutschland wird in diesem Jahr das erste Mal seit 1989 einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen. Damit wurde im Zuge des von der Regierung im Jahr 2006 umgesetzten Konsolidierungspaketes nicht nur das übermäßige Defizit abgebaut, sondern ein entscheidender Schritt zur tragfähigen Gestaltung und langfristigen Gesundung der Staatsfinanzen vollzogen.

Dabei wird der staatliche Finanzierungssaldo im laufenden Jahr 2007 maßgeblich durch zwei Faktoren bestimmt:

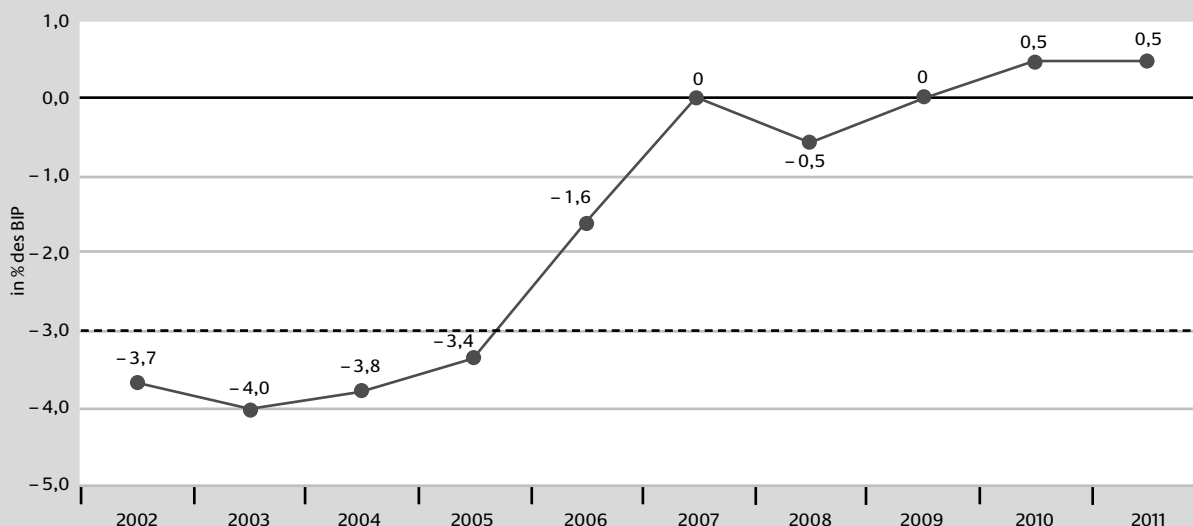
Die von der Bundesregierung umgesetzten Maßnahmen führen gemeinsam mit der bereits zuvor angelegten und weiterhin restriktiven Ausgabenlinie zur Fortsetzung der strukturellen Haushaltskonsolidierung. Die Konsolidierungswirkung der Maßnahmen liegt allein bei rd. 1 % des BIP. Gemeinsam mit der restriktiven Ausgabenlinie haben sie den wesentlichen Anteil an

der weiteren Rückführung der gesamtwirtschaftlichen Defizitquote hin zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt.

Verstärkt wird der Defizitabbau durch konjunkturelle Faktoren. Die weiterhin positive gesamtwirtschaftliche Dynamik führt – wie bereits im Vorjahr – zu einer spürbaren konjunkturbedingten Entlastung der öffentlichen Haushalte. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum liegt oberhalb des Potenzialpfades, entsprechend sind für die öffentlichen Haushalte konjunkturbedingte Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen sowie Entlastungen bei den konjunkturabhängigen Arbeitsmarktausgaben zu verzeichnen.

Im kommenden Jahr wird sich der Finanzierungssaldo auf  $-1/2\%$  des BIP verschlechtern. Die Veränderung des Finanzierungssaldos 2008 wird insbesondere durch die Reform der Unternehmensbesteuerung sowie die beschlossene Absenkung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung beeinflusst. Hinzu kommen steigende Ausgaben, insbesondere aufgrund von Tarifsteigerungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die ab dem Jahr 2008 wirksamen Maßnahmen sind weiterhin vor dem Hintergrund einer – im Vergleich zur wirtschaftlichen Entwicklung – moderaten Ausgabenlinie zu sehen. Zudem führen die bereits im Jahr 2007

**Abbildung 1: Entwicklung des Maastricht-Saldos bis 2011**  
– staatlicher Finanzierungssaldo in % des BIP –



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

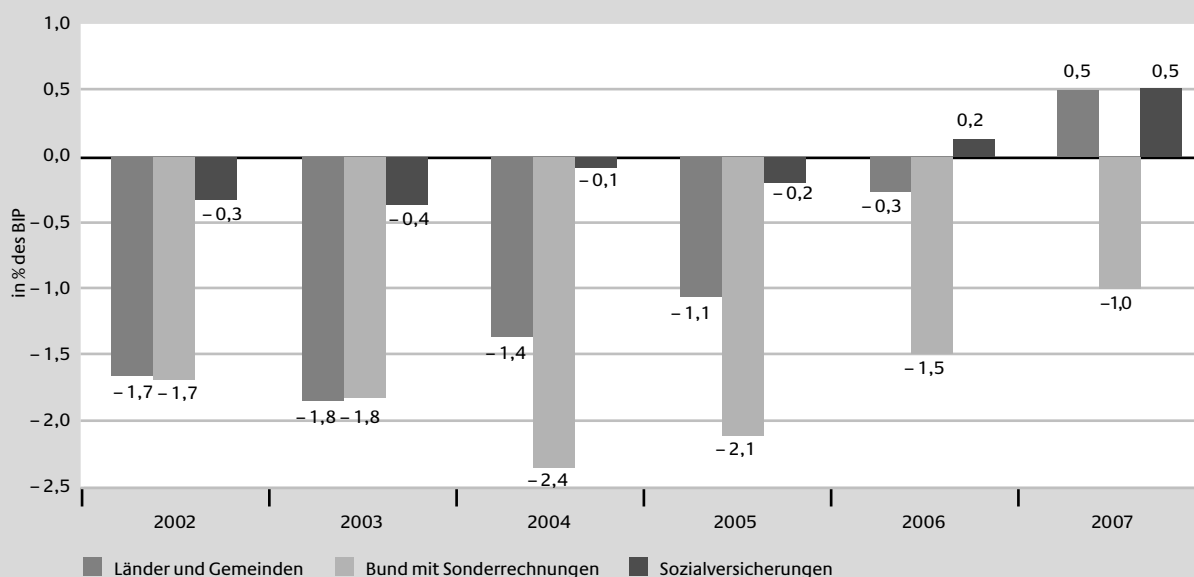
umgesetzten Maßnahmen zu einer Stabilisierung der Steuerbasis und deutlichen Einsparungen insbesondere bei den monetären Sozialleistungen: Daher schlagen die Steuerreform und die weitere Absenkung der Lohnnebenkosten nicht in vollem Umfang auf den gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo durch.

In den Jahren 2009 und 2011 wird der Zuwachs der Steuereinnahmen wieder weitgehend proportional zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verlaufen. Zudem laufen im Jahr 2006 umgesetzte expansive Maßnahmen des Impulsprogramms aus. Für die Ausgaben wird – nach dem deutlichen Basiseffekt des Jahres 2008 – mit einer Fortsetzung der im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unterproportionalen Ausgabenlinie gerechnet. Die vorübergehende Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos im Jahr 2008 wird daher bereits im Jahr 2009 kompensiert sein, so dass schon dann wieder mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt zu rechnen ist. Gegen Ende der Programmperiode kann ohne weitere Politikveränderungen mit einem gesamtstaatlichen Budgetüberschuss von ½ % des BIP gerechnet werden.

## Finanzierungssalden nach Ebenen

Der Bund kann durch die Verbesserung der Einnahmehasis im Jahr 2007 eine deutliche Erleichterung seiner Finanzsituation erreichen. Die im Nachtragshaushalt für 2007 vorgesehene Nettokreditaufnahme beträgt 14,4 Mrd. €. Betrachtet man den Bund in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) – d. h. einschl. der zur Sphäre des Bundes zählenden Sonderrechnungen<sup>4</sup> –, wird sich 2007 ein Finanzierungssaldo von rd. – 1 % des BIP ergeben – nach – 1,5 % im Jahr 2006. Auf der Einnahmeseite tragen die beschlossenen steuerlichen Maßnahmen spürbar zur Verbesserung des Finanzierungssaldos bei. Der Ausgabenzuwachs bleibt deutlich unterhalb der Einnahmeentwicklung. Die Ausgabenseite der Bundesebene wird dabei weitgehend durch die steigenden Zuweisungen an die Sozialversicherungen infolge der Abgabe eines Umsatzsteuereinkommens an die Bundesagentur für Arbeit geprägt. Im Jahr 2007 wird der Anstieg der gesamten Ausgaben des Bundes in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei rund 2 % liegen. Ohne die zusätzlichen Zahlungen an die Sozialversicherungen wäre

**Abbildung 2: Maastricht-Saldo: Bund und Länder im Vergleich**  
– Finanzierungssaldo in % des BIP<sup>1</sup> –



<sup>4</sup> ERP-Sondervermögen, Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Fonds „Aufbauhilfe“, Kinderbetreuung (ab 2007), Postbeamtenversorgungskasse.

beim Bund im Jahr 2007 – in VGR-Abgrenzung – kein Ausgabenzuwachs zu verzeichnen.

Trotz des deutlichen Konsolidierungserfolgs ist der Bund die einzige staatliche Ebene, die im Jahr 2007 noch einen negativen Finanzierungssaldo aufweist.

Im kommenden Jahr 2008 ist für den Bund infolge der oben skizzierten Entwicklungslinie für den öffentlichen Gesamthaushalt eine weitgehend gleichgerichtete Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben zu erwarten. Erst ab dem Jahr 2009 ergibt sich aus der aktuellen Finanzplanung ein weiterer deutlicher Abbau des negativen Finanzierungssaldos für die Ebene des Bundes. Nach Umsetzung der Finanzplanung wird der Bund im Jahr 2011 sowohl in haushaltsmäßiger Abgrenzung als auch in Abgrenzung der VGR ein ausgeglichenes Budget erreichen.

Die aktuelle Projektion zur Entwicklung der Haushalte von Ländern und Gemeinden zeigt ein sehr positives Bild. Länder und Gemeinden werden im Jahr 2007 einen Überschuss von rd.  $\frac{1}{2}$  % des BIP aufweisen. Über die gesamte Programmperiode ist für die Ebene von Ländern und Gemeinden mit keinem negativen Finanzierungssaldo zu rechnen.

### 3.2 Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben: Restriktive Ausgabenlinie trägt wesentlich zum Ausgleich des Staatshaushalts bei

Bei den Steuereinnahmen in VGR-Abgrenzung wird im laufenden Jahr ein Zuwachs von rd. 9 % gegenüber 2006 erwartet. Die Entwicklung der Steuereinnahmen stellt sich damit im Vergleich zur letzten Aktualisierung des Stabilitätsprogramms vom Dezember 2006 deutlich günstiger dar. Das Niveau der Steuern liegt rd. 1 % des BIP höher als in der Dezember-2006-Projektion. Die Steuerquote wird im Jahr 2007 rund 24 % des BIP betragen. Ursache sind insbesondere die steuerpolitischen Maßnahmen des Jahres 2007 sowie der Basiseffekt aus dem Jahr 2006, in welchem die volkswirtschaftliche Steuerquote bereits um rd. einen Prozentpunkt auf 23 % des BIP gestiegen war.

Die steigende Steuerquote wird durch eine rückläufige Sozialbeitragsquote weitgehend

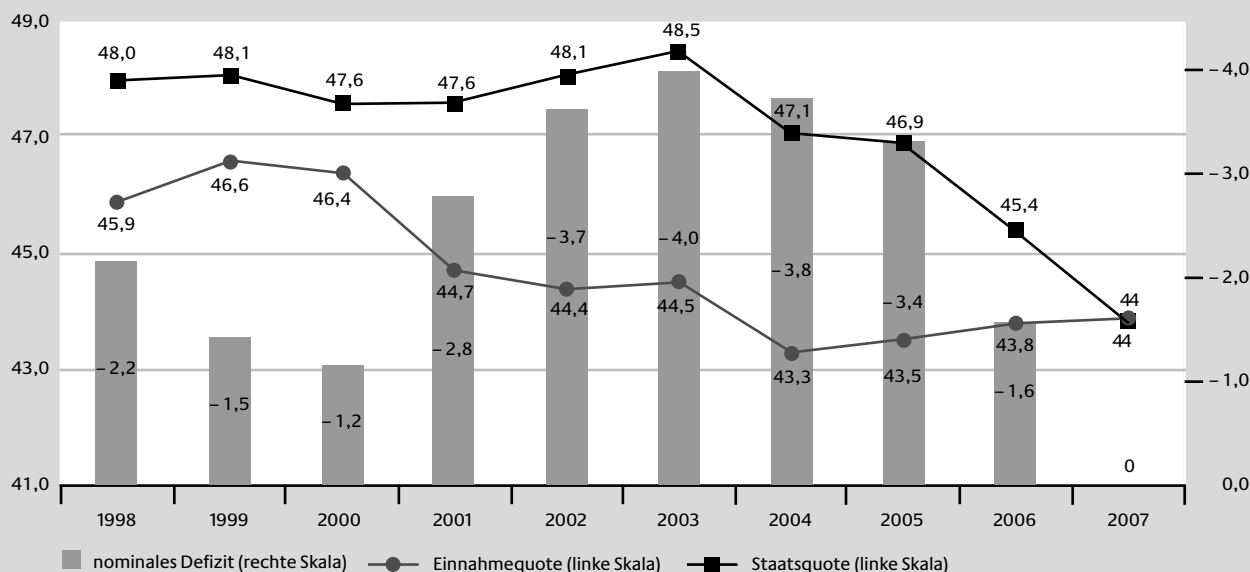
ausgeglichen. Im laufenden Jahr wird das Aufkommen der Sozialbeiträge – bedingt durch Beitragsabsenkungen – gegenüber dem Vorjahr um ein  $\frac{1}{2}$  % zurückgehen. Die Sozialbeitragsquote wird auf  $16\frac{1}{2}$  % des BIP sinken. Im kommenden Jahr 2008 bewirkt eine weitere Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung ein erneutes Absinken des Anteils der Sozialbeiträge am BIP auf rd. 16 %. In der Folge wird die Abgabenquote im Jahr 2008 auf rd.  $39\frac{1}{2}$  % des BIP zurückgehen. Am Ende der Programmperiode ist infolge der zu erwartenden Absenkung des Rentenbeitrages mit einem weiteren Rückgang der Abgabenquote zu rechnen.

Zwar hat die Einnahmeentwicklung in den vergangenen beiden Jahren deutlich zur Beendigung des übermäßigen Defizits beigetragen. Betrachtet man jedoch jeweils die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr, geht der deutlich höhere Konsolidierungsbeitrag von der Ausgabenseite aus. Seit Bestehen des übermäßigen Defizits im Jahr 2002 sind die Ausgaben des Staates jahresdurchschnittlich nominal um lediglich 0,6 % pro Jahr gestiegen.

Ohne diese restriktive Ausgabenlinie wäre das übermäßige Defizit in Deutschland nicht abgebaut worden. Der Abbau der Defizitquote in den Jahren 2006 und 2007 geht zu rd. 80 % auf eine Reduzierung der Staatsquote zurück. Während die Staatsquote im Jahr 2002 – dem Jahr, in dem erstmals die 3 %-Grenze überschritten wurde – noch bei 48 % des BIP lag, wird sie in diesem Jahr voraussichtlich nur noch 44 % des BIP betragen. Dies ist der niedrigste Wert seit der deutschen Einheit. Zum Vergleich: Im Durchschnitt des Euroraums liegt die Staatsquote im Jahr 2007 bei  $46\frac{1}{2}$  % des BIP.

Die restriktive Ausgabenlinie setzt sich auch im Verlauf der Programmperiode fort. Der jahresdurchschnittliche Ausgabenzuwachs liegt in der Programmperiode bei rd.  $+1\frac{1}{2}$  %. Zwar wurde – auch vor dem Hintergrund der verbesserten Einnahmesituation – in der Projektion ein Anstieg der Staatsausgaben für Personal, laufenden Sachaufwand und Investitionen unterstellt. Andererseits wird – ebenfalls korrespondierend mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – davon ausgegangen, dass die monetären Sozialtransfers (rd. 41 % der Staatsausgaben) in der Programmperiode nur geringfügig steigen.

**Abbildung 3: Deutschlands Weg zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt**  
– Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP –



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

### 3.3 Entwicklung des strukturellen Defizits und Anpassungspfad zum mittelfristigen Haushaltsziel

#### Staatshaushalt 2007 auch strukturell nahezu ausgeglichen

Der ECOFIN-Rat hatte Deutschland im Rahmen der Inverzugsetzung wegen eines übermäßigen Defizits am 14. März 2006 empfohlen, das strukturelle Defizit in den Jahren 2006 und 2007 um insgesamt mindestens einen Prozentpunkt zurückzuführen. Die vorliegenden Daten zeigen, dass der strukturelle Defizitabbau tatsächlich sehr viel weiter vorangekommen ist. Zum Ende des Jahres 2007 wird auch in struktureller Abgrenzung ein nahezu ausgeglichener Staatshaushalt erreicht sein, der strukturelle Saldo hat sich in den Jahren 2006 und 2007 insgesamt um rd. zwei Prozentpunkte verringert.

Der strukturell nahezu ausgeglichene Staatshaushalt zeigt, dass der Abbau des Staatsdefizits vor allem auf strukturellen Konsolidierungserfolgen basiert. Dabei lässt sich der konjunkturell begründete Defizitabbau aus der Veränderung der Produktionslücke in den Jahren 2006

und 2007 ableiten. In diesem Zeitraum hat sich die Produktionslücke von rd. - 2 % des potenziellen BIP im Jahr 2005 auf nun rd. + ½ % des potenziellen BIP im Jahr 2007 verändert. Die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2007 liegt damit oberhalb der Normalauslastung. Aus der Veränderung der Produktionslücke leitet sich ein konjunkturbedingter Defizitabbau um rd. 1 bis 1½ Prozentpunkte seit dem Jahr 2005 ab. Der verbleibende Teil des Defizitabbaus führt zu einer Rückführung des strukturellen Defizits. Hier schlagen sich vor allem die Konsolidierungswirkungen der bereits in den Vorjahren angelegten restriktiven Ausgabenlinie und die Umsetzung der von der Bundesregierung beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen nieder.

#### Weitgehender Abbau des strukturellen Defizits keine Entwarnung für die Konsolidierungspolitik

Trotz dieser deutlichen strukturellen Konsolidierungserfolge ist das Ergebnis eines im Jahr 2007 strukturell nahezu ausgeglichenen Haushalts mit Vorsicht zu interpretieren:

– Zum einen werden die im Jahr 2006 zu beobachtenden starken Variationen bei den

gewinnabhängigen Steuern von den gängigen Verfahren zur Konjunkturbereinigung nicht als „konjunkturell“ erklärt. Die gewinnabhängigen Steuern, aber auch die Umsatzsteuer haben im Jahr 2006 sehr viel stärker zugenommen, als es unter Anwendung der standardmäßigen Budgetsensitivität des verwendeten Konjunkturbereinigungsverfahrens infolge der wirtschaftlichen Belebung zu erwarten gewesen wäre. Die Folge war ein Anstieg der volkswirtschaftlichen Steuerquote im Jahr 2006 um rd. einen Prozentpunkt. Es ist a priori jedoch keineswegs eindeutig zu klären, ob z.B. der dahinter liegende Anstieg der Unternehmensgewinne letztlich tatsächlich eher strukturell oder eher konjunkturell begründet ist. Hier können sich strukturelle Effekte – etwa eine verbesserte Wettbewerbssituation der Unternehmen – zeigen, es können aber auch erhebliche Verzerrungen z.B. durch periodenübergreifende konjunkturelle bzw. andere transitorische Effekte vorliegen.

- Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass nicht alle staatlichen Ebenen bereits das Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts umgesetzt haben. Während Länder und Gemeinden Überschüsse verzeichnen können, weist der Bund nach wie vor ein deutliches strukturelles Defizit auf. Für den Bund ist daher die Fortsetzung der mit der aktuellen Finanzplanung verankerten Konsolidierungslinie unverzichtbar.

### **Anpassungspfad an das mittelfristige Haushaltsziel**

Deutschland verfolgt das Ziel, mittelfristig einen strukturell ausgeglichenen Staatshaushalt einzuhalten. Dieses Ziel wird in der Programmperiode 2007 bis 2011 erreicht. Bereits im Jahr 2007 wird der strukturelle Finanzierungssaldo beinahe vollständig abgebaut sein. Der Rahmen eines strukturell nahezu ausgeglichenen Staatshaushalts wird trotz der Verschlechterung des strukturellen Saldos im Jahr 2008 während der gesamten Programmperiode nicht mehr verlassen. Nach einem strukturellen Defizit von  $-1\frac{1}{2}\%$  des BIP im Jahr 2008 wird der strukturelle Ausgleich spätestens im Jahr 2010 wieder er-

reicht. Am Ende der Programmperiode ist mit einem strukturellen Überschuss von rd.  $\frac{1}{2}\%$  des BIP zu rechnen. Das vorliegende Stabilitätsprogramm zeigt damit, dass Deutschland den Beschluss der Eurogruppe vom April 2007 umsetzt, in dem sich die Mitglieder des Euro-raums verpflichteten, bis spätestens 2010 die Erreichung ihrer Mittelfristziele anzustreben. Damit wird eine elementare Voraussetzung für dauerhaft tragfähige Staatsfinanzen im Hinblick auf die Herausforderungen durch eine alternde Gesellschaft erfüllt.

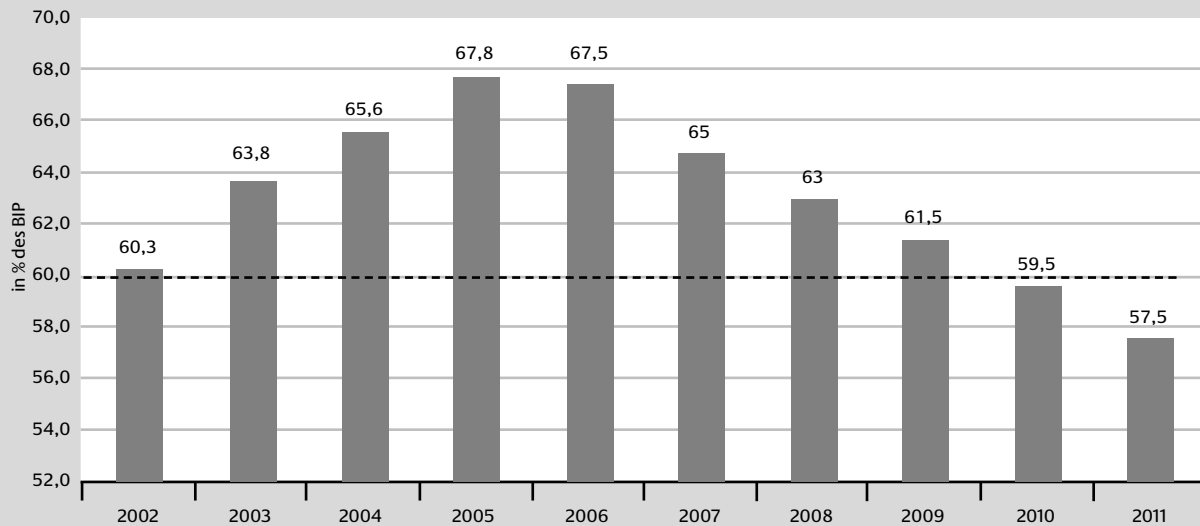
### **3.4 Entwicklung des Schuldenstandes**

Gegenüber der vorherigen Projektion entwickelte sich die Kreditaufnahme günstiger als erwartet. Die Schuldenquote wird infolgedessen bereits in diesem Jahr auf 65 % des BIP sinken. Auch im kommenden Jahr wird trotz leichtem Defizitanstieg ein weiterer Rückgang der Schuldenquote erreicht. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung und der daraus resultierenden Vergrößerung des Nenners der Schuldenquote liegt die Ursache auch darin, dass das Instrument der kassenmäßigen Kreditaufnahme im Jahr 2008 infolge hoher Einnahmen aus finanziellen Transaktionen nur zum Teil zur Finanzierung des Defizits in Anspruch genommen werden muss. Infolge der Entwicklung beim Finanzierungssaldo wird der Schuldenstand im Jahr 2010 die 60%-Grenze des Maastricht-Vertrages unterschreiten. Damit wird nach dem Abbau des übermäßigen Defizits auch der zweite wichtige Referenzwert des Maastricht-Vertrages unterschritten.

Vor dem Hintergrund der Tragfähigkeitsprobleme, vor denen die öffentlichen Haushalte aufgrund der Herausforderungen durch die alternde Gesellschaft stehen, reicht das Unterschreiten der 60%-Grenze jedoch nicht aus. Die Belastungen für das Staatsbudget, die in Folge der alternden Gesellschaft zu erwarten sind, verlangen ein weiteres Absenken des Schuldenstandes auf ein ausreichend niedriges Niveau, um für diese Herausforderungen gewappnet zu sein.



**Abbildung 4: Unterschreitung der 60%-Grenze in 2010:  
Entwicklung des Maastricht-Schuldenstandes in Deutschland  
– in % des BIP –**



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



# Einkommensentwicklung im Spannungsfeld zwischen verbesserter Wettbewerbsfähigkeit und Konsumschwäche

1	Einleitung .....	51
2	Nettolöhne und -gehälter sind kein umfassender Einkommensindikator .....	51
3	Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Einkommensmaße seit der Wiedervereinigung und im Vergleich zu früheren Dekaden .....	53
3.1	Entwicklung nominaler Einkommensgrößen .....	53
3.2	Entwicklung preisbereinigter Einkommensgrößen .....	58
4	Gefühlte versus gemessene Inflation .....	61
5	Zusammenfassung und Ausblick .....	62

- Der Wandel in der Beschäftigungsstruktur, hohe Arbeitslosigkeit sowie Lohnmoderation, aber auch der Anstieg der Abgabenbelastung dämpften die Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter und damit der verfügbaren Einkommen seit 1991. Die Zunahme der Vermögens- und Transfereinkommen konnte diese Dämpfung nur teilweise kompensieren.
- Günstige Einkommensperspektiven – vor dem Hintergrund deutlicher Beschäftigungsexpansion und steigender Löhne – dürften zur Überwindung der Konsumschwäche beitragen.
- Allerdings hat sich zuletzt der Preisauftrieb deutlich beschleunigt und führt erneut zu Kaufkraftbelastungen.

## 1 Einleitung

Seit einiger Zeit wird in der Öffentlichkeit verstärkt über die – trotz Konjunkturaufschwung – schwache Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter diskutiert. Dabei wird allerdings häufig übersehen, dass sie nur einen Teil der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte darstellen. Deshalb wird hier ein Überblick über verschiedene Einkommensindikatoren gegeben und ihre Entwicklung seit der Wiedervereinigung – auch im Vergleich zu den vorangegangenen Dekaden – analysiert.

## 2 Nettolöhne und -gehälter sind kein umfassender Einkommensindikator

Die Tatsache, dass die Nettolöhne und -gehälter kein umfassender Einkommensindikator sind, wird zum einen schon in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen deutlich. So beträgt der Anteil der Nettolöhne und -gehälter am verfügbaren Einkommen lediglich 41%.

Zum anderen liefern Haushaltsbefragungen auf freiwilliger Basis wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes, die alle fünf Jahre erhoben wird, oder das im jährlichen Rhythmus fortgeschriebene Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) einen Einblick in die Verteilung der

Einkommen nach Haushaltstypen.<sup>1</sup> Gemäß seinem gesetzlichen Auftrag wertet auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen anhand dieser Datenquellen regelmäßig aus.

Die von den Haushalten erzielten Einkommen setzen sich neben den Einkommen aus Arbeitnehmertätigkeit auch aus Einkünften aus selbstständiger Erwerbstätigkeit, Vermögens-einkünften (aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Kapital), Einnahmen aus selbst genutztem Wohnimmobilienvermögen über den fiktiven Mietwert, privaten und staatlichen Transfers sowie privaten und Sozialversicherungsrenten zusammen. Von den genannten Einkunftsarten machen die Einkünfte aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit zwar mit 59,1 % den größten Anteil der Einkünfte aus (siehe Tabelle 1, S. 63).<sup>2</sup> Allerdings hat die Bedeutung dieser Einkünfte über die Zeit abgenommen – 1991 waren es noch 70,7 %. Diesem Rückgang steht zum einen ein Anstieg des Anteils der Einkünfte aus selbstständiger Erwerbstätigkeit seit 1991 gegenüber, der im Wesentlichen in den hohen Einkommensgruppen stattgefunden hat und auch mit einem höheren Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen einherging. Zum anderen haben sich insbesondere die Anteile staatlicher Transfers, von Sozialversicherungsrenten sowie des Mietwerts selbst genutzten Wohneigentums erhöht. Staatliche Transfers haben in den unteren Einkommensgruppen mittlerweile eine deutlich höhere Bedeutung. Demgegenüber sind Sozialversicherungsrenten inzwischen

nicht nur weiterhin die bedeutendste Einkommensart der Haushalte mit niedrigem Einkommen, sondern machen auch in den mittleren Einkommensgruppen einen höheren Anteil aus. Der insgesamt gestiegene Anteil lässt sich sowohl auf höhere durchschnittliche Rentenzahlungen als auch auf den demografisch bedingt zunehmenden Anteil der Rentner an der Bevölkerung zurückführen.

Zur Verteilung der Haushaltseinkommen sowohl brutto als auch netto, d. h. abzüglich der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und geleisteter Einkommensteuer, über die verschiedenen Haushaltstypen sowie weitere sozio-demografische Eigenschaften gibt auch Tabelle 2 (siehe S. 64) auf Basis der Ergebnisse der EVS 2003 Auskunft. Die hier dargestellten Haushaltsnettoeinkommen entsprechen den tatsächlich verfügbaren Einkommen am ehesten. Um diese zu erhalten, müssten beispielsweise noch sämtliche Aufwendungen für freiwillige Versicherungen oder für die private Altersvorsorge von den Haushaltsnettoeinkommen subtrahiert werden.

Letztlich ist aber selbst dieser Einkommensbegriff noch zu kurz gefasst, denn für eine qualifizierte und umfassende Bewertung von staatlichen Abgabenlasten müssten diesen die Leistungen des Staates an die Bürger bzw. Unternehmen gegenübergestellt werden. Neben den bereits aufgeführten Transferleistungen und Sozialversicherungssystemen spiegeln sie sich in der öffentlichen Infrastruktur, der Rechtssicherheit und dem Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer wider.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> In der EVS wurden zuletzt 53 432 Haushalte befragt, während 12 499 Haushalte im Jahr 2006 am SOEP teilnahmen. Für die EVS werden zu jedem Erhebungszeitpunkt jene Haushalte befragt, die sich für diese spezielle Erhebung freiwillig bewerben. Demgegenüber handelt es sich beim SOEP um eine Wiederholungsbefragung privater Haushalte in Deutschland, die im jährlichen Rhythmus seit 1984 bei denselben Personen und Familien in der Bundesrepublik durchgeführt wird. Der Datensatz der Anfangsstichprobe des SOEP wurde mittlerweile um sechs zusätzliche Stichproben (A bis G) erweitert. Für die Interpretation der Ergebnisse ist allerdings zu beachten, dass beide Befragungen aufgrund der freiwilligen Teilnahme Haushalte mit mittleren Einkommen überproportional ausweisen, während sie jene mit sehr hohen und sehr niedrigen Einkommen i. d. R. nur unzureichend erfassen.

<sup>2</sup> Da in dieser Übersicht die Ausgabenkomponenten Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und gezahlte Steuern vernachlässigt werden, kann hierbei nicht vom Nettoeinkommen gesprochen werden. Da es sich um Haushaltsangaben handelt, sind die Einkünfte zur Vergleichbarkeit äquivalenzgewichtet, d. h. Skaleneffekte der gemeinsamen Haushaltsführung und der unterschiedlich hohe Bedarf zusätzlicher Haushaltsmitglieder wird berücksichtigt.

<sup>3</sup> Zu einem gewissen Grad ist dieser Aspekt in den verfügbaren Einkommen nach dem Verbrauchskonzept enthalten, das auch die sozialen Sachtransfers des Staates enthält.

Bereits dieses Beispiel zeigt, dass es sehr auf die Abgrenzung des verwendeten Einkommensbegriffs ankommt. Es gibt eine Vielzahl von statistisch unterschiedlich abgegrenzten Einkommensindikatoren, die jeweils für bestimmte Fragestellungen verwendbar und aussagekräftig sind.

### 3 Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Einkommensmaße seit der Wiedervereinigung und im Vergleich zu früheren Dekaden

#### 3.1 Entwicklung nominaler Einkommensgrößen

Die umfassendste Einkommenskategorie einer Volkswirtschaft ist das in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wiedergegebene Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten). Es bezeichnet die Gesamtheit aller Einkommen aus nichtselbstständiger und aus unternehmerischer Tätigkeit sowie aus Vermögen, die Inländer während einer Periode im Inland und im Ausland erzielt haben. Die Aufteilung des Volkseinkommens auf Einkommen aus nichtselbstständiger Arbeit (Arbeitnehmerentgelte) und auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen spiegelt die Entlohnung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital wider. Private Haushalte sind Empfänger der Arbeitnehmerentgelte. Aber sie partizipieren auch über Vermögenseinkommen, Dividendeneinkommen etc. periodengerecht an der Entlohnung des Faktors Kapital.

#### **Anstieg der Arbeitskosten – besonders seit 2000 – deutlich abgeflacht**

Die Arbeitnehmerentgelte sind ein Indikator der Arbeitskosten der Unternehmen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Diese Einkommensgröße ergibt sich als Summe der Bruttolöhne und -gehälter – also der Brutto-Lohnbestandteile vor Lohnabzügen auf Seiten der Arbeitnehmer (Lohnsteuer, Sozialbeiträge) – und der Beiträge der Arbeitgeber zur Gesetzlichen Sozialversicherung. Die Arbeitnehmerentgelte wiesen seit 1991 einen Zuwachs von durchschnittlich 1,8 % pro Jahr bzw. über den gesamten Zeitraum kumuliert von insgesamt 31,6 % auf. Während der jahresdurchschnittliche Anstieg

im Zeitraum 1991 bis 2000 bei 3,0 % lag, flachte er sich seit Beginn dieser Dekade deutlich auf 0,7 % pro Jahr in den Jahren 2001 bis 2006 ab (siehe Abbildung 1). Trotz Übersteigerung kurz nach der Wiedervereinigung war der jahresdurchschnittliche Zuwachs in den 90er Jahren jedoch noch weit unterhalb der Steigerungsraten in den Dekaden davor (1971 bis 1980: + 8,7 %; 1981 bis 1990: + 4,5 %). Diese Entwicklung ist aber auch vor dem Hintergrund des inflationären Umfeldes in den 70er und 80er Jahren zu bewerten. So lag die Teuerungsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Durchschnitt der 70er Jahre noch bei etwas mehr als 5 % pro Jahr und im Durchschnitt der 80er Jahre bei 3 % pro Jahr, während sie sich seit der deutschen Vereinigung im Durchschnitt auf lediglich 1 1/2 % pro Jahr reduziert hat.

### Arbeitskostenentwicklung trotz gestiegener Lohnnebenkosten in den 90ern moderat

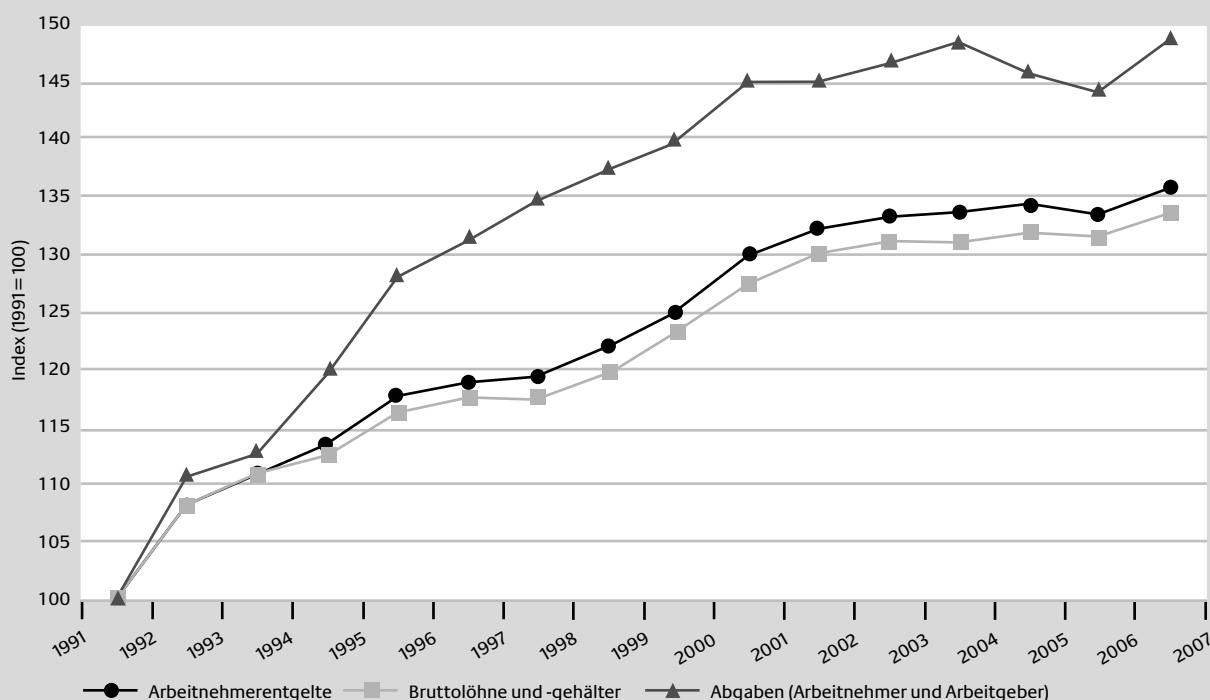
Die Arbeitskosten, die auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber enthalten, verliefen also ver-

gleichsweise moderat, obwohl die Abgabenbelastung in der 2. Hälfte der 90er Jahre deutlich zunahm. In dem starken Zuwachs in den 90er Jahren spiegeln sich die Folgen der deutschen Einheit wider, die zu einem deutlichen Anstieg der Belastung in den Systemen der sozialen Sicherung führten. Ursächlich für die vergleichsweise geringe Zunahme der Arbeitskosten war die moderate Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter, die in den 90er Jahren etwas geringer als die der gesamten Arbeitskosten verlief (1991 bis 2000: + 2,8 % pro Jahr). Hierfür waren Lohnmoderation und Beschäftigungsschwäche verantwortlich.

### Lohnmoderation und Beschäftigungsschwäche dämpften Anstieg der Lohneinkommen

Die Schwäche der Bruttolohn und -gehaltsentwicklung setzte im Wesentlichen nach dem Rezessionsjahr 1993 ein. Bis dahin war die Lohnsumme in starkem Maße durch wiedervereinigungsbedingte Übersteigerungen der Effektivlöhne, d.h. der Bruttolöhne und -gehälter je

Abbildung 1: Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte und ihrer Komponenten



Arbeitnehmer/-stunde, erheblich begünstigt worden – vor allem durch schnelle Angleichung ostdeutscher Löhne und Gehälter an westdeutsche Niveaus. Diese Übersteigerungen wirkten viel stärker als die Strukturanpassungen in allen Wirtschaftsbereichen, die nach der Wiedervereinigung mit einem starken Beschäftigungsabbau einhergingen.

Danach prägten allerdings Beschäftigungsschwäche und Lohnzurückhaltung das Bild. In den Jahren 1994 bis 2006 stieg die Zahl der Arbeitnehmer nur geringfügig (+ 0,2 % pro Jahr), und der Effektivlohnanstieg lag mit 1,3 % pro Jahr deutlich unter den Steigerungsraten der 80er Jahre (1981 bis 1990: + 3,0 % pro Jahr). Der Lohnsummenzuwachs belief sich in diesem Zeitraum auf 1,4 % pro Jahr (1981 bis 1990: + 4,4 % pro Jahr).

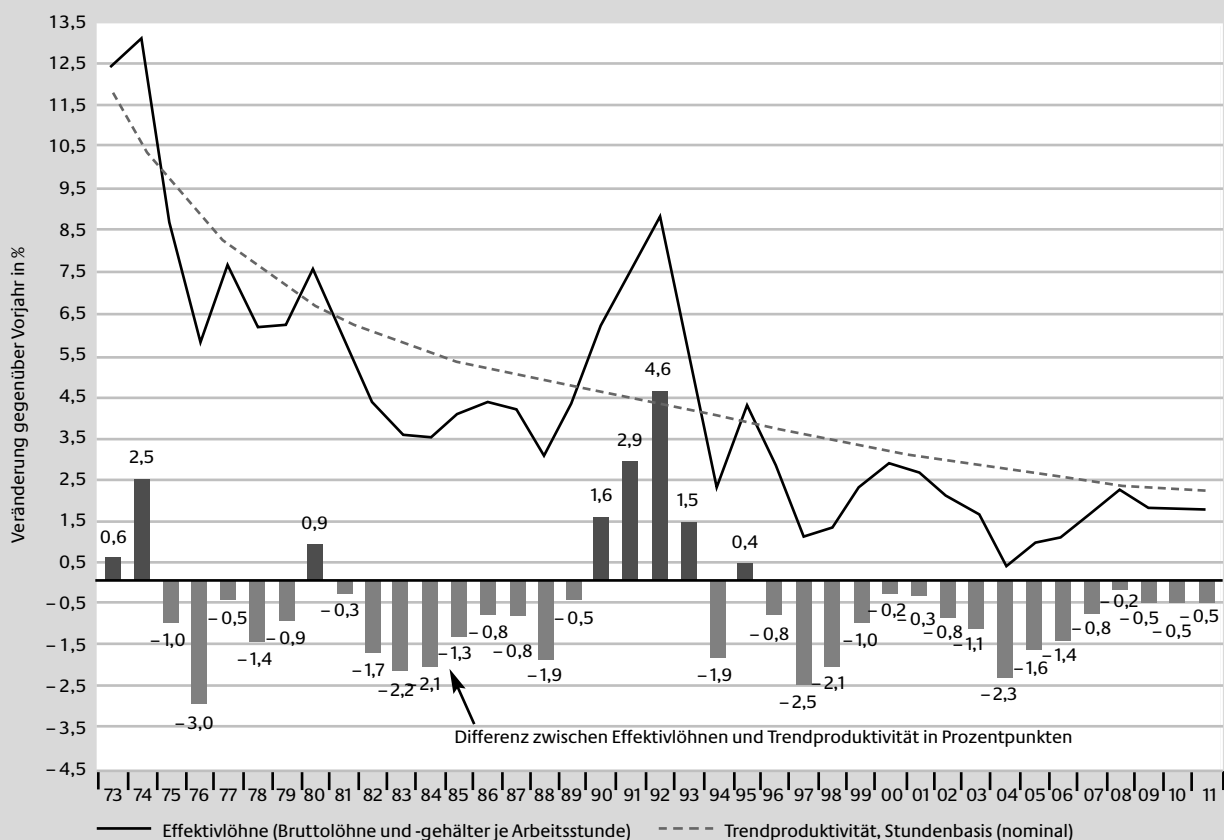
Die Schwäche der Bruttolöhne und -gehälter nach 1994 war – im Vergleich zu den 80er Jahren – zu knapp  $\frac{2}{3}$  durch den schwächeren Effektivlohnanstieg und zu gut  $\frac{1}{3}$  durch die vergleichs-

weise schwache Beschäftigungsentwicklung verursacht.

### Historisch schwache Entwicklung der Lohneinkommen seit Beginn dieser Dekade

Besonders ungünstig verlief die Lohnsummenentwicklung im bisherigen Verlauf dieser Dekade. Aufgrund eines Effektivlohnanstiegs von nur 1,0 % pro Jahr und eines Beschäftigungsabbaus von 0,3 % pro Jahr nahmen die Bruttolöhne und -gehälter im Durchschnitt nur um 0,8 % pro Jahr zu. Noch nie war in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Entwicklung der Lohneinkommen über einen so langen Zeitraum so schwach. Dies erklärt die im historischen Vergleich außerordentlich lange Phase ausgeprägter Konsumschwäche in Deutschland. Der schwache Effektivlohnanstieg ist dabei sowohl auf die Lohnzurückhaltung als auch auf den

Abbildung 2: Effektivlöhne und Trendproduktivität



Quelle für Grundzahlen: Statistisches Bundesamt, Werte ab 2007 beruhen auf Mittelfristprognose der Bundesregierung zum Stand der Herbstprojektion. Trendproduktivität: HP-gefilterte nominale Arbeitsproduktivität, berechnet als Verhältnis von nominalem BIP und Erwerbstätigenstunden.

Wandel in der Beschäftigungsstruktur, der sich in einer Zurückdrängung voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu Gunsten geringfügiger Beschäftigung zeigte, zurückzuführen. Allerdings ist nicht sicher, ob ein stärkerer Lohnanstieg zwangsläufig zu günstigeren Ergebnissen geführt hätte. Denn es ist nicht auszuschließen, dass dieser eine noch höhere Arbeitslosigkeit und eine noch ungünstigere Beschäftigungsentwicklung mit sich gebracht und damit die Konsumschwäche unter Umständen noch verstärkt hätte.

Die Rolle der Lohnentwicklung, die insbesondere in den letzten Jahren durch ein hohes Maß an Lohnzurückhaltung (gemessen an der Abweichung der Effektivlohnzunahme von der nominalen Trendproduktivität) geprägt war, wird an Abbildung 2 (siehe S. 55) deutlich.

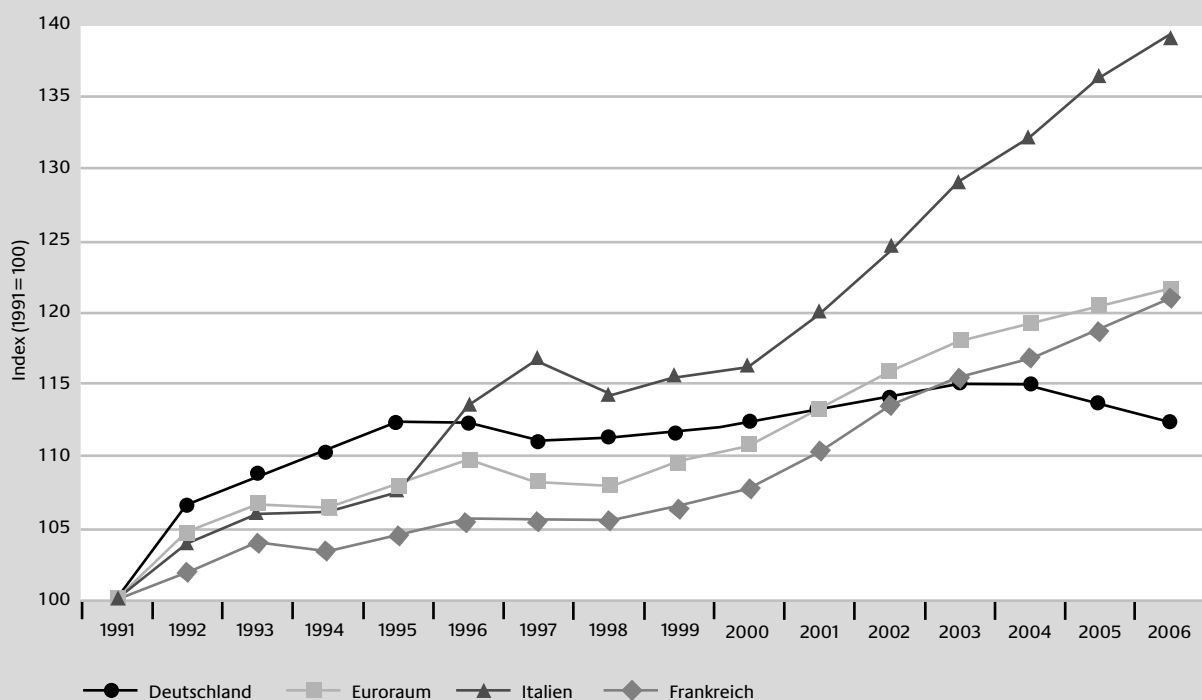
### Rolle der Arbeitszeit

Bei der Betrachtung der Effektivverdienste ist der Bezug auf die Arbeitsstunden (statt der Anzahl der Arbeitnehmer) der sinnvollere, da dabei die Auswirkungen im Wandel der Beschäf-

tigungsstruktur, z. B. des Verhältnisses zwischen voll sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern und geringfügig Beschäftigten, aber auch eine Zunahme der Teilzeitarbeit angesichts einer höheren Frauenerwerbsquote sowie Altersteilzeit oder Reduzierung tariflicher Wochenarbeitszeit über die Zeit ausgeschaltet werden. So stieg der Anteil der geringfügigen Beschäftigung an allen Arbeitnehmern in den letzten zehn Jahren von 12,9 % auf 17,2 % und dämpfte damit in starkem Maße den Effektivlohnanstieg in der Pro-Kopf-Betrachtung.

Dieser dämpfende Effekt, der sich in einer negativen Lohndrift äußert, ist bei der Entwicklung der Effektivverdienste je Arbeitnehmer zumindest bei gleichen Stundenlöhnen nicht sichtbar, da der in den letzten Jahren stark überdurchschnittlichen Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung die geringere Arbeitszeit je Beschäftigten in diesem Arbeitsmarktsegment gegenübersteht. So ist die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Arbeitnehmer zwischen 1991 und 2006 um 8,6 % gesunken. Allerdings befinden sich diese Beschäftigungsformen vornehmlich im unteren Lohnsegment, was sich

Abbildung 3: Lohnstückkosten



Quelle für Grundzahlen: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission.



zusätzlich mindernd auf den durchschnittlichen Verdienst, auch je Stunde gerechnet, auswirkt.

### **Moderate Entwicklung der Lohnstückkosten hat die Wettbewerbsposition der deutschen Unternehmen erheblich verbessert**

Wie stark die Lohnkostenbelastung gesamtwirtschaftlich ist, kann nur unter Berücksichtigung der Arbeitsproduktivität beurteilt werden. Eine geeignete Maßgröße hierfür sind die Lohnstückkosten, in denen die Arbeitskosten je Arbeitnehmer zur Arbeitsproduktivität in Relation gesetzt werden. Aus der Entwicklung der Lohnstückkosten lässt sich schließen, wie sich die Arbeitskosten je Produkteinheit verändert haben. Steigende Lohnstückkosten zeigen beispielsweise an, dass sich der Lohnkostendruck in der Gesamtwirtschaft (oder in dem betreffenden Wirtschaftsbereich) aufgebaut oder verstärkt hat. Allerdings ist bei der Interpretation dieses Indikators Vorsicht geboten, da er in starkem Maße durch zyklische Einflüsse geprägt ist.

Seit Beginn dieser Dekade sind die Lohnstückkosten im Verlauf teilweise rückläufig gewesen. Insgesamt stagnierten sie von 2000 bis 2006. Die Lohnstückkostenentwicklung verläuft bereits seit Mitte der 90er Jahre wesentlich moderater als in den meisten anderen Ländern des Euro-raums (Abbildung 3, S. 56). Insbesondere die vergleichsweise moderate Entwicklung in den letzten Jahren hat wesentlich zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft und damit zur außerordentlich guten Performance der deutschen Exportwirtschaft beigetragen. In jüngerer Zeit war die Lohnstückkostenmoderation auch dafür verantwortlich, dass – was die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit anbelangt – die Euro-Aufwertung relativ gut verkraftet werden konnte.

Kehrseite der Medaille ist aber die nur geringe Steigerung der Lohneinkommen, die die binnenwirtschaftliche Entwicklung – insbesondere den privaten Konsum – deutlich gebremst hat.

### **Lohnnebenkosten dämpften Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter in den 90er Jahren – Entlastungen seit 1998**

Vor allem die vereinigungsbedingten Steigerungen der Beitragssätze zur Sozialversicherung sowie der zusätzlich erhobene Solidaritätszuschlag belasteten in den 90er Jahren die Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter erheblich. Im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2000 nahmen die Nettolöhne und -gehälter um 1,9 % pro Jahr zu und damit fast einen Prozentpunkt weniger als die Bruttogröße (+ 2,8 % pro Jahr).

Im Zeitraum 1998 bis 2006 wirkten dagegen die entlastenden Effekte von Beitragssatzsenkungen, insbesondere mit Einführung der ökologischen Steuerreform, die mit einer erheblichen Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung einherging. In diesem Zeitraum lag der Zuwachs der Nettolöhne und -gehälter mit 1,7 % pro Jahr sogar leicht über dem Anstieg der Lohnsumme (+ 1,4 % pro Jahr). Zuletzt konnte der Satz der Sozialbeiträge durch die steuerlichen Umfinanzierungsmaßnahmen wie bspw. die Erhöhung des Regelsteuersatzes der Umsatzsteuer bei gleichzeitiger Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung leicht reduziert werden.

Gleichwohl ist die Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter im Vergleich zu den 80er Jahren immer noch recht schwach: Im Zeitraum von 1981 bis 1990 stiegen die Nettolöhne und -gehälter angesichts einer kräftigeren Bruttolohn- und -gehaltsentwicklung um 2,4 % pro Jahr und trugen damit auch viel stärker zu den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bei als in den letzten Jahren.

### **Verfügbare Einkommen durch Schwäche der Nettolöhne und -gehälter geprägt**

Die Schwäche der Brutto- sowie der Nettolöhne und -gehälter ist auch an der umfassendsten Einkommensgröße – den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte – deutlich sichtbar. Die verfügbaren Einkommen enthalten neben den Nettolöhnen und -gehältern auch Vermögenseinkommen der privaten Haushalte

(einschl. der Einkommen der Selbstständigen) sowie Transferleistungen (vor allem monetäre Sozialleistungen des Staates, z. B. Arbeitslosengeld, Renten) und sind somit ein Indikator für das Einkommen, das den privaten Haushalten in einer Periode für Konsum und Ersparnisse zur Verfügung steht.

Die Vermögens- und insbesondere Transfer-einkommen haben zwar die Entwicklung der verfügbaren Einkommen begünstigt und zu einem im Vergleich zu den Nettolöhnen und -gehältern über den gesamten Zeitraum seit der Wiedervereinigung stärkeren Anstieg beigetragen. Sie konnten allerdings die dämpfenden Wirkungen der schwachen Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter bei Weitem nicht kompensieren. Im Vergleich zu den 80er Jahren, als die verfügbaren Einkommen um 4,6 % pro Jahr anstiegen, lag die jahresdurchschnittliche Steigerungsrate von 1991 bis 2006 nur bei 2,7 % pro Jahr; im bisherigen Verlauf dieser Dekade sogar nur bei 2,1 % pro Jahr. Dies erklärt vor allem die lange Schwächephase des privaten Konsums.

### 3.2 Entwicklung preisbereinigter Einkommensgrößen

Entscheidend für die Nachfrageentfaltung in realer Rechnung ist die Kaufkraft der Arbeitnehmer (mit Blick auf die Nettolöhne und -gehälter) bzw. der privaten Haushalte (mit Blick auf die verfügbaren Einkommen). Die Entwicklung der nominalen Einkommensgrößen, wie sie in den oberen Abschnitten dargestellt ist, reflektiert nur unvollständig die Veränderung der Konsummöglichkeiten. Hierfür muss die allgemeine Kaufkraftminderung des Geldes infolge von Preissteigerungen herausgerechnet werden. Die Zunahme des so ermittelten Realeinkommens zeigt an, um wie viel Prozent die Kaufkraft der Einkommensempfänger zugenommen hat, wie viele Waren und Dienstleistungen sie also für das Einkommen mehr kaufen können als im Vergleichsjahr.

Da es keinen speziellen Preisindex für das für Konsum und Sparen verwendete Einkommen gibt, muss ein Deflator verwendet werden, der die Güter und Dienstleistungen repräsentiert, die normalerweise mit den Einkommen gekauft

werden. Ein geeigneter Deflator ist derjenige der Konsumausgaben der privaten Haushalte im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Er ist besser geeignet als der – in der öffentlichen Wahrnehmung weitaus bekanntere – Verbraucherpreisindex (VPI). Der VPI beruht nämlich stets auf dem repräsentativen Warenkorb eines bestimmten Basisjahres (Laspeyres-Index). Dies hat den Nachteil, dass Veränderungen in den Verbrauchsgewohnheiten nicht in Rechnung gestellt werden können. Der Preisanstieg wird dadurch in aller Regel überzeichnet. Beim Deflator der Privaten Konsumausgaben werden dagegen – durch implizite Zugrundelegung des jeweils aktuellen Wägungsschemas der Berichtsperiode – auch Änderungen von Verbrauchsgewohnheiten berücksichtigt (z. B. stärkere Nutzung von Informations- und Kommunikationsdienstleistungen). Dies führt zu einer geringeren Teuerung als durch die Inflationsrate des VPI ausgewiesen: So hat sich seit 1991 der VPI im Durchschnitt um 2,0 % pro Jahr erhöht, während der Deflator der Privaten Konsumausgaben nur um 1,6 % pro Jahr anstieg.

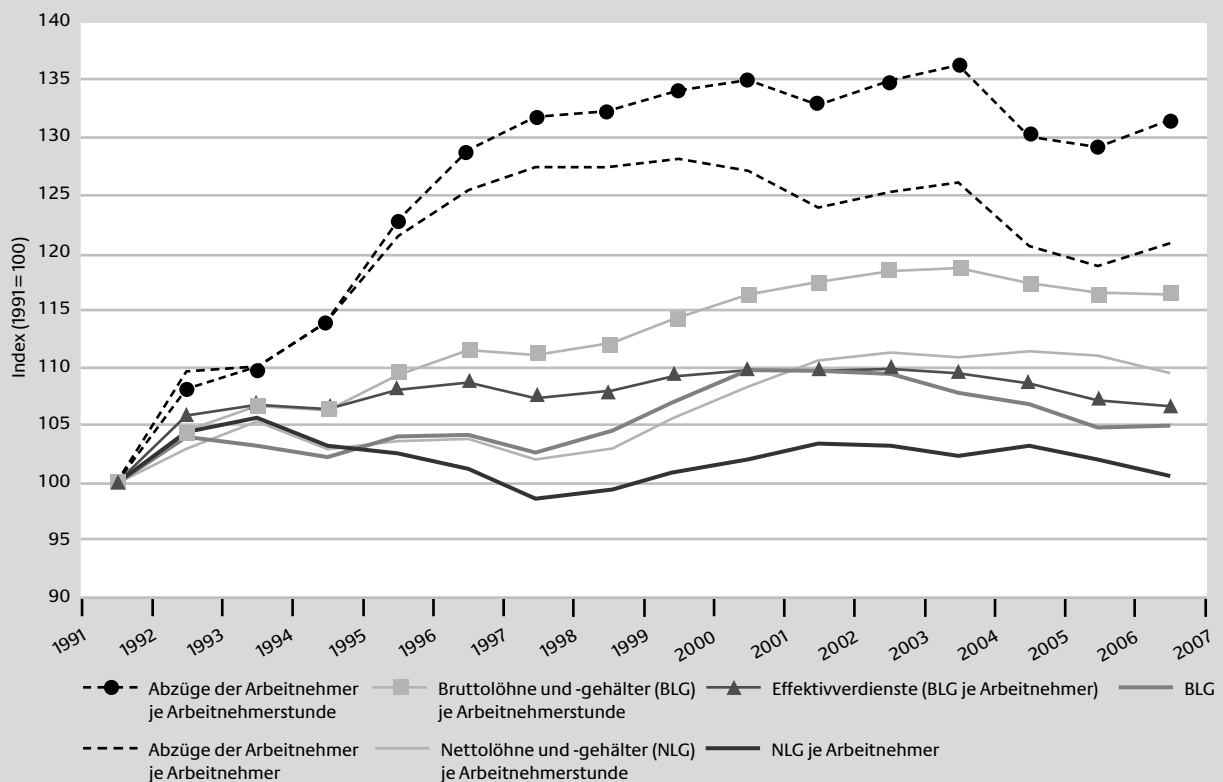
Die Betrachtung der preisbereinigten Einkommensgrößen, die die Entwicklung der Kaufkraft der Arbeitnehmer bzw. der privaten Haushalte reflektieren, ergibt im Verhältnis zu den nominalen Größen kein grundsätzlich anderes Bild.

Die niedrigere Inflation (gemessen mit dem Deflator der Privaten Konsumausgaben) im Vergleich zum Referenzzeitraum (1981 bis 1990: + 2,1 % pro Jahr; 1991 bis 2006: + 1,3 % pro Jahr; 2000 bis 2006: + 1,5 % pro Jahr) verringert zwar bei den betrachteten Einkommensgrößen den Rückstand der nominalen Entwicklung im Vergleich zu den 80er Jahren, kann ihn aber bei Weitem nicht eliminieren.

#### **Nettolöhne und -gehälter preisbereinigt 2006 deutlich unter dem Niveau von 1991 aufgrund Strukturwandels in Beschäftigung**

Die Rolle von preisbereinigter Lohnentwicklung und Abgabenbelastung wird an Abbildung 4 (siehe S. 59) deutlich. Das Verlaufsbild ist durch einen Rückgang der Bruttolöhne und -gehälter (insgesamt sowie auch je Arbeitnehmer/-stunde) seit Beginn dieses Jahrtausends gekennzeichnet.

Abbildung 4: Preisbereinigte Lohn- und Abgabeneentwicklung je Arbeitnehmer/-stunde



Quelle für Grundzahlen: Statistisches Bundesamt.

Hierzu haben im Wesentlichen die wirtschaftliche Stagnationsphase und der damit einhergegangene Stellenabbau beigetragen.

Die preisbereinigten Nettolöhne und -gehälter sind im Zeitraum 1991 bis 2006, wie es in den Medien bereits an vielen Stellen berichtet wurde, auch leicht zurückgegangen (– 0,1 % pro Jahr; je Arbeitnehmer 0,0 % pro Jahr); von 2000 bis 2006 fiel der Rückgang kräftiger aus (– 0,5 % pro Jahr; je Arbeitnehmer – 0,3 % pro Jahr).

Allerdings ist auch hier die auf die Arbeitnehmerstunde bezogene Entwicklung relevant, um dem Wandel der Beschäftigungsstruktur Rechnung zu tragen. Dabei ist ersichtlich, dass die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde im konjunkturellen Aufschwung zwischen 1997 und 2001 recht kräftig mit 2,0 % pro Jahr gestiegen sind. Seit der deutschen Vereinigung bis 1997 und seit 2001 haben sie aber mehr oder weniger stagniert. Im gesamten Beobachtungszeitraum ist diese Größe um 0,6 % pro Jahr gestiegen, das sind kumuliert 9,6 % mehr als 1991.

Während sich also die Realeinkommenssituation der Arbeitnehmer insgesamt verschlechtert hat und die Niveaus je Arbeitnehmer gerechnet in etwa gleich geblieben sind, ist es zu einem deutlichen Anstieg der Nettoentlohnung je Stunde gekommen. Das bedeutet, dass der Wandel in der Beschäftigungsstruktur maßgeblichen Anteil an der schlechten Entwicklung der Netto-lohnsumme hatte.

Da die Beschäftigung ein der Konjunktur nachlaufender Indikator ist, hat sich der konjunkturelle Aufschwung im Jahr 2006 zwar noch nicht in der Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter gezeigt. Allerdings haben in den ersten drei Quartalen 2007 vor allem die deutliche Beschäftigungsexpansion, aber auch die Beitragssatzsenkung zur Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung sowie Lohnsteigerungen die Nettolöhne und -gehälter auch in realer Rechnung stark begünstigt (+ 1,3 % im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2007 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum).

### Verfügbare Einkommen: Deutlicher Kaufkraftzuwachs seit 1991 – aber Einkommensimpulse nicht stark genug für tragende Rolle des privaten Konsums

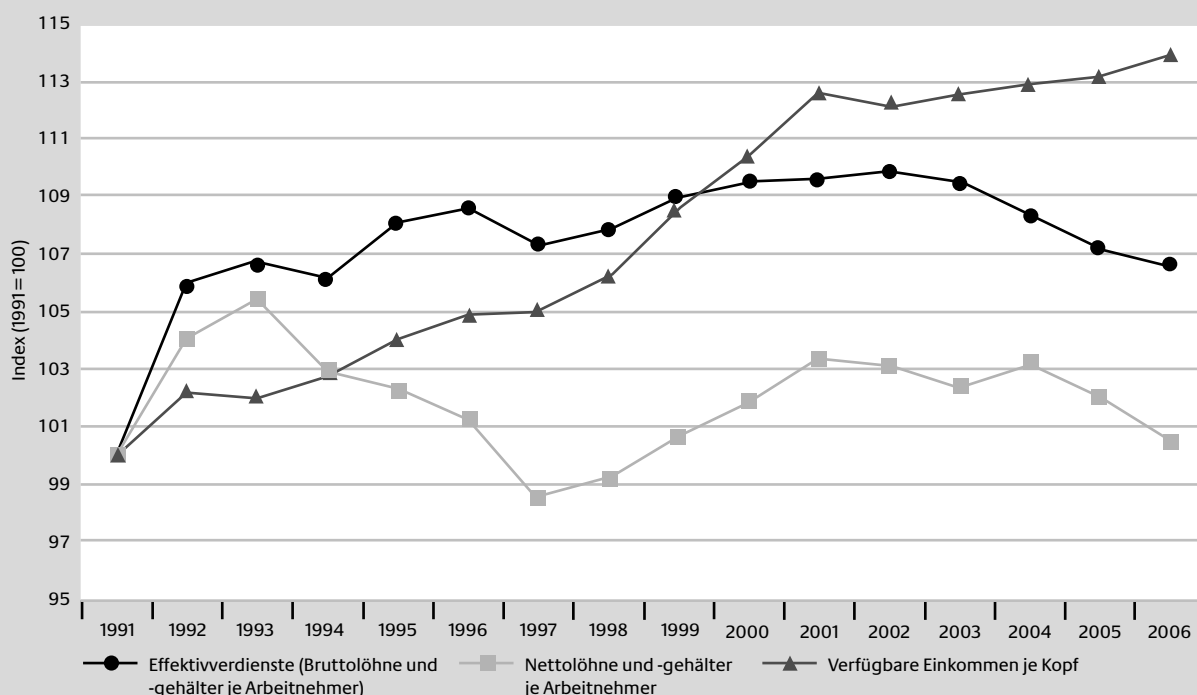
Die preisbereinigten verfügbaren Einkommen haben sich deutlich günstiger entwickelt als die Nettoeallöhne. 1991 bis 2006 stiegen sie preisbereinigt um 1,1 % pro Jahr an; 2000 bis 2006 halbierte sich der jahresdurchschnittliche Anstieg allerdings beinahe (+ 0,6 % pro Jahr).

Das preisbereinigte Niveau der verfügbaren Einkommen lag 2006 um 17,4 % über demjenigen des Jahres 1991. Die Kaufkraft der privaten Haushalte hat sich damit günstiger entwickelt als die nominalen verfügbaren Einkommen.

Preisbereinigt und je Kopf der Bevölkerung gerechnet stieg das den privaten Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen seit 1991 kumuliert um insgesamt 14,0 %, was einer jahresdurchschnittlichen Zunahme von 0,9 % pro Jahr entspricht.

Die Entwicklung verlief deutlich abgekoppelt von derjenigen der Brutto- ebenso wie der Netto- löhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Abbildung 5). Insbesondere in wirtschaftlich schwächeren Zeiten war hier – bis auf die Jahre 1993 und 2001 – immer noch ein Zuwachs zu verzeichnen. Der unbenommen der gesamtwirtschaftlichen Schwäche relativ kräftige Zuwachs Anfang der 90er Jahre ist im Wesentlichen auf die Lohnangleichung in den ostdeutschen Bundesländern an westdeutsche Niveaus zurückzuführen. Aber auch in den letzten Jahren sorgte insbesondere die staatliche Umverteilung für einen wenn auch nur schwachen Anstieg der preisbereinigten verfügbaren Einkommen je Kopf.

**Abbildung 5: Preisbereinigte Entwicklung von Brutto- und Nettolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer sowie verfügbaren Einkommen je Kopf**



Quelle für Grundzahlen: Statistisches Bundesamt.

## 4 Gefühlte versus gemessene Inflation

Deutschland zeichnete sich im Euroraum bislang als Stabilitätsanker aus, was die Entwicklung des Preisniveaus angeht. Das ruhige Preisklima hat damit die Entwicklung der nominalen Einkommen nicht außergewöhnlich belastet.

Die in den letzten Monaten deutlich beschleunigte Inflationsentwicklung hat allerdings nicht gerade dazu beigetragen, dass die ohnehin eher schwache Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter, die in der öffentlichen Diskussion eine wesentlich bedeutendere Rolle als die verfügbaren Einkommen spielen, als ausreichend empfunden wurde, um den privaten Konsum aus seiner Schwächephase zu befreien. Vielmehr wird die Inflation teilweise sogar noch als höher als statistisch ausgewiesen „gefühlte“. Zuletzt war dieses Gefühl, dass die Inflation oberhalb der von der Statistik ausgewiesenen Inflationsrate läge, nach der Einführung des Euro sehr verbreitet. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in Zusammenarbeit mit Professor Brachinger<sup>4</sup> lag der Index der wahrgenommenen Inflation (IWI) damals um bis zu fünf Prozentpunkte höher als die mit dem Verbraucherpreisindex (VPI) gemessene Inflationsrate. In jüngster Zeit ist der IWI erneut deutlich auf rund 7,5 % gestiegen und überschreitet damit die mit dem VPI gemessene Inflation in ähnlichem Ausmaß wie damals.<sup>5</sup> Zur Berechnung dieses Index werden die Güter des täglichen Bedarfs, die häufig gekauft werden, höher gewichtet als im VPI. Damit fallen insbesondere die in jüngster Zeit verteuerten Benzin- und Nahrungsmittelpreise ins Gewicht. Zudem haben Kaufkraftgewinne aufgrund rückläufiger Preise, wie beispielsweise für elektronische Geräte oder Telefongespräche, ein geringeres Gewicht im IWI als Preiserhöhungen. Schließlich wird angenommen, dass die Konsumenten die aktuellen Güterpreise nicht immer mit den Preisen von vor genau einem Jahr vergleichen, sondern oft auch mit Preisen, die weiter als ein Jahr zurückliegen.

Allerdings lässt sich die Konstruktion des Indikators der wahrgenommenen Inflation methodisch kritisieren. Es ist eindeutig hervorzuheben, dass es sich hierbei lediglich um einen Versuch handelt, die Wahrnehmung der Verbraucher zu erfassen, die von der statistisch erfassten tatsächlichen Teuerung abweichen kann. Nur die tatsächliche Inflation dämpft die Kaufkraft der Verbraucher. Nicht auszuschließen ist allerdings die psychologische Wirkung der gefühlte höheren Inflation, die möglicherweise die Erholung des privaten Konsums stärker belastet, als es eigentlich durch die tatsächliche Inflation gerechtfertigt wäre.

Darüber hinaus ist aber auch die derzeit hohe gemessene Inflationsrate zu relativieren. Schon ab Anfang 2008 wird der preistreibende Effekt der Umsatzsteuersatzerhöhung wegfallen. Zudem ist die auf den Energiepreisanstieg entfallende Teuerung um den Basiseffekt zu relativieren, der sich daraus ergibt, dass der Rohölpreis von August bis Dezember 2006 deutlich gefallen war – und demzufolge derzeit die Teuerung gegenüber dem Vorjahr besonders hoch ausfällt. Bislang hat sich die Kerninflation – rechnet man den Effekt der Umsatzsteuersatzerhöhung heraus – nicht wesentlich erhöht.

<sup>4</sup> Vgl. Brachinger, Hans Wolfgang (2005), „Der Euro als Teuro? Die wahrgenommene Inflation in Deutschland“, *Wirtschaft und Statistik* 9/2005, S. 999–1013.

<sup>5</sup> Vgl. Plickert, Philip (2007), „Die Inflation von 3 Prozent beunruhigt“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.12.2007, S. 15.

## 5 Zusammenfassung und Ausblick

Vielfach wurde in den letzten Monaten die schwache Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen in der öffentlichen Diskussion aufgegriffen. Es ist zutreffend, dass sich die Nettolöhne und -gehälter seit der deutschen Vereinigung preisbereinigt nur schwach entwickelt haben. Hierzu haben der Wandel in der Beschäftigungsstruktur, die hohe Arbeitslosigkeit sowie die Lohnmoderation, aber auch die höhere Abgabenbelastung beigetragen. Die Zunahme der Vermögens- und Transfereinkommen konnte die gedämpfte Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter und damit auch der verfügbaren Einkommen nur teilweise auffangen. Der geringe Anstieg der verfügbaren Einkommen hat somit maßgeblich zur Konsumschwäche der letzten Jahre beigetragen.

Die in den letzten Monaten gestiegene Inflation, die von den Verbrauchern aufgrund der stärkeren Teuerung von Gütern des täglichen

Bedarfs teilweise als noch höher gefühlt wird, dürfte allerdings vorübergehend sein. Die Inflationsraten dürften sich in naher Zukunft wieder abschwächen, und das Preisklima sollte sich wieder beruhigen. Gleichwohl kann es zu dauerhaften Kaufkraftbelastungen kommen, sofern sich das hohe Preisniveau nicht wieder zurückbildet. Diesen Belastungen ist aber gegenüberzustellen, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gleichzeitig durch die deutliche Beschäftigungsexpansion, die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung – sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr – sowie Lohnsteigerungen einen kräftigen Impuls erhalten.

Deutschland hat insbesondere in den letzten Jahren wichtige Strukturreformen in Angriff genommen. Die Lohnmoderation hat zur verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beigetragen. Vieles spricht dafür, dass die Einkommen im Zuge des deutlichen Aufschwungs am Arbeitsmarkt wieder stärker steigen und damit auch ein Beitrag zur Überwindung der Konsumschwäche geleistet wird.

**Tabelle 1: Zusammensetzung des äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommens in den Einkommensdezilen<sup>1</sup> in Deutschland**  
– Auf Basis des SOEP –

	Nicht selbstständige Erwerbstätigkeit	Selbstständige Erwerbstätigkeit	Mietwert selbstgenutzten Wohneigentums	Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung	Kapitaleinkünfte	Private Transfers <sup>2</sup>	Private Renten	Staatliche Transfers	Sozialversicherungsrenten
Anteile in %									
1991									
1. Dezil	0,39	0,00	1,14	0,02	1,32	0,02	0,18	11,97	84,96
2. Dezil	9,15	0,40	7,92	0,80	3,14	0,91	3,19	9,52	64,97
3. Dezil	49,75	3,30	4,16	1,70	2,42	1,69	2,96	10,68	23,34
4. Dezil	72,32	4,78	3,66	0,58	1,31	0,50	1,67	8,01	7,16
5. Dezil	78,98	5,59	2,49	0,18	1,52	0,28	0,56	5,57	4,82
6. Dezil	82,21	5,65	2,35	0,83	1,08	0,38	0,67	3,33	3,50
7. Dezil	83,04	5,84	1,77	0,85	1,43	0,32	0,96	2,65	3,13
8. Dezil	82,36	7,45	2,76	0,91	1,84	0,13	0,92	1,73	1,89
9. Dezil	83,30	9,46	1,99	0,77	1,99	0,04	0,14	1,02	1,29
10. Dezil	78,06	13,59	1,70	2,82	2,59	0,08	0,22	0,43	0,52
<b>insgesamt</b>	<b>70,69</b>	<b>7,49</b>	<b>2,60</b>	<b>1,23</b>	<b>1,94</b>	<b>0,32</b>	<b>0,86</b>	<b>3,75</b>	<b>11,13</b>
1999 <sup>3</sup>									
1. Dezil	0,26	0,00	0,67	0,00	1,14	0,07	0,19	14,27	83,40
2. Dezil	4,49	0,22	10,86	0,27	1,96	0,69	1,73	11,50	68,28
3. Dezil	21,90	2,58	9,14	1,76	3,53	2,18	4,37	13,58	40,96
4. Dezil	55,34	7,04	3,96	1,18	1,96	2,27	1,90	11,99	14,36
5. Dezil	69,47	4,62	3,93	0,94	1,95	0,48	1,24	8,20	9,17
6. Dezil	79,09	4,22	3,28	0,70	1,21	0,32	0,77	6,60	3,81
7. Dezil	78,64	5,47	3,02	0,85	2,39	0,12	1,00	4,84	3,67
8. Dezil	78,23	8,48	3,15	1,87	1,71	0,14	0,55	4,07	1,81
9. Dezil	78,96	9,68	2,53	2,19	2,12	0,14	0,56	2,13	1,70
10. Dezil	72,05	16,71	2,28	3,09	3,41	0,17	0,58	1,17	0,55
<b>insgesamt</b>	<b>63,94</b>	<b>8,35</b>	<b>3,61</b>	<b>1,70</b>	<b>2,33</b>	<b>0,47</b>	<b>1,03</b>	<b>5,64</b>	<b>12,91</b>
2005 <sup>4</sup>									
1. Dezil	0,43	0,02	0,28	0,04	0,87	0,05	0,06	29,27	68,97
2. Dezil	5,59	0,53	7,76	0,20	1,69	1,71	1,22	22,35	58,95
3. Dezil	13,40	1,33	10,66	0,83	2,62	1,53	3,87	10,98	54,79
4. Dezil	37,99	5,06	6,91	1,53	2,82	2,33	3,29	12,59	27,47
5. Dezil	59,07	6,52	4,66	1,80	2,01	0,93	1,85	10,13	13,02
6. Dezil	70,38	6,30	3,74	1,09	1,63	0,71	1,99	7,84	6,33
7. Dezil	74,48	7,16	3,59	1,45	1,19	0,32	1,00	6,14	4,68
8. Dezil	76,57	8,33	3,15	1,15	2,10	0,27	1,33	4,48	2,65
9. Dezil	78,02	8,88	2,95	1,83	2,06	0,21	1,12	2,65	2,29
10. Dezil	63,52	21,21	2,79	4,93	4,19	0,11	0,71	1,53	1,02
<b>insgesamt</b>	<b>59,06</b>	<b>10,17</b>	<b>3,96</b>	<b>2,26</b>	<b>2,52</b>	<b>0,56</b>	<b>1,39</b>	<b>6,95</b>	<b>13,13</b>

<sup>1</sup> Die Übersicht nach Einkommensdezilen teilt die Einkommen der Haushalte in zehn gleich große Teile auf. Das 1. Dezil bezeichnet dabei die 10 % der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen, das 10. Dezil die 10 % der Haushalte mit dem höchsten Einkommen. Das bedeutet beispielsweise, dass im Jahr 2005 die 10 % der Haushalte mit dem höchsten Einkommen 63,52 % ihrer Einkommen aus nichtselbstständiger Tätigkeit erwirtschafteten.

<sup>2</sup> Hierin enthalten sind neben Renten aus privaten Rentenversicherungen auch Betriebsrenten, Beamtenpensionen und die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes sowie private Kapitallebensversicherungen, die auf Rentenbasis (monatlich) ausgezahlt werden.

<sup>3</sup> Mit Berücksichtigung der Stichprobe F und G des SOEP.

<sup>4</sup> Mit Berücksichtigung der Stichprobe D und E des SOEP.

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2007/2008, Tabelle 61.

**Tabelle 2: Monatliches Haushaltseinkommen nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen**  
– Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 –  
Durchschnitt je Haushalt und Monat in €

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin Ost	
	brutto	netto	brutto	netto	brutto	netto
<b>Insgesamt</b>	<b>3 561</b>	<b>2 833</b>	<b>3 729</b>	<b>2 957</b>	<b>2 825</b>	<b>2 293</b>
Alter des Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin von ... bis unter ... Jahren						
unter 25	1 819	1 453	1 874	1 482	1 625	1 351
25 bis 40	3 758	2 802	3 877	2 868	3 154	2 465
40 bis 50	4 552	3 432	4 743	3 566	3 781	2 892
50 bis 65	4 087	3 246	4 358	3 454	2 879	2 318
65 und mehr	2 412	2 242	2 518	2 340	1 969	1 829
Geschlecht und Alter des Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin						
männlich	4 147	3 290	4 332	3 426	3 194	2 595
Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren						
unter 25	1 948	1 570	2 020	1 609	1 738	1 456
25 bis 40	4 186	3 134	4 307	3 206	3 462	2 706
40 bis 50	5 064	3 808	5 287	3 967	3 973	3 032
50 bis 65	4 649	3 684	4 890	3 869	3 278	2 635
65 und mehr	2 942	2 732	3 053	2 835	2 436	2 264
weiblich	2 612	2 093	2 676	2 138	2 390	1 937
Alter der Haupteinkommensbezieherin von ... bis unter ... Jahren						
unter 25	1 733	1 375	1 783	1 404	1 528	1 260
25 bis 40	2 972	2 190	3 028	2 200	2 753	2 151
40 bis 50	3 533	2 684	3 535	2 676	3 528	2 706
50 bis 65	2 980	2 382	3 170	2 527	2 408	1 943
65 und mehr	1 760	1 639	1 836	1 711	1 472	1 365
Erwerbsstatus und Geschlecht des Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin						
erwerbstätig	4 589	3 416	4 755	3 530	3 782	2 863
männlich	5 055	3 779	5 245	3 912	3 976	3 027
weiblich	3 631	2 669	3 666	2 681	3 502	2 627
nicht erwerbstätig	2 216	2 071	2 327	2 174	1 787	1 675
männlich	2 686	2 504	2 802	2 611	2 170	2 029
weiblich	1 648	1 548	1 717	1 612	1 421	1 337
Wohnsituation						
in Wohneigentum	4 793	3 854	4 879	3 925	4 226	3 391
als Mieter/mietfrei	2 574	2 015	2 692	2 083	2 178	1 786
Haushaltstyp						
allein Lebende(r)	2 105	1 679	2 231	1 768	1 546	1 281
Paare <sup>1</sup> ohne Kind <sup>2</sup>	3 960	3 210	4 175	3 367	3 042	2 538
Paare <sup>1</sup> mit Kind(ern) <sup>2</sup>	4 999	3 891	5 134	3 994	4 261	3 325
Paare <sup>1</sup> mit 1 Kind <sup>2</sup>	4 517	3 465	4 628	3 548	4 082	3 138
Paare <sup>1</sup> mit 2 Kindern <sup>2</sup>	5 228	4 064	5 345	4 151	4 471	3 495
Paare <sup>1</sup> mit 3 und mehr Kindern <sup>2</sup>	5 586	4 495	5 700	4 572	4 416	3 701
allein Erziehende(r)	2 243	1 904	2 319	1 969	1 974	1 672
allein Erziehende(r) mit 1 Kind <sup>3</sup>	2 064	1 717	2 142	1 777	1 813	1 522
allein Erziehende(r) mit 2 Kindern <sup>3</sup>	2 589	2 250	2 641	2 304	2 387	2 037
allein Erziehende(r) mit 3 und mehr Kindern <sup>3</sup>	2 797	2 555	2 815	2 560	X	X
sonstige Haushalte	5 232	4 101	5 482	4 290	4 324	3 419

<sup>1</sup> Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften.

<sup>2</sup> Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin oder des/der Ehepartners/-partnerin, Lebensgefährten/-gefährtin.

<sup>3</sup> Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 15 EVS 2003, Heft 6.



**Tabelle 2: Monatliches Haushaltseinkommen nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen**  
– Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 –  
Durchschnitt je Haushalt und Monat in €

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin Ost	
	brutto	netto	brutto	netto	brutto	netto
Soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin						
Selbstständige	5 200	4 377	5 419	4 545	3 969	3 438
darunter:						
Landwirte	4 435	3 675	4 486	3 715	(3 683)	(3 089)
Arbeitnehmer	4 519	3 306	4 677	3 411	3 763	2 806
Beamte	5 373	4 455	5 471	4 540	4 704	3 868
Angestellte	4 859	3 453	5 004	3 544	4 116	2 983
Arbeiter	3 706	2 756	3 856	2 850	3 119	2 387
Nichterwerbstätige	2 216	2 071	2 327	2 174	1 787	1 675
darunter:						
Arbeitslose	1 654	1 594	1 746	1 679	1 457	1 413
Rentner	2 167	2 026	2 239	2 096	1 915	1 781
Pensionäre	4 420	4 009	4 418	4 007	X	X
Studierende	1 055	1 012	1 054	1 009	1 064	1 027

<sup>1</sup> Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften.

<sup>2</sup> Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin oder des/der Ehepartners/-partnerin, Lebensgefährten/-gefährtin.

<sup>3</sup> Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 15 EVS 2003, Heft 6.



# Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur zukunftsorientiert gestalten – Mobilität und Wachstum sichern

## Erste Arbeitsergebnisse des BMF-Projektteams

1	Anforderungen an die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung der Zukunft .....	67
2	Effizienzreserven heben – Public Private Partnership voranbringen .....	68
3	BMF-3-Stufen-Modell .....	69
4	Von internationalen Erfahrungen lernen .....	72

- Ein zukunftsorientiertes Finanzierungssystem für Verkehrsinfrastruktur muss sowohl den wachsenden Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Verkehrswege als auch den langfristig begrenzten Haushaltsspielräumen Rechnung tragen.
- Handlungsschwerpunkte liegen in einer effizienten Gestaltung der Finanzierungsstruktur wie auch in einer stärkeren Einbindung von Privaten in die Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur.
- Die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung soll in mehreren Schritten erfolgen, wobei verstärkt auch internationale Erfahrungen einzubeziehen sind.

## 1 Anforderungen an die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung der Zukunft

Die Entwicklung eines zukunftsgerichteten Finanzierungssystems der Verkehrsinfrastruktur bewegt sich im Spannungsfeld zwischen wachsenden Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Verkehrswege einerseits und langfristig begrenzten Haushaltsspielräumen andererseits. Eine gestaltende Finanzpolitik ist gefordert, Modelle zu entwickeln, die tragfähige Antworten auf diese widerstreitenden Ansprüche geben können.

Mobilität und reibungsloser Verkehr gewinnen in Deutschland als Verkehrsdrehscheibe und Transitland im Herzen des erweiterten Europas zunehmend an Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung. Bereits heute trägt der Verkehr mit rd. 3,7% zur Bruttowertschöpfung in Deutschland bei, das sind immerhin rd. 74 Mrd. €; rd. 1,5 Mio. Erwerbstätige sind direkt oder indirekt im Verkehrsbereich beschäftigt.

Die wichtige Funktion von Verkehr als Produktionsfaktor und Wachstumsmotor wird noch wei-

ter zunehmen. Denn durch den verstärkten internationalen Warenaustausch im Rahmen der Globalisierung, durch veränderte Produktionsstrukturen mit immer mehr Just-in-time-Produktion und durch die höheren Anforderungen an die Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssen rasant wachsende Gütertransportströme und steigender Personenverkehr Verkehrsträger bewältigt werden. Dies stellt höchste Ansprüche an Umfang und Ausstattung unserer Verkehrsinfrastruktur. Als Hauptträger des Güter- und Personenverkehrs liegt der Handlungsbedarf in erster Linie im Bereich Straße.

Auf der anderen Seite zeichnen sich perspektivisch deutliche Beschränkungen bei der Haushaltsfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur ab: Aufgrund der demografischen Entwicklung und der infolge dessen steigenden Kosten der sozialen Sicherungssysteme tritt die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung in zunehmende Konkurrenz zu anderen wichtigen Politikbereichen um begrenzte Finanzmittel. Zur Sicherung der volkswirtschaftlich und verkehrspolitisch notwendigen Verkehrsinvestitionen ist daher eine tragfähige Finanzierungsstruktur erforderlich.

## 2 Effizienzreserven heben – Public Private Partnership voranbringen

Vor diesem Hintergrund sind im BMF-Projektteam „Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ zwei Handlungsschwerpunkte identifiziert worden:



### Die Finanzierungsstruktur muss effizienter gestaltet werden

Das heißt zum einen, dass die Bereitstellung von Straßen in der gewünschten Qualität kostengünstiger als bisher erfolgt. Ziel ist, mehr Verkehrsinfrastruktur für das gleiche öffentliche Geld bereitstellen zu können. Die Gesamtfinanzierung muss sich deshalb deutlich stärker als bisher an Zielvereinbarungen und Erfolgskontrolle orientieren. Dazu gehört, dass Kosten- und Leistungstransparenz erhöht und wettbewerbliche Strukturen eingeführt werden. Zudem sollten die Finanzierungsstrukturen zunehmend nicht nur auf die Erstellungskosten eines Infrastrukturvorhabens ausgerichtet werden, sondern vielmehr die Gesamtkosten und -leistungen des Projektes einschließlich der Betriebs- und Erhaltungsaufwendungen in die Betrachtungen einbezogen werden. Eine solche Finanzierung sorgt für einen hohen Grad an Kosten- und Leistungstransparenz über den gesamten Lebenszyklus und kann so wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Finanzpolitik werden.

Zum anderen geht es darum sicherzustellen, dass diejenigen Projekte realisiert werden, die den größten volkswirtschaftlichen oder verkehrspolitischen Nutzen in Relation zu den Kosten aufweisen. Zugleich müssen die richtigen

Projekte zur richtigen Zeit realisiert werden, nämlich genau dann, wenn die Erhaltungs- oder Erweiterungsinvestitionen tatsächlich benötigt werden.

### Private sollen stärker in die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur einbezogen werden.

Auch zukünftig hat der Staat die Verantwortung für die Daseinsvorsorge und damit für eine angemessene und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur auch in der Fläche wahrzunehmen, um die Gleichheit der Lebensverhältnisse und damit die Chancengleichheit jenseits regionaler Unterschiede zu sichern. Das heißt jedoch nicht, dass der Staat auch in Zukunft noch alle bisherigen Leistungen selbst übernehmen kann und muss. Vielmehr sollte er in einer entwickelten Volkswirtschaft diejenigen Aufgaben an Private übertragen, die diese besser und effizienter erledigen können. Damit wird ein Wandel in der Funktion des Staates vom Produzenten von Verkehrsinfrastruktur hin zum Gewährleister eines gewünschten Versorgungsniveaus eingeleitet.

Ein derartiger Modernisierungsschub kann nach Auffassung der Bundesregierung insbesondere durch den Ausbau der Partnerschaften zwischen Privaten und der öffentlichen Hand, den Public Private Partnerships (PPP), erzielt werden. PPP sind nicht nur ein Instrument zur Verwaltungsmodernisierung, sondern Planung, Bau und Betrieb eines Projektes werden aufgrund einer lebenszyklusorientierten Betrachtungsweise von PPP optimiert und damit das Projekt wirtschaftlicher gestaltet. PPP sorgen zugleich für deutlich mehr Kosten- und Leistungstransparenz, indem sie eine Gesamtkostenoptimierung über den vollständigen Projekt-Lebenszyklus erlauben. Zusammen mit dem wettbewerblichen Vergabeverfahren befördern sie so wirtschaftliches Handeln.

Wichtige Infrastrukturprojekte könnten auf diese Weise – wenn die Rahmenbedingungen stimmen – frühzeitiger und effizienter realisiert werden. Was PPP allerdings nicht leisten kann, ist die Lösung von grundsätzlichen Haushaltsproblemen. Denn bei allen PPP-Projekten werden letztlich die öffentlichen Haushalte mit langfristigen Zahlungsverpflichtungen oder

reduzierten Einnahmen belastet. Aber – und hierin liegt das große Potenzial – PPP bieten die Möglichkeit, Effizienzreserven zu heben, die bei herkömmlicher Beschaffung nicht mobilisiert werden könnten. Entscheidend ist eine genaue Prüfung, bei welchen Aufgaben dies der Fall ist. Hierfür ist es wichtig, die verschiedenen Alternativen sorgfältig auf ihre Wirtschaftlichkeit zu untersuchen.

### 3 BMF-3-Stufen-Modell

Die Umsetzung der Handlungsschwerpunkte soll in drei Schritten erfolgen.

#### 1. Neue PPP-Modellprojekte im Verkehrsbereich

In einem ersten Schritt geht es darum, mögliche neue PPP-Projekte im Verkehrsbereich zu identifizieren und deren PPP-Eignung zu prüfen, um den Prozess der Entwicklung von PPP kontinuierlich fortzusetzen, auch vor dem Hintergrund der bisher negativen Erfahrungen bei den sogenannten F-Modellen<sup>1</sup>, die im Sachstandsbericht des Bundesverkehrsministeriums zu diesem Thema kürzlich aufgezeigt wurden. Bei möglichen Modellprojekten wäre zum Beispiel an den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals oder auch die sogenannte „Hamburger Hafenspange“, die Hinterlandanbindung des Hamburger Hafens, zu denken. Hierzu werden im Bundesverkehrsministerium derzeit Machbarkeitsstudien durchgeführt bzw. sind in Vorbereitung.

#### 2. Institutionelle Hürden abbauen, Kompetenz für Straßen von besonderer nationaler Bedeutung beim Bund bündeln

In dem zweiten – und wichtigsten – Schritt geht es darum, die institutionellen Voraussetzungen für mehr Effizienz und eine Weiterentwicklung von PPP zu schaffen. Denn derzeit stoßen Bemühungen für mehr Kosten- und Nutzeneffizienz wie auch für den Ausbau von PPP immer wieder auf institutionelle Hürden, die sich insbesondere aus der spezifischen Struktur der derzeitigen Auftragsverwaltung ergeben.

Fehlanreize können durch das Auseinanderfallen von Finanzierungs- und Aufgabenverantwortung entstehen. So liegt die Finanzierungslast für die Straßen beim Bund, während die Länder für die Durchführung der Planungen, der Bau- und Erhaltungsinvestitionen sowie für den Betrieb zuständig sind. Das erschwert Kosten- und Leistungstransparenz ebenso wie Zeiteffizienz.

<sup>1</sup> Der private Partner erhebt selbst Gebühren von allen Straßennutzern, z.B. Lübecker Herrentunnel / Warnow-Querung.

Zudem sind die Mechanismen nicht darauf ausgerichtet sicherzustellen, dass die national wichtigsten Projekte auch vorrangig realisiert werden.

Eine Steigerung des PPP-Anteils ist aufgrund der vorhandenen Verwaltungsstrukturen ebenfalls nur begrenzt möglich. Ursache sind die auf Bundes- und Landesministerien, Landesplanungsbehörden und Straßenbauämter verteilten Zuständigkeiten, der außerordentlich hohe Abstimmungsbedarf angesichts der Vielzahl der zuständigen Stellen und die damit verbundene Unübersichtlichkeit bei den möglichen Ansprechpartnern für die Privaten. Hinzu kommen mögliche Interessenunterschiede zwischen den Ländern, die den Prozess weiter komplizieren können.

Das BMF hat daher gemeinsam mit dem Bundesverkehrsministerium in die Föderalismuskommission II einen Vorschlag für eine sogenannte Öffnungsklausel durch Ergänzung von Artikel 90 Grundgesetz eingebracht, mit der die Voraussetzungen für einen Umbau der institutionellen Strukturen im Bereich der Fernstraßenverwaltung geschaffen werden können. Durch die Öffnungsklausel erhält der Bund die Möglichkeit, bestimmte Fernstraßen(-abschnitte) von besonderer nationaler Bedeutung in eigene Verantwortung zu übernehmen. Dies können z. B. europäische Transitstrecken oder Hinterlandverbindungen sein, die vor dem Hintergrund eines stark gestiegenen Güterverkehrsaufkommens und der deutschen Lage als Transitland einen dringenden Ausbaubedarf haben und einen hohen volkswirtschaftlichen oder verkehrspolitischen Nutzen aufweisen.

Alle damit verbundenen nicht-hoheitlichen Aufgaben können – nach Übernahme der Verwaltungskompetenz durch den Bund – als lebenszyklusorientiertes Leistungspaket in einem wettbewerblichen Verfahren ausgeschrieben und von Dritten, z. B. der DEGES<sup>2</sup> oder von privaten Unternehmen, erledigt werden. Für diese Projekte gäbe es dann einen einheitlichen Ansprechpartner. Der Aufbau einer neuen Behördenstruktur ist nicht zwingend erforderlich.

Damit wird ein reibungsloses und wirtschaftliches Zusammenspiel von privaten Investoren und öffentlicher Hand bei Verkehrsprojekten gewährleistet.

Letztlich kann durch die Öffnungsklausel erreicht werden, dass

- Fernstraßenprojekte mit hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung schneller und effizienter realisiert werden können;
- PPP beim Verkehrsträger Straße erleichtert wird;
- Finanzierungsentscheidungen durch die Implementierung einer lebenszyklusorientierten (statt einer nur an den Erstellungskosten orientierten) Kostenbetrachtung und Projektrealisierung nachhaltiger gestaltet werden;
- durch Ausschreibung sämtlicher nicht-hoheitlicher Aufgaben höhere Anreize für mehr Wirtschaftlichkeit, Transparenz bei Kosten und Leistungen und Wettbewerb gesetzt werden;
- Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung sachgerechter zusammengeführt werden – und zwar ohne Aufbau einer neuen Behördenstruktur;
- Benchmarking und Best Practice gefördert werden.

Auch für die Länder könnten sich Vorteile ergeben:

- Einzelne Länder werden von der Realisierung komplexer Großprojekte entlastet. Damit erhalten sie die Möglichkeit, die Verwaltung auf eine effektivere Größe zu optimieren.
- Durch Neustrukturierung im Bund-Länder-Verhältnis und Implementierung von Wettbewerbselementen werden auch Innovationsanreize für die Straßenbauverwaltungen der Länder gesetzt.

Ein abrupter, umfassender Systemwechsel bei der Bereitstellung der Bundesfernstraßen, etwa die Übernahme aller Bundesautobahnen in Bundesverwaltung wie vom Bundesrechnungshof vorgeschlagen, ist aus Sicht des Projektteams nicht ratsam.

### 3. Umsetzung eines zukunftsorientierten Finanzierungskonzeptes

In einem dritten Schritt kann sich auf der Basis klarer Verwaltungsstrukturen und engerer

<sup>2</sup> Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH.

Zusammenführung von Ausgaben- und Aufgabenverantwortung die Einbindung Privater mittels PPP zu einer normalen Alternative zur Haushaltsfinanzierung entwickeln. Dies entspricht dem Ziel des BMF, den PPP-Anteil an öffentlichen Investitionen von 4 % in Richtung internationaler Standardwerte von 15 % anzuheben. Um diese Entwicklung zu unterstützen, hat das BMF den Vorschlag der Initiative Finanzplatz Deutschland aufgegriffen, eine Gesellschaft zu gründen, die die öffentliche Hand in PPP-Grundsatzfragen, vor allem aber bei der Gestaltung und Umsetzung konkreter PPP-Projekte beraten soll, die sogenannte „Partnerschaften Deutschland Aktiengesellschaft“. Diese soll gemeinsam mit privaten Partnern betrieben werden, um so eine möglichst gewinnbringende Gestaltung von PPP für beide Seiten zu erzielen.



Im Bundesfernstraßenbereich wurden bislang zwei PPP-Modellvarianten realisiert. Dies sind zum einen die sog. A-Modelle, bei denen die Refinanzierung der privaten Partner mittelbar aus der LKW-Maut erfolgt. Hier sind zwei Pilotprojekte in diesem Jahr gestartet worden. Zudem sind zwei F-Modelle realisiert (Lübecker Herrentunnel und Warnow-Querung Rostock).

Aus Sicht des Projektteams können diese Modelle ergänzt und – Wirtschaftlichkeit vorausgesetzt – zukünftig Projekte auch als sogenannte Verfügbarkeitsmodelle umgesetzt werden. Kennzeichen der Verfügbarkeitsmodelle ist ebenfalls, dass die privaten Partner die Leistung über den gesamten Lebenszyklus (Bau, Betrieb, und Finanzierung) erbringen. Der Unterschied gegenüber den A- und F-Modellen liegt in der Refinanzierung der beteiligten privaten Unternehmen. Diese erfolgt

– in Abhängigkeit von vertraglich vereinbarten Verfügbarkeitsparametern wie z. B. Stauzeiten, Spurverfügbarkeit, Streckensicherheit.

Eine Anschubfinanzierung ist möglich, aber nicht zwingend. Zudem ist ggf. eine Kombination mit anderen Modellen vorteilhaft, z. B. dem A-Modell, bei dem die Maut (verkehrsmengenabhängig) an den Privaten weitergeleitet wird.

Verfügbarkeitsmodelle haben den Vorteil zielgerichteter Leistungsanreize bei gleichzeitiger Unabhängigkeit von Mauteinnahmen. So werden mit der leistungsorientierten Entgeltzahlung geeignete Anreize dafür gesetzt, dass die Verkehrsinfrastruktur auf einem dauerhaft hohen Qualitätsniveau erstellt und erhalten wird, etwa durch den Einsatz qualitativ hochwertiger und wartungsarmer Materialien beim Bau. Damit werden Reparatur- und Wartungsaufwand so gering wie möglich gehalten und Folgekosten minimiert. Zudem sorgt der Anreizmechanismus für eine zügige Umsetzung. Da eine Refinanzierung nicht von Gebühreneinnahmen abhängig ist, wird PPP auch für weniger befahrene und kürzere Streckenabschnitte möglich.

Diese Vorteile haben dazu geführt, dass ein verstärkter Einsatz von Verfügbarkeitsmodellen im Straßenbereich in der internationalen Praxis zu beobachten ist – gerade auch in den Ländern, die bei PPP schon weiter fortgeschritten sind (z. B. Großbritannien, aber auch Österreich und Norwegen).

Eine Erweiterung der Mautpflicht etwa auf Pkw ist mit der Ausweitung von PPP nicht verbunden. Eine direkte Nutzerfinanzierung würde es weiterhin nur bei den F-Modellen geben, wo bereits heute Gebühren erhoben werden. Damit würde es auch keine großflächigen Mautausweichverkehre geben, wie sie nach internationalen Erfahrungen regelmäßig bei einer direkten Bemaufung zu beobachten sind und die zu finanziellen Engpässen führen können, wenn sie von privaten Bietern unterschätzt werden.

– während der Betriebsphase aus dem Haushalt und nicht über auf der Strecke eingenommene Lkw-Maut;

## 4 Von internationalen Erfahrungen lernen

Einige durch das Projektteam aufgezeigte Komponenten einer zukunftsorientierten Verkehrsinfrastrukturfinanzierung sind bei vielen unserer europäischen Partner und Nachbarn bereits realisiert. Dies haben internationale Experten, z. B. aus der Schweiz, Österreich, Norwegen oder Großbritannien, in BMF-Workshops zu diesem Thema bestätigt.

So haben viele Länder bereits umfassende Strukturänderungen in den Verkehrsfinanzierungs- und Verwaltungssystemen vollzogen bzw. befinden sich in der Umsetzungsphase. In der Schweiz werden die ehemals föderal verteilten Aufgaben gebündelt und die Fernstraßenverwaltung in einem Bundesamt für Straßen zentralisiert. Von dieser Maßnahme verspricht sich die Schweiz ein Kosteneinsparungspotenzial von etwa 5 % der heutigen Gesamtaufwendungen. In Österreich wurden die Zuständigkeiten für Autobahnen und wichtige Bundesstraßen einschließlich des Betriebsdienstes zusammengezogen und mit der Gründung der ASFINAG<sup>3</sup> privatrechtlich organisiert. Damit wurde die Auftragsverwaltung abgelöst.

In Großbritannien sind die Strukturen der Straßenverwaltung auf die zunehmende Einbindung privater Dritter im Rahmen von PPP ausgerichtet – sowohl im Finanz- wie im Verkehrsressort als auch mit der zentralen Beratungsstelle, der „Partnerships UK“. Auf dieser Basis hat sich in Großbritannien PPP mit einem Anteil von 10 % bis 15 % an den öffentlichen Investitionen als leistungsstarkes Beschaffungsinstrument etabliert. So konnte der verstärkte Einsatz von PPP in Großbritannien gerade im

Verkehrsbereich zu einer schnelleren und kostengünstigeren Projektrealisierung beitragen.

Auch in Österreich konnten beim PPP-Projekt „Wiener Autobahnring/Ostregion“, dessen Projektplanungszeit nur drei Jahre von der Ausschreibung bis zum Baustart betrug, deutliche Kostenvorteile gegenüber der konventionellen Beschaffung von nach eigenen Angaben 15 % verbucht werden.

Die ausländischen Erfahrungen belegen aber auch, wie wesentlich die richtigen Leistungsanreize – vor allem für mehr Wettbewerb – für den Projekterfolg sind. Dies zeigen Fehlschläge wie etwa bei der Londoner U-Bahn. PPP-Projekte müssen deshalb bis zum Ende der Vertragslaufzeit durch ein kontinuierliches Monitoring begleitet und gewonnene Erkenntnisse regelmäßig ausgewertet werden. Zudem ist eine genaue Projektspezifikation im Vorfeld erforderlich, um Kostenüberschreitungen, die selbst durch kleine Vertragsänderungen ausgelöst werden können, zu vermeiden.

Internationale Trends bestätigen zudem, dass PPP aufgrund seiner langfristigen Zahlungsverpflichtungen und der damit verbundenen zukünftigen Belastungen für die öffentlichen Haushalte zunehmend weniger als Mittel zur Überbrückung von Haushaltslücken eingesetzt wird, sondern vorrangig aufgrund der Effizienzvorteile, zumal die Haushaltsbelastungen aus früheren PPP-Projekten hier mittlerweile bereits spürbar werden. Dies gilt etwa für Großbritannien, weshalb man hier dazu übergegangen ist, alle PPP-Projekte schuldenstandswirksam zu verbuchen. Zunehmend ausschlaggebend für eine Entscheidung zugunsten von PPP wird deshalb auch international der mögliche Effizienzvorteil gegenüber der herkömmlichen Beschaffung.

<sup>3</sup> Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft.



# G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs am 17./18. November 2007 in Südafrika

1	Vorbemerkungen .....	73
2	Lage der Weltwirtschaft .....	74
3	Reform der Bretton-Woods-Institutionen .....	75
4	Fiskalpolitik für Wachstum und Entwicklung .....	75
5	Rohstoffzyklen und Finanzstabilität .....	76
6	G20-Reform-Agenda .....	76
7	Ausblick .....	76

- Weiterhin gutes Wachstum der Weltwirtschaft; allerdings steigen die Risiken auf Grund der Finanzmarkturbulenzen. Stabile Entwicklung in Schwellenländern. Der Inflationsdruck durch steigende Energie- und Lebensmittelpreise nimmt weltweit zu.
- Die Gespräche im Rahmen der G20 zur zweiten Stufe der IWF-Reform dauern an. Eine Einigung wird bis Frühjahr 2008 angestrebt.
- Die Auswirkungen steigender Rohstoffpreise, auch in Bezug auf Staatsfonds, wurden erörtert.

## 1 Vorbemerkungen

Am 17./18. November 2007 fand in Kapstadt das 9. Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankchefs statt. Die „Gruppe der Zwanzig (G20)“ ist ein informelles Forum, das den Dialog der Industrie- und Schwellenländer mit dem Ziel weltweiter wirtschaftlicher Stabilität fördern soll. Sie wurde 1999 unter maßgeblicher Mitwirkung Deutschlands gegründet.

Mitglieder sind: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, die Türkei und die USA. Die Europäische Union ist ebenfalls Mitglied, vertreten durch die rotierende EU-Ratspräsidentschaft (derzeit Portugal) und die Europäische Zentralbank.

Wurde die G20 im Jahr 1999 als Reaktion auf Finanzkrisen in den Schwellenländern gegründet, so hat sich die Situation inzwischen grundlegend verändert. Vor allem die großen Schwellenländer tragen zu einem erheblichen Teil zum

globalen Wirtschaftswachstum bei und sind weit weniger krisenanfällig geworden. Die Diskussion innerhalb der G20 wird zunehmend geprägt durch Forderungen der Schwellenländer nach einer stärkeren Repräsentation und mehr Einfluss in den internationalen Finanzgremien.

In Kapstadt standen neben einem ausführlichen Meinungsaustausch über die Lage der Weltwirtschaft u.a. die Reform der Bretton Woods-Institutionen, Fiskalpolitik für Wachstum und Entwicklung, Auswirkungen von Rohstoffzyklen auf die Finanzstabilität sowie die Reformpolitik in den Mitgliedstaaten auf der Agenda dieses Treffens. Die wesentlichen Ergebnisse sind im Folgenden skizziert.

## 2 Lage der Weltwirtschaft

Die G20 begrüßten das weiterhin andauernde, solide Wachstum der Weltwirtschaft im 1. Halbjahr 2007, stellten jedoch im Ausblick fest, dass die kurzfristigen Risiken im Zuge der Finanzmarktturbulenzen zugenommen haben. Positiv vermerkt wurde dabei die Stabilität der Schwellen- und anderer Entwicklungsländer.

Steigende Energie- und Lebensmittelpreise bieten allerdings in vielen Ländern weiterhin Grund zur Besorgnis.

Der Abbau globaler Ungleichgewichte liegt in der gemeinsamen Verantwortung insbesondere der großen Industrie- und Schwellenländer bzw. Regionen, konkret werden im Kommuniké des Treffens folgende notwendige Maßnahmen genannt:

- Schritte zur Steigerung nationalen Sparens in den USA inkl. Haushaltskonsolidierung,
- Fortschritte bei wachstumsorientierten Reformen in Europa,
- Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung in Japan,
- Reformen zur Steigerung der Binnennachfrage in asiatischen Schwellen- und Entwicklungsländern sowie größere Wechselkursflexibilität in Ländern mit Handelsbilanzüberschuss,
- höhere Ausgaben unter Beachtung makroökonomischer Stabilität in erdölproduzierenden Staaten.

Die kürzlichen Turbulenzen auf den Finanzmärkten unterstreichen für die G20 die Bedeutung größerer Transparenz und erfordern eine erhöhte Wachsamkeit von Aufsichtsbehörden. Als wesentliche mittelfristige Herausforderungen für den weltweiten Wohlstand sehen die G20 die Klimaänderung, Energiesicherheit und Protektionismus. In diesem Zusammenhang unterstrichen sie erneut die grundlegende Bedeutung eines Erfolges der Doha-Entwicklungsrunde für freieren Handel, höheres Wirtschaftswachstum und bessere Entwicklung sowie eine nachhaltige Bekämpfung von Armut.

Besorgnis herrscht über die Preissteigerungen beim Erdöl. Die Produzenten wurden zu höheren Investitionen in die Erschließung und Förderung ermuntert. Von Seiten der Produzen-

ten wurde darauf hingewiesen, dass die Investitionen im Ölsektor inzwischen sehr hoch seien, aber bis vor wenigen Jahren wegen des niedrigen Ölpreises unwirtschaftlich waren.



### 3 Reform der Bretton-Woods-Institutionen

Die G20 bestärkten ihr Engagement zur Reform der Bretton-Woods-Institutionen (Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank), durch die die Glaubwürdigkeit, Effektivität und Legitimität dieser Institutionen gestärkt werden soll. Die Teilnehmer äußerten sich zufrieden über die Fortschritte, die bei den Verhandlungen zur zweiten Stufe der IWF-Reform zu Quoten und Stimmrechten im Jahr 2007 erzielt wurden. Die Positionen hätten sich angenähert.

Ebenso wurden die Fortschritte zur Frage der IWF-Finanzierung und der Entwicklung eines neuen Liquiditätsinstruments begrüßt.

Die G20 brachten die Hoffnung zum Ausdruck, dass der IWF seine Arbeit entschlossen fortsetzt und bis Frühjahr 2008 eine politische Einigung zur Quoten- und Stimmrechtsreform erzielt werden kann.

Die G20-Staaten äußerten sich ebenfalls zufrieden über die Schritte, die die Weltbank unter Präsident Zoellick in Richtung einer internen „Governance“-Reform und der Entwicklung eines künftigen politischen Strategierahmens unternommen habe. Ein größeres Gewicht der Schwellen- und Entwicklungsländer sollte sich innerhalb dieses Rahmens widerspiegeln.

### 4 Fiskalpolitik für Wachstum und Entwicklung

Die G20-Mitglieder unterstrichen die Bedeutung einer nachhaltigen Fiskalpolitik für Wachstum und Entwicklung. Dabei wurde auf die Notwendigkeit eines fiskalpolitischen Handlungsspielraums (Fiscal Space) hingewiesen, auch um die Ziele des 2004 unter deutschem G20-Vorsitz beschlossenen „Accord for Sustained Growth“ erreichen zu können. Der fiskalpolitische Handlungsspielraum ermöglicht die Finanzierung wirtschaftlicher und sozialer Infrastruktur, die notwendig ist, um Armut zu verringern, Entwicklungsziele zu erreichen und Wachstum zu fördern.

Erörtert wurde die Notwendigkeit, die Effektivität von Ausgaben in der mittel- bis langfristigen Entwicklungsperspektive zu prüfen, sowie der Einsatz fiskalpolitischer Mittel als antizyklische Maßnahme in wirtschaftlich schwächeren Zeiten.

Der Erfahrungsaustausch und die Diskussion zeigten, dass der fiskalpolitische Handlungsspielraum in den G20-Staaten sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Während manche Staaten, insbesondere die Rohstoffexporteure, bereits über einen spürbaren Haushaltsüberschuss verfügen, hoben einige Staaten ihre Bemühungen und Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung hervor.

Es wurde vereinbart, die Diskussion im nächsten Jahr fortzusetzen – mit den Schwerpunkten Qualität und Effizienz öffentlicher Ausgaben, makroökonomische Stabilität und nachhaltige Haushaltsplanung sowie Rolle antizyklischer fiskalpolitischer Maßnahmen.

## 5 Rohstoffzyklen und Finanzstabilität

Das Thema Rohstoffe wurde unter sehr unterschiedlichen Aspekten mit besonderem Augenmerk auf den jüngsten Marktentwicklungen im Bereich Energie diskutiert. Die G20-Mitglieder verwiesen auf die Einigung vom vergangenen Jahr, nach der eine Verbesserung des weltweiten Handels durch Stärkung der Märkte sowie die Sicherung von Nachhaltigkeit durch Investitionen und die Förderung von Effizienz die besten Wege sind, um Versorgungssicherheit dauerhaft zu gewährleisten. Zudem wird ein kontinuierlicher und verstärkter Dialog zwischen Produzenten- und Konsumentenländern für erforderlich gehalten.

Die G20-Staaten nahmen auch zur Kenntnis, dass Rohstoffe als Geldanlage zunehmend an Bedeutung gewinnen, wodurch die Liquidität und Markttiefe beim Rohstoffhandel deutlich zugenommen haben und die Preisfindung erleichtert wird.

Wegen der großen Auswirkungen von Preiszyklen bei Rohstoffen auf die weltweite Finanzstabilität wurde u. a. von Deutschland auf die Notwendigkeit von mehr Transparenz in diesem Sektor hingewiesen – besonders in Bezug auf Staatsfonds, die sich in vielen Fällen aus den Einnahmen des Rohstoffsektors speisen. Die G20 stimmten darin überein, dass die Bedeutung von Staatsfonds für das internationale Finanzsystem zunimmt, aber mehr Informationen zum Management und den Anlagezielen dieser Fonds wünschenswert wären.

Die Arbeit des IWF und der Weltbank in diesem Bereich, einschließlich eines Dialogs über „Best Practices“, wurden begrüßt.

Außerdem wurde die zunehmende Bedeutung von Biokraftstoffen und sauberen Technologien in Bezug auf Wirtschaftswachstum, Einkommens- und Beschäftigungssituation, Emissionsreduzierung und steigende Lebensmittelpreise diskutiert; diese Diskussion soll ebenfalls im nächsten Jahr fortgesetzt werden.

## 6 G20-Reform-Agenda

Entsprechend dem von Deutschland im Jahr 2004 initiierten „Accord for Sustained Growth“ wurden die derzeitigen Prioritäten der Mitgliedstaaten in einer aktualisierten „G20-Reform-Agenda“ zusammengefasst. Darin bekräftigt Deutschland, die Konsolidierung seiner Staatsfinanzen fortzusetzen und die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung weiter zu verbessern. Die G20-Staaten bekräftigten ihre Reformziele und begrüßten den inzwischen traditionellen Austausch über die landesspezifischen Erfahrungen mit den eigenen Reformbemühungen.



## 7 Ausblick

In 2008 wird Brasilien die G20-Präsidentschaft übernehmen. Brasilien hat die Themen Förderung des Wettbewerbs in der Finanzbranche sowie die Fortführung der Themen Energie, Fiskalpolitik und Reform der Bretton-Woods-Institutionen als Schwerpunkte seiner Präsidentschaft genannt.

Vereinbart wurde auch, 2009 Großbritannien den Vorsitz zu übertragen. Weitere Informationen können im Internet unter [www.G20.org](http://www.G20.org) abgerufen werden.

# Ergebnisse der G8-Konferenz zu Migrantentransfers („Remittances“) vom 28. bis 30. November 2007 in Berlin

1	Einleitung .....	77
2	Ablauf .....	78
3	Ergebnisse .....	79
4	Schlussfolgerungen .....	89

- Die Teilnehmer der G8-Konferenz diskutierten Fragen zur effektiveren statistischen Erfassung dieser Geldtransfers und ihrer entwicklungspolitischen Bedeutung, der Reduzierung der Transferkosten und Möglichkeiten eines verbesserten Marktzugangs von Sendern und Empfängern dieser Zahlungen.
- Als Ergebnis des Treffens wurden sieben Empfehlungen ausgesprochen.
- Um den weiteren Austausch zu diesem Thema zu fördern, wurde zudem den G8 empfohlen, eine internationale Arbeitsgruppe einzurichten.

## 1 Einleitung

„Remittances“ ist der englische Fachausdruck für Geldtransfers von Migranten an Empfänger in ihre Heimatländer. Im folgenden Artikel wird durchgängig der Begriff Migrantentransfers verwendet. Charakteristisch für solche Transfers ist, dass sie zwischen Personen, die zumeist Angehörige oder Freunde sind, ohne eine Gegenleistung oder ein Grundgeschäft getätigt werden. Insbesondere für Entwicklungsländer stellen Migrantentransfers heute das bedeutendste Element der internationalen Kapitalzuflüsse dar.<sup>1</sup> Nach Schätzungen der Weltbank beträgt das jährliche weltweite Volumen mehr als doppelt so viel wie die weltweiten Entwicklungshilfeszahlungen. Empirische Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass in Ländern, die in erheblichem Umfang Migrantentransfers erhalten, das Armutsniveau abnimmt. Die Empfänger nutzen das Geld vor allem zur Verbesserung der Ausbildung ihrer Kinder und der Versorgung mit Wohnraum.

Nach den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien gehört Deutschland weltweit zu den wichtigsten Sendeländern von Migrantentransfers. Zu den wichtigsten Empfängerstaaten von Zahlungen aus Deutschland zählen außerhalb der EU die Türkei und Serbien.

Ausgehend von der Vereinbarung beim diesjährigen Weltwirtschaftsgipfel unter deutscher Präsidentschaft in Heiligendamm – bei dem sich die G8 auf einen Austausch zum Thema Migrantentransfers verständigten –, fand im Bundesministerium der Finanzen (BMF) vom 28. bis 30. November 2007 ein Treffen zum Thema Migrantentransfers statt. Das Treffen fand in einem G8-Outreach-Format statt – mit Delegationen aus G8-Ländern, der Europäischen Kommission sowie Teilnehmern aus anderen Ländern, internationalen Organisationen, dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und den Medien.

<sup>1</sup> Vgl. für einen ausführlichen Überblick den Artikel „Geldtransfers von Migranten in ihre Heimatländer – Remittances“ – im Monatsbericht des BMF vom Oktober 2007, S. 57 ff.

## 2 Ablauf

Bei dem Treffen in Berlin wurden Fragen zur effektiveren statistischen Erfassung dieser Geldtransfers und ihrer entwicklungspolitischen Bedeutung, der Reduzierung der Transferkosten und Möglichkeiten eines verbesserten Marktzugangs von Auftraggebern und Empfängern dieser Zahlungen erörtert. In Anlehnung an die konkreten Selbstverpflichtungen der G8 beim Gipfel in Sea Island in 2004 erfolgte zudem eine Bestandsaufnahme der bisherigen bilateralen Aktivitäten der G8 und verschiedener multilateraler Initiativen. Auch wurden die Möglichkeiten innovativer Instrumente näher beleuchtet.

Die Diskussion fand in mehreren aufeinander aufbauenden Panels statt, wobei mehr als 100 hochrangige Experten der G8 und wichtiger Schwellen- und Entwicklungsländer vertreten waren. Daneben nahmen internationale Institutionen wie die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB), der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Nichtregierungsorganisationen (u. a. Afrikavererein, Oxfam, World Vision), der Privatsektor (u. a. Citibank, Western Union), Vertreter der Wissenschaft sowie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und andere nationale Institutionen teil. Organisiert wurde das Treffen vom BMF unter Beteiligung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Deutschen Bundesbank. Der Staatssekretär im BMF Dr. Thomas Mirow eröffnete das Treffen. Bei einer feierlichen Veranstaltung am 29. November 2007 stellten Professor Dr. Hermann Remsperger, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank, und Karin Kortmann, Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, ihre Sicht der Thematik dar.

Im Rahmen des Treffens erfolgte auch der offizielle Start der deutschen Internetseite [www.geldtransfair.de](http://www.geldtransfair.de). Am 29. November 2007 schalteten der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, und die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul, dieses neue Informationsportal frei. Die von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

(GTZ) im Auftrag des BMZ entwickelte Internetseite soll Migranten in Deutschland helfen, günstige Anbieter für Überweisungen in ihre Heimatländer zu finden.

Der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, sagte: „Vielen dürfte nicht klar sein, dass Migrantentransfers häufig die Lebensgrundlage der Familien in den Heimatländern der Migranten sichern. Und nicht selten ermöglichen erst diese Überweisungen den Kindern einen Schulbesuch und damit die Perspektive auf ein eigenverantwortliches Leben. Was mir besonders gefällt, ist, dass Migrantentransfers die wirklich Bedürftigen ohne Einflussnahme von Behörden und damit ohne bürokratische Hemmnisse erreichen.“

### 3 Ergebnisse

Zum Abschluss des Treffens wurden von den Ländervertretern sieben konkrete Empfehlungen verabschiedet, die in den G8-Prozess eingespeist werden und damit Grundlage der Diskussionen

bilden, wenn in 2008 Japan die G8-Präsidentschaft übernimmt. Im Folgenden werden die einzelnen Empfehlungen näher erläutert, die aus den verschiedenen Vorträgen und den sich anschließenden Diskussionen abgeleitet wurden.

#### Die sieben Empfehlungen des G8-Outreach-Treffens „Remittances“ am 28. bis 30. November 2007, Berlin

**Empfehlung Nr. 1:** Die Teilnehmer begrüßten die nach dem G8-Gipfel auf Sea Island geleistete Arbeit zur Verbesserung der Daten über Migrantentransfers. Die nationalen Statistikämter und Zentralbanken sind aufgerufen, ihre Anstrengungen fortzusetzen, die Qualität der Daten zu verbessern, auf deren Grundlage Schätzungen der Migrantentransfers im Rahmen der Zahlungsbilanz erstellt werden. In diesem Zusammenhang wird ihnen empfohlen, den von der Luxembourg Group verfassten und in Kürze erscheinenden Leitfaden für die Datenerfassung zu nutzen. Die Teilnehmer des G8-Outreach-Treffens befürworteten zudem, dass die Luxembourg Group die Länder weiterhin aktiv darin unterstützt, ihre Schätzungen der Migrantentransfers zu verbessern.

**Empfehlung Nr. 2:** Die Teilnehmer erkannten die in den letzten Jahren durchgeführten umfangreichen Untersuchungen zu den Entwicklungseffekten der Migrantentransfers an. Sie forderten die internationale Gemeinschaft auf, Möglichkeiten zur Förderung formeller Überweisungswege und innovativer Mechanismen zu prüfen, um einen noch stärkeren Entwicklungsbeitrag von Migrantentransfers zu erreichen.

**Empfehlung Nr. 3:** Die Teilnehmer begrüßten die Ausarbeitung der Allgemeinen Grundsätze für internationale Geldüberweisungsdienste durch die internationale Arbeitsgruppe unter Leitung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich und der Weltbank. Politische Entscheidungsträger sollten diese Grundsätze als ein Instrument nutzen, mit dem der rechtliche Rahmen für die im Überweisungsbereich tätigen Unternehmen verbessert, der Wettbewerb gefördert, die Transparenz erhöht und der Verbraucherschutz bei Migrantentransfers gestärkt werden kann.

**Empfehlung Nr. 4:** Die Teilnehmer des G8-Outreach-Treffens würdigten den von den G8-Ländern in Zusammenarbeit mit ihren bilateralen Partnern geleisteten Beitrag sowie den Einsatz der Europäischen Kommission für die Erleichterung von Überweisungen und die Stärkung der Entwicklungseffekte der Migrantentransfers. Die Teilnehmer forderten die nationalen Behörden auf, solche gemeinsamen Anstrengungen auch weiterhin zu verfolgen. Zur Vermeidung einer Überschneidung von Maßnahmen empfahlen die Teilnehmer zudem, die Tätigkeit der nationalen Behörden mit derjenigen anderer nationaler Behörden, der Nichtregierungsorganisationen (NGO), des Privatsektors und der multilateralen Entwicklungsbanken (MDBs) zu koordinieren.

**Empfehlung Nr. 5:** Eine der großen Herausforderungen ist nach wie vor die Überführung von Migrantentransfers in formelle Bankkanäle. Die Teilnehmer des G8-Outreach-Treffens erkannten die bisherigen beträchtlichen Anstrengungen auf diesem Gebiet an, riefen jedoch die Politik, den Privatsektor und die internationale Gemeinschaft auf, ihre Arbeit zur Stärkung der Finanzsysteme und zur Verbesserung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen – durch bessere Überweisungssysteme sowie attraktive Spar- und Investitionsmöglichkeiten für Migranten, Diasporaangehörige und Empfänger von Migrantentransfers – fortzusetzen und so zur Armutsbekämpfung und zur Förderung des Wirtschaftswachstums beizutragen.

**Empfehlung Nr. 6:** Innovative Zahlungsinstrumente entwickeln sich in einer rapiden Geschwindigkeit und können dazu beitragen, die Geldtransferkosten weiter zu senken sowie den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu verbessern. Internationale Organisationen und die politischen Entscheidungsträger sollten diese Entwicklungen genau beobachten und auf einen möglicherweise entstehenden Anpassungsbedarf der rechtlichen Rahmenbedingungen vorbereitet sein. Politische Instrumente zur Steuerung der Migrantentransfers sollten weiter beobachtet werden.

**Empfehlung Nr. 7:** Die Teilnehmer des G8-Outreach-Treffens begrüßten die vielfachen Bestrebungen des öffentlichen und privaten Sektors sowie der Zivilgesellschaft, die vorhandenen und künftigen Initiativen zur Förderung von Migrantentransfers zu koordinieren und voranzutreiben. Die Teilnehmer betrachteten die Einrichtung einer „Global Remittance Working Group“ als einen interessanten Vorschlag, der von den G8 erwogen werden sollte. Eine solche Arbeitsgruppe sollte von einer internationalen Organisation geleitet werden, die die Federführung übernehmen möchte, und aus Vertretern des öffentlichen Sektors sowie der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft zusammengesetzt sein. Zu den Aufgaben dieser Gruppe sollten unter anderem die Steigerung der öffentlichen Aufmerksamkeit für das Phänomen der Migrantentransfers, die Förderung der Forschung zum Entwicklungsbeitrag von Migrantentransfers, die Unterstützung der Umsetzung der Allgemeinen Grundsätze für internationale Geldüberweisungsdienste und die Initiierung von Pilotprogrammen mit Vorbildcharakter zählen.



## Empfehlung 1: Verbesserung der Datenbasis

Nach jüngsten Schätzungen sind Migrantentransfers in den letzten Jahren neben ausländischen Direktinvestitionen zur wichtigsten Quelle der externen Finanzierung für Entwicklungsländer geworden. Die G8 haben sich auf dem Gipfel von Sea Island verpflichtet, „mit der Weltbank, dem IWF und anderen Institutionen zusammenzuarbeiten, um die Datenbasis von Migrantentransfers zu verbessern und Standards der Datenerhebung für Herkunfts- und Empfängerländer zu entwickeln“. Diese Verpflichtung mündete in der Einrichtung einer internationalen Arbeitsgruppe – der Luxembourg Group. Das Ziel der ersten Paneldiskussion bestand darin, einen Überblick über jüngste Trends der Migrantentransfers zu liefern und Vertretern der Luxembourg Group die Möglichkeit einzuräumen, ihre erarbeiteten Empfehlungen zur Verbesserung der Datenbasis von Migrantentransfers vorzustellen. Darüber hinaus wurden weitere Methoden der Erfassung von Migrantentransfers diskutiert.

Deutlich wurde, dass trotz bestehender Abgrenzungsprobleme die Entwicklung der Migrantentransfers in den letzten Jahren sehr dynamisch verlaufen ist. Seit dem Wirtschaftsgipfel in Sea Island und den dort gestarteten Initiativen sind Migrantentransfers stärker in das Blickfeld der statistischen Behörden gekommen. Problematisch bei der Datenerhebung sind vor allem die international differierenden Methoden, diese Zahlungsströme in den nationalen Statistiken zu erfassen. Deshalb wurde vorgeschlagen, von dem bislang gebrauchten Konzept der „workers remittances“ Abstand zu nehmen. Dieser Ansatz sollte aufgrund verschiedener Schwächen durch ein Konzept der „personal transfers“ ersetzt werden. Hierunter sollten alle grenzüberschreitenden Zahlungen zwischen Haushalten verstanden werden, die ohne das Verlangen einer direkten Gegenleistung erbracht werden. Das Konzept ist unabhängig vom Status der Beteiligten und geeignet, die Inkonsistenzen des früheren Konzepts zu vermeiden.

Um die Datenerfassung zu verbessern, hat die Luxembourg Group unter Führung von IWF und Weltbank zudem einen „Compilation Guide“ entwickelt, dessen Entwurf in Kürze auf den Inter-

netseiten von IWF und Weltbank eingestellt wird. In einem transparenten Konsultationsverfahren können interessierte öffentliche wie auch private Stellen Änderungs- bzw. Verbesserungsvorschläge einbringen. Der neue „Compilation Guide“ soll verschiedene Ansätze zur Datenerhebung und Datenweiterverarbeitung ermöglichen. In der Paneldiskussion vertraten die Autoren die Ansicht, dass dieses Instrument geeignet ist, die Verlässlichkeit, Vergleichbarkeit und Aussagekraft der Daten zu Migrantentransfers deutlich zu verbessern.

Ein wesentliches Element der Empfehlungen der Luxembourg Group, das im „Compilation Guide“ Eingang gefunden hat, besteht darin, dass nicht die Nutzung einer für alle Nutzer einheitlichen Methode empfohlen wird, sondern länderspezifische Besonderheiten und individuelle Erfordernisse bei der Datenerhebung berücksichtigt werden können. So können beispielsweise die Erhebung der Daten bei den beteiligten Banken („Transaction Reporting“) oder bei den Sendern bzw. Empfängern von Migrantentransfers („Household Surveys“) erfolgen.

Im weiteren Verlauf des Panels wurde deutlich, dass sich die EU besonderen Schwierigkeiten bei der Erfassung von Migrantentransfers ausgesetzt sieht; hierbei ist vor allem die Erfassbarkeit von Intra-EU-Transfers von Bedeutung. Nach einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Studie beliefen sich die Migrantentransfers im Jahre 2004 auf insgesamt 26,8 Mrd. €, wovon 6,9 Mrd. € innerhalb der EU-Grenzen verbleiben. Der wichtigste Korridor für Transfers verläuft zwischen Deutschland und der Türkei (1,7 Mrd. €), gefolgt von Frankreich nach Marokko (1,5 Mrd. €).

Auch in Russland erlangen Migrantentransfers eine stark steigende Bedeutung. Dabei übersteigen die Transfers von Russland in andere Staaten (insbesondere nach China und in die Ukraine) die Transfers nach Russland (insbesondere aus den USA und der Schweiz).

Im Anschluss an die Diskussion verständigten sich die Teilnehmer auf die Empfehlung 1:

„Die Teilnehmer begrüßten die nach dem G8-Gipfel auf Sea Island geleistete Arbeit zur Verbesserung der Daten über Migrantentransfers. Die nationalen Statistikämter und Zentralbanken sind aufgerufen, ihre Anstrengungen fortzusetzen, die

Qualität der Daten zu verbessern, auf deren Grundlage Schätzungen der Migrantentransfers im Rahmen der Zahlungsbilanz erstellt werden. In diesem Zusammenhang wird ihnen empfohlen, den von der Luxembourg Group verfassten und in Kürze erscheinenden Leitfaden für die Datenerfassung zu nutzen. Die Teilnehmer des G8-Outreach-Treffens befürworteten zudem, dass die Luxembourg Group die Länder weiterhin aktiv darin unterstützt, ihre Schätzungen der Migrantentransfers zu verbessern.“



### **Empfehlung 2: Entwicklungswirkungen steigern**

Die G8 hatten im Jahre 2004 beim Sea-Island-Gipfel vereinbart, „die Kohärenz und Koordination der internationalen Organisationen zu fördern, die an besseren Bedingungen für Migrantentransfers arbeiten, und den Entwicklungsbeitrag von Migrantentransfers zu erhöhen“. Das zweite Panel des Treffens lieferte einen Überblick der aktuellen Forschung über den Entwicklungsbeitrag von Migrantentransfers. Dabei wurde auch diskutiert, ob sich eine einheitliche Sichtweise im Hinblick auf Migrantentransfers entwickelt hat und wie der private Sektor die Steigerung des Entwicklungsbeitrags durch die Bereitstellung notwendiger Dienstleistungen unterstützen kann.

Bei der Diskussion der Rolle des Privatsektors wurde deutlich, dass Unternehmen, die im Bereich der Migrantentransfers aktiv sind, besonderen Herausforderungen gegenüberstehen. Insbesondere die „letzte Meile“ hin zum Transferempfänger in den Entwicklungsländern ist häufig sehr schwer zu überbrücken. Daher ist ein umfassendes Netz von Kontaktpunkten erforderlich. So ist Western Union als das weltweit führende Unternehmen dieser Art heute bereits in 200 Ländern an rund 120 000 Orten präsent.

Migrantentransfers sind mit einer Reihe makroökonomischer Implikationen verbunden. Zunächst lässt sich festhalten, dass die Bedeutung von Migrantentransfers als Kapitalzufluss in Entwicklungsländern stark gestiegen ist. Nach Berechnungen der Weltbank haben sich die Migrantentransfers allein in Entwicklungsländern von 58 Mrd. US-Dollar in 1995 auf 240 Mrd. US-Dollar in 2007 mehr als vervierfacht. Die offiziellen Zahlungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit haben sich im gleichen Zeitraum von 59 Mrd. US-Dollar auf 100 Mrd. US-Dollar weniger als verdoppelt. Damit tragen Migrantentransfers zu einer signifikanten Rückführung der Armut in vielen Entwicklungsländern bei. Dies gilt umso mehr, als kleinere, ärmere Länder relativ stark von Migrantentransfers profitieren. Zwar sind Indien (27 Mrd. US-Dollar), China (25,7 Mrd. US-Dollar) und Mexiko (25 Mrd. US-Dollar) die Länder mit dem absolut höchsten Niveau an Zuflüssen von Migrantentransfers; in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt stehen aber Tadschikistan (36 %), Moldawien (36 %) und Tonga (32 %) auf den ersten drei Plätzen.

Transfers von Migranten an ihre Angehörigen erreichen die wahren Bedürftigen, führen zu mehr Ersparnissen, einer besseren Gesundheitsversorgung, einer besseren Ausbildung der Kinder und geben den Empfängern die Möglichkeit, besser mit ökonomischen Schocks fertig zu werden. Zu den positiven Nebeneffekten von Migrantentransfers zählt auch, dass sie zur Herausbildung eines Unternehmertums in den Empfängerländern beitragen können. Migrantentransfers können zudem eine stabilisierende Wirkung auf die Finanzmärkte der Empfängerländer haben. Aus diesen Gründen fördern einzelne Länder wie die Philippinen aktiv die Migration in Länder, in denen sich hohe Einkommen erzielen lassen. Vorteilhaft an Migrantentransfers ist auch, dass ein hoher Kapitalzufluss einen positiven Effekt auf das externe Rating des Landes haben kann, was die Aufnahme von Geldern am internationalen Kapitalmarkt erleichtert. Darüber hinaus können Finanzinstitutionen zukünftige Migrantentransfers verbriefen und diese indirekt für die Aufnahme von Mitteln am internationalen Kapitalmarkt nutzen.

Problematisch an hohen Zuflüssen ist der hieraus resultierende Aufwertungsdruck, der auf die

heimische Währung wirkt und die eigenen Exporte belasten kann. Zu berücksichtigen ist ferner, dass Migrantentransfers auch Ausdruck eines „brain drain“ sein können, also des Verlustes der gut ausgebildeten Elite des Landes, der mit negativen Begleiterscheinungen für die betroffenen Länder verbunden ist. Schließlich können Migrantentransfers die Ungleichheit zwischen Haushalten erhöhen, da nicht alle Empfänger von Migrantentransfers sind.

Der insgesamt positive Beitrag zum Wirtschaftswachstum und zur makroökonomischen Stabilität eines Landes durch Migrantentransfers wurde in der Diskussion nicht in Frage gestellt. Nach Ansicht der Teilnehmer sollten aufgrund der überwiegend positiven Effekte Migrantentransfers weder besteuert noch sollte versucht werden, diese in bestimmte Verwendungen zu lenken. Gleichwohl sind Reformen sinnvoll, die die Rahmenbedingungen für die Übermittlung von Migrantentransfers wie auch für deren investive Verwendung verbessern. Auch stellten die Teilnehmer fest, dass Migrantentransfers eine Ergänzung, aber kein Ersatz für offizielle Entwicklungszahlungen sind.

Zum Abschluss des zweiten Panels wurde folgende Empfehlung Nr. 2 ausgesprochen:

„Die Teilnehmer erkannten die in den letzten Jahren durchgeführten umfangreichen Untersuchungen zu den Entwicklungseffekten der Migrantentransfers an. Sie forderten die internationale Gemeinschaft auf, Möglichkeiten zur Förderung formeller Überweisungswege und innovativer Mechanismen zu prüfen, um einen noch stärkeren Entwicklungsbeitrag von Migrantentransfers zu erreichen.“

### **Empfehlung 3: Umsetzung der „General Principles for International Remittances Services“**

Die zweite multilaterale Initiative der G8, die beim Gipfel in Sea Island verabschiedet wurde, war die Einrichtung einer internationalen „Task Force“ unter Führung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Weltbank. Diese „Task Force“ hat eine Reihe allgemeiner Grundsätze formuliert, die dazu dienen, Länder darin zu unterstützen, die Märkte für Dienstleistungen für

Migrantentransfers zu verbessern. Das dritte Panel des Treffens hatte zum Ziel, die allgemeinen Grundsätze der „Task Force“ darzustellen. Diese umfassen Transparenz und Konsumentenschutz, Infrastruktur der Zahlungssysteme, gesetzliches und regulatives Rahmenwerk, Marktstruktur und Wettbewerb, Regierungsführung und Risikomanagement. Vertreter des Privatsektors diskutierten darüber hinaus die Anstrengungen des Bankensektors in den letzten Jahren, die Transaktionskosten zu senken. Ein weiteres Thema war die Kooperation öffentlicher Institutionen und des Privatsektors, die das Ziel haben, die Dienstleistungen im Bereich der Migrantentransfers zu verbessern.

Viele Migranten haben keinen Zugang zum formellen Finanzsektor und sind nicht in der Lage, auf diesem Wege Überweisungen zu senden. Ein wesentliches Anliegen der G8 ist es deshalb, neben der Senkung der Transfergebühren den Zugang zu Finanzdienstleistungen sowohl für Sender aber auch für Empfänger zu verbessern. Im Vordergrund der Arbeit der „Task Force“ stand daher die Definition von Rahmenbedingungen, die Verbesserungen für die Nutzer von Dienstleistungen im Bereich der Migrantentransfers herbeiführen. Dies ist relativ kurzfristig zum Beispiel durch den Abbau von Regulierungen zu erreichen. Eher langfristig lässt sich dann das Ziel eines verbesserten Zugangs zu Finanzdienstleistungen erreichen.

Die Mitglieder der „Task Force“ betonten beim Treffen in Berlin, dass ihre Grundsätze, die „General Principles for International Remittances Services“, als Leitlinien für Wettbewerb, Transparenz und Konsumentenschutz und weniger als Vorschriften zu verstehen sind. Aufgabe des Gesetzgebers ist es, bei vertretbaren Kosten der Lizenzierung und Beaufsichtigung von Finanzdienstleistern Migranten möglichst einfache, kostengünstige und bürokratiefreie Überweisungen zu ermöglichen und dabei das erforderliche Maß an Transparenz beim Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu gewährleisten. Dieses Anliegen wurde sowohl von Seiten der vertretenen Regierungen als auch des Privatsektors unterstützt.

Neben regionalen Initiativen haben bereits eine Reihe von Ländern im Rahmen von Pilotprojekten mit der Implementierung der allgemeinen

Grundsätze begonnen wie z. B. El Salvador, Marokko, Honduras und Haiti. Erste Erfahrungen deuten darauf hin, dass niedrigere Kosten für Migrantentransfers erreichbar sind, die Transfers sicherer werden und sich insgesamt die Nutzerfreundlichkeit der Systeme verbessert. Die Weltbank hat angekündigt, dass sie angesichts dieser positiven Ergebnisse weitere Projekte unter anderem in Sri Lanka und Malawi anstoßen will.

Große Bedeutung kam nach Ansicht der Teilnehmer dem Privatsektor zu. Dieser kann vor allem durch eine transparente Geschäftspolitik zu einer effizienten Abwicklung von Migrantentransfers beitragen. Hierzu gehört die Bereitstellung sämtlicher erforderlicher Informationen und Konditionen für den Kunden, die vollständige Überweisung an den Empfänger und ein garantiertes Ausführungsdatum der Transaktion. Eine Verbesserung des Marktumfeldes für Migrantentransfers kann unter anderem durch die Vereinbarung von „Best Practices“ des Bankensektors sowie durch Innovationen erfolgen.

Der Privatsektor hat auch selbst Interesse an dem Geschäft mit Migrantenüberweisungen. Aufgrund des steigenden Anteils der Migranten an der Weltbevölkerung (derzeit rund 3 %) sowie des nach wie vor hohen Anteils an Migrantentransfers, der nicht über den formellen Finanzsektor abgewickelt wird, besteht hier ein enormes Wachstumspotenzial, wenn es Banken und anderen Institutionen gelingt, die Abwicklung durch sie attraktiver zu machen.

Die Diskussion zu den allgemeinen Prinzipien mündete schließlich in die Empfehlung 3:

„Die Teilnehmer begrüßten die Ausarbeitung der Allgemeinen Grundsätze für internationale Geldüberweisungsdienste durch die internationale Arbeitsgruppe unter Leitung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich und der Weltbank. Politische Entscheidungsträger sollten diese Grundsätze als ein Instrument nutzen, mit dem der rechtliche Rahmen für die im Überweisungsbereich tätigen Unternehmen verbessert, der Wettbewerb gefördert, die Transparenz erhöht und der Verbraucherschutz bei Migrantentransfers gestärkt werden kann.“

#### **Empfehlung 4: Bilaterale Partnerschaften fördern**

Auf dem Gipfel in Sea Island verabschiedeten die G8 einen Aktionsplan und jedes Land und die Europäische Kommission verpflichteten sich zu konkreten Aktionen. Das vierte Panel hatte zum Ziel, zwei Ländern der G8 und der Europäischen Kommission die Gelegenheit zu bieten, ihre Fortschritte bei der Implementierung ihrer Pläne zu präsentieren und darzulegen, ob eine Umformulierung ihrer Pläne erforderlich war oder sein wird. Die relevanten Abschnitte des Gipfeldokuments zu Italien, Vereinigtem Königreich und der Europäischen Kommission lauten wie folgt:

„Italien: Im Laufe der letzten Jahre sind die Überweisungsströme aus Italien deutlich angestiegen (auf 6 Mrd. € im Jahr 2003). Italien hat einen Aktionsplan erarbeitet, der darauf abzielt, die Überweisungen von Einwanderern in offizielle Finanzkanäle zu lenken und die Entwicklung innovativer Zahlungstechnologien zu fördern, statistische Fragen zu behandeln und die Nutzung von Überweisungen als Instrument des wirtschaftlichen Wachstums und der Entwicklung in den Herkunftsländern anzuregen. Mehrere Initiativen wurden bereits unternommen oder erwogen, unter ihnen Pilotprojekte zu „Mikrofinanzwesen und Überweisungen“, insbesondere mit Ländern in Nordafrika (vor allem Marokko), dem Balkan und Afrika südlich der Sahara.“

„Vereinigtes Königreich: Das Vereinigte Königreich entwickelt Überweisungspartnerschaften mit zunächst zwei Ländern, die erhebliche Überweisungen aus dem Vereinigten Königreich erhalten. Diese Partnerschaften werden auf derzeit vom Vereinigten Königreich unterstützten Programmen aufbauen, darunter die Programme mit dem FinMark Trust im südlichen Afrika, die auf die Stärkung des Finanzsektors, den Abbau von Hindernissen für Überweisungsströme und die Verbesserung des Zugangs zu erschwinglichen und effizienten Überweisungsdienstleistungen abzielen.“

„Europäische Kommission: Der Strom von Überweisungen von Arbeitern aus der EU ist eine wichtige Finanzierungsquelle für Drittländer, unter ihnen Nachbarländer der EU. Die Kommission erarbeitet gegenwärtig einen neuen rechtli-

chen Rahmen für EU-Zahlungsdienstleistungen, der darauf abzielt, das Angebot an Dienstleistungen zu erhöhen, Überweisungen sicherer zu machen sowie Transparenz und Wettbewerb auf dem Markt zu verbessern. Darüber hinaus unterstützt ein EU-Programm Drittländer auf dem Gebiet der Einwanderung und des Asyls, indem es Initiativen zur Senkung der Überweisungskosten und zur Erleichterung des Einsatzes von Überweisungen für produktive Investitionen und Entwicklungsinitiativen fördert.“

Die Fortschritte, die beim Treffen in Berlin vorgestellt wurden, sind ermutigend. So arbeitet Italien seit dem Gipfel von Sea Island konkret an der Umsetzung seines nationalen Aktionsplans und an der Umsetzung der Empfehlungen des G8-Aktionsplans. Vor dem Hintergrund von rund 5 % Migranten an der Gesamtbevölkerung und 4,4 Mrd. € Transfers in Drittländer (mit China, Rumänien und Marokko als wichtigste Empfänger) sind positive Zwischenergebnisse insbesondere bei der Steigerung der Effizienz von Migrantentransfers und der Senkung ihrer Kosten zu verzeichnen. Aber auch im Bereich der statistischen Datenerhebung und der Steigerung der Entwicklungswirkung von Migrantentransfers hat Italien einiges erreicht. Partner sind dabei die italienische Zentralbank und das Außenministerium. Kooperationen bestehen mit Institutionen in Albanien, Moldawien, Marokko, Senegal und Ghana. Italien hat sich zudem aktiv an den Arbeiten der Luxembourg Group und an der Formulierung der „General Principles of International Remittances Services“ beteiligt. Italienische Banken sind an einer Reihe internationaler Initiativen und bilateraler Partnerschaften z.B. in Marokko und Senegal beteiligt. Trotz der Erfolge wird der nationale Aktionsplan fortlaufend überarbeitet, um neueren Entwicklungen gerecht zu werden und die bisherigen Erfahrungen einfließen zu lassen.

Dem „Department for International Development (DFID)“, der britischen Umsetzungsinstitution im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, ist es gelungen, im Rahmen seiner Programme („Send Money Home“, „UK Remittances Task Force“) Transparenz und Wettbewerb zu steigern sowie die Nutzung formeller Zahlungskanäle durch Migranten zu erhöhen. Dies führte auch zu einer Steigerung der Entwicklungswir-

kung der Migrantentransfers in den Empfängerländern nicht zuletzt durch deutliche Preissenkungen bei den Transferkosten, die im Falle Indiens beispielsweise bis zu 30 % ausmachten. Ein wichtiges Element für diesen Erfolg ist in der Beseitigung politischer, regulativer und anderer Hindernisse für Migrantentransfers zu sehen. Auch das Vereinigte Königreich verfügt über Partnerschaftsprogramme unter anderem mit Nigeria, Ghana und Bangladesh. Dort wird vor allem der Aufbau nationaler Zahlungssysteme unterstützt, die Entwicklung des Privatsektors gefördert und die Erschließung ländlicher Gebiete vorangetrieben.

In der Europäischen Union ist mit der Verabschiedung der EU-Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt (Richtlinie 2007/64/EG, ABL L 319 vom 5. Dezember 2007, S. 1) unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft in 2007 ein wichtiger Schritt in Richtung einer Stärkung des Wettbewerbs und damit von Verbesserungen auch für Zahlungen von Migranten getan worden. Die Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht hat bis zum 1. November 2009 zu erfolgen. Mit der Richtlinie wird ein einheitlicher Markt für Zahlungsverkehr in der EU geschaffen, der eine erhöhte Transparenz und Rechtssicherheit für alle Konsumenten ermöglicht. Bei der Formulierung der Richtlinie wurde den Anforderungen der „General Principles of International Remittances Services“ weitgehend entsprochen.



Im Rahmen der weiteren Diskussion informierten die Vertreter der anderen G8-Staaten über die Fortschritte der Initiativen ihrer Länder bei der Umsetzung der Sea-Island-Verpflichtungen. Dabei wurde deutlich, dass bereits umfangreiche Fortschritte erzielt wurden, aber auch noch weiterer Handlungsbedarf besteht. Die positiven Erfahrungen insbesondere des Vereinigten Königreichs und Italiens mit bilateralen Kooperationen nahmen die Teilnehmer zum Anlass, allgemein zu einer verstärkten Zusam-

menarbeit zwischen Empfänger und Herkunftsländern aufzurufen und dies in einer Empfehlung 4 zusammenzufassen:

„Die Teilnehmer des G8-Outreach-Treffens würdigten den von den G8-Ländern in Zusammenarbeit mit ihren bilateralen Partnern geleisteten Beitrag sowie den Einsatz der Europäischen Kommission für die Erleichterung von Überweisungen und die Stärkung der Entwicklungseffekte der Migrantentransfers. Die Teilnehmer forderten die nationalen Behörden auf, solche gemeinsamen Anstrengungen auch weiterhin zu verfolgen. Zur Vermeidung einer Überschneidung von Maßnahmen empfahlen die Teilnehmer zudem, die Tätigkeit der nationalen Behörden mit derjenigen anderer nationaler Behörden, der NGOs, des Privatsektors und der multilateralen Entwicklungsbanken (MDBs) zu koordinieren.“

### **Empfehlung 5: Förderung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen**

Die G8 hatten in ihrem Aktionsplan von Sea Island unterstrichen, dass die Entwicklungswirkung von Migrantentransfers durch eine Ausweitung der finanziellen Verwendungsmöglichkeiten der Empfänger dieser Zahlungen gesteigert werden kann. Das fünfte Panel beleuchtete, welche Anstrengungen sich als erfolgreich erwiesen haben, „den Zugang zu formellen Finanzsystemen in Sende- und Empfängerländern zu verbessern“. Darüber hinaus wurde die Frage erörtert, ob Programme zur Verbesserung des Verständnisses von Finanztransaktionen („Financial Literacy“) geeignet sind, Erleichterungen für Auftraggeber und Empfänger von Zahlungen zu schaffen. Des Weiteren eröffnete das Panel die Möglichkeit, die Relevanz von Mikrofinanzinstitutionen in Entwicklungsländern und ihre Rolle bei der Stärkung lokaler Finanzmärkte und der Verbesserung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen zu verdeutlichen.

Die Hindernisse des Zugangs zu Finanzdienstleistungen in Entwicklungsländern liegen zum einen in der physischen Verfügbarkeit. So sind ländliche Gebiete von Banken und anderen Finanzintermediären häufig vollkommen unerschlossen. Bewohner dieser Gebiete müssen

daher weite Wege auf sich nehmen, um die nächstgelegene Filiale zu erreichen. Daneben gibt es finanzielle Barrieren, die die Eröffnung eines Kontos erschweren, wenn beispielsweise ein Mindestguthaben verlangt wird. In den Herkunftsländern von Migrantentransfers spielen zudem Sprachbarrieren eine Rolle. Viele Empfänger, aber auch Sender von Migrantentransfers verfügen daher über keinen Zugang zum formellen Finanzsektor. Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Migrantentransfers können die Nutzung des formellen Finanzsektors fördern. Erhebungen zeigen, dass mittlerweile 30 % bis 40 % der Empfänger von Migrantentransfers ein Konto eröffnen. Politische Maßnahmen sollten insbesondere Institute fördern, die eine explizite Ausrichtung auf Armutsbekämpfung vorweisen können. So lässt sich die Entwicklungswirkung von Migrantentransfers steigern. Eine Vielzahl von Ländern verfolgt diesen Ansatz bereits, insbesondere durch die Gewährung von Steuervorteilen für die entsprechenden Unternehmen.



Als erfolgversprechendes Modell wurde die Einbindung von Migrantentransfers in die Aktivitäten von Mikrofinanzinstitutionen bewertet. Diese Institute stellen für die ärmere Bevölkerung meist die einzige Möglichkeit dar, Kredite aufzunehmen oder andere Finanzdienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Durch ihr relativ verbreitetes Netz von Filialen können diese Mikrofinanzinstitute auch die Bevölkerung in ländlichen Gebieten erreichen. Mikrofinanzinstitute sind besonders geeignet, den Wunsch vieler Migranten umzusetzen, mit ihren Transfers in ihrer Heimat ein eigenes (Klein-) Unternehmen aufzubauen und dieses als Grundlage ihrer Existenz nach ihrer Rückkehr zu nutzen. So lässt sich das Unternehmertum im Empfängerland fördern und damit der Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung von Migrantentransfers deutlich erhöhen.

Um den Zugang zu Finanzdienstleistungen des formellen Finanzsektors zu steigern, haben sich Instrumente als geeignet herausgestellt, die dafür sorgen, dass sich der Wissensstand der Bevölkerung in finanziellen Fragen verbessert. Bei dem Treffen in Berlin wurden Elemente solcher sogenannter „Financial Literacy Programs“ allgemein diskutiert und anhand des Fallbeispiels von Guatemala näher verdeutlicht. Dort wurde unter anderem ein „Medical Services Plan“ eingerichtet, der dafür sorgen soll, dass die Empfänger von Migrantentransfers die erhaltenen Zahlungen nutzen können, um finanzielle Vorsorge für Krankheitsfälle von Angehörigen zu treffen.

Im Ergebnis waren sich die Teilnehmer einig, dass solche Ansätze geeignet sind, den Zugang zum formellen Finanzsektor zu erhöhen und damit die Entwicklungswirkung von Migrantentransfers zu steigern. Sie hielten ihre Diskussion in der Empfehlung 5 fest:

„Eine der großen Herausforderungen ist nach wie vor die Überführung von Migrantentransfers in formelle Bankkanäle. Die Teilnehmer des G8-Outreach-Treffens erkannten die bisherigen beträchtlichen Anstrengungen auf diesem Gebiet an, riefen jedoch die Politik, den Privatsektor und die internationale Gemeinschaft auf, ihre Arbeit zur Stärkung der Finanzsysteme und zur Verbesserung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen – durch bessere Überweisungssysteme sowie attraktive Spar- und Investitionsmöglichkeiten für Migranten, Diasporaangehörige und Empfänger von Migrantentransfers – fortzusetzen und so zur Armutsbekämpfung und zur Förderung des Wirtschaftswachstums beizutragen.“

### **Empfehlung 6: Innovative Instrumente fördern und weitere politische Maßnahmen beobachten**

Die G8 unterstrichen bei ihrem Gipfel in Sea Island, dass durch die Nutzung innovativer Zahlungsinstrumente die Kosten der Dienstleistungen im Bereich der Migrantentransfers reduziert werden können. Während des sechsten und abschließenden Panels wurden innovative Zahlungsinstrumente dargestellt, die erfolgreich den Zugang zu formellen Kanälen gesteigert haben

oder steigern können. Darüber hinaus wurden Politikansätze diskutiert, die darauf ausgerichtet sind, Migrantentransfers zu beeinflussen.

Die Teilnehmer des Treffens stellten fest, dass es zwar noch zu früh für eine abschließende Beurteilung neuer innovativer Instrumente ist, gleichwohl sind wichtige Impulse für die verstärkte Nutzung des formellen Finanzsektors für Migrantentransfers durch die verstärkte Nutzung innovativer Instrumente zu erwarten, die moderne Technologien wie das Internet und das Mobiltelefon nutzen. Diese ermöglichen neue Transferwege und neue Zahlungsprodukte, die vor einigen Jahren noch nicht vorstellbar waren. Die Abwicklung von Migrantentransfers wird insgesamt einfacher und transparenter. Dabei werden allerdings nur einzelne Bestandteile des Transfers verändert; Probleme wie die Überbrückung der „letzten Meile“ werden nicht gelöst. So ist beispielsweise mittels einer Überweisung per Mobilfunk nahezu jede Region der Welt erreichbar, wie der Empfänger der entsprechenden Nachricht allerdings eine Auszahlung in bar erhält, ist weiterhin davon abhängig, in welcher Entfernung sich das nächste kooperierende Finanzinstitut befindet.

Innovative Produkte stellen die Regulierungsbehörden vor neue Aufgaben. Zentralbanken und andere öffentliche Stellen sollten mit den Anbietern der neuen Instrumente und dem Privatsektor eng zusammenarbeiten, denn die neuen Technologien können möglicherweise Wege aufzeigen, wie Transfers einfacher und kostengünstiger ausgeführt werden und damit den entwicklungspolitischen Beitrag der Transfers erhöhen können. Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sollten in diesen Prozess eingebunden werden, da diese am besten die für Konsumenten vorrangigen Aspekte vertreten können.

Anhand der Erfahrungen von Frankreich diskutierten die Teilnehmer Möglichkeiten der Politik, Einfluss auf Migrantentransfers zu nehmen. Dahinter stand die Überlegung, dass über die gezielte Förderung die Entwicklungswirkung von Migrantentransfers und deren komplementärer Beitrag zu offiziellen Zahlungen der Entwicklungszusammenarbeit erhöht werden können. Als konkrete Maßnahmen kommt eine Intensivierung des Wettbewerbs zwischen Anbietern von

Dienstleistungen im Bereich der Migrantentransfers in Frage. Aber auch Mechanismen, die dazu beitragen, Migrantentransfers stärker in produktive Investitionen in den Empfängerländern zu lenken, können geeignet sein. In Frankreich erfolgt dies im Rahmen von Pilotprojekten über die Vergabe von Prämien auf die Zinserträge von Sparkonten von Migranten, kombiniert mit Steuererleichterungen, wenn die Erträge in Projekte im Heimatland investiert werden, die eine positive Entwicklungswirkung haben.

Positive Erfahrungen konnte Frankreich mit solchen Kofinanzierungsprojekten bereits unter anderem in Mali, Marokko und Senegal sammeln. Erfolgreich sind die Projekte insbesondere dann, wenn Migrantentransfers und Gelder der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit in einzelnen Sektoren gebündelt werden und wenn ein starkes Engagement der Diaspora vorliegt. In der weiterführenden Diskussion wurde anhand der Erfahrungen mit Projekten in Äthiopien, Somalia und Ghana aber auch deutlich, dass nicht alle Diasporaorganisationen über die erforderlichen Kapazitäten verfügen, ehrgeizige Entwicklungsprojekte nachhaltig durchzuführen. In Deutschland können Migrantentransfers bei der Festsetzung der Einkommensteuer berücksichtigt werden. So erhalten Migranten, die Angehörige in ihren Heimatländern unterstützen, indirekt eine finanzielle Förderung (siehe S. 90, „Die Berücksichtigung von Migrantentransfers im deutschen Einkommensteuerrecht“).

Zusammengefasst wurde das letzte Panel in der Empfehlung 6:

„Innovative Zahlungsinstrumente entwickeln sich in einer rapiden Geschwindigkeit und können dazu beitragen, die Geldtransferkosten weiter zu senken sowie den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu verbessern. Internationale Organisationen und die politischen Entscheidungsträger sollten diese Entwicklungen genau beobachten und auf einen möglicherweise entstehenden Anpassungsbedarf der rechtlichen Rahmenbedingungen vorbereitet sein. Politische Instrumente zur Steuerung der Migrantentransfers sollten weiter beobachtet werden.“

### **Empfehlung 7: Einrichtung „Global Remittance Working Group“**

Um die Diskussionen des Treffens in Berlin fortzuführen und zu vertiefen, regten die Teilnehmer an, eine mit internationalen Vertretern des öffentlichen und privaten Sektors besetzte Arbeitsgruppe zu gründen. Zu diesem Zweck wurde die Empfehlung 7 formuliert:

„Die Teilnehmer des G8-Outreach-Treffens begrüßten die vielfachen Bestrebungen des öffentlichen und privaten Sektors sowie der Zivilgesellschaft, die vorhandenen und künftigen Initiativen zur Förderung von Migrantentransfers zu koordinieren und voranzutreiben. Die Teilnehmer betrachteten die Einrichtung einer „Global Remittance Working Group“ als einen interessanten Vorschlag, der von den G8 erwogen werden sollte. Eine solche Arbeitsgruppe sollte von einer internationalen Organisation geleitet werden, die die Federführung übernehmen möchte, und aus Vertretern des öffentlichen Sektors sowie der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft zusammengesetzt sein. Zu den Aufgaben dieser Gruppe sollten unter anderem die Steigerung der öffentlichen Aufmerksamkeit für das Phänomen der Migrantentransfers, die Förderung der Forschung zum Entwicklungsbeitrag von Migrantentransfers, die Unterstützung der Umsetzung der Allgemeinen Grundsätze für internationale Geldüberweisungsdienste und die Initiierung von Pilotprogrammen mit Vorbildcharakter zählen.“



## 4 Schlussfolgerungen

Deutschland hat an dem Thema Migrantentransfers ein großes Interesse, weil deren Dynamik mit einem zweistelligen Wachstum deutlich über denen anderer Finanzströme in Entwicklungsländern liegt und Deutschland nach den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien weltweit zu den wichtigsten Herkunftsländern von Migrantentransfers zählt. Auch stellen Migrantentransfers eine wichtige Ergänzung zu öffentlichen Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit dar und können zu makroökonomischer Stabilisierung und Armutsbekämpfung beitragen.



Das Treffen in Berlin diente der Umsetzung der Gipfelvereinbarung von Heiligendamm und rundet somit die deutsche G8-Präsidentschaft 2007 ab. Die Teilnahme hochrangiger Experten ermöglichte eine intensive und fundierte Diskussion. Die Verabschiedung der sieben Empfehlungen kann dazu beitragen, Fortschritte auch über die deutsche G8-Präsidentschaft hinaus zu erzielen. Dies kann zum einen über die vorgeschlagene Schaffung einer Arbeitsgruppe, zum anderen auf politischer Ebene durch die Fortführung der Diskussion unter japanischer Präsidentschaft in 2008 gelingen.

## Die Berücksichtigung von Migrantentransfers im deutschen Einkommensteuerrecht

### 1. Vorbemerkungen

Unterhaltszahlungen an Angehörige in den Heimatländern schmälern das zur Verfügung stehende Einkommen der Migranten. Indem solche Migrantentransfers mindernd bei der Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage anerkannt werden, erhalten die Migranten, die ihre Angehörigen im Ausland unterstützen, indirekt eine finanzielle Förderung. Unter welchen Voraussetzungen in Deutschland eine solche Förderung vorliegt, soll im Folgenden aufgezeigt werden. Hierbei bleiben Unterhaltszahlungen für im Ausland lebende Kinder außer Betracht. Diese werden ebenso wie für im Inland lebende Kinder durch die Gewährung von Kindergeld oder steuerliche Freibeträge für Kinder berücksichtigt.

### 2. Relevante Bereiche des deutschen Unterhaltsrechts

Zahlungen von Migranten an ihre Angehörigen im Ausland können im deutschen Einkommensteuerrecht als Unterhaltszahlungen ebenso berücksichtigt werden wie Unterhaltszahlungen im Inland. Ob die Zahlungen als Unterhaltszahlungen im deutschen Steuerrecht anerkannt werden können, richtet sich allein danach, ob eine gesetzliche Unterhaltsverpflichtung nach inländischem Recht besteht.<sup>1</sup> Unterhaltsansprüche, die einzig auf ausländischem Recht beruhen, wie bspw. von im Ausland lebenden Geschwistern,<sup>2</sup> und eventuell über Völkerrecht auch in Deutschland durchgesetzt werden, können im deutschen Steuerrecht nicht berücksichtigt werden. Im Folgenden wird daher kurz ein Überblick über das deutsche Unterhaltsrecht gegeben.

Regelungen zu Unterhaltsansprüchen und -verpflichtungen finden sich im deutschen Zivilrecht. Dieses unterscheidet Verwandtschaftsverhältnisse in gerader und in seitlicher Linie. Erstere liegen bei Personen vor, die unmittelbar voneinander abstammen, so bspw. zwischen Eltern und ihren Kindern. Ein Verwandtschaftsverhältnis in seitlicher Linie besteht hingegen zwischen Personen, die von einer gleichen Person abstammen, so bspw. zwischen Geschwistern.<sup>3</sup>

Verwandte gerader Linie sind grundsätzlich einander, also in ab- und in aufsteigender Richtung, zum Unterhalt verpflichtet.<sup>4</sup> Daneben besteht aber auch eine Unterhaltsverpflichtung zwischen Ehegatten, während und ggf. auch nach der Ehe.<sup>5</sup> Unterhaltsberechtigt sind Personen dann, wenn sie außerstande sind, sich selbst zu unterhalten.<sup>6</sup> Zur Zahlung von Unterhalt sind solche Personen nicht verpflichtet, die, unter Berücksichtigung ihrer weiteren finanziellen Verpflichtungen, nach der Unterhaltszahlung nicht mehr in der Lage wären, ihre eigene Existenz zu sichern.<sup>7</sup> Dies hat das zuständige Gericht grundsätzlich im Einzelfall bei Bestimmung der Unterhaltshöhe zu überprüfen.<sup>8</sup>

<sup>1</sup> Vgl. § 33a I S. 1 und S. 5 2. HS Einkommensteuergesetz.

<sup>2</sup> Vgl. BFH-Urteil v. 4. Juli 2002 BStBl II S. 760.

<sup>3</sup> Vgl. § 1589 BGB und Jauernig 2007, § 1589, Rz. 2–3.

<sup>4</sup> Vgl. § 1601 BGB, Palandt 2007, § 1602, Rz. 2.

<sup>5</sup> Vgl. §§ 1569 ff BGB.

<sup>6</sup> Vgl. § 1602 BGB.

<sup>7</sup> Vgl. NJW-RR 2002, 73, 74.

<sup>8</sup> Vgl. NJW-RR aaO.

### 3. Steuerrechtliche Grundlagen des Abzugs von Migrantentransfers

Dem deutschen Einkommensteuerrecht liegt wie wohl den meisten Ertragsteuerrechten der Welt das Leistungsfähigkeitsprinzip zu Grunde.<sup>9</sup> Danach dürfen Steuerpflichtige nur insoweit durch Steuern belastet werden, wie es ihre persönliche finanzielle Leistungsfähigkeit zulässt.

Diesem Grundsatz folgend, sind auch Zahlungen, die auf persönlichen Verpflichtungen beruhen, bei der Ermittlung der maßgeblichen Bemessungsgrundlage abzuziehen. Solche Zahlungen stellen grundsätzlich auch Unterhaltszahlungen dar, die nach § 33a I EStG allgemein bis zu einem Höchstbetrag in Höhe von 7680 € je gesetzlich unterhaltsberechtigte Person abgezogen werden können. Dieser Höchstbetrag ist zu kürzen, wenn der Empfänger umfangreiches Vermögen hat oder eigene Einkünfte, soweit diese 624 € übersteigen, erwirtschaftet.<sup>10</sup> Das deutsche Steuerrecht macht dabei grundsätzlich keinen Unterschied zwischen im Inland lebenden Zahlungsempfängern und solchen, die im Ausland leben, so dass auch Migrantentransfers, sofern sie Unterhaltszahlungen im Sinne des deutschen Zivilrechts darstellen, steuerlich abzugsfähig sind.<sup>11</sup>

Jedoch bedarf es einer Angemessenheitsüberprüfung der Zahlungen, wenn sie an im Ausland ansässige Personen erfolgen.<sup>12</sup> Daher müssen die genannten Höchstbeträge, da diese anhand der in Deutschland zu erwartenden Lebenshaltungskosten ermittelt wurden, entsprechend den Verhältnissen des Wohnsitzstaates des Zahlungsempfängers angepasst werden.<sup>13</sup> Hierzu wurde von der Finanzverwaltung eine viergliedrige Ländergruppeneinteilung vorgenommen. Als Maßstab diente dabei das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung eines Landes. Beträgt das ausländische Pro-Kopf-Einkommen 30 % bis 60 % des inländischen, so sind die Beträge um  $\frac{1}{4}$  zu mindern. Die Minderung beträgt  $\frac{1}{2}$ , wenn es zwischen 10 % und 30 % des inländischen Pro-Kopf-Einkommens liegt. Fällt das ausländische Pro-Kopf Einkommen im Vergleich zum inländischen noch niedriger aus, so werden die Beträge um  $\frac{3}{4}$  gemindert.<sup>14</sup>

### 4. Zu erfüllende Nachweispflichten

Damit ein Migrant die Zahlungen an seine Familie von der Bemessungsgrundlage der deutschen Einkommensteuer abziehen kann, insbesondere da diese Zahlungen ins Ausland erfolgen, muss er einige Nachweise erbringen. So muss er mit den persönlichen Daten des Zahlungsempfängers, die die örtliche Meldebehörde im Ausland zu bescheinigen hat, dessen Unterhaltsanspruch darlegen, indem er ein in gerader Linie bestehendes Verwandtschaftsverhältnis aufzeigt.

Neben dem Unterhaltsanspruch muss auch die Unterhaltsbedürftigkeit des Empfängers nachgewiesen werden. Hierzu muss der Migrant, der Unterhaltszahlungen steuerlich geltend machen will, darlegen, wie hoch das bestehende Vermögen und die Einkünfte des Zahlungsempfängers sind. Als Belege können bspw. Verdienstabrechnungen oder Steuerbescheide dienen.<sup>15</sup> Zur Vereinfachung dieser Beweisführung hat das Bundesministerium der Finanzen den Antragstellern Formulare in den gängigsten Sprachen im Internet ([www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)) zur Verfügung gestellt.

<sup>9</sup> Vgl. Tipke StRO I 2. Aufl., S. 479 ff.

<sup>10</sup> Vgl. § 33a I Einkommensteuergesetz.

<sup>11</sup> Vgl. § 33a I S. 5 Einkommensteuergesetz.

<sup>12</sup> Vgl. § 33a I S. 5 Einkommensteuergesetz.

<sup>13</sup> Vgl. Schmidt 2007, § 33a Rz. 29.

<sup>14</sup> Vgl. die BMF-Schreiben vom 17. November 2003, BStBl I, S. 637–639 und vom 9. Januar 2005, BStBl I S. 369.

<sup>15</sup> Vgl. BMF-Schreiben vom 9. Februar 2006, BStBl I, S., 217 ff, Rz. 5.

## 5. Zahlungswege und Nachweispflichten

Die Höhe der geleisteten Zahlungen muss mit ausreichenden Belegen nachgewiesen werden. Erfolgt die Zahlung per Banküberweisung, so reichen zum Nachweis in der Regel Kontoauszüge aus, die den Leistenden, den Abfluss des Geldes und den Empfänger bestätigen.<sup>16</sup> Leben mehrere unterhaltsberechtigte Empfänger in einem Haushalt, so ist es ausreichend, wenn eine dieser Personen als Empfänger angegeben wird.<sup>17</sup>

Kann die Überweisung allerdings nicht auf das Bankkonto des Unterhaltsberechtigten erfolgen, weil dieser bspw. kein eigenes Bankkonto hat, und muss ein Fremdkonto genutzt werden, so reichen die inländischen Bankbelege des Unterhaltsverpflichteten alleine nicht mehr aus. Vielmehr hat der Migrant zusätzlich durch eine ausländische Bankbescheinigung darzulegen, dass der angegebene Empfänger tatsächlich eine Kontovollmacht über das Konto, auf welchem die Überweisung erfolgt ist, hat und der Betrag in seine Verfügungsmacht übernommen wurde.<sup>18</sup>

Regelmäßig erfolgen die Zahlungen auch durch Bargeldtransfers, da zumindest eine der beteiligten Personen über keinen Zugang zu Finanzdienstleistungen verfügt. In solchen Fällen muss der Migrant zum Nachweis der Zahlungen neben Belegen zur Reise wie Flugscheine oder Tankquittungen Nachweise über die Abhebung und auch die Entgegennahme durch den Empfänger erbringen. Hierbei müssen diese Nachweise Zug um Zug und nicht etwa nachträglich erstellt worden sein. Darüber hinaus darf zwischen den beiden Zeitpunkten, der Abhebung und der Übergabe des Geldes, maximal ein Zeitraum von zwei Wochen liegen, damit ein hinreichender Sachzusammenhang gegeben ist.<sup>19</sup>

Aus Vereinfachungsgründen wird bei Fahrten zum Ehegatten, sog. Familienheimfahrten, grundsätzlich davon ausgegangen, dass der steuerpflichtige Migrant einen Nettomonatslohn für alle unterhaltsberechtigten Personen, die im Haushalt des Ehegatten leben, mitnimmt. Somit hat der Migrant in diesem Rahmen keine umfangreichen Beweise hinsichtlich der Höhe seiner Zahlungen zu erbringen. Jedoch ist der Gesamtbetrag, der jährlich geltend gemacht werden kann, auf vier Nettomonatslöhne, abzüglich der anderweitig geltend gemachten Zahlungen, begrenzt.<sup>20</sup> Sollten darüber hinaus oder daneben Beträge, die eventuell überwiesen wurden, geltend gemacht werden, so mindern diese zunächst den Betrag des vierfachen Nettomonatslohns.<sup>21</sup>

In besonderen Fällen, beispielsweise wenn Krisen im Heimatland bestehen, kann es erforderlich sein, dass nicht der Migrant selbst, sondern vielmehr eine Mittelsperson das Geld überbringt. Nur in solchen Ausnahmefällen ist der Abzug so übergebener Geldbeträge möglich und dann auch nur, wenn Nachweise über die Identität der Mittelsperson und auch ihren genauen Reiseverlauf erbracht werden.<sup>22</sup>

## 6. Berechnung des Abzugsbetrages

Werden Zahlungen an eine alleine lebende, unterhaltsberechtigte Person geleistet, so sind diese Beträge grundsätzlich im Rahmen des Höchstbetrages abzugsfähig. Ist eine wie oben dargestellte Anpassung des Höchstbetrages wegen anderer Lebensverhältnisse im Empfängerstaat nötig, so sind mit dem entsprechenden Faktor auch die Unterhaltszahlungen anzupassen.<sup>23</sup>

<sup>16</sup> Vgl. BFH-Urteil v. 14. Mai 1982, BStBl II S. 772–774.

<sup>17</sup> Vgl. BMF-Schreiben vom 9. Februar 2006, aaO., Rz. 11.

<sup>18</sup> Vgl. BMF-Schreiben vom 9. Februar 2006, aaO., Rz. 12.

<sup>19</sup> Vgl. BMF-Schreiben vom 9. Februar 2006, aaO., Rz. 14 und 18.

<sup>20</sup> Vgl. BFH-Urteil v. 4. August 1994, BStBl. II 95, S. 114, 115.

<sup>21</sup> Vgl. BMF-Schreiben vom 9. Februar 2006, aaO., Rz. 16.

<sup>22</sup> Vgl. BMF-Schreiben vom 9. Februar 2006, aaO., Rz. 17.

<sup>23</sup> Vgl. BMF-Schreiben vom 9. Februar 2006, aaO., Rz. 32.

Bei Zahlungen an Unterhaltsberechtigte, in deren Haushalt mehrere Personen leben, wird zur Berechnung des abzugsfähigen Betrages angenommen, dass die Zahlungen auch für die eventuell nicht zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder (nicht unterhaltsberechtigter oder Kinder, für deren Unterhalt die besonderen Leistungen für Kinder (Kindergeld oder steuerliche Kinderfreibeträge) gewährt werden) bestimmt sind.<sup>24</sup> Dann sind die erfolgten Zahlungen nach Köpfen auf alle Haushaltsmitglieder aufzuteilen, selbst wenn diese teilweise nicht unterhaltsberechtigt sind, so dass nur der Teil der Zahlungen, der der unterhaltsberechtigten Person zugerechnet wird, abzugsfähig ist.<sup>25</sup>

Erhält andererseits ein Unterhaltsberechtigter von mehreren Personen Zahlungen, so können die Unterhaltspflichtigen insgesamt nicht mehr als den Höchstbetrag in Höhe von grundsätzlich 7 680 € von ihrem zu versteuernden Einkommen abziehen. Die Aufteilung erfolgt entsprechend dem Anteil der individuell geleisteten Zahlungen an den Gesamtzahlungen.

Der Höchstbetrag der abziehbaren Unterhaltszahlungen vermindert sich um ein Zwölftel für jeden Monat eines Veranlagungszeitraumes, in dem die allgemeinen Voraussetzungen nicht gegeben sind.<sup>26</sup>

Daneben kann eine Kürzung erfolgen, wenn das nach Zahlung des Unterhalts beim Migranten verbleibende Einkommen nicht ausreicht, um seinen Lebensunterhalt und ggf. auch den Lebensbedarf seiner im Inland lebenden Familie zu finanzieren. Der höchstens abziehbare Betrag, die sog. Opfergrenze, ermittelt sich als Prozentsatz des Nettoeinkommens. Abzugsfähig sind 1 % für je volle 500 € Jahresnettoeinkommen (max. 50 %), abzüglich fünf Prozentpunkte für einen Ehegatten und jedes Kind (max. abzüglich 25 Prozentpunkte). Keine Anwendung findet diese Opfergrenze bei Zahlungen an den im Ausland lebenden Ehegatten.<sup>27</sup>

Die Höhe der im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung geltend gemachten Unterhaltsaufwendungen ist beachtlich. So haben im Veranlagungsjahr 2004 insgesamt 477 629 Steuerpflichtige Aufwendungen in Höhe von 1,473 Mrd. € geltend gemacht.<sup>28</sup> Auch wenn aus dieser Zahl nicht hervorgeht, wie hoch der Anteil an Aufwendungen für Migrantentransfers war, so zeigt sich doch die Relevanz von Unterhaltsaufwendungen innerhalb der Einkommensteuerveranlagung.

## 7. Grenzen des Abzugs in ausgewählten ausländischen Steuerrechten

Auch die Ertragsteuerrechte anderer Nationen enthalten Regelungen zum Abzug von Unterhaltszahlungen, die vereinzelt denen des deutschen Einkommensteuerrechts ähneln. Beispielhaft sollen hier kurz einige nationale Regelungen aufgezeigt werden.

In Frankreich sind Unterhaltszahlungen an einen geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten, soweit den Zahlungen ein Gerichtsbeschluss zugrunde liegt, sowie an Verwandte gerader Linie in voller Höhe abzugsfähig.

Auch in Italien sind Unterhaltszahlungen an einen geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten auf Basis eines Gerichtsbeschlusses in voller Höhe abzugsfähig. Mit Ausnahme der Zahlungen an die Kinder, die nicht abzugsfähig sind, können die Unterhaltszahlungen an Angehörige in Italien bis zu 2 900 € geltend gemacht werden, soweit der Empfänger nicht mehr eigene Einkünfte als 2 841 € erwirtschaftet.

<sup>24</sup> Vgl. BMF-Schreiben vom 9. Februar 2006, aaO, Rz. 19.

<sup>25</sup> Vgl. BFH-Urteil v. 19. Juni 2002 BStBl II 02, 753, 755.

<sup>26</sup> Vgl. BMF-Schreiben vom 9. Februar 2006, aaO, Rz. 20–22, § 33a IV Einkommensteuergesetz.

<sup>27</sup> Vgl. BMF-Schreiben vom 9. Februar 2006, aaO, Rz. 34–37.

<sup>28</sup> Statistisches Bundesamt, Jährliche Einkommensteuerstatistik, Unterhaltsaufwendungen nach § 33a I EStG bis zum 31. Dezember 2005.

In Japan kann für die Unterhaltszahlungen an bedürftige Angehörige steuerrechtlich ein Freibetrag in Höhe von rund 2390 € geltend gemacht werden, wenn diese Personen im Haushalt des Steuerpflichtigen leben. Dieser Betrag erhöht sich für Eltern, die im Haushalt leben, auf rund 3645 € und liegt bei rund 3020 €, wenn diese nicht den Haushalt teilen. Voraussetzung ist, dass die Eltern mindestens 70 Jahre alt sind.

Das kanadische Steuerrecht lässt einen Abzug der Zahlungen an einen geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten in voller Höhe zu, sofern eine schriftliche Vereinbarung oder ein Gerichtsbeschluss vorliegt. Zahlungen an die Kinder sind allerdings nicht abzugsfähig.

Auch in den USA ist ein voller Abzug der Unterhaltszahlungen an einen geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten möglich, wohingegen die Zahlungen an die Kinder nicht abgezogen werden können. Zu beachten ist, dass der Abzug in Kanada und den USA vom Leistenden den Einbehalt einer Quellensteuer voraussetzt.

Im Vereinigten Königreich sind Unterhaltszahlungen an den geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten oder die Kinder grundsätzlich nicht abzugsfähig. Geringe Abzüge sind nur dann zulässig, wenn eine der beteiligten Personen vor dem Jahre 1935 geboren ist. Dann können 1%, maximal rund 3600 €, der geleisteten Zahlungen von der Steuer abgezogen werden.

In Russland ist der Abzug von Unterhaltszahlungen grundsätzlich ausgeschlossen.

AUTOREN:

MR DIRK H. KRANEN,  
REFERATSLEITER IM BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN,  
PRAKTIKANT SEBASTIAN LÖHR

## Stichworte zur Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften

1	USA .....	95
2	Japan .....	98
3	Vereinigtes Königreich .....	100
4	Frankreich .....	102
5	Niederlande .....	105
6	Spanien .....	107
7	Italien .....	109
8	Schweden .....	111

### 1 USA

- Starker Export und gute Arbeitsmarktlage stützen derzeit die Wirtschaft, aber insgesamt getrübe Konjunkturaussichten für 2008.
- Haushaltsdefizit sinkt konjunkturbedingt weiter, strukturelle Herausforderungen bleiben aber bestehen.
- Geldpolitik im Zeichen von Finanzmarkturbulenzen und US-Immobilienkrise.

#### Konjunktur

In den USA ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 3. Quartal überraschend stark um auf die Jahresrate hochgerechnet 4,9 % gewachsen. Getragen wurde das Wachstum vor allem von einer starken Exporttätigkeit (+ 23 % gegenüber dem Vorquartal pro Jahr). Diese profitiert von der Schwäche des Dollars und der starken globalen Nachfrage. Auch der Konsum zeigte sich bis zuletzt erstaunlich robust und blieb bislang von den Turbulenzen am Kredit- und Hypothekenmarkt kaum beeinflusst. Grund hierfür ist u. a. die nach wie vor günstige Arbeitsmarktsituation (Arbeitslosenquote 4,6 %). Aktuell werden insbesondere im Dienstleistungsbereich, vor allem im Bildungs- und Gesundheitsbereich, und bei der

öffentlichen Hand neue Stellen geschaffen. Jedoch gibt es erste Anzeichen, dass die Arbeitslosenquote im kommenden Jahr auf rd. 5 % ansteigen könnte und der private Konsum durch sinkende Stellenzuwächse, höhere Energie- und Nahrungsmittelpreise, steigende Hypotheken- und Kreditzinsen sowie nachlassende Immobilienpreise deutlich belastet wird. Ein Ende der Krise im Bausektor ist nach wie vor nicht in Sicht. Die führenden Wirtschaftsinstitute sehen für die weitere Konjunkturentwicklung daher eher Abwärtsrisiken. In den letzten Wochen wurde das prognostizierte US-Wachstum für 2008 mehrfach nach unten korrigiert. Für die kommenden Quartale wird auf die Jahresrate hochgerechnet nur noch mit Wachstumsraten von 1 % des BIP gerechnet, für die Jahre 2007 und 2008 wird ein reales BIP-Wachstum von rd. 2 % (Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 2,2 % bzw. 2,0 %, EU 2,1 % bzw. 1,7 %) erwartet. Hoffnungsträger für die US-Wirtschaft bleibt momentan der Export. Für das Gesamtjahr 2007 wird zum ersten Mal seit vielen Jahren ein Wachstumsbeitrag der Nettoexporte erwartet. Damit könnten sich Handels- und Leistungsbilanzdefizit 2007 etwas verbessern (Leistungsbilanzdefizit lt. OECD und EU-Kommission (EU-KOM) – 5,6 % bzw. – 5,4 % gegenüber – 6,2 % in 2006).

#### Finanzpolitik

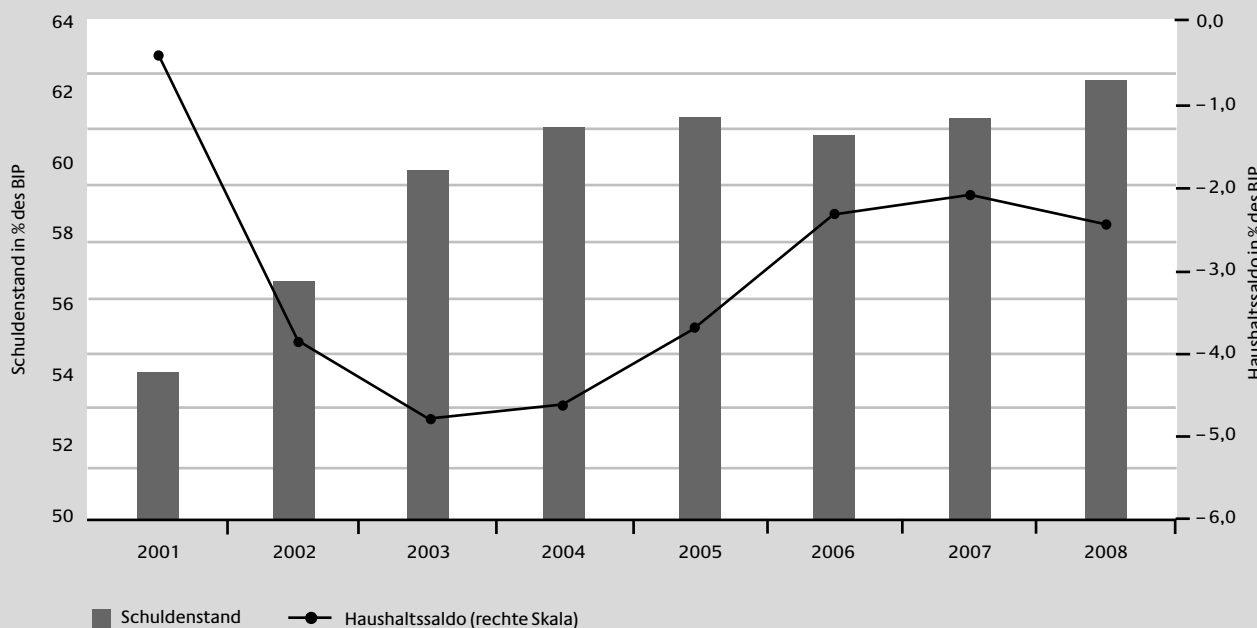
Das bundesstaatliche Defizit dürfte nach Schätzungen des Congressional Budget Office (CBO)

im Fiskaljahr (Fj.) 2007 (1. Oktober 2006 bis 30. September 2007) bei 1,2 % des BIP und im Fj. 2008 (1. Oktober 2007 bis 30. September 2008) bei 1,1 % des BIP liegen. Die erhebliche Rückführung des Staatsdefizits von 3,6 % des BIP in 2004 (412 Mrd. US-Dollar) auf den jetzigen Stand ist vor allem massiven Steuereinnahmезuwächsen zu verdanken, welche lt. Internationalem Währungsfonds (IWF) zu 40 % auf höheren Unternehmensgewinnen, zu 40 % auf gestiegenen privaten Kapitaleinkünften und zu 20 % auf einer größeren Kapitalungleichverteilung zugunsten höher besteuarter Einkommensklassen beruhen.

Sowohl die Regierung als auch der Kongress streben für 2012 einen ausgeglichenen Haushalt an, allerdings mit unterschiedlichen Prioritäten. Während die Regierung die in 2001 und 2003 eingeführten und bis 2010 befristeten Steuersenkungen über diesen Zeitpunkt hinaus verlängern möchte, will der Kongress die ab 2010 zu erwartenden Steuermehreinnahmen für Bildung und Soziales verwenden. Langfristig bleibt der Haushaltsausblick nach Ansicht von Experten ohne die Durchführung struktureller Reformen kritisch. Die OECD mahnt an, die Sozialversicherungssysteme grundlegend zu reformieren

und tragfähig zu gestalten; ähnlich kritisch äußern sich auch IWF und CBO. Die Ausgaben des Bundes für Gesundheitskosten werden im Fiskaljahr 2007 4,6 % des BIP betragen, 2017 schon 5,9 %, in 2050 könnten es 20 % sein. Die Anzahl der Einkommensbezieher aus der Social Security wird von 50 Mio. im Fiskaljahr 2008 (1. Oktober 2007 bis 30. September 2008) auf 62 Mio. in 2017 steigen, da ab 2010 die Baby-Boomer-Generation in den Ruhestand tritt. Die gesetzlich festgelegten Staatsausgaben (davon 80 % für Gesundheit und Sozialversicherung) werden nach CBO-Schätzungen jährlich 1,3 % stärker wachsen als das BIP und damit über die Hälfte des Anstiegs der Gesamtausgaben verursachen. Jedoch ist nach wie vor keine Einigung zwischen Regierung und Kongress über eine Reform der staatlichen Altersvorsorge oder – noch dringender – des Gesundheitswesens in Sicht. IWF und OECD (sowie die US-Notenbank Fed) sehen vor diesem Hintergrund erheblichen Konsolidierungsbedarf und fordern u. a. eine Erhöhung der gesamtstaatlichen Steuerquote, z. B. durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, die Einführung einer Mehrwertsteuer und höhere Energiesteuern.

Abbildung 1: USA  
Schuldenstand und Haushaltssaldo





Auch in der Steuerpolitik sind jedoch vor den Wahlen im kommenden Jahr keine grundlegenden Reformen zu erwarten. Experten sind sich einig, dass die Unternehmensteuer, die zuletzt 1986 gründlich überarbeitet wurde, zu kompliziert geworden ist und die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft beeinträchtigt. Gleiches gilt für die allseits als reformbedürftig angesehene AMT (Alternative Minimum Tax). Deren als notwendig erachtete Abschaffung würde nach Schätzungen des Joint Committee on Taxation rd. 870 Mrd. US-Dollar über einen Zeitraum von elf Jahren kosten und ist nach der Wiedereinführung der PAYGO-Regel, wonach Ausgabenerhöhungen oder Steuersenkungen gegenfinanziert werden müssen, umso schwieriger geworden.

## Geldpolitik

Die US-Notenbank Fed hat im September den Leitzins um 50 Basispunkte von 5,25 % auf 4,75 % gesenkt, um die negativen Folgen der US-Immobilienkrise und der Finanzmarkturbulenzen auf die amerikanische Gesamtwirtschaft abzumildern. Wie allgemein erwartet, senkte sie den Leitzins Ende Oktober abermals um 25 Basispunkte auf 4,5 %. Damit sei – so die US-Notenbank in ihrem Statement – ein neutrales Zinsniveau erreicht (d. h. die Aufwärtsrisiken bei der Preisentwicklung und Abwärtsrisiken beim Wachstum werden als ausgeglichen gewertet). Nachdem dies zunächst allgemein als ein Signal für eine beabsichtigte Zinspause gewertet wurde, gehen die Märkte aktuell aber aufgrund verschlechterter Wirtschaftsdaten von einer weiteren Zinssenkung um 25 Basispunkte im Dezember aus.

Die Preisentwicklung verläuft bislang in relativ ruhigen Bahnen. Rückläufige Immobilienpreise und eine sich abschwächende Konjunktur könnten zu einer weiteren Entspannung an der Preisfront beitragen. Der schwache Dollar erhöht zwar die Importpreise, allerdings führen der internationale Wettbewerb und die Fakturierung vieler Produkte in US-Dollar nur zu einer geringen Weiterreichung („pass-through“) der Dollarabwertung auf das inländische Inflationsniveau. Jedoch könnte die Gesamtinflationsrate in den nächsten Monaten durch Basiseffekte und

höhere Lebensmittel- und Energiepreise kräftig steigen. Gegen Ende des Jahres könnte die Verbraucherpreisinflation dann deutlich über 3 % liegen, was in Verbindung mit der sich abzeichnenden Konjunkturschwäche die Stagflationsdiskussion neu beleben dürfte.

## Finanzmärkte

Die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten sind noch nicht überwunden. Steigende Kreditausfallrisiken belasten die Bilanzen des Bankgewerbes. Im 3. Quartal verschlechterte sich die Ertragslage der privaten Banken und Sparkassen deutlich. Ihr Nettoertrag fiel um etwa 25 % geringer aus als im Vorjahr. Die Ertragseinbußen konzentrieren sich auf einige große Institute. Zehn Großbanken verursachen etwa die Hälfte des Gewinnrückgangs um insg. fast 25 Mrd. US-Dollar. Die steigenden Kreditausfälle finden ihren Niederschlag in den Bankenbilanzen. So nahmen die Rückstellungen für Kreditausfälle sprunghaft zu (16,6 Mrd. US-Dollar im 3. Quartal 2007 gegenüber 7,5 Mrd. US-Dollar im 3. Quartal 2006), die Summe der Kredite mit Zahlungsverzug wuchs im 3. Quartal auf 16 Mrd. US-Dollar und die Anzahl der Problem Institute steigt. Weitere Belastungen des US-Bankensektors sind absehbar. Experten schätzen den zusätzlichen Abschreibungsbedarf aufgrund der Subprime-Krise auf rd. 37 Mrd. US-Dollar. Zwei Initiativen des Bankensektors sollen helfen, die Situation zu entspannen: Zum einen die Gründung eines Liquiditätsfonds, zum anderen die Aussetzung von Zinserhöhungen bei zinsvariablen Subprime-Hypotheken (Moratorium).

## 2 Japan

- Wirtschaftsentwicklung trotz temporärer Schwankungen stabil; Finanzpolitik weiterhin vor großen Herausforderungen.
- Deflationsrisiko noch immer nicht vollständig gebannt.
- Reformpolitik mit moderatem Tempo.

### Konjunktur

In Japan setzt sich die positive Konjunktur-entwicklung des letzten Jahres (+ 2,2 % reales BIP-Wachstum) trotz temporärer Schwankungen auch in diesem Jahr fort. Der reale Anstieg des BIP betrug im 3. Quartal 2007 auf die Jahresrate hochgerechnet gut 2 %. Diese Entwicklung bestätigt die optimistischen Prognosen der japanischen Regierung (+ 2,1 %) und der internationalen Organisationen (1,9 % bis 2,0 %, 2008: 1,6 % bis 1,9 % des realen BIP). Getragen wird das Wachstum von starken Exportzuwächsen – vor allem in die USA und den asiatischen Raum – und einer regen Investitionstätigkeit japanischer Unternehmen, während der private Konsum vor allem infolge der weiterhin gedämpften Einkommenszuwächse nur moderat anstieg. Negativ wirkt sich vor allem die aktuelle Entwicklung in der Bauwirtschaft aus. Ausgelöst durch neue Bauvorschriften bzw. Unklarheiten über deren Interpretation ging die Zahl der Baubeginne drastisch zurück (September – 40 % gegenüber dem Vorjahr.).

Weiterhin positiv verläuft hingegen die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ist seit 2003 von 5,3 % auf knapp 4,0 % in 2007 gefallen, den niedrigsten Stand seit 1998. Die wachsenden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt haben sich allerdings bislang nicht – wie mit Blick auf das noch nicht völlig gebannte Deflationsrisiko teilweise erhofft – in einer expansiven Lohnentwicklung niedergeschlagen; die Lohnquote hat sogar den niedrigsten Stand seit 1990 erreicht. Ein Grund liegt darin, dass die Kombination von hohen Preisen für industrielle Zwischenprodukte und fallenden Verbraucher-

preisen sich negativ auf die Profitabilität der Unternehmen – besonders im nicht-industriellen Sektor – auswirkt und trotz der Engpässe auf dem Arbeitsmarkt auf die Löhne drückt. Außerdem werden gut bezahlte Arbeitnehmer der Baby-Boomer-Generation, die in Rente gehen, oft durch schlechter bezahlte jüngere Arbeitskräfte oder Teilzeitarbeiter ersetzt. Diese Entwicklungen dämpfen die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung mit entsprechenden Auswirkungen auf den privaten Verbrauch. Allerdings wird für die kommenden Jahre mit einem Rückgang der Teilzeitbeschäftigung und dem Überschreiten des Höhepunktes bei der Verrentung der Baby-Boomer gerechnet, so dass die genannten Effekte an Bedeutung verlieren dürften.

### Finanzpolitik

Aufgrund der günstigen konjunkturellen Entwicklung, des Endes der befristeten Einkommensteuersenkung, eines starken Körperschaftsteueraufkommens sowie höherer Rentenbeiträge sind die Einnahmen des Staatshaushalts gestiegen. Gleichzeitig wurden die Ausgaben bei öffentlichen Investitionen nachhaltig gekürzt, so dass das Primärdefizit (ohne Sozialausgaben) von über 5 % vor vier Jahren auf voraussichtlich 1 % im laufenden Fiskaljahr (1. April 2007 bis 31. März 2008) fallen wird. Allerdings wird die Haushaltssanierung von der EU-KOM als noch immer nicht ambitioniert genug eingeschätzt. Das Defizit des Gesamthaushalts wird lt. ihrer Prognose 2007 bei 4 % und 2008 bei 4,2 % des BIP liegen (OECD 3,4 % bzw. 3,8 %).

Die japanische Regierung strebt bis 2011 sowohl beim Zentralstaat als auch bei den Gebietskörperschaften ausgeglichene Haushalte an. Dies wäre ein erster Schritt zur Reduzierung der hohen Schuldenquote (ca. 180 % des BIP, EU-KOM). Um diesem Ziel näher zu kommen, wird u. a. eine deutliche Erhöhung der derzeit mit 5 % im internationalen Vergleich sehr niedrigen Mehrwertsteuer angestrebt. Die umstrittene Erhöhung der Mehrwertsteuer soll aber nicht vor 2009 angegangen werden. Bei der Einkommensteuer sollen bestehende Freibeträge z. B. für Ehepartner und Familienangehörige überprüft werden.

## Geldpolitik

Trotz der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung beließ die japanische Zentralbank angesichts fallender Verbraucherpreise die Leitzinsen seit Februar unverändert bei 0,5 %. Nach der deflationären Preisentwicklung in den vergangenen drei Quartalen kam es im Oktober infolge steigender Benzin- und Lebensmittelpreise zu einem Vorzeichenwechsel mit einem Anstieg des Konsumentenpreisindex auf 0,1 %. EU-KOM und OECD erwarten für das Jahr 2007 Preisstabilität (0,0 %), ebenso die japanische Zentralbank. Zwar spricht sich die Zentralbank in ihrer Zweijahresprognose für eine geldpolitische Normalisierung aus, ihre Ankündigungen lassen jedoch ein noch graduelles Vorgehen als bisher erwarten. Die OECD empfiehlt Japan die Leitzinsen so lange nicht zu erhöhen, bis das Deflationsrisiko vernachlässigt werden kann; sie geht davon aus, dass dies nicht vor 2009 geschieht.

Nachdem die japanischen Finanzmärkte bislang von Störungen in den USA und Europa weitgehend unberührt blieben, spüren nun auch die Kreditbanken und die übrigen Finanzmarktinstitutionen – wenn auch eher mäßig – erste

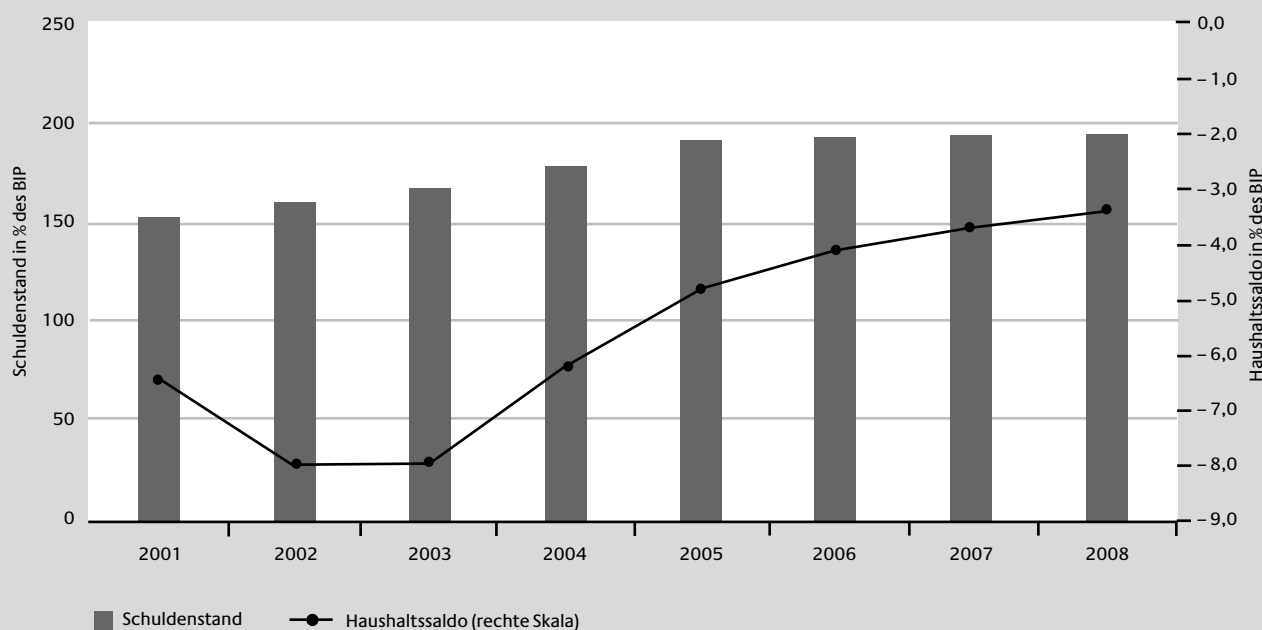
Auswirkungen der US-Subprimekrise. Es wird aber keine signifikante Verschlechterung der Ausleihelikonditionen erwartet. Allerdings ist die Zentralbank über den möglichen Einfluss der Finanzmarkturbulenzen auf das japanische Exportwachstum besorgt.

## Reformpolitik

Ministerpräsident Fukuda hält grundsätzlich an den von ihm mitinitiierten Wirtschaftsreformen, die unter Ministerpräsident Koizumi begonnen wurden, fest. Jedoch sollen offensichtlich die Folgen für die Bevölkerung abgemildert und das Reformtempo reduziert werden.

Die Reform der sozialen Sicherungssysteme ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung (Bevölkerung schrumpft, Anteil der über 65-Jährigen beträgt heute schon 21,4%) jedoch unaufschiebbar. Die Einnahmen der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen sollen gesteigert werden, wobei die Älteren höhere Lasten als bisher tragen sollen und höhere Eigenbeteiligungen bei der Krankenversicherung vorgesehen sind. In der Pflegeversicherung wird die Betreuung durch die Familien gestärkt.

Abbildung 2: Japan  
Schuldenstand und Haushaltssaldo



Hohe Priorität für die japanische Regierung besitzt auch die Forschungs- und Technologiepolitik. Fördermittel sollen unter Wettbewerbsbedingungen vergeben und das zentralisierte, streng hierarchische Hochschulsystem flexibler werden. Ferner sollen die Mobilität der Wissenschaftler erhöht und Rahmenprogramme für die Forschung erarbeitet werden. Die Regierung strebt ein Niveau der FuE-Ausgaben von 3,5 % des BIP an (zum Vergleich: die EU hat sich im Rahmen der Lissabon-Strategie ein Ziel von 3 % bis 2010 gesetzt). Hiermit soll Japans Stellung als Asiens führende Innovations- und Wirtschaftsmacht untermauert werden.

### 3 Vereinigtes Königreich

- Starkes Wachstum auch in 2007; Konjunkturabschwächung in Verbindung mit der Entwicklung auf den Finanz- und Wohnimmobilienmärkten erwartet.
- Haushaltsdefizit nähert sich nach einer Verbesserung in 2006 erneut der 3%-Marke.
- Fortsetzung des wirtschaftspolitischen Reformkurses unter neuem Premierminister.

#### Konjunktur/Geldpolitik

Die Wirtschaftstätigkeit im Vereinigten Königreich war in den ersten drei Quartalen des Jahres 2007 wie auch schon im Vorjahr lebhaft. Das reale BIP-Wachstum betrug durchschnittlich 0,8 %. Für das Jahr 2007 rechnet die EU-KOM mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 3,1 %. Hauptfaktor der wirtschaftlichen Dynamik bleibt ein robuster privater Konsum, der von den positiven Vermögenseffekten gestiegener Hauspreise profitierte. Gestützt wird diese Entwicklung von einer anhaltend guten Arbeitsmarktlage (Arbeitslosenquote 2006 und 2007: 5,3 %). Die Investitionen hingegen entwickelten sich 2007 schwächer als in 2006. Insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen war eine Abschwächung zu verzeichnen. Die zukünftigen Wachstumsperspektiven werden nach Einschätzung der internationalen Organisationen weitgehend von den Entwicklungen auf den Finanz- und Wohnimmobilienmärkten beeinflusst werden. Für 2008 wird eine Abschwächung des Wachstums erwartet. Die Regierung hat ihre Prognose für 2008 mit 2 % bis 2,5 % deutlich nach unten revidiert, die Schätzung der EU-KOM liegt bei 2,2 %. Die Inflation verharrt mit 2,4 % auch in 2007 oberhalb des Inflationsziels von 2 %. Auch für 2008 wird angesichts steigender Preise für Lebensmittel, Benzin und Rohstoffe mit keiner wesentlichen Besserung gerechnet (2,2 %). Anfang Dezember 2007 senkte die Bank of England

den Leitzins um 25 Basispunkte auf 5,5 %. Der Leitzins war als Reaktion auf die inflationären Tendenzen im bisherigen Jahresverlauf um insgesamt 100 Basispunkte auf 5,75 % angehoben und nach den Finanzmarktturbulenzen zunächst unverändert gelassen worden. Die jetzige Anpassung erfolgte vor dem Hintergrund des erwarteten moderateren Wirtschaftswachstums, der schwierigen Situation auf den Finanz- und Immobilienmärkten und strengeren Kreditbedingungen für Investitionen und Verbraucher.

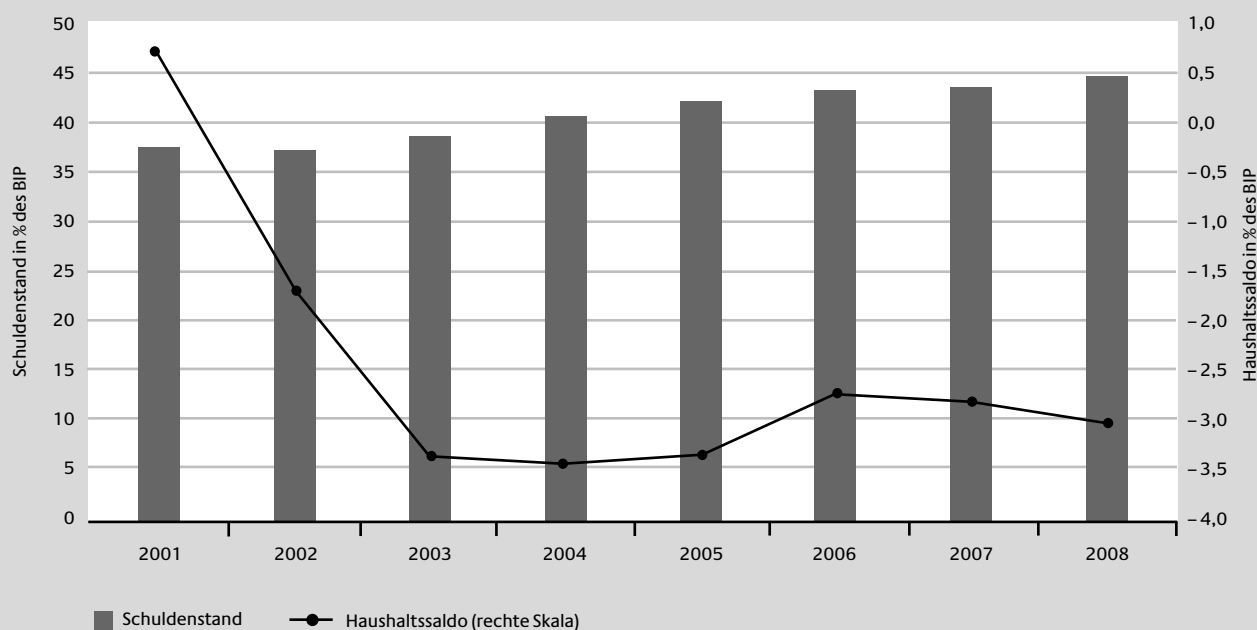
## Finanzpolitik

Nach einer Verbesserung der fiskalischen Rahmenbedingungen im Fiskaljahr 2006/2007 (1. April 2006 bis 31. März 2007), die eine Rückführung des Defizits von 3,2 % des BIP in 2005/2006 auf 2,7 % und damit die Entlassung aus dem Defizitverfahren im Oktober zur Folge hatte, erwartet die EU-KOM tendenziell wieder eine Verschlechterung der öffentlichen Finanzen. Angesichts eines niedrigeren Wirtschaftswachstums als erwartet und steigender Ausgaben könnte das Haushaltsdefizit in diesem Jahr geringfügig auf 2,8 % des BIP

steigen und im kommenden Jahr erneut die kritische Marke von 3 % erreichen. Parallel dürfte sich die Schuldenstandsquote in den kommenden Jahren leicht erhöhen, wenn auch nach wie vor auf relativ niedrigem Niveau (2007: 43,6 %, 2008: 44,8 %, 2009: 45,6 %).

Für das Haushaltsjahr 2008/2009 sind höhere Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Terrorismusabwehr, Sicherheit, Wissenschaft und Forschung und internationale Zusammenarbeit geplant. Einschnitte sollen im öffentlichen Dienst (vor allem Finanz- und Arbeitsministerium) und bei den Kommunalverwaltungen erfolgen. Darüber hinaus verfolgt die Regierung das Ziel, im Rahmen eines sog. „Value-for-Money“-Programms Gelder effektiver einzusetzen und so Mittel für neue Prioritäten und verbesserte Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung freizusetzen. In diesem Sinne sollen auch Kontrollen der Verwaltungshaushalte der Ministerien zu (internen) Effizienzgewinnen beitragen. In der mittelfristigen Finanzplanung von Herbst 2007 hat die Regierung das Ziel formuliert, die jährliche reale Ausgabensteigerung auf 2 % zu begrenzen.

Abbildung 3: Vereinigtes Königreich  
Schuldenstand und Haushaltssaldo



Quelle: EU-Kommission, Herbstprognose 2007.

## Reformpolitik

Die neue Labour-Regierung setzt den Schwerpunkt ihrer Reformpolitik weiterhin auf Produktivitätssteigerung, Beschäftigungsförderung und Chancengleichheit. Die Vorhaben betreffen vor allem die Bereiche Regulierungsvereinfachung, Förderung von Wissen und Innovation, aber auch die Verbesserung von Beschäftigungsmöglichkeiten für benachteiligte Bevölkerungsgruppen durch Aus- und Fortbildung und aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Gleichzeitig sollen Familien durch die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen und steuerliche Vergünstigungen unterstützt und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben verbessert werden.

Weitere Maßnahmen zielen auf mehr Gerechtigkeit im Rentensystem und Vorbeugung vor Altersarmut ab. Im Juli 2007 wurde ein Teil des lang erwarteten Rentenreformgesetzes verabschiedet. Ziel ist eine Förderung der privaten Vorsorge auch für untere und mittlere Einkommensgruppen. Geplant sind ein obligatorischer Arbeitgeberbeitrag sowie eine automatische Anmeldung zum Vorsorgesystem (mit der Möglichkeit eines „opt-out“) und die Einrichtung persönlicher Vorsorgekonten. Darüber hinaus sollen die Renten ab 2012 der Lohnentwicklung entsprechend angepasst werden und das Renteneintrittsalter schrittweise im Einklang mit der Lebenserwartung angehoben werden.

Die Funktionsfähigkeit des Bau- und Immobilienmarktes soll durch umfangreiche Maßnahmen (Investitionen in sozialen Wohnungsbau, Zuschüsse und fachkundige Beratung für lokale Behörden, Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren bei der Infrastrukturplanung) verbessert werden.

## 4 Frankreich

- Schwächeres Wirtschaftswachstum in 2007 als erwartet, aber insgesamt stabile Konjunkturaussichten.
- Begrenzte Fortschritte bei der Rückführung des Haushaltsdefizits.
- Reformschwerpunkte der neuen Regierung: Rente, Arbeitsmarkt, Krankenversicherung.

### Konjunktur

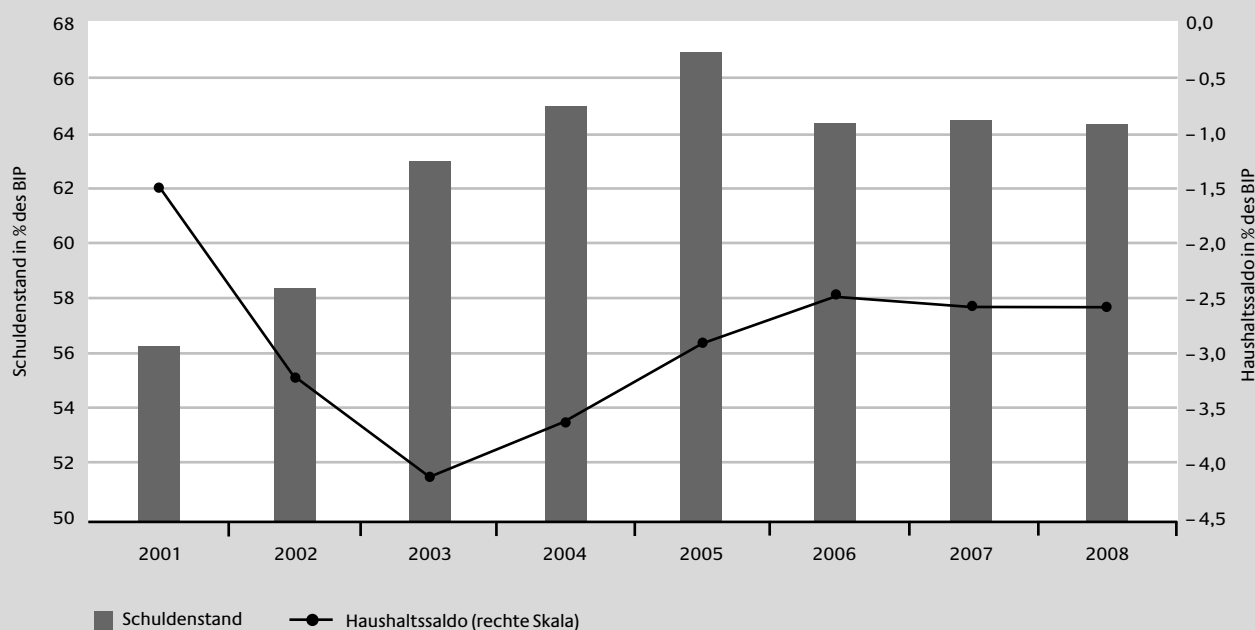
Nach leichter Abschwächung der französischen Wirtschaft im 2. Quartal hat die EU-KOM im Herbst ihre Schätzung für das diesjährige reale BIP-Wachstum von 2,4 % (Frühjahrsprognose) auf 1,9 % herabgesetzt (2006: 2,0 %). Die französische Regierung hält zwar an ihrer Prognose von 2,0 % bis 2,5 % BIP-Wachstum fest, spricht aber inzwischen von einem Ergebnis am „unteren Ende“ der Spanne. Wichtigste Triebfeder des Wachstums bleibt – wie auch in den vergangenen Jahren – die Binnennachfrage. Die tragende Rolle des privaten Konsums soll durch die eingeleiteten Reformmaßnahmen (überwiegend steuerliche Entlastungen) weiter gestärkt werden. Analysten rechnen damit, dass sich die beschlossenen Steuersenkungen im 4. Quartal 2007 positiv auswirken könnten. Eine leichte Eintrübung war bei den Unternehmensinvestitionen und den Wohnungsbauinvestitionen zu beobachten. Als bremsender Faktor wirkte weiterhin der Außenhandel, wenn auch weniger stark als in den Vorjahren. Für 2008 rechnen EU-KOM und OECD mit einer Fortsetzung der aktuellen Konjunkturdynamik und einem Wachstum des realen BIP um 2 %. Die Preisentwicklung verlief in diesem Jahr mit 1,5 % günstiger als im Vorjahr (1,9 %). Der Inflationsdruck könnte sich jedoch bei langsamer Schließung der negativen Output-Lücke sowie steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreisen im kommenden Jahr wieder erhöhen.

## Finanzpolitik

Mit den im Haushaltsentwurf 2008 vorgesehenen Steueranreizen und Reformen, insbesondere für einen schlankeren öffentlichen Dienst, will die französische Regierung das Wachstum stimulieren und gleichzeitig das hohe Haushaltsdefizit in den Griff bekommen. Der Anstieg staatlicher Ausgaben soll halbiert und bis 2012 auf (real) etwa 1% begrenzt werden. Die französische Regierung plant, ihr Haushaltsdefizit von 2,5% des BIP (2006) auf 2,4% in diesem Jahr und 2,3% in 2008 zurückzuführen. Dagegen geht die EU-KOM angesichts von Ausgabenüberschreitungen im Bereich der Sozialversicherung und nicht voll gegenfinanzierter Steuererleichterungen eher von einer steigenden Tendenz mit einem Haushaltsdefizit von 2,6% des BIP in diesem und im nächsten Jahr aus. Die Einhaltung der im April 2007 getroffenen Eurogruppen-Vereinbarung (alle Mitgliedstaaten streben ihre

jeweiligen mittelfristigen Haushaltsziele bis spätestens 2010 an) erscheint erst für 2012 realistisch. Der Haushaltsentwurf sieht vor allem zusätzliche Ausgaben für die Bereiche Forschung und Entwicklung (FuE) sowie Hochschulbildung vor. Ein umfangreiches Steuersenkungsprogramm soll über eine weitere Stärkung der Binnennachfrage zur Steigerung des Wirtschaftswachstums beitragen. Es wird mit Einnahmeausfällen von rd. 9 Mrd. € für das kommende Jahr gerechnet. Einsparungen sollen u. a. in der öffentlichen Verwaltung (Rationalisierung und Modernisierung) und in den Sozialversicherungen (Senkung der Ausgabenobergrenze) erreicht werden. In 2008 sollen 22 800 (frei werdende) Stellen im öffentlichen Sektor abgebaut werden. Angekündigt wurden zudem grundlegende Arbeits- und Sozialreformen (s.u.). Die Staatsverschuldung wird nach Berechnungen der EU-KOM in 2007 leicht auf 64,3% des BIP ansteigen und in den kommenden zwei Jahren auf ähnlichem Niveau verharren.

Abbildung 4: Frankreich  
Schuldenstand und Haushaltssaldo



## Reformpolitik

Die neue Regierung hat bei ihrem Antritt umfassende Reformen zur Modernisierung der französischen Wirtschaft angekündigt, die zur langfristigen Steigerung des Wachstumspotenzials und der Innovationsfähigkeit beitragen sollen, mit positiver Auswirkung auf den Haushalt und den sozialen Zusammenhalt. Zu den geplanten Reformen gehört ein umfangreiches Steuersenkungspaket, das Entlastungen bei der Einkommensteuer, der Erbschaftsteuer und der Vermögensteuer einschließt. Die maximale Steuer- und Abgabenlast soll auf 50 % statt bisher 60 % des Einkommens begrenzt werden. Zudem sollen 95 % der Erbschaften von der Steuer befreit werden. Investitionen in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bis zu 50 000 € sollen von der Vermögensteuer befreit und von dieser absetzbar gemacht werden. Hinsichtlich des Immobilienmarktes ist die steuerliche Abzugsfähigkeit der Zinsen auf Immobilienkredite (ab 2008) geplant. Ein Ende November 2007 angekündigtes Sofortmaßnahmenpaket zielt zudem konkret auf die Stärkung der Kaufkraft der Bevölkerung ab. So soll der von Arbeitgebern gewährte Freizeitausgleich den Franzosen künftig ausgezahlt werden können. Zudem wurden eine neue Indexierung der Mietpreise und Gespräche mit großen Supermarktketten mit Blick auf eine Preisdämpfung angekündigt.

Der sozialpolitische Reformkalender sieht darüber hinaus grundlegende Maßnahmen in den Rentensystemen sowie auf dem Arbeitsmarkt und bei der Krankenversicherung vor. Geplant ist u. a. die aktuell kontrovers diskutierte Abschaffung der Rentenprivilegien in Staatsbetrieben (inklusive Transport- und Versorgungssektor), was eine Eingliederung in das allgemeine Rentenregime und eine Erhöhung der Beitragsjahre von bislang 37,5 auf 40 Jahre bis 2012 zur Folge hätte. Das Rentenniveau soll zudem künftig an die Preissteigerungsrate und nicht wie bisher an die Lohnzuwächse angepasst werden. Darüber hinaus soll eine Abschaffung der Anreize zur Frühverrentung zu einer Erhöhung der effektiven Lebensarbeitszeit beitragen. Auf dem Arbeitsmarkt sollen die Anreize zur Arbeitsaufnahme bzw. zur Ausweitung der geleisteten Arbeitsstunden erhöht werden: So

soll die Struktur des Niedriglohnsektors im Rahmen einer geplanten Sozialkonferenz überprüft werden. Weiterhin ist die Anpassung des Mindestlohns (SMIC) in Zusammenarbeit mit einer unabhängigen Kommission geplant. Eine Steuer- und Abgabenbefreiung der Überstunden und die Ausweitung der Möglichkeiten von Sonntagsarbeit sollen Anreize für Mehrarbeit setzen. Die Sozialpartner sind aufgerufen, Einigung über eine Reform des Arbeitsvertragsrechts (hin zu einer Lockerung des Kündigungsschutzes) zu erzielen. In der Arbeitslosenversicherung sollen kürzere Bezugszeiten den Druck zur Annahme einer Arbeit erhöhen.



## 5 Niederlande

- Stabile Konjunkturaussichten dank stabiler inländischer Nachfrage und starker Exporte, erste Engpässe auf dem Arbeitsmarkt.
- Haushaltsplan 2008 setzt Schwerpunkt bei sozialen Aspekten, Verbreiterung der Steuerbasis.
- Reformen im Bereich Bildung und Umweltpolitik auf den Weg gebracht.

### Konjunktur

Die niederländische Konjunktur befindet sich nach wie vor in einer soliden Verfassung, auch wenn die Wachstumsdynamik in den kommenden Jahren im Vergleich zum Vorjahr leicht nachlassen dürfte. Die OECD erwartet für das laufende Jahr zwar abermals eine Wachstumsrate von 3,0 % des BIP, für 2008 aber nur noch 2,4 %. Die EU-KOM geht bereits für 2007 von 2,7 % und für 2008 von 2,6 % aus. Die Schätzungen der Regierung bewegen sich ebenfalls in diesem Rahmen (2007: 2,75 %, 2008: 2,5 %). Die robuste Konjunktur basiert sowohl auf einer stabilen inländischen Nachfrage als auch auf einem starken Exportwachstum. Der private Konsum dürfte, trotz steigender Steuer- und Sozialabgaben, auch in 2008 das Wirtschaftswachstum zu einem guten Teil tragen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden von einem starken Beschäftigungswachstum sowie steigenden Realeinkommen unterstützt. Negativ könnte sich hier evtl. die Entwicklung auf dem Immobilienmarkt auswirken, der in den Niederlanden eng mit dem privaten Konsum korreliert ist. Hauptwachstumsmotor der niederländischen Wirtschaft bleibt der Export. Für 2007 rechnen sowohl OECD als auch EU-KOM mit einem Leistungsbilanzüberschuss von knapp 7 %. Inwieweit die zuletzt verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Niederlande (u. a. durch Senkung der Körperschaftsteuer in 2006) nachhaltig ist, ist offen. Die zunehmend angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt könnte in nächster Zeit zu

deutlich erhöhten Lohn- und Preissteigerungen und in der Folge zu deutlich steigenden Lohnstückkosten führen. Mit 1,6 % blieb der Preisauftrieb auf der Konsumentenebene in diesem Jahr bislang gemäßigt, allerdings werden für 2008 und 2009 – angesichts steigender Lohn- und Energiekosten – Inflationsraten von 2,3 % bzw. 2,7 % (EU-KOM) erwartet (OECD 2,0 % bzw. 2,4 %).

### Arbeitsmarkt

Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs ist die Arbeitslosenquote von rd. 4 % in 2006 in diesem Jahr weiter gesunken (OECD 3,3 %, EU-KOM 3,1 %) und nähert sich der Vollbeschäftigung (Prognose 2009: OECD 2,7 %, EU-KOM 2,4 %). Ziel der Regierung ist vor diesem Hintergrund die Steigerung des Arbeitsangebotes (so auch Empfehlung von EU-KOM und OECD), sei es durch Mobilisierung inländischer oder Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Ab 2009 müssen Arbeitslose auch Arbeiten jenseits ihres bisherigen Beschäftigungsfeldes annehmen. 200 000 Langzeitarbeitslose sollen bis spätestens 2011 mit Hilfe der Unternehmen vermittelt werden. Arbeitnehmer, die im Alter zwischen 62 und 65 weiterhin arbeiten, sind zum Erhalt einer Bonuszahlung berechtigt. Bei Ehepartnern wird grundsätzlich die Steuerbefreiung für den nicht arbeitenden Ehepartner stufenweise über 15 Jahre abgeschafft. Zudem soll die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen an talentierte junge ausländische Arbeitskräfte erleichtert werden.

### Haushalt

Der Staatshaushalt dürfte in diesem Jahr – nach einem Überschuss von 0,6 % des BIP in 2006 – ein leichtes Defizit ausweisen (EU-KOM – 0,4 %, OECD – 0,1 %). Die Verschlechterung der budgetären Lage ist zum Teil auf eine gelockerte Haushaltspolitik wie auch auf geringere Einnahmen aus der Gasproduktion als erwartet zurückzuführen. Für 2008 wird jedoch wieder mit einem Haushaltsüberschuss von 0,5 % bis 0,6 % gerechnet. Dieser Überschuss soll lt. Regierung bis 2011 kontinuierlich auf 1 % des BIP steigen. Um die öffentlichen Finanzen angesichts der demografischen Entwicklung langfristig tragfähig zu gestalten, strebt die Regierung zudem eine

weitere Reduzierung der Staatsverschuldung auf 44,8 % des BIP in 2008 und auf 40 % bis 2011 an (2007 knapp 47%).

Der Haushaltsentwurf 2008 unter der neuen Koalition aus Christ-, Sozialdemokraten und der Christen-Union setzt besonders auf soziale Aspekte und höhere Belastungen für Besserverdienende. So sieht der Entwurf eine Anhebung des Steuersatzes für Spitzenverdiener vor, die Pensionsprämien werden in Zukunft nicht mehr vollständig anrechenbar sein, die Höhe des Kindergeldes wird abhängig vom Einkommen berechnet, für Wohlhabende werden Immobiliensteuer sowie die Beiträge für stationäre Altenpflege angehoben. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen für Arbeitnehmer von 3,85 % auf 3,5 % gesenkt und für Arbeitgeber von 4,4 % auf 4,8 % erhöht werden. Zusätzlich sollen die Steuern auf Alkohol, Tabak und Treibstoff erhöht und Steuern auf Verpackungen eingeführt werden. Die Mehrwertsteuer wird ab 2009 von 19 % auf 20 % angehoben. Gleichzeitig werden die unteren Einkommensgruppen steuerlich entlastet. Kritiker des Regierungsprogramms bemängeln, dass die Steuererhöhungen

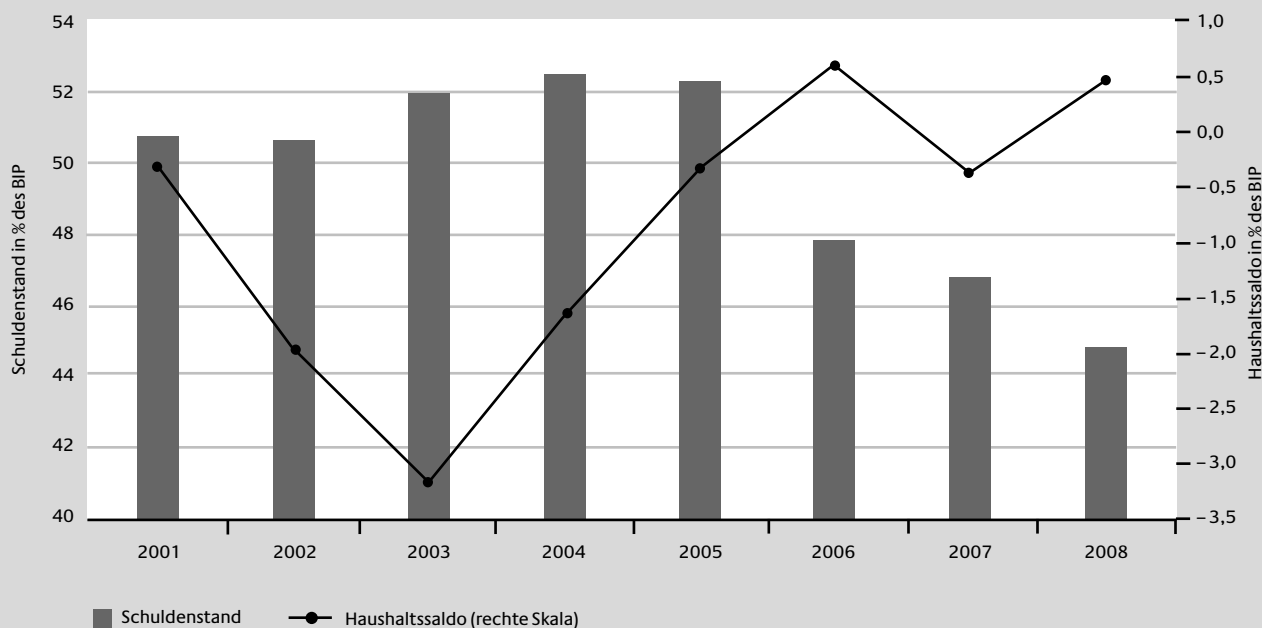
zu hoch seien, dadurch die Kaufkraft schwächen und die Einkommen nivellieren würden.

Für die Bereiche Umwelt, Bildung und Stadt-sanierung sind 3 Mrd. € Zusatzausgaben vorgesehen. Weitere Maßnahmen betreffen das Gesundheitssystem: Krankenkassen sollen in bestimmten Fällen eine Eigenbeteiligung einführen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen künftig höhere Krankenkassenbeiträge entrichten. Dafür sollen die Leistungen für die Basis-Krankenversicherung verbessert werden.

### Strukturreformen

Die Regierung hat einen besonderen Schwerpunkt auf den Bereich Bildung gelegt. Bei einem Gesamtbudget von 168,8 Mrd. € ist der Etat des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft (OCW) mit 32,5 Mrd. € der größte Einzelposten des niederländischen Gesamthaushalts (Ressorts Arbeit und Soziales 23,9 Mrd. €). Die Regierung hat die Kontrollen und Inspektionen der Schulen – mit denen die Qualität des Unterrichts und die Einhaltung von Standards geprüft werden – deutlich intensiviert. Dies betrifft auch die zahlreichen privaten

Abbildung 5: Niederlande  
Schuldenstand und Haushaltssaldo



Schulen mit konfessionellem Hintergrund. Die Grundschulen sind darüber hinaus neuerdings verpflichtet, eine umfassende Betreuung der Kinder – auch vor und nach den Unterrichtszeiten – sicherzustellen. Auch im Hochschulbereich haben sich Änderungen ergeben. Forschungsmittel werden den Universitäten nicht mehr direkt zugewiesen, sondern von einer Agentur vergeben. Diese soll über die Anträge der Universitäten nach Qualität der Vorhaben entscheiden, was zu erheblicher Kritik geführt hat.

Die niederländische Regierung hat darüber hinaus den Umweltschutz zu einer ihrer Prioritäten erklärt. Die Regierung strebt insbesondere eine Führungsrolle im Bereich innovativer Umwelttechnologien an, wobei der Schwerpunkt in den Bereichen Energie und Wasser liegen soll. Das Regierungsprogramm sieht u. a. eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 30 % (gegenüber 1990) bis 2020 vor. Der Energieverbrauch soll jährlich um 2 % fallen. Bis 2011 soll die Zahl der Windenergieanlagen auf dem Land verdoppelt werden. Für umweltschädliche Autos wird eine CO<sub>2</sub>-Steuer eingeführt, die proportional zu den Emissionen berechnet wird. Das Kabinett hat zudem die Einführung einer kilometerabhängigen Pkw-Maut in 2012 beschlossen. Gleichwohl sind angesichts der Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur für die niederländische Wirtschaft der Ausbau des Autobahnnetzes, eine Erweiterung des Rotterdamer Hafens und des Flughafens Schiphol geplant. Derzeit arbeitet der Staat als größter Anteilseigner des Flughafens an einem Privatisierungskonzept von Schiphol.

## 6 Spanien

- Hohes Wachstum in 2007, aber voraussichtlich Abschwächung in 2008, insb. aufgrund der Entwicklungen auf dem Finanz- und Immobilienmarkt.
- Erneut deutlicher Haushaltsüberschuss und weitere Fortschritte beim Abbau der Staatsschuldenquote in 2007.
- Reformschwerpunkte: Förderung von Innovation und Wettbewerb.

### Konjunktur

Die spanische Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einer soliden Verfassung. Nach einem realen BIP-Wachstum von 3,9 % in 2006 (EU-KOM) entwickelt sich die Wirtschaft auch in diesem Jahr dynamisch. Für den Jahresdurchschnitt 2007 rechnen EU-KOM und OECD mit einem realen BIP-Wachstum von 3,8 %. Hauptwachstumsträger ist die Binnennachfrage. Während sich der private Konsum infolge strafferer Kreditkonditionen leicht abgeschwächt hat und das Wachstum der Bauinvestitionen in diesem Jahr um die Hälfte zurückgehen dürfte, verzeichnen die Ausrüstungsinvestitionen Wachstumsraten im zweistelligen Bereich. Der Export wächst in diesem Jahr um rd. 4 ½ %, dabei baut Spanien insbesondere seine Handelsbeziehungen mit Drittländern (Lateinamerika, Asien) aus. Noch dynamischer als der Export entwickelt sich aber der Import. Die EU-KOM erwartet hier für 2007 einen Zuwachs von 6 ½ %, was zu einer Ausweitung des ohnehin hohen Handelsbilanzdefizits (– 8,4 % des BIP) und Leistungsbilanzdefizits (– 9,3 % des BIP) führt. Dieser Trend dürfte sich auch in 2008 fortsetzen.

Vor dem Hintergrund einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung verläuft auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt positiv. Die Beschäftigung dürfte in diesem Jahr um 3 % steigen, die Arbeitslosenquote – wie schon in den Vorjahren – weiterhin sinken (EU-KOM 8,1 % nach 8,5 % in 2006). Allerdings dürfte sich diese

Entwicklung nach KOM-Prognosen so nicht weiter fortsetzen. Bereits für 2008 wird wieder mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 8,5 % gerechnet.

Die Wachstumsperspektiven für 2008 und 2009 sind deutlich gedämpft (EU-KOM 3,0 % bzw. 2,3 %, OECD 2,5 % bzw. 2,4 %). Eine wesentliche Ursache hierfür ist die Entwicklung auf dem Immobilienmarkt, der nach langjähriger Boomphase – die maßgeblich zur guten Wirtschaftsentwicklung beigetragen hatte – durch die internationalen Finanzmarktturbulenzen erheblich getroffen wurde. Zudem drücken gestiegene Zinsen, verbunden mit der hohen, zum überwiegenden Teil variabel verzinsten Verschuldung der privaten Haushalte, zunehmend auch auf den Konsum, der bislang das zentrale Standbein der spanischen Konjunktur war. Zunehmend belastend wirkt sich angesichts getrübler Konjunkturaussichten auch die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft aus. Das Produktivitätswachstum liegt weiterhin unter dem EU-Durchschnitt.

Die Inflation, die in den vergangenen Jahren stets über 3 % lag (2006: 3,6 %), konnte in diesem Jahr deutlich auf 2,6 % bis 2,8 % gebremst werden. Damit hat sich die Inflationsdifferenz zum Euro-

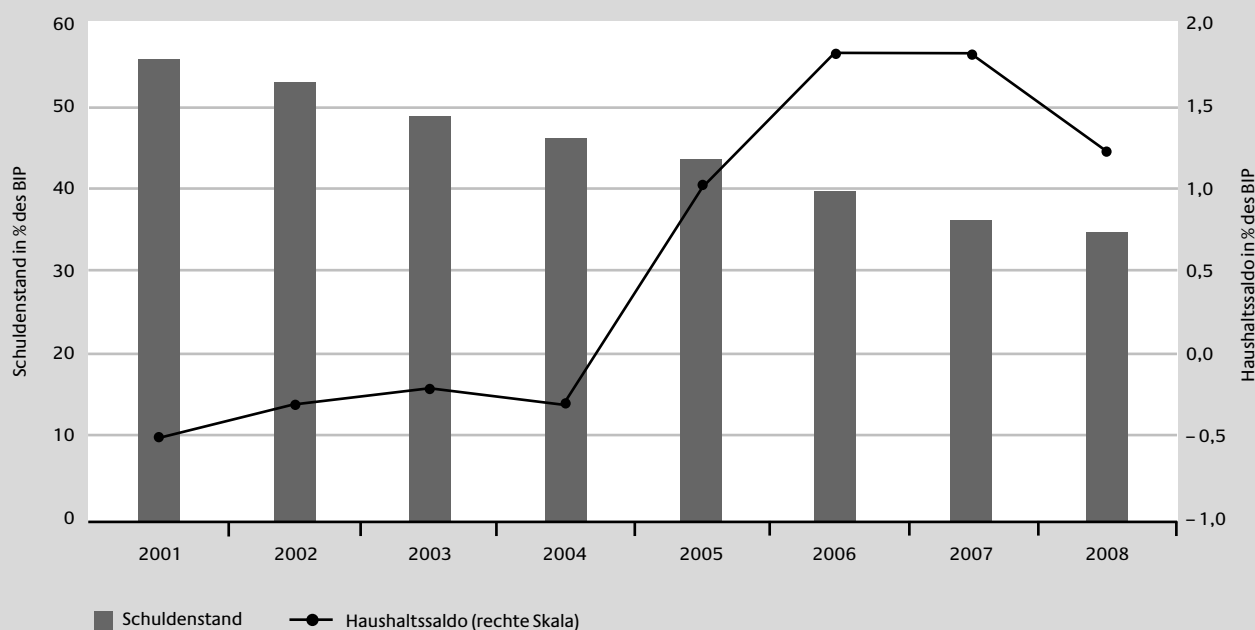
raum auf rd. 0,5 % reduziert. Preisdruck durch steigende Energie- und Lebensmittelpreise einerseits dürfte durch eine nachlassende Binnennachfrage andererseits gemindert werden, so dass die Inflationsaussichten für das nächste Jahr insgesamt relativ stabil sind (EU-KOM 2,9 %).

## Finanzpolitik

Der spanische Haushalt wird 2007 – wie bereits 2006 – voraussichtlich einen Überschuss von 1,8 % des BIP aufweisen und damit die im Budgetplan 2007 veranschlagten 0,7 % deutlich übersteigen. Grund sind vor allem die höher als erwarteten Einnahmen aus den direkten Steuern (insbesondere Körperschaftssteuer). Die Schuldenstandsquote sollte sich weiterhin positiv entwickeln und von knapp 40 % im letzten Jahr auf 36,3 % in 2007 sinken.

Die Fiskalpolitik wird im kommenden Jahr laut OECD einen expansiveren Charakter annehmen, mit steigenden Investitionen und Sozialausgaben und etwas moderateren Einnahmen bei den Unternehmensteuern. Der Budgetentwurf 2008 geht gleichwohl von einem Haushaltsüberschuss in Höhe von 1,15 % des BIP aus, legt dem allerdings eine optimistische

Abbildung 6: Spanien  
Schuldenstand und Haushaltssaldo



Wachstumsannahme von 3,3 % zu Grunde. Der Haushaltsplan 2008 sieht Einnahmen in Höhe von 301,6 Mrd. € und Ausgaben in Höhe von 289,8 Mrd. € vor, was eine weitere Reduzierung der Schuldenstandsquote auf 34 % des BIP ermöglichen könnte. Der Haushalt setzt bei der Mittelverwendung Schwerpunkte in den Bereichen Forschung und Innovation, Sozialwesen, Entwicklungshilfe und Infrastruktur. Mit 158 Mrd. € (+ 7,8 %) erreichen die Ausgaben für das Sozialwesen einen Betrag, der mehr als die Hälfte des Gesamthaushalts 2008 ausmacht. Innerhalb dieses Etats steigen die Rentenausgaben um 7,2 % und die Ausgaben für die Förderung von Wohnungen um 9,7 %.

### Reformpolitik

Ein Hauptziel der Reformmaßnahmen der Regierung ist die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft. Diesem Ziel dienen u. a. die Aufstockung der Mittel für Forschung und Innovation um 17,4 % und eine Reduzierung der Unternehmensteuer von 32,5 % (seit 1. Januar 2007) auf 30 % zum 1. Januar 2008. Ferner verabschiedete die Regierung im Frühjahr ein Programm bezüglich besserer Regulierung und administrativen Lasten, in dem ein Abbauziel für Bürokratiekosten von 25 % bis 2012 festgesetzt wird. Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Förderung einer elektronischen Verwaltung und zur Vereinfachung von Unternehmensgründungen geplant.

Zum 1. September ist ein Wettbewerbsgesetz in Kraft getreten, das u. a. die Einrichtung einer unabhängigen Aufsichtsbehörde (Nationale Wettbewerbskommission – CNC) vorsieht, die alleinverantwortlich über Unternehmenszusammenschlüsse entscheidet und mehr Transparenz sicherstellen soll.

Ein weiteres Kernanliegen der Regierung ist die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Zu den Politikmaßnahmen zählen die Förderung von Public Private Partnerships und Innovationszentren sowie der Nutzung von neuen Kommunikationstechnologien. Steuerliche Anreize für FuE-Tätigkeiten sollen zudem in Form von Erstattungen der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung gesetzt werden.

## 7 Italien

- Fortsetzung des Aufschwungs bei allerdings verminderten Wachstumsaussichten.
- Haushaltsdefizit 2007 unter EU-Stabilitätsziel von 3 %; Ankündigung von Maßnahmen zur Verbesserung der Tragfähigkeit und Qualität der öffentlichen Finanzen.
- Reformschwerpunkte: Arbeitsmarkt, soziale Sicherung, Wettbewerbsfähigkeit.

### Konjunktur

Die italienische Wirtschaft zeigt sich 2007 weiterhin recht dynamisch und wird laut Prognosen der EU-KOM ein reales BIP-Wachstum von 1,9 % erreichen (OECD 1,8 %). Wichtigste Triebfeder des Wachstums ist vor allem der private Konsum, unterstützt von einer positiven Beschäftigungsentwicklung sowie einer steuerlich begünstigten positiven Entwicklung bei der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern. Damit konnte die Wachstumsverlangsamung in der ersten Jahreshälfte 2007, die sich infolge eines schwächeren Exportwachstums einstellte, aufgefangen werden. Vor dem Hintergrund der nachlassenden weltwirtschaftlichen Konjunkturdynamik erwartet die EU-KOM für 2008 ein gedämpftes BIP-Wachstum von 1,4 % und für 2009 1,6 %, was der Potenzialrate entspräche. Die KOM-Prognose liegt damit für 2008 noch unterhalb der jüngsten bereits revidierten Wachstumsschätzung der Regierung (von 2,0 % auf 1,5 %). Die Arbeitslosenquote nimmt weiterhin deutlich auf 5,9 % ab (2006: 6,8 %), der Rückgang dürfte aber im kommenden Jahr langsamer vonstatten gehen. Die Inflationsrate wird in 2007 voraussichtlich sinken (EU-KOM 1,9 %; OECD 2,0 % gegenüber 2,2 % in 2006), während 2008 aufgrund steigender Lohnstückkosten und höherer Energie- und Nahrungsmittelpreise eine erneute Inflationsbeschleunigung zu erwarten ist (EU-KOM 2,0 %; OECD 2,4 %).

## Finanzpolitik

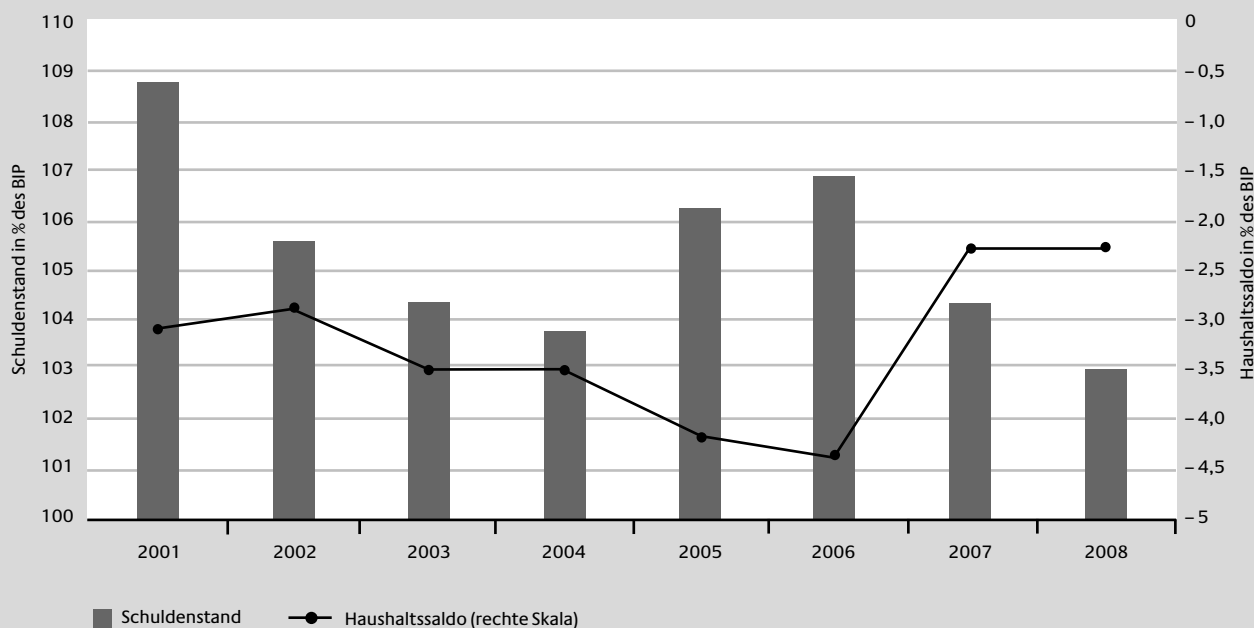
Das Staatsdefizit Italiens wird nach KOM-Prognose in 2007 2,3 % des BIP betragen und damit seit mehreren Jahren erstmalig unter dem Referenzwert von 3 % liegen. Die Verbesserung von gut zwei Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr ist größtenteils durch starke konjunkturbedingte Einnahmезuwächse und Einmalzahlungen begründet. Trotz der guten Einnahmesituation wird das Haushaltsdefizit angesichts neuer Ausgabenprogramme laut EU-KOM auch 2008 und 2009 bei 2,3 % des BIP verharren. Das Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts wird von der italienischen Regierung erst für das Jahr 2011 angestrebt (in der Eurogruppe vom April 2007 wurde vereinbart, dieses Ziel bereits 2010 anzustreben). Die Schuldenstandsquote hat sich in 2007 aufgrund der guten Wirtschaftslage zwar positiv entwickelt (104,3 % gegenüber 106,8 % in 2006), dürfte 2009 mit 101,2 % des BIP aber noch immer deutlich an der Spitze der EU-Mitgliedstaaten liegen. Die italienische Regierung hat angekündigt, durch ein – teilweise bereits implementiertes – Bündel von Reformmaßnahmen die Tragfähigkeit und Qualität der

öffentlichen Finanzen substantiell zu verbessern. Dazu zählen insbesondere Ausgabenlinien für die Ministerien sowie Effizienzverbesserungen in der öffentlichen Verwaltung, ein nationaler Stabilitätspakt, Evaluationen der Ausgaben, eine Reform der Budgetinstitutionen sowie Strukturreformen (z. B. im Gesundheitsbereich).

## Reformpolitik

Die Stärkung der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts ist ein zentrales Anliegen der italienischen Regierung. Dazu wurden Reformen beschlossen, die im Sinne des Flexicurity-Ansatzes sowohl Flexibilisierungs- als auch Sicherungselemente umfassen. Das Haushaltsgesetz 2007 zielt bspw. darauf ab, den Steuerkeil zu verringern und Anreize für die Arbeitsaufnahme vor allem von Niedriglohnverdienern und jungen Menschen zu setzen, etwa durch Einstellungszuschüsse. Darüber hinaus sollen befristete Arbeitsverhältnisse reduziert und ein besserer Schutz für Zeitarbeitnehmer gewährleistet werden. Ein neues System von Familienunterstützung soll die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen. Im Juli 2007 wurde zudem eine Verein-

Abbildung 7: Italien  
Schuldenstand und Haushaltssaldo



barung mit den Sozialpartnern über einen Anstieg des Arbeitslosengeldes um 10 % und für eine längere Bezugsdauer (von sechs auf acht Monate – bei über 50-jährigen auf zwölf Monate) getroffen. Die Zahlung des Arbeitslosengeldes soll an die Mitwirkung bei Vermittlungs- und Weiterbildungsmaßnahmen gekoppelt werden. Gleichzeitig soll die berufliche Ausbildung qualitativ gestärkt werden. Das entsprechende Gesetzpaket befindet sich derzeit in der parlamentarischen Abstimmung.

Im Bereich der Alterssicherung sieht der neue Regierungsvorschlag – abweichend von den Beschlüssen der Berlusconi-Regierung – nur noch mäßige, gestaffelte Anhebungen des Renteneintrittsalters vor; damit sind Mehrbelastungen in Höhe von 10 Mrd. € verbunden, die im Rahmen des Sozialversicherungssystems gegenfinanziert werden sollen. Gleichzeitig sollen die niedrigen Renten um zunächst bis zu 393 € angehoben werden, finanziert aus dem Staatshaushalt mit rd. 900 Mio. € in 2007 bzw. 1,5 Mrd. € in 2008.

Weiteres zentrales Reformfeld ist die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft. Zu den zentralen Maßnahmen in diesem Bereich gehören u. a. der Abbau administrativer Lasten und regulatorischer Auflagen für Unternehmen. So wurden administrative Pflichten technisch vereinfacht (E-Government), im Rahmen eines Liberalisierungspakets mehr Wettbewerb bei den freien Berufen eingeführt sowie die Ladenöffnungszeiten ausgeweitet. Des Weiteren werden im Rahmen der regionalen Wirtschaftspolitik KMU, welche einen Großteil der italienischen Wirtschaft ausmachen, durch umfassende Maßnahmen gefördert: Dazu zählen spezielle Finanzinstrumente (Mikrokredite und Schaffung eines alternativen Kapitalmarktes MAC, verwaltet von der italienischen Börse), finanzielle Anreize zur Forschung, die Förderung von Technologietransfer sowie ein unterstützendes Netzwerk bei wettbewerbsrechtlichen Fragen.

## 8 Schweden

- Konjunkturaussichten gut, aber steigende Lohnstückkosten könnten Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen.
- Erneut hoher Haushaltsüberschuss und weitere Rückführung der Schuldenstandsquote.
- Umfangreiche Steuerreform sowie Reform der sozialen Sicherungssysteme.

### Konjunktur

Nach einem kräftigen Wachstum im Jahr 2006 von über 4 % schwächte sich das reale BIP in der 1. Jahreshälfte 2007 ab. Für das Gesamtjahr 2007 erwarten EU-KOM und OECD einen BIP-Anstieg von real 3,4 % (IWF 3,6 %). Ursache für den leichten Wachstumsrückgang ist hauptsächlich eine nachlassende Exportdynamik, insbesondere aufgrund rückläufiger Exporte in die USA, die in den letzten Jahren gegenüber den europäischen Handelspartnern an Gewicht gewonnen haben, und leichter Wachstumsrückgänge in den skandinavischen Ländern. Zuwächse verzeichnet hingegen die Binnennachfrage, insbesondere die Unternehmensinvestitionen und Investitionen in Immobilien. Der private Konsum entwickelte sich zwar solide, jedoch nicht so günstig, wie die Einkommenszuwächse und das Verbrauchervertrauen hätten vermuten lassen. Die Arbeitsmarktlage hat sich in diesem Jahr – gestützt von einer guten Wirtschaftslage, aber auch den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Regierung – deutlich verbessert (Arbeitslosenquote 2006: 7,1 %, 2007: 6,1 %). Dieser positive Trend dürfte nach allgemeiner Einschätzung – auch aufgrund weiterer geplanter staatlicher Arbeitsmarktmaßnahmen (z.B. zur Erhöhung des Arbeitsangebotes) – 2008 und 2009 anhalten. Angesichts der günstigen Wirtschaftsentwicklung und steigender Arbeitsnachfrage steigt der Lohndruck. Die Löhne dürften in diesem und im nächsten Jahr um rd. 4 % bis 5 % steigen. Dies

könnte – verbunden mit einem schwächeren Produktivitätswachstum – zu einem deutlichen Anstieg der Lohnstückkosten führen und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen.

Unter den Bedingungen steigender Löhne sowie anziehender Erzeuger- und Importpreise hat die Inflation in diesem Jahr angezogen, wenn auch auf niedrigem Niveau (1,6 % bis 1,9 % des BIP gegenüber 1,4 % bis 1,5 % in 2006). Angesichts dieser Entwicklung wird erwartet, dass die schwedische Zentralbank ihren restriktiven geldpolitischen Kurs der letzten zwei Jahre fortsetzt. Sie hob Ende Oktober den Leitzins um 25 Basispunkte auf 4,00 % an und signalisierte eine Fortsetzung des Kurses in 2008. Dies könnte sich zunehmend auf die Nachfrage, insbesondere die Unternehmens- und Wohnimmobilieninvestitionen, auswirken. Der Konsum dürfte in 2008 jedoch durch die starken Einkommenszuwächse getragen werden. Trotz insgesamt nachlassender Dynamik wird für 2008 immer noch ein BIP-Wachstum von knapp über 3 % (EU-KOM, OECD) prognostiziert.

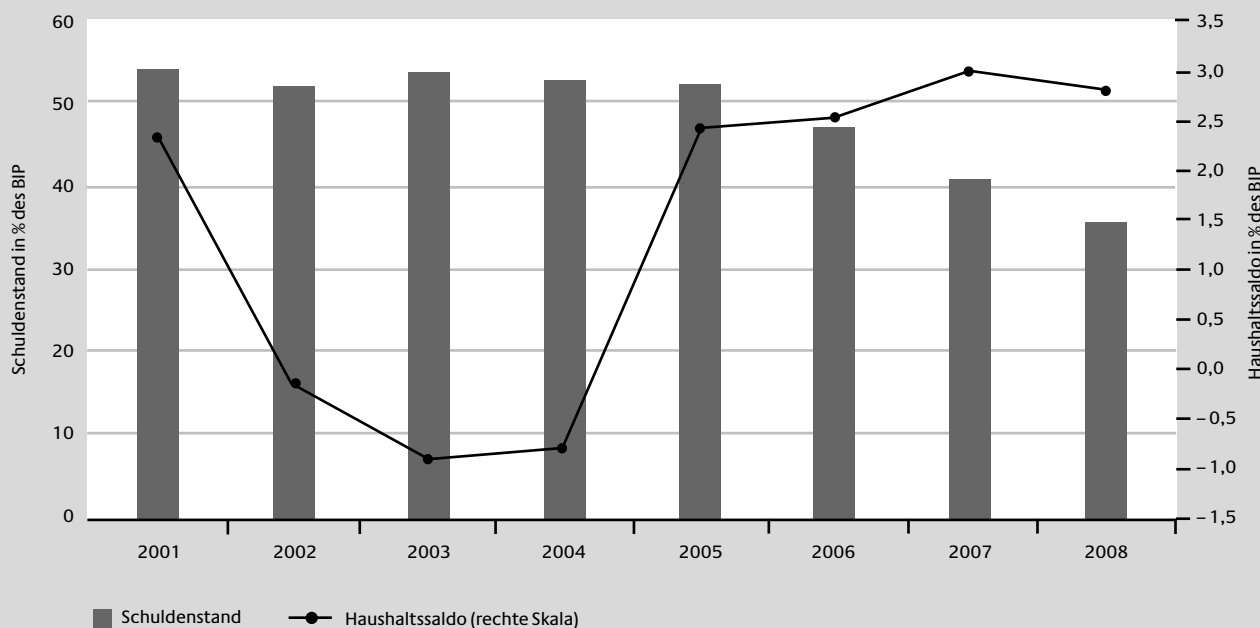
### Finanzpolitik

Der Staatshaushalt verzeichnet seit Jahren solide Überschüsse von über 2 % des BIP. In diesem Jahr

dürfte ein neuer Höchststand von rd. 3 % des BIP (EU-KOM) erzielt werden. Das stabile Wirtschaftswachstum und die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben zu höheren Einnahmen als erwartet sowie geringeren Ausgaben geführt und die durch Steuersenkungen verursachten Mindereinnahmen überkompensiert. Der vergleichsweise niedrige Schuldenstand (2006: 47 % des BIP) konnte in diesem Jahr weiter deutlich zurückgeführt werden (EU-KOM 41,1 %). Ziel der Regierung ist eine Halbierung auf 20 % bis 2010.

Der Haushalt 2008 beträgt 767,6 Mrd. Schwedische Kronen (SEK; ca. 83,5 Mrd. €) auf der Ausgabenseite und 871,58 Mrd. SEK (ca. 95 Mrd. €) auf der Einnahmenseite. Der Haushaltsentwurf 2008 setzt den im letzten Jahr eingeleiteten Reformkurs der Regierung Reinfeldt (seit Herbst 2006) fort. Diese setzt ihre Priorität – insbesondere über eine umfangreiche Steuerreform – auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Steuersenkungen sollen Erwerbsarbeit sowie das Einstellen von Arbeitskräften attraktiver machen. Die wichtigste Maßnahme auf der Arbeitnehmerseite ist die Einkommensteuerreform. Die erste Stufe wurde in diesem Jahr umgesetzt und bestand in der Einführung gestaffelter Freibeträge für

Abbildung 8: Schweden  
Schuldenstand und Haushaltssaldo



Quelle: EU-Kommission, Herbstprognose 2007.



Einkommen aus abhängiger und selbstständiger Erwerbsarbeit. Dies bedeutete Mindereinnahmen in diesem Jahr von 40 Mrd. SEK (4,35 Mrd. €). Die zweite Stufe, die zum 1. Januar 2008 in Kraft treten soll, sieht eine Erhöhung der Freibeträge und damit weitere Mindereinnahmen von rd. 11 Mrd. SEK (1,2 Mrd. €) vor. Profitieren sollen vor allem Bezieher mittlerer und niedriger Einkommen.

Als weitere steuerpolitische Maßnahmen wurden die Vermögensteuer (rückwirkend zum 1. Januar 2007) und die Grundsteuer (ab 1. Januar 2008) abgeschafft. Im globalen Wettbewerb wurde die Vermögensteuer (ab 1,5 Mio. SEK Vermögen 1,5 % auf Vermögensbestandteile) zunehmend als schädlich empfunden, da sie zu einer massiven Kapitalflucht führte. Der Einnahmeausfall für den Staat beträgt ca. 5 Mrd. SEK (545 Mio. €) und soll durch eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit für private Zusatzrenten gegenfinanziert werden.

Anstelle der Grundsteuer soll eine relativ niedrige kommunale Abgabe treten. Der effektive Steuerausfall beträgt 6 Mrd. SEK (650 Mio. €) und soll durch höhere Besteuerung von Gewinnen aus Immobilienverkäufen gegenfinanziert werden.

## Reformen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Auf der Arbeitgeberseite gibt es zahlreiche Steuervergünstigungen, die das Einstellen von Ar-

beitskräften – insbesondere auch benachteiligter Arbeitnehmergruppen – attraktiver machen sollen. So können Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2007 Steuererleichterungen in Höhe der Sozialabgaben bekommen, wenn sie Langzeitarbeitslose, Einwanderer oder jüngere Arbeitslose einstellen. Bei der Einstellung von Langzeitkranken (Schweden verzeichnet einen der höchsten Krankenstände weltweit) soll der Arbeitgeber künftig durchschnittlich das Doppelte der Arbeitgeberabgaben erstattet bekommen. Die Gegenfinanzierung beruht in wesentlichen Teilen auf Einsparungen im Sozialsystem. Übergeordneter Ansatz ist, dass die Sozialversicherungen sich wieder auf ihre Kernfunktion als Fangnetz bei Notlagen konzentrieren sollen, anstatt als dauerhafte Versorgungsinstitution zu fungieren. Der größte Posten zur Gegenfinanzierung stammt aus einer Neuregelung beim Arbeitslosengeld. Die Bezugsdauer wird auf 300 Tage begrenzt (Eltern mit Kindern 450 Tage). Auch die Qualifikationsbedingungen werden verschärft. Seit dem 1. Juli 2007 müssen Arbeitsuchende ab dem ersten Tag bereit sein, eine Arbeit außerhalb ihres Wohnortes und/oder ihres Ausbildungsberufs anzunehmen (früher ab 100 Tage). Zudem wurden zum 1. Januar 2007 die Eigenbeiträge zur Arbeitslosenversicherung verdoppelt. Seitdem ist ein massiver Mitgliederschwund zu verzeichnen (300 000 Austritte). Ein Gesetzentwurf für eine obligatorische Arbeitslosenversicherung wird derzeit im Parlament verhandelt.

Abbildung 9: BIP in % gegenüber Vorjahr

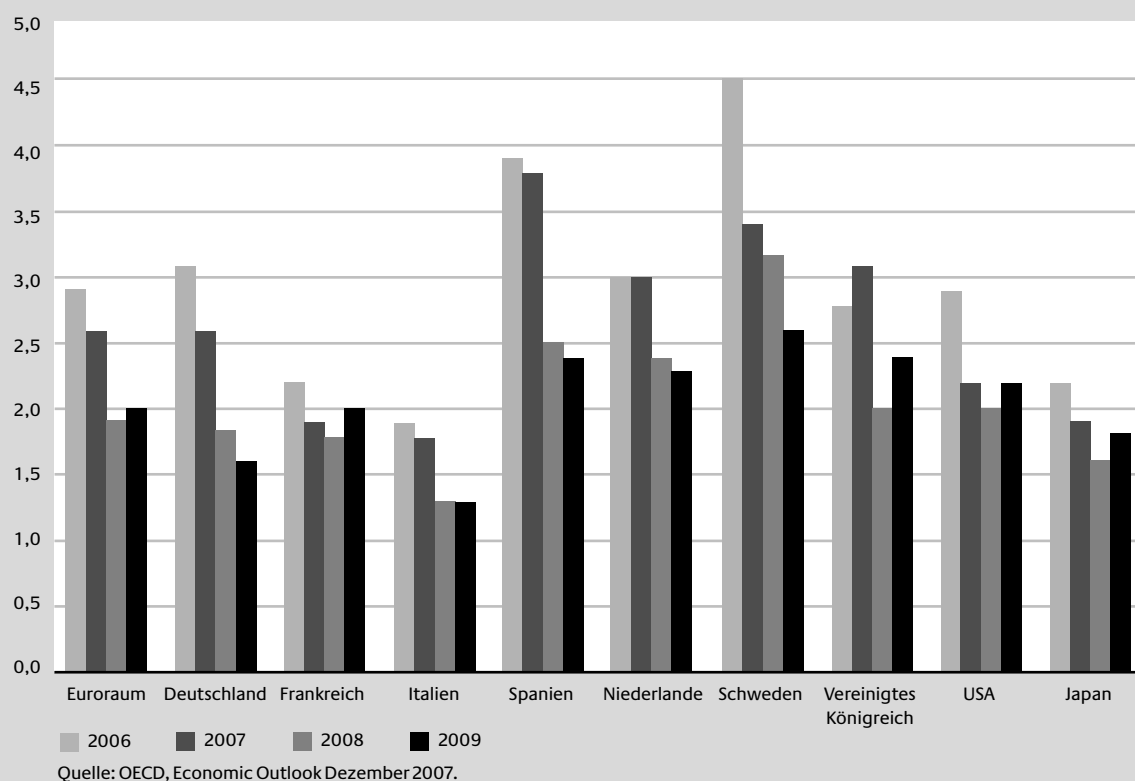


Abbildung 10: Inflation in %

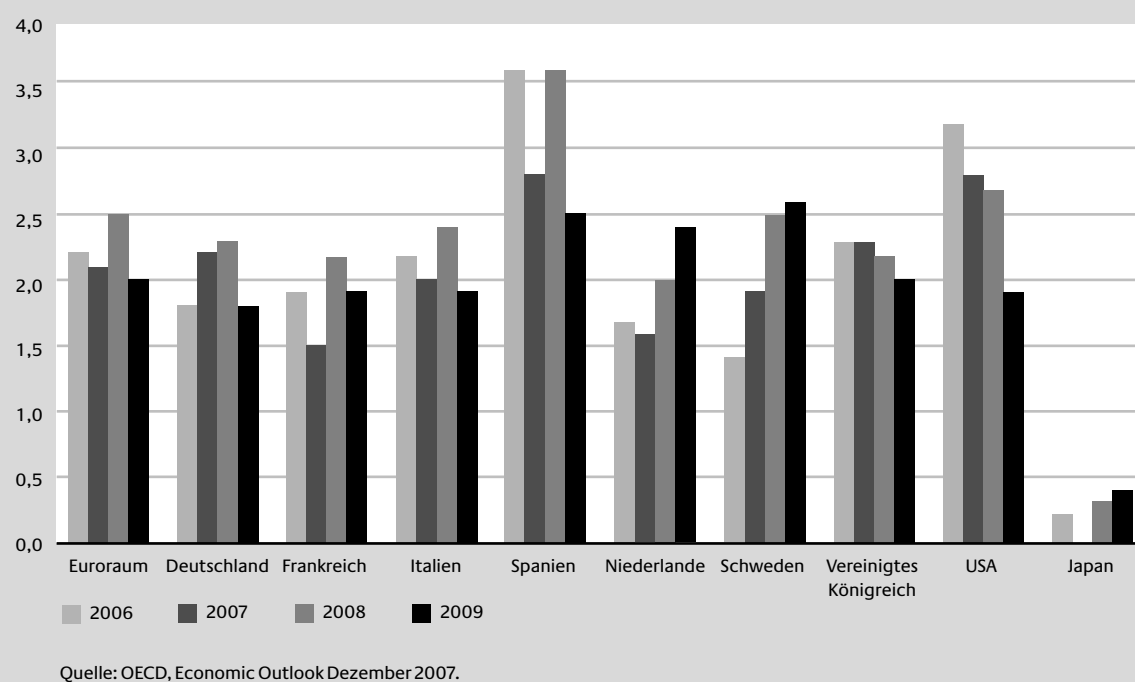
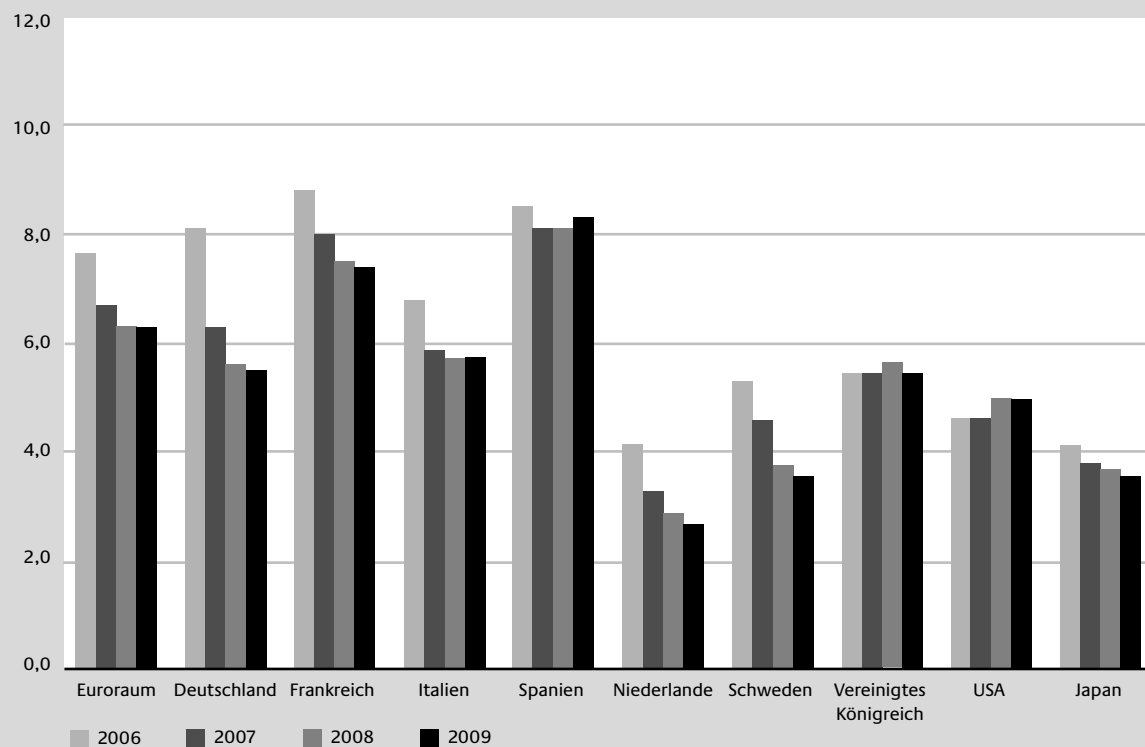
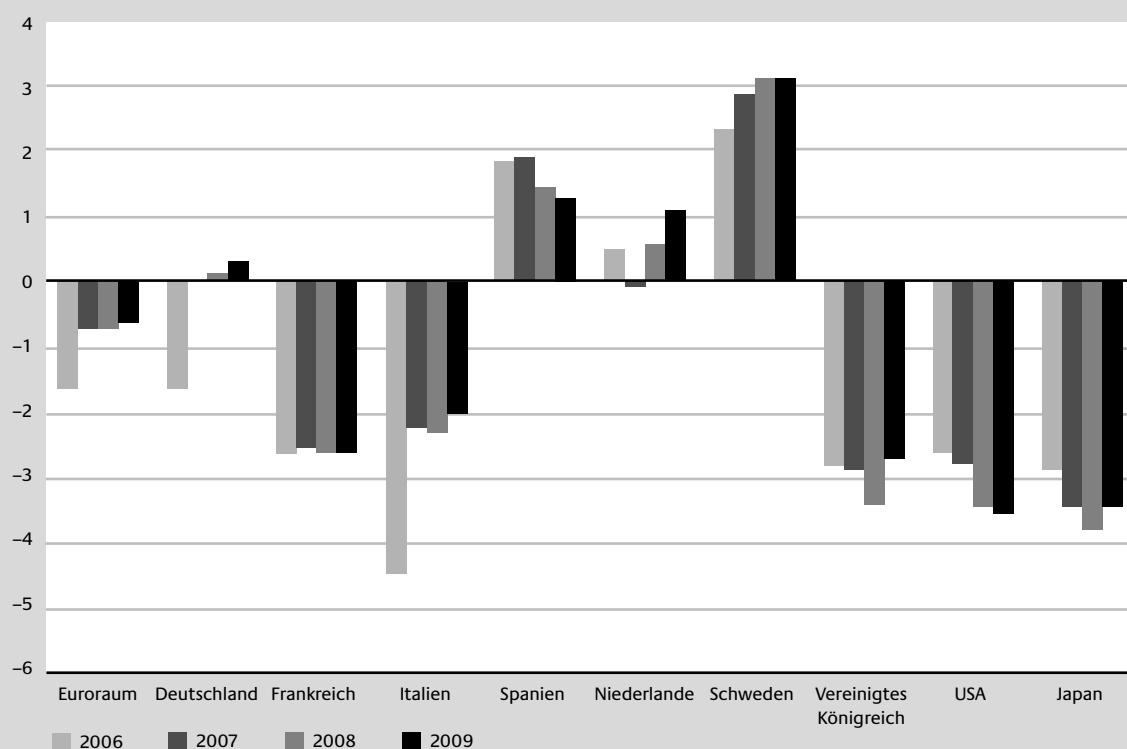


Abbildung 11: Arbeitslosenquoten in %



Quelle: OECD, Economic Outlook Dezember 2007.

Abbildung 12: Haushaltssalden in % des BIP



Quelle: OECD, Economic Outlook Dezember 2007.





## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	120
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	143
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	147



# Statistiken und Dokumentationen

<b>Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>120</b>
1 Kreditmarktmittel .....	120
2 Gewährleistungen .....	121
3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011 .....	121
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011 .....	122
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007 .....	124
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008 .....	128
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006 .....	130
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen .....	132
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	133
10 Entwicklung der Staatsquote .....	134
11 Schulden der öffentlichen Haushalte .....	135
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....	136
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden .....	137
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich .....	138
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich .....	139
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich .....	140
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich .....	141
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006 .....	142
<b>Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....</b>	<b>143</b>
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007 .....	143
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2007 .....	143
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2007 .....	144
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2007 .....	145
<b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>147</b>
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung .....	147
2 Preisentwicklung .....	147
3 Außenwirtschaft .....	148
4 Einkommensverteilung .....	148
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich .....	149
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	150
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich .....	151
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern .....	152
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones .....	153
10 Übersicht Weltfinanzmärkte .....	154
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (BIP, Verbraucherpreise, Arbeitslosenquote) .....	155
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (Haushaltssaldo, Staatsschuldenquote, Leistungsbilanzsaldo) .....	158

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel

### I. Schuldenart

	Stand: 31. Oktober 2007	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. November 2007
	Mio. €			
Index Linked Bonds	15 000	0	0	15 000
Anleihen	582 718	7 000	0	589 718
Bundesobligationen	170 000	10 000	0	180 000
Bundesschatzbriefe	10 315	202	247	10 270
Bundesschatzanweisungen	116 000	0	0	116 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 479	5 877	5 881	35 476
Finanzierungsschätze	2 661	127	213	2 575
Schuldscheindarlehen	18 592	0	2 164	16 428
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>950 969</b>			<b>965 671</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. Oktober 2007	Stand: 30. November 2007
	Mio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	185 337	182 974
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	305 015	305 141
langfristig (mehr als 4 Jahre)	460 618	477 557
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>950 969</b>	<b>965 671</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.



## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2007	Belegung	Belegung
		am 30. September 2007	am 30. September 2006
		in Mrd. €	
Ausfuhr	117,0	96,9	107,7
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,3	26,1	29,3
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	60,8	61,7

## 3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2006 Ist	2007 Soll <sup>1</sup>	2008 Soll	2009	2010	2011
				Finanzplanung		
				Mrd. €		
<b>1. Ausgaben</b>	<b>261,0</b>	<b>272,3</b>	<b>283,2</b>	<b>285,5</b>	<b>288,5</b>	<b>289,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 4,3	+ 4,0	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4
<b>2. Einnahmen<sup>2</sup></b>	<b>232,8</b>	<b>257,6</b>	<b>271,1</b>	<b>274,8</b>	<b>282,3</b>	<b>289,5</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,9	+ 10,7	+ 5,2	+ 1,4	+ 2,7	+ 2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	203,9	231,7	238,0	247,9	252,6	260,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 7,2	+ 13,6	+ 2,7	+ 4,2	+ 1,9	+ 3,1
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>- 28,2</b>	<b>- 14,7</b>	<b>- 12,1</b>	<b>- 10,7</b>	<b>- 6,2</b>	<b>- 0,2</b>
in % der Ausgaben	10,8	5,4	4,3	3,7	2,1	0,1
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (-)<sup>3</sup></b>	<b>240,5</b>	<b>228,1</b>	<b>233,3</b>	<b>226,1</b>	<b>221,1</b>	<b>220,0</b>
<b>5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b>	<b>1,6</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>6. Tilgungen (+)</b>	<b>195,9</b>	<b>216,1</b>	<b>221,6</b>	<b>215,6</b>	<b>215,1</b>	<b>220,0</b>
<b>7. Nettokreditaufnahme</b>	<b>- 27,9</b>	<b>- 14,4</b>	<b>- 11,9</b>	<b>- 10,5</b>	<b>- 6,0</b>	<b>0,0</b>
<b>8. Münzeinnahmen</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	22,7	26,5	24,7	24,1	24,1	23,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 4,4	+ 16,7	- 7,0	- 2,4	0,0	- 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

<sup>2</sup> Gem. BHO § 13 Satz 4. 2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>3</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Dezember 2007.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Ist	Soll <sup>2</sup>	Soll	Finanzplanung		
	Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 110	26 204	26 762	26 756	26 764	27 159
Aktivitätsbezüge	19 730	19 761	20 276	20 195	20 121	20 462
Ziviler Bereich	8 547	8 554	9 199	9 194	9 224	9 725
Militärischer Bereich	11 182	11 206	11 077	11 001	10 897	10 737
Versorgung	6 380	6 443	6 486	6 561	6 643	6 697
Ziviler Bereich	2 372	2 320	2 308	2 307	2 300	2 285
Militärischer Bereich	4 008	4 124	4 178	4 255	4 343	4 412
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	19 778	19 900	20 229	20 588
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 450	1 517	1 473	1 425	1 426	1 434
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 517	8 654	9 581	9 775	10 162	10 527
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	8 723	8 700	8 641	8 627
Zinsausgaben	37 469	39 178	41 818	43 094	44 899	45 378
an andere Bereiche	37 469	39 178	41 818	43 094	44 899	45 378
Sonstige	37 469	39 178	41 818	43 094	44 899	45 378
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 425	39 133	41 774	43 050	44 855	45 337
an Ausland	3	4	3	3	3	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	161 787	169 769	171 062	172 211	172 577
an Verwaltungen	13 937	14 590	14 463	14 427	13 983	13 845
Länder	8 538	9 141	8 890	8 332	7 898	7 745
Gemeinden	38	26	23	22	20	18
Sondervermögen	5 361	5 421	5 549	6 073	6 065	6 081
Zweckverbände	1	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	142 079	147 197	155 307	156 635	158 228	158 732
Unternehmen	14 275	17 602	23 740	23 890	23 600	23 278
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 256	27 847	28 276	26 135	25 006	23 975
an Sozialversicherung	91 707	97 533	98 521	101 879	104 809	106 649
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	812	881	964	927	920	910
an Ausland	3 024	3 328	3 801	3 799	3 891	3 918
an Sonstige	5	5	5	5	1	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	237 944	245 884	258 128	260 812	264 104	265 702
Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>1</sup>						
Sachinvestitionen	7 112	6 860	7 273	6 915	6 780	6 771
Baumaßnahmen	5 634	5 326	5 783	5 570	5 427	5 437
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	1 010	884	889	875
Grunderwerb	536	505	480	461	464	459
Vermögensübertragungen	13 302	16 601	14 306	13 460	13 495	13 301
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 916	16 224	13 924	13 109	13 156	12 969
an Verwaltungen	5 755	8 201	5 416	4 990	4 941	4 865
Länder	5 700	5 979	5 342	4 921	4 858	4 777
Gemeinden und Gemeindeverbände	55	66	68	62	76	82
Sondervermögen	-	2 156	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 161	8 024	8 509	8 120	8 216	8 103
Sonstige – Inland	4 999	5 733	6 082	5 614	5 691	5 565
Ausland	2 162	2 291	2 427	2 505	2 525	2 538
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	382	351	338	332
an andere Bereiche	387	376	382	351	338	332
Sonstige – Inland	172	161	164	151	143	142
Ausland	215	215	218	200	195	190

<sup>2</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

#### 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006 Ist	2007 Soll <sup>2</sup>	2008 Soll	2009 Finanzplanung	2010 Finanzplanung	2011 Finanzplanung
	Mio. €					
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>2 687</b>	<b>3 422</b>	<b>3 461</b>	<b>4 045</b>	<b>4 139</b>	<b>3 938</b>
Darlehensgewährung	2 109	2 778	2 717	3 105	3 303	3 206
an Verwaltungen	32	1	1	1	1	1
Länder	32	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 078	2 777	2 716	3 104	3 302	3 205
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 020	1 666	1 308	1 784	1 821	1 649
Ausland	1 058	1 111	1 407	1 319	1 480	1 556
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	744	940	837	732
Inland	0	28	26	13	13	13
Ausland	578	616	718	927	824	719
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>	<b>23 102</b>	<b>26 883</b>	<b>25 040</b>	<b>24 421</b>	<b>24 414</b>	<b>24 010</b>
<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben	22 715	26 507	24 658	24 070	24 076	23 678
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>–</b>	<b>– 496</b>	<b>32</b>	<b>267</b>	<b>– 18</b>	<b>– 12</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>261 046</b>	<b>272 270</b>	<b>283 200</b>	<b>285 500</b>	<b>288 500</b>	<b>289 700</b>

<sup>2</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007<sup>1</sup>

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>49 446</b>	<b>44 189</b>	<b>23 757</b>	<b>14 375</b>	<b>-</b>	<b>6 057</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 027	7 335	3 746	1 218	-	2 371
02 Auswärtige Angelegenheiten	6 485	3 032	445	163	-	2 423
03 Verteidigung	28 222	27 771	15 330	11 639	-	802
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 991	2 629	1 802	725	-	102
05 Rechtsschutz	337	322	224	83	-	15
06 Finanzverwaltung	3 383	3 101	2 209	548	-	344
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>13 249</b>	<b>9 342</b>	<b>446</b>	<b>655</b>	<b>-</b>	<b>8 241</b>
13 Hochschulen	2 232	1 238	7	4	-	1 227
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 551	1 551	-	-	-	1 551
15 Sonstiges Bildungswesen	502	440	9	62	-	369
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 293	5 638	430	583	-	4 626
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 670	475	1	7	-	468
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>140 057</b>	<b>137 109</b>	<b>194</b>	<b>552</b>	<b>-</b>	<b>136 363</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	91 605	91 605	36	0	-	91 569
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 160	5 159	-	-	-	5 159
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 410	3 193	-	146	-	3 047
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	36 463	36 330	45	346	-	35 939
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	107	107	-	-	-	107
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3 313	715	114	59	-	541
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>926</b>	<b>692</b>	<b>233</b>	<b>239</b>	<b>-</b>	<b>220</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	358	311	125	139	-	47
312 Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	358	311	125	139	-	47
32 Sport	108	83	-	2	-	82
33 Umwelt- und Naturschutz	197	159	71	46	-	42
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	263	139	37	53	-	50
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2.005</b>	<b>784</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	<b>-</b>	<b>779</b>
41 Wohnungswesen	1 446	781	-	3	-	779
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	2	2	-	-	-
44 Städtebauförderung	554	-	-	-	-	-
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 000</b>	<b>529</b>	<b>27</b>	<b>131</b>	<b>-</b>	<b>371</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	632	244	-	1	-	242
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	125	125	-	53	-	71
533 Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	125	125	-	53	-	71
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	244	161	27	77	-	57

<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007<sup>1</sup>

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Globale Mehr-/ Minder- ausgaben	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €					
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>1 010</b>	<b>2 297</b>	<b>1 950</b>	–	<b>5 257</b>	<b>5 217</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	290	403	0	–	693	693
02 Auswärtige Angelegenheiten	48	1 678	1 727	–	3 453	3 447
03 Verteidigung	296	97	58	–	451	418
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	244	119	–	–	363	363
05 Rechtsschutz	15	–	–	–	15	15
06 Finanzverwaltung	116	1	165	–	282	282
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>141</b>	<b>3 766</b>	–	–	<b>3 907</b>	<b>3 906</b>
13 Hochschulen	1	993	–	–	994	994
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	62	–	–	63	63
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	136	1 519	–	–	1 655	1 654
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1 191	–	–	1 195	1 195
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>11</b>	<b>2 937</b>	<b>1</b>	–	<b>2 949</b>	<b>2 613</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	214	1	–	217	6
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	127	–	–	133	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	2 595	–	–	2 599	2 599
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>161</b>	<b>73</b>	–	–	<b>234</b>	<b>234</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	36	12	–	–	47	47
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	36	12	–	–	47	47
32 Sport	–	25	–	–	25	25
33 Umwelt- und Naturschutz	8	30	–	–	38	38
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	118	7	–	–	124	124
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	–	<b>1 216</b>	<b>5</b>	–	<b>1 221</b>	<b>1 221</b>
41 Wohnungswesen	–	660	5	–	664	664
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	2	–	–	2	2
44 Städtebauförderung	–	554	–	–	554	554
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>38</b>	<b>432</b>	<b>2</b>	–	<b>471</b>	<b>471</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	388	1	–	388	388
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	38	44	1	–	83	83

<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007<sup>1</sup>

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 088</b>	<b>3 189</b>	<b>46</b>	<b>398</b>	<b>-</b>	<b>2 745</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	526	476	-	243	-	233
621 Kernenergie	223	223	-	-	-	223
622 Erneuerbare Energieformen	38	12	-	4	-	8
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	265	241	-	238	-	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 099	2 079	-	5	-	2 074
64 Handel	100	100	-	54	-	46
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	742	65	-	12	-	52
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 621	470	46	84	-	340
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>10 991</b>	<b>3 733</b>	<b>970</b>	<b>2 013</b>	<b>-</b>	<b>751</b>
72 Straßen	7 075	957	-	848	-	109
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 510	780	467	246	-	66
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	4	-	-	-	4
75 Luftfahrt	201	200	42	18	-	141
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 869	1 791	461	901	-	430
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>9 777</b>	<b>6 128</b>	<b>-</b>	<b>19</b>	<b>-</b>	<b>6 109</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	4 336	687	-	19	-	668
832 Eisenbahnen	3 488	83	-	5	-	78
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	848	604	-	14	-	590
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 441	5 441	-	-	-	5 441
873 Sondervermögen	5 421	5 421	-	-	-	5 421
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	20	20	-	-	-	20
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>39 730</b>	<b>40 188</b>	<b>529</b>	<b>329</b>	<b>39 178</b>	<b>152</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	188	150	-	-	-	150
92 Schulden	39 213	39 213	-	35	39 178	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	329	825	529	294	-	2
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>272 270</b>	<b>245 884</b>	<b>26 204</b>	<b>18 715</b>	<b>39 178</b>	<b>161 787</b>

<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007<sup>1</sup>

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Globale Mehr-/ Minder- ausgaben	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €					
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>1</b>	<b>748</b>	<b>1 150</b>	<b>–</b>	<b>1 899</b>	<b>1 899</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	51	–	–	51	51
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	26	–	–	26	26
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	–	25	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	677	–	–	677	677
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 150	–	1 151	1 151
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 498</b>	<b>1 760</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>7 258</b>	<b>7 258</b>
72 Straßen	4 698	1 420	–	–	6 118	6 118
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	730	–	–	–	730	730
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	–	333	333
75 Luftfahrt	1	–	0	–	1	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	69	8	–	–	77	77
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>–</b>	<b>3 334</b>	<b>314</b>	<b>–</b>	<b>3 649</b>	<b>3 649</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	–	–	–	–	–	–
832 Eisenbahnen	–	3 334	314	–	3 649	3 649
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	3 128	277	–	3 404	3 404
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	206	38	–	244	244
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–	–
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>–</b>	<b>– 496</b>	<b>38</b>	<b>38</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	– 496	–	–
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>6 860</b>	<b>16 601</b>	<b>3 422</b>	<b>– 496</b>	<b>26 883</b>	<b>26 507</b>

<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>110,3</b>	<b>131,5</b>	<b>194,4</b>	<b>237,6</b>	<b>233,6</b>	<b>246,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>96,2</b>	<b>119,8</b>	<b>169,8</b>	<b>211,7</b>	<b>204,7</b>	<b>220,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 14,1</b>	<b>- 11,6</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 25,8</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>16,4</b>	<b>18,7</b>	<b>22,1</b>	<b>27,1</b>	<b>26,7</b>	<b>27,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>7,1</b>	<b>14,9</b>	<b>17,5</b>	<b>25,4</b>	<b>28,7</b>	<b>41,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>16,1</b>	<b>17,1</b>	<b>20,1</b>	<b>34,0</b>	<b>29,2</b>	<b>28,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
<b>Steuereinnahmen<sup>3</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>90,1</b>	<b>105,5</b>	<b>132,3</b>	<b>187,2</b>	<b>174,6</b>	<b>192,4</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>4</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 11,4</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 25,6</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>4</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>3</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>4</sup> Stand Finanzplanungsrat Juni 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.



## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
		Ist-Ergebnisse							Soll <sup>1</sup>	Soll
<b>I. Gesamtübersicht</b>										
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,0</b>	<b>272,3</b>	<b>283,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	4,3	4,0
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>232,8</b>	<b>257,6</b>	<b>271,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	10,7	5,2
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 31,4</b>	<b>- 28,2</b>	<b>- 14,7</b>	<b>- 12,1</b>
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,4	- 11,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>										
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>26,5</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>26,8</b>	<b>26,4</b>	<b>26,1</b>	<b>26,2</b>	<b>26,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	0,4	2,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	15,7	15,8	15,6	15,7	15,5	15,5	14,8	14,9	14,9
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>39,1</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>36,3</b>	<b>37,4</b>	<b>37,5</b>	<b>39,2</b>	<b>41,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	4,6	6,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,4	14,8
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>28,1</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>22,4</b>	<b>23,8</b>	<b>22,7</b>	<b>26,5</b>	<b>24,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	16,7	- 7,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,7
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	35,0	34,1	32,9	35,6	34,2	34,8	34,2	36,9	36,3
<b>Steuereinnahmen<sup>3</sup></b>	Mrd.€	<b>198,8</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>187,0</b>	<b>190,1</b>	<b>203,9</b>	<b>231,7</b>	<b>238,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	13,6	2,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,0
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	89,9	87,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	43,2	43,4
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 38,6</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 31,2</b>	<b>- 27,9</b>	<b>- 14,4</b>	<b>- 11,9</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,5	48,3
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	62,0	57,6	126,4	101,2	101,7	59,6	71,7	89,6	106,3
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>4</sup></b>										
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1480,6	1497 1/2	1512 1/2
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	902,1	915	928

<sup>1</sup> Inkl. Nachtragshaushalt 2007.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>3</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>4</sup> Stand Finanzplanungsrat Juni 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

## 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 <sup>2</sup>	2006 <sup>2</sup>
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	599,1	604,3	611,3	619,6	614,6	625,8	635,7
Einnahmen	565,1	557,7	554,6	551,7	549,0	573,3	596,2
Finanzierungssaldo	- 34,0	- 46,6	- 57,1	- 68,0	- 65,5	- 52,3	- 38,9
darunter:							
Bund							
Ausgaben	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0
Einnahmen	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8
Finanzierungssaldo	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2
Länder							
Ausgaben	250,7	255,5	257,7	259,7	257,1	259,2	258,7
Einnahmen	240,4	230,9	228,5	229,2	233,5	235,7	248,7
Finanzierungssaldo	- 10,4	- 24,6	- 29,4	- 30,5	- 23,5	- 23,5	- 10,0
Gemeinden							
Ausgaben	146,1	148,3	150,0	149,9	150,1	153,3	155,7
Einnahmen	148,0	144,2	146,3	141,5	146,2	151,1	158,6
Finanzierungssaldo	1,9	- 4,1	- 3,7	- 8,4	- 3,9	- 2,2	3,0
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	0,3	0,9	1,2	1,4	- 0,8	1,8	1,6
Einnahmen	- 0,9	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 0,5	4,4	4,0
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5
Einnahmen	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9
Länder							
Ausgaben	1,8	1,9	0,9	0,7	- 1,0	0,8	- 0,2
Einnahmen	0,9	- 3,9	- 1,0	0,3	1,9	1,0	5,5
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,6	1,1	- 0,0	0,1	2,2	1,6
Einnahmen	1,4	- 2,5	1,4	- 3,3	3,3	3,3	5,0

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

<sup>2</sup> Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2007.

## 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 <sup>2</sup>	2006 <sup>2</sup>
	Anteile in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,6	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,3	- 1,7
darunter:							
Bund	- 1,2	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2
Länder	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,4
Gemeinden	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 5,7	- 7,7	- 9,3	- 11,0	- 10,7	- 8,4	- 6,1
darunter:							
Bund	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 10,8
Länder	- 4,1	- 9,6	- 11,4	- 11,7	- 9,1	- 9,1	- 3,9
Gemeinden	1,3	- 2,8	- 2,4	- 5,6	- 2,6	- 1,4	1,9
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>							
Öffentlicher Gesamthaushalt	29,0	28,6	28,5	28,6	27,8	27,9	27,4
darunter:							
Bund	11,9	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2
Länder	12,2	12,1	12,0	12,0	11,6	11,5	11,1
Gemeinden	7,1	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	22,7	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

<sup>2</sup> Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2007.

## 8 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €			%	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007 <sup>2</sup>	538,9	271,4	267,5	50,4	49,6
2008 <sup>2</sup>	555,6	280,4	275,2	50,5	49,5

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 6. bis 7. November 2007.

Stand: November 2007.

## 9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 <sup>3</sup>	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 <sup>3</sup>	22,3	40,6	20,4	37,7
2004 <sup>3</sup>	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 <sup>3</sup>	22,0	39,6	20,1	36,7
2006 <sup>3</sup>	22,8	40,1	21,0	37,3

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 10 Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherungen <sup>3</sup>
	Anteile am BIP in %		
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 <sup>5</sup>	48,1	26,4	21,7
2003 <sup>5</sup>	48,5	26,5	22,0
2004 <sup>5</sup>	47,1	25,9	21,2
2005 <sup>5</sup>	46,9	26,1	20,8
2006 <sup>5</sup>	45,4	25,3	20,1

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Ergebnis der VGR; Stand: August 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Schulden in Mio. € <sup>1</sup>					
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>1 203 887</b>	<b>1 253 195</b>	<b>1 325 733</b>	<b>1 394 955</b>	<b>1 447 505</b>	<b>1 480 625</b>
Bund <sup>2</sup>	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054
Sonderrechnungen Bund (SR)	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
Länder	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489
Gemeinden	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804	81 877
Zweckverbände	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649
nachrichtlich:						
Bund + SR	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020	916 610
Länder + Gemeinden	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018	561 366
nachrichtlich:						
Länder (West) <sup>3</sup>	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148	404 917
Länder (Ost)	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066	74 572
Gemeinden (West)	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030	68 387
Gemeinden (Ost)	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774	13 489
Länder und Gemeinden (West)	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178	473 304
Länder und Gemeinden (Ost)	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840	88 061
nachrichtlich:						
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
ERP	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357
Fonds Deutsche Einheit	39 638	39 441	39 099	38 650	–	–
Entschädigungsfonds	285	369	469	400	300	199
	Anteil der Schulden am BIP (in %)					
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>57,0</b>	<b>58,5</b>	<b>61,3</b>	<b>63,1</b>	<b>64,5</b>	<b>63,8</b>
Bund <sup>2</sup>	33,0	33,6	35,1	36,3	38,9	38,8
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6
Länder	16,9	18,0	19,2	20,0	20,9	20,6
Gemeinden	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5
nachrichtlich:						
Bund + SR	35,8	36,3	37,9	38,9	39,6	39,5
Länder + Gemeinden	20,8	21,8	23,1	23,8	24,6	24,2
nachrichtlich:						
Länder (West) <sup>3</sup>	14,2	15,1	16,1	16,8	17,6	17,4
Länder (Ost)	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2
Gemeinden (West)	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1	2,9
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6
Länder und Gemeinden (West)	17,4	18,2	19,3	20,0	20,6	20,4
Länder und Gemeinden (Ost)	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0	3,8
nachrichtlich:						
Maastricht-Schuldenstand <sup>4</sup>	58,8	60,3	63,8	65,6	67,8	67,5
	Schulden insgesamt (€)					
je Einwohner	14 622	15 195	16 066	16 909	17 559	17 987
je Erwerbstätigen	30 621	32 054	34 234	35 878	37 263	37 879
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 113,2	2 143,2	2 163,8	2 211,2	2 244,6	2 322,2
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,335	82,475	82,518	82,498	82,438	82,315
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,316	39,096	38,726	38,880	38,846	39,088

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.<sup>2</sup> Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.<sup>3</sup> West- und Ost-Berlin.<sup>4</sup> Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 46,6	- 2,2
2002 <sup>5</sup>	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 <sup>5</sup>	- 87,3	- 79,5	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 68,0	- 3,1
2004 <sup>5</sup>	- 83,6	- 82,2	- 1,3	- 3,8	- 3,7	- 0,1	- 65,5	- 3,0
2005 <sup>5</sup>	- 75,6	- 71,5	- 4,0	- 3,4	- 3,2	- 0,2	- 52,3	- 2,3
2006 <sup>5</sup>	- 37,3	- 40,8	3,5	- 1,6	- 1,8	0,2	- 38,9	- 1,7

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.<sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.



13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>- 2,8</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 1,9</b>	<b>- 3,2</b>	<b>- 1,2</b>	<b>- 4,0</b>	<b>- 3,8</b>	<b>- 3,4</b>	<b>- 1,6</b>	<b>0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>0,2</b>
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,4
Griechenland	-	-	-14,3	- 9,3	- 3,7	- 5,6	- 7,3	- 5,1	- 2,5	- 2,9	- 1,8	- 1,8
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,1	- 0,2	- 0,3	1,0	1,8	1,8	1,2	0,6
Frankreich	- 0,1	- 3,0	- 2,4	- 5,5	- 1,5	- 4,1	- 3,6	- 2,9	- 2,5	- 2,6	- 2,6	- 2,7
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,7	0,4	1,3	1,2	2,9	0,9	- 0,2	- 0,6
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,5	- 4,2	- 4,4	- 2,3	- 2,3	- 2,3
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,5	- 4,1	- 2,4	- 1,2	- 1,0	- 0,8	- 0,6
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,5	- 1,2	- 0,1	0,7	1,2	1,0	1,4
Malta	-	-	-	-	- 6,2	- 9,8	- 4,9	- 3,1	- 2,5	- 1,8	- 1,6	- 1,0
Niederlande	- 4,0	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,7	- 0,3	0,6	- 0,4	0,5	1,3
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,6	- 1,4	- 0,8	- 0,7	- 0,4
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,4	- 6,1	- 3,9	- 3,0	- 2,6	- 2,4
Slowenien	-	-	-	- 8,6	- 3,8	- 2,7	- 2,3	- 1,5	- 1,2	- 0,7	- 1,0	- 0,8
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	3,8	4,6	4,2	4,0
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,1	- 2,8	- 2,5	- 1,5	- 0,8	- 0,9	- 0,8
Bulgarien	-	-	-	-3,4	- 0,5	0,0	2,3	2,0	3,2	3,0	3,1	3,1
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	2,3	- 0,1	1,9	4,6	4,6	4,0	3,0	2,5
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	1,8	1,8	1,9	3,6	3,0	1,9	1,0
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,6	- 1,0	- 0,4	- 0,3	0,9	0,8	0,5
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,6	- 0,9	- 1,4	- 0,8
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,8	- 2,7	- 3,2	- 3,1
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,5	- 1,5	- 1,4	- 1,9	- 2,7	- 3,2	- 3,9
Schweden	-	-	-	- 7,5	3,8	- 0,9	0,8	2,4	2,5	3,0	2,8	3,0
Slowakei	-	-	-	- 3,4	-12,2	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,7	- 2,7	- 2,3	- 2,4
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 3,0	- 3,5	- 2,9	- 3,4	- 2,8	- 2,7
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 7,2	- 6,5	- 7,8	- 9,2	- 6,4	- 4,2	- 3,8
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,8	- 5,9	1,2	- 3,3	- 3,4	- 3,3	- 2,7	- 2,8	- 3,0	- 2,8
EU-27	-	-	-	-	-	- 3,1	- 2,8	- 2,4	- 1,6	- 1,1	- 1,2	- 1,1
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,4	- 3,6	- 2,6	- 2,7	- 3,2	- 3,4
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 7,9	- 6,2	- 6,4	- 4,6	- 4,0	- 4,2	- 4,7

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Für die Jahre 2003 bis 2009: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

(alle Angaben ohne UMTS-Erlöse)

Stand: November 2007.

## 14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>30,3</b>	<b>39,5</b>	<b>41,3</b>	<b>55,6</b>	<b>59,7</b>	<b>63,8</b>	<b>65,6</b>	<b>67,8</b>	<b>67,5</b>	<b>64,7</b>	<b>62,6</b>	<b>60,3</b>
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,2	92,2	88,2	84,6	81,7	79,0
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	97,9	98,6	98,0	95,3	93,7	91,1	88,8
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,7	46,2	43,0	39,7	36,3	34,6	33,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,1	56,7	62,9	64,9	66,7	64,2	64,3	64,1	64,1
Irland	69,0	100,5	93,1	81,0	37,8	31,1	29,5	27,4	25,1	25,2	26,9	28,5
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,8	106,2	106,8	104,3	102,9	101,2
Zypern	–	–	–	–	58,8	68,9	70,2	69,1	65,2	60,5	53,3	49,6
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,4	6,2	6,6	6,6	6,0	5,4
Malta	–	–	–	–	55,9	69,3	72,7	70,8	64,7	63,1	61,3	59,2
Niederlande	45,8	70,1	76,8	76,1	53,8	52,0	52,4	52,3	47,9	46,8	44,8	41,7
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,8	63,4	61,7	60,0	58,4	57,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	56,9	58,3	63,7	64,8	64,4	64,7	64,5
Slowenien	–	–	–	–	27,2	27,9	27,6	27,4	27,1	25,6	24,5	23,8
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,1	41,4	39,2	35,7	32,4	29,8
Euroraum	33,5	50,3	56,6	72,3	69,2	69,1	69,6	70,3	68,6	66,5	65,0	63,4
Bulgarien	–	–	–	–	73,6	45,9	37,9	29,2	22,8	19,3	15,9	12,9
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	45,8	44,0	36,3	30,3	25,0	20,9	17,5
Estland	–	–	–	8,8	5,2	5,5	5,1	4,4	4,0	2,8	2,3	2,0
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,4	14,5	12,5	10,6	10,2	7,8	6,4
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	21,2	19,4	18,6	18,2	17,7	17,2	16,1
Polen	–	–	–	–	35,9	47,1	45,7	47,1	47,6	46,8	47,1	47,1
Rumänien	–	–	–	–	23,9	21,5	18,8	15,8	12,4	12,5	12,8	13,5
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	53,5	52,4	52,2	47,0	41,1	35,7	30,5
Slowakei	–	–	–	22,0	50,2	42,4	41,4	34,2	30,4	30,8	30,7	30,6
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,1	30,4	30,2	30,1	30,2	30,3	30,5
Ungarn	–	–	–	–	54,3	58,0	59,4	61,6	65,6	66,1	66,3	65,9
Vereinigtes Königreich	52,3	51,7	33,3	50,7	40,9	38,7	40,4	42,1	43,2	43,6	44,8	45,6
EU-27	–	–	–	–	61,6	61,8	62,1	62,7	61,4	59,5	58,3	57,0
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	61,3	62,3	62,6	62,1	60,6	62,0	63,2
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,6	160,3	167,3	172,1	176,3	179,5	182,4	184,6

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Stand: November 2007.

## 15 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>22,0</b>	<b>23,9</b>	<b>21,8</b>	<b>22,7</b>	<b>22,7</b>	<b>20,7</b>	<b>20,9</b>	<b>22,0</b>
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,8	31,5	31,1
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	49,2	48,0
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,8	32,0	31,4
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,3	27,8	28,1
Griechenland	12,2	12,6	15,9	17,0	20,5	17,4	17,7	17,4
Irland	26,1	26,6	28,2	27,3	27,5	25,8	26,1	27,1
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,6	28,4	29,9
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	16,4	17,3	18,0
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,6	28,4	28,5
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,0	27,8	26,2
Niederlande	23,0	26,9	26,9	24,1	24,2	23,6	25,8	25,1
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	33,9	34,8	34,9
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,3	27,6	27,5
Polen	–	–	–	25,2	22,4	20,0	20,7	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	22,7	22,7	24,0
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	36,2	37,2	37,3
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,6	23,0
Slowakei	–	–	–	–	19,8	18,4	18,8	17,7
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,6	23,7	24,6
Tschechien	–	–	–	22,0	19,7	22,1	21,6	20,4
Ungarn	–	–	–	26,6	26,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,1	28,5	30,9	28,9	29,6	30,6
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,2	20,6	21,4

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

## 16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>31,5</b>	<b>36,4</b>	<b>34,8</b>	<b>37,2</b>	<b>37,2</b>	<b>34,8</b>	<b>34,8</b>	<b>35,7</b>
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	45,4	44,8
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,3	50,3	49,0
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,4	44,0	43,5
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,5	44,1	44,5
Griechenland	17,4	18,8	22,8	25,2	29,7	27,1	27,3	27,4
Irland	28,4	31,0	33,1	32,0	31,7	30,2	30,6	31,7
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,1	41,0	42,7
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	26,3	27,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,4	33,4
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,9	38,6	36,3
Niederlande	35,4	43,4	42,9	41,5	39,7	37,4	39,1	39,5
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,3	43,7	43,6
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,8	42,1	41,9
Polen	–	–	–	36,2	31,6	33,4	34,3	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	33,8	34,8	35,4
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	52,6	49,9	50,7	50,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,1	29,7	30,1
Slowakei	–	–	–	–	32,9	31,6	31,6	29,6
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,7	35,8	36,7
Tschechien	–	–	–	37,5	35,3	38,3	37,8	36,7
Ungarn	–	–	–	41,3	38,0	37,6	37,2	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,3	34,7	37,3	35,6	36,5	37,4
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,0	27,3	28,2

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

## 17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland<sup>1</sup></b>	<b>46,6</b>	<b>44,9</b>	<b>43,4</b>	<b>48,3</b>	<b>45,1</b>	<b>48,5</b>	<b>47,1</b>	<b>46,8</b>	<b>45,7</b>	<b>44,3</b>	<b>43,7</b>
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,1	49,2	52,2	49,1	48,7	48,5
Griechenland	–	–	50,2	51,0	51,1	49,4	49,9	47,1	45,8	45,4	45,2
Spanien	–	–	–	44,4	39,0	38,2	38,7	38,2	38,4	38,3	38,5
Frankreich	45,6	51,1	49,6	54,5	51,6	53,3	53,2	53,6	53,5	53,2	52,7
Irland	–	53,2	42,8	41,0	31,6	33,5	34,1	34,4	34,1	35,1	35,5
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,3	47,7	48,2	50,1	48,1	48,3
Luxemburg			37,7	39,7	37,6	42,0	43,2	42,8	40,4	39,0	38,0
Niederlande	55,4	57,1	54,4	51,6	44,2	47,1	46,3	45,4	46,6	47,0	46,2
Österreich	50,2	53,7	51,5	55,9	51,3	50,9	50,2	49,8	49,1	48,3	47,9
Portugal	33,5	38,8	40,0	42,8	43,1	45,4	46,4	47,5	46,1	45,8	45,5
Slowenien	–	–	–	–	48,2	48,0	47,4	47,0	46,3	45,4	44,4
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	49,9	50,0	50,3	48,5	47,7	47,3
Euroraum	–	–	–	50,7	46,3	48,2	47,6	47,6	47,4	46,5	46,2
Bulgarien	–	–	–	–	–	40,9	39,3	39,5	36,6	37,3	37,6
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,2	53,5	55,0	54,7	52,6	50,9	50,1	49,6
Estland	–	–	–	42,4	36,5	35,3	34,2	33,2	33,2	32,4	32,4
Lettland	–	–	31,6	38,8	37,3	34,8	35,8	35,5	37,0	37,3	36,4
Litauen	–	–	–	35,7	39,1	33,2	33,4	33,6	33,6	34,8	36,0
Malta	–	–	–	–	41,0	48,6	46,8	46,0	45,2	44,3	43,4
Polen	–	–	–	47,7	41,1	44,6	42,6	43,4	43,3	42,4	41,4
Rumänien	–	–	–	–	48,4	33,6	32,6	33,7	32,0	33,6	34,2
Schweden	–	–	–	67,2	57,1	58,0	56,6	56,3	55,3	53,0	52,5
Slowakei	–	–	–	47,0	51,7	40,0	37,7	38,1	37,3	36,0	35,6
Tschechien	–	–	–	54,5	41,8	47,3	44,4	44,0	42,5	43,1	43,0
Ungarn	–	–	–	–	46,5	49,1	48,9	50,0	52,9	50,9	49,0
Vereinigtes Königreich	47,3	48,8	41,5	44,3	36,8	42,4	42,7	43,7	44,1	44,2	44,3
Zypern	–	–	–	–	37,0	45,1	42,9	43,6	43,9	44,0	43,9
EU-27 <sup>2</sup>	–	–	–	50,5	45,0	47,4	46,8	46,9	46,7	46,0	45,7
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,5	34,8	34,5	35,0	35,3
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	50,6	50,0	48,5	50,0	39,6	39,2	39,0

<sup>1</sup> 1990: nur alte Bundesländer.

<sup>2</sup> 1995 und 2000: EU-15.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: April 2007.

## 18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
<b>Ausgabenseite</b>	in Mrd. €					
a) Ausgaben insgesamt	79,99	85,14	90,56	100,14	104,84	107,38
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,47	50,13
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,76	32,34
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	7,97	8,91
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,01	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,31	5,86	6,19	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,14	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	2,98	2,44
Ausgleichszahlungen				1,41	1,31	1,07
b) Zuwachsraten	in %					
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	4,7	2,4
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	3,4
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 4,2	- 1,3
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	9,8	11,8
Externe Politiken	10,2	4,5	- 2,9	7,5	8,7	7,2
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,9	10,4	5,6	7,6
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	- 22,2	228,6
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	28,0	36,2	- 2,3	- 18,1
Ausgleichszahlungen					- 7,1	- 18,3
c) Anteil an Gesamtausgaben:	in % der Ausgaben					
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	46,2	46,7
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	31,2	30,1
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	8,3
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	4,8	5,0
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	5,9	6,2
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	2,8	2,3
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
<b>Einnahmenseite</b>	in Mrd. €					
a) Einnahmen insgesamt	94,29	95,43	93,47	103,51	107,09	107,38
davon:						
Zölle	12,81	7,95	9,46	10,59	12,02	13,87
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,78	1,26	1,39	1,71	2,05	1,01
MwSt-Eigenmittel	31,32	22,39	21,26	13,91	16,02	17,20
BSP/BNE-Eigenmittel	34,88	45,95	51,24	68,98	70,86	68,92
b) Zuwachsraten	in %					
Einnahmen insgesamt	1,7	1,2	- 2,1	10,7	3,5	0,3
davon:						
Zölle	- 2,3	- 37,9	19,0	11,9	13,5	15,4
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 17,6	- 29,2	10,3	23,0	19,9	- 50,7
MwSt-Eigenmittel	- 11,0	- 28,5	- 5,0	- 34,6	15,2	7,4
BSP/BNE-Eigenmittel	- 7,2	31,7	11,5	34,6	2,7	- 2,7
c) Anteil an Gesamteinnahmen:	in % der Einnahmen					
Zölle	13,6	8,3	10,1	10,2	11,2	12,9
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,3	1,5	1,7	1,9	0,9
MwSt-Eigenmittel	33,2	23,5	22,7	13,4	15,0	16,0
BSP/BNE-Eigenmittel	37,0	48,2	54,8	66,6	66,2	64,2

## Bemerkungen:

2001 bis 2005: Ist-Angaben gem. EU-Jahresrechnung der EU-Kommission.

2006: EU-Haushalt einschl. Berichtigungshaushalte Nr. 1-6.

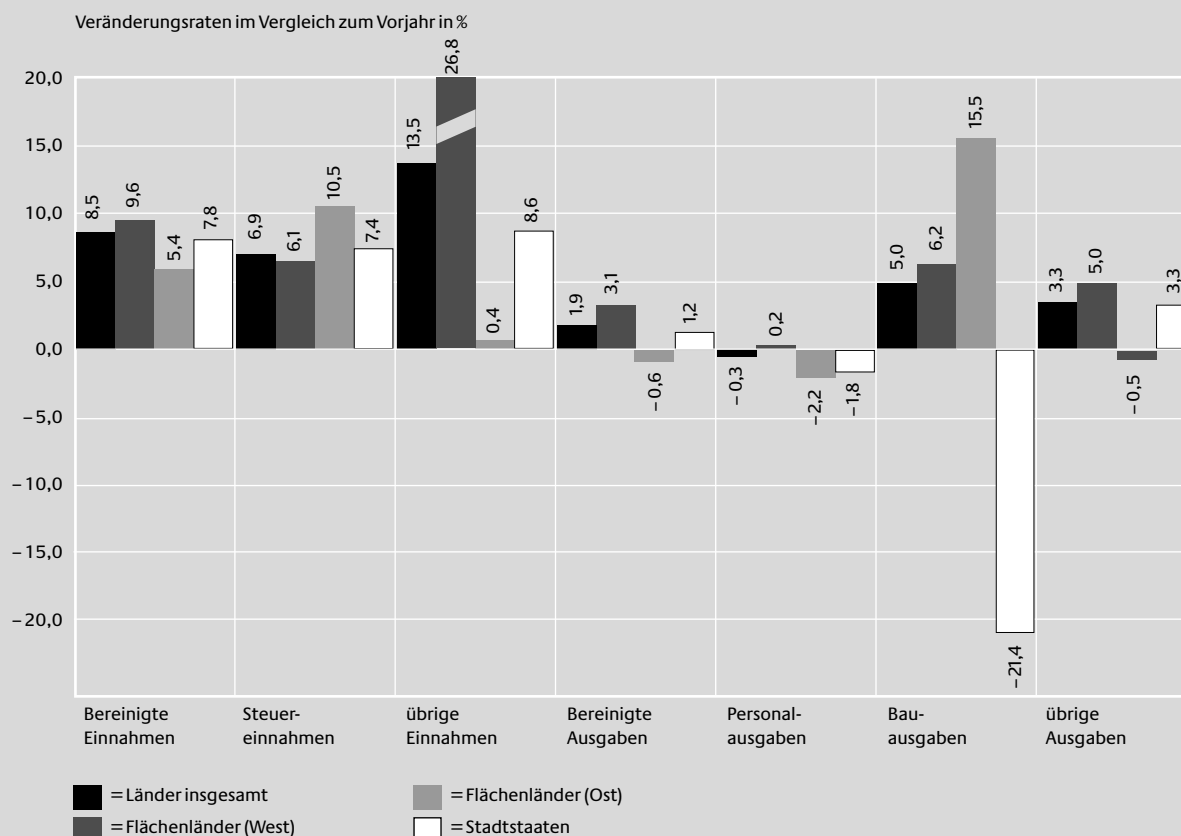
Stand: Februar 2007.

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
in Mio. €								
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>176 369</b>	<b>147 605</b>	<b>50 863</b>	<b>42 568</b>	<b>32 272</b>	<b>26 540</b>	<b>253 414</b>	<b>211 391</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	142 110	119 134	25 761	22 401	19 844	16 115	187 714	157 649
übrige Einnahmen	34 259	28 471	25 102	20 167	12 429	10 426	65 699	53 742
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>184 493</b>	<b>151 031</b>	<b>52 382</b>	<b>39 945</b>	<b>34 322</b>	<b>28 264</b>	<b>265 107</b>	<b>213 918</b>
darunter:								
Personalausgaben	72 509	60 315	12 422	9 996	10 889	8 961	95 820	79 271
Bauausgaben	2 385	1 530	1 659	1 043	673	334	4 717	2 907
übrige Ausgaben	109 600	89 186	38 301	28 907	22 759	18 969	164 570	131 740
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 8 121</b>	<b>- 3 426</b>	<b>- 1 519</b>	<b>2 623</b>	<b>- 2 052</b>	<b>- 1 724</b>	<b>- 11 692</b>	<b>- 2 527</b>

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2007



### 3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2007

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Oktober 2006			September 2007			Oktober 2007		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	<b>178 995</b>	<b>194 898</b>	<b>360 494</b>	<b>182 756</b>	<b>195 296</b>	<b>365 409</b>	<b>199 605</b>	<b>211 409</b>	<b>396 474</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	154 461	147 533	301 995	163 118	145 894	309 012	177 865	157 649	335 514
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	208 340 <sup>3</sup>	60 496	268 836	166 019 <sup>3</sup>	46 417	212 435	184 268 <sup>3</sup>	52 786	237 054
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	219 823	209 859	416 282	205 881	193 318	386 555	227 658	213 936	427 054
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	21 942	79 514	101 456	19 663	71 598	91 261	21 766	79 271	101 037
122	Bauausgaben	3 935	2 768	6 703	3 412	2 521	5 933	3 993	2 907	6 899
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–305	–305	–	67	67	–	55	55
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	177 941	57 142	235 084	173 613	55 701	229 314	185 742	58 315	244 057
13	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 40 828</b>	<b>– 14 961</b>	<b>– 55 789</b>	<b>– 23 125</b>	<b>1 978</b>	<b>– 21 146</b>	<b>– 28 054</b>	<b>– 2 527</b>	<b>– 30 581</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen <sup>2</sup>	30 797	2 940	33 736	– 6 515	– 9 224	– 15 739	– 362	– 6 099	– 6 461
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	0	0	–	535	535	–	535	535
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 180	– 180	–	154	154	–	154	154
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	10 051	10 848	20 899	8 075	12 286	20 361	9 141	10 843	19 985
32	Vorschüsse	–	9 658	9 658	–	14 677	14 677	–	14 833	14 833
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	5 878	5 878	–	9 631	9 631	–	10 067	10 067
34	Saldo (31–32+33)	10 051	7 068	17 119	8 075	7 240	15 315	9 141	6 078	15 219
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	20	– 5 133	– 5 113	– 21 565	684	– 20 881	– 19 274	– 1 860	– 21 134
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	4 825	4 825	21 565	1 232	22 797	19 274	1 768	21 042
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	194	194	–	1 009	1 009	–	800	800
56	Zusammen	–	5 019	5 019	21 565	2 241	23 806	19 274	2 568	21 842
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	20	– 114	– 94	0	2 924	2 924	0	708	708
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	–	715	715	–	1 232	1 232	–	1 370	1 370
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	2 066	2 066	–	3 305	3 305	–	3 486	3 486

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.  
Stand: Dezember 2007.



## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2007

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>26 811,6</b>	<b>30 434,8</b>	<b>8 147,7</b>	<b>15 764,7</b>	<b>5 565,5</b>	<b>18 336,7</b>	<b>38 488,8</b>	<b>9 692,8</b>	<b>2 363,8</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	21 141,7	24 823,8	4 400,3	13 441,2	2 824,7	13 324,6	32 431,6 <sup>6</sup>	7 062,4	1 874,4
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	484,8	–	435,8	209,0	–	348,5	119,5
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	5 765,0	2 107,4	2 051,0	2 891,0	516,1	5 606,6	12 879,6	5 635,0	1 002,8
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>26 900,6</b>	<b>28 964,8</b>	<b>7 703,4</b>	<b>17 345,4</b>	<b>5 334,3</b>	<b>19 225,3</b>	<b>39 485,2</b>	<b>10 323,0</b>	<b>2 711,6</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	11 387,8	13 017,5	1 732,5	5 771,7	1 234,3	7 071,4 <sup>3</sup>	15 211,3 <sup>3</sup>	4 111,1	1 085,7
122	Bauausgaben	259,3	650,8	131,7	279,4	148,3	71,7	101,8	36,5	39,2
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	1 664,5	1 672,5	–	2 937,3	–	–	–111,4	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	5 474,3	2 390,7	2 323,6	4 226,5	1 117,7	6 034,0	13 662,2	4 770,3	762,6
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 89,0</b>	<b>1 470,0</b>	<b>444,3</b>	<b>– 1 580,7</b>	<b>231,2</b>	<b>– 888,6</b>	<b>– 996,4</b>	<b>– 630,2</b>	<b>– 347,8</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	308,5	–306,5	–65,4	–1 425,3	–600,0	–421,2	–824,5	894,1	235,2
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>	<b>535,2</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>22</b>	<b>der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)</b>	<b>–</b>	<b>153,9</b>	<b>–</b>	<b>0,1</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>									
31	Verwahrungen	2 495,2	1 042,0	347,1	568,1	231,6	221,1	317,8	1 903,7	177,6
32	Vorschüsse	3 623,3	5 945,7	15,7	23,1	0,7	664,0	107,3	2 169,0	0,6
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	309,7	3 586,4	–	720,1	195,2	1 731,8	556,8	1,9	11,2
34	Saldo (31–32+33)	–818,4	–1 317,3	331,4	1 265,2	426,1	1 288,9	767,3	–263,4	188,2
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>–63,7</b>	<b>0,0</b>	<b>710,3</b>	<b>–1 740,7</b>	<b>57,3</b>	<b>–20,9</b>	<b>–1 053,6</b>	<b>0,5</b>	<b>75,6</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	1 089,0	–	–	321,0	–	–19,7
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	800,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	–	1 889,0	–	–	321,0	–	–19,7
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)<sup>4</sup></b>	<b>–63,7</b>	<b>0,0</b>	<b>710,3</b>	<b>148,3</b>	<b>57,3</b>	<b>–20,9</b>	<b>–732,6</b>	<b>0,5</b>	<b>55,9</b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)</b>									
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	1 370,2	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 731,8	527,6	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne November-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 568,832 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Dezember 2007.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2007

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
in Mio. €									
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>13 631,0</b>	<b>7 686,6</b>	<b>6 515,5</b>	<b>7 537,0</b>	<b>16 565,4</b>	<b>2 590,4</b>	<b>7 808,4</b>	<b>211 408,8</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	7 047,5	4 038,0	5 034,3	4 090,1	8 069,1	1 618,6	6 426,8	157 649,1
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	986,8	536,9	126,6	563,0	2 415,9	305,1	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	– 42,0	3 903,1	2 771,9	1 323,8	4 698,9	2 087,1	– 411,6	52 785,7
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>11 653,3</b>	<b>7 807,2</b>	<b>6 878,4</b>	<b>7 447,1</b>	<b>17 029,5</b>	<b>3 309,8</b>	<b>8 349,0</b>	<b>213 936,0</b>
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	3 275,4	1 799,7	2 658,5	1 953,6	5 381,9	1 056,1	2 522,9	79 271,4
122	Bauausgaben	481,3	117,4	91,2	164,0	93,0	54,2	186,9	2 906,7
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	424,2	55,2
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 331,3	4 022,2	2 711,6	1 347,0	6 803,1	1 338,0	–	58 315,1
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>1 977,7</b>	<b>– 120,6</b>	<b>– 362,9</b>	<b>89,9</b>	<b>– 464,1</b>	<b>– 719,4</b>	<b>– 540,6</b>	<b>– 2 527,2</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	– 1 676,8	– 119,9	84,6	– 24,4	– 2 087,8	761,1	– 831,0	– 6 099,3
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	535,2
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	154,0
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	486,9	290,5	0,0	– 73,9	1 913,9	72,5	849,2	10 843,3
32	Vorschüsse	2 334,8	231,7	0,0	213,3	–	– 23,2	– 472,9	14 833,1
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 466,7	130,9	0,0	2,2	479,2	158,8	716,5	10 067,4
34	Saldo (31–32+33)	– 381,2	189,7	0,0 <sup>5</sup>	– 285,0	2 393,1	254,4	2 038,6	6 077,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 80,3	– 50,8	– 278,3	– 219,5	– 158,8	296,0	667,0	– 1 859,9
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	210,2	170,0	– 244,9	242,0	1 767,6
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	800,0
56	Zusammen	–	–	–	210,2	170,0	– 244,9	242,0	2 567,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	– 80,3	– 50,8	– 278,3	– 9,3	11,2	51,1	909,0	707,7
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	–	–	1 370,2
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	479,7	30,4	716,5	3 485,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne November-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 568,832 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Dezember 2007.

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2,5</sup>	Erwerbs- lose <sup>5</sup>	Erwerbs- losen- quote <sup>3,5</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
					Veränderung in % p. a.			in %	
1991	38,6	.	.	.	.	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	.	.	.	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	.	.	.	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	.	.	.	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	.	.	.	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	.	.	.	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	.	.	.	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	.	.	.	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	.	.	.	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	.	.	.	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	.	.	.	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	.	.	.	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 0,9	.	.	.	– 0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	.	.	.	1,1	0,7	0,5	17,5
2005	38,8	– 0,1	.	.	.	0,8	0,9	1,3	17,4
2006	39,1	0,6	.	.	.	2,9	2,2	2,4	18,0
2001/1996	38,3	1,0	.	.	.	2,1	1,1	1,9	21,0
2006/2001	39,0	– 0,1	.	.	.	0,9	1,0	1,4	18,2

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal). <sup>5</sup> Zeitreihe zur Erwerbslosigkeit wurde am 30. Oktober 2007 auf Arbeitskräfteerhebung (Mikrozensus) als Datenquelle umgestellt. Für die zurückliegenden Jahre sind keine vergleichbaren Daten vorhanden.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: November 2007.

## 2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,1	0,8
2004	2,2	1,1	– 0,4	1,3	1,6	1,6	– 0,4
2005	1,5	0,7	– 1,3	1,2	1,6	2,0	– 0,7
2006	3,5	0,6	– 1,5	1,1	1,4	1,7	– 1,1
2001/1996	2,4	0,3	– 1,0	0,7	1,0	1,4	0,2
2006/2001	1,9	1,0	0,0	1,1	1,4	1,5	– 0,2

<sup>1</sup> Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.  
Stand: August 2007.

### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,93	44,76	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	9,9	7,5	111,03	98,51	38,3	33,3	5,0	4,5
2005	8,3	9,2	113,33	105,76	40,9	35,8	5,0	4,7
2006	14,0	14,3	126,38	121,80	45,1	39,6	5,4	5,2
2001/1996	9,5	9,0	22,5	- 14,3	29,8	28,6	1,1	- 0,7
2006/2001	7,3	5,8	96,2	69,3	38,4	34,1	4,3	3,1

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2007.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmerentgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	- 0,7
2004	4,2	13,4	0,4	68,2	69,6	0,6	0,8
2005	1,4	5,9	- 0,6	66,8	68,4	0,3	- 1,2
2006	3,6	7,2	1,7	65,6	67,2	0,9	- 1,5
2001/1996	1,9	1,4	2,2	71,1	71,9	1,2	0,4
2006/2001	2,3	6,5	0,5	69,1	70,4	0,9	- 0,6

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. <sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). <sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2007.

## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>1,1</b>	<b>0,8</b>	<b>2,9</b>	<b>2,5</b>	<b>2,1</b>	<b>2,2</b>
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,7	2,8	2,7	2,1	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	5,0	4,6	3,4	4,3	4,1	3,8	3,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,1	3,3	3,6	3,9	3,8	3,0	2,3
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,1	2,5	1,7	2,0	1,9	2,0	1,8
Irland	3,1	7,6	9,8	9,0	4,3	4,3	5,9	5,7	4,9	3,5	3,8
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,2	0,1	1,9	1,9	1,4	1,6
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,8	4,2	3,9	3,8	3,8	3,9	3,9
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	2,1	4,9	5,0	6,1	5,2	4,7	4,5
Malta	-	-	6,2	6,4	- 0,3	0,1	3,1	3,2	3,1	2,8	2,9
Niederlande	2,7	4,2	3,1	3,9	0,3	2,2	1,5	3,0	2,7	2,6	2,5
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,2	2,3	2,0	3,3	3,3	2,7	2,4
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 0,7	1,5	0,5	1,3	1,8	2,0	2,1
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,8	4,4	4,1	5,7	6,0	4,6	4,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,7	2,9	5,0	4,3	3,4	2,8
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,8	0,8	2,0	1,5	2,8	2,6	2,2	2,1
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	5,0	6,6	6,2	6,1	6,3	6,0	6,2
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,4	2,1	3,1	3,5	1,9	1,3	1,4
Estland	-	-	4,5	7,9	7,2	8,3	10,2	11,2	7,8	6,4	6,2
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,7	10,6	11,9	10,5	7,2	6,2
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,9	7,7	8,5	7,5	6,3
Polen	-	-	7,0	4,3	3,9	5,3	3,6	6,1	6,5	5,6	5,2
Rumänien	-	-	7,1	2,1	5,2	8,5	4,1	7,7	6,0	5,9	5,8
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	4,1	2,9	4,2	3,4	3,1	2,4
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	8,3	8,7	7,0	6,2
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,5	6,4	6,4	5,8	5,0	4,9
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,2	4,8	4,1	3,9	2,0	2,6	3,4
Vereinigtes Königreich	3,5	0,8	2,9	3,8	2,8	3,3	1,8	2,8	3,1	2,2	2,5
EU-27	-	-	2,6	3,8	1,3	2,5	1,8	3,0	2,9	2,4	2,4
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	1,4	2,7	1,9	2,2	1,9	1,9	2,3
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,6	3,1	2,9	2,1	1,7	2,6

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

Stand: November 2007.

## 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>1,0</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>2,2</b>	<b>2,0</b>	<b>1,8</b>
Belgien	1,5	1,9	2,5	2,3	1,7	2,1	1,8
Griechenland	3,4	3,0	3,5	3,3	2,8	3,1	3,1
Spanien	3,1	3,1	3,4	3,6	2,6	2,9	2,7
Frankreich	2,2	2,3	1,9	1,9	1,5	1,7	1,6
Irland	4,0	2,3	2,2	2,7	2,8	2,2	2,0
Italien	2,8	2,3	2,2	2,2	1,9	2,0	1,9
Zypern	4,0	1,9	2,0	2,2	2,0	2,3	2,1
Luxemburg	2,5	3,2	3,8	3,0	2,5	2,8	2,3
Malta	1,9	2,7	2,5	2,6	0,8	2,5	2,2
Niederlande	2,2	1,4	1,5	1,7	1,6	2,3	2,7
Österreich	1,3	2,0	2,1	1,7	1,9	1,9	1,8
Portugal	3,3	2,5	2,1	3,0	2,4	2,4	2,3
Slowenien	5,7	3,7	2,5	2,5	3,5	3,7	2,9
Finnland	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	2,4	2,1
Euroraum	2,1	2,2	2,2	2,2	2,0	2,1	2,0
Bulgarien	2,3	6,1	6,0	7,4	7,1	7,3	5,8
Dänemark	2,0	0,9	1,7	1,9	1,7	2,4	2,4
Estland	1,4	3,0	4,1	4,4	6,3	7,3	4,8
Lettland	2,9	6,2	6,9	6,6	9,6	9,8	6,0
Litauen	- 1,1	1,2	2,7	3,8	5,6	6,5	5,2
Polen	0,7	3,6	2,2	1,3	2,5	2,8	2,9
Schweden	2,3	1,0	0,8	1,5	1,6	2,0	2,0
Slowakei	8,4	7,5	2,8	4,3	1,7	2,5	3,0
Tschechien	- 0,1	2,6	1,6	2,1	3,0	3,8	3,2
Ungarn	4,7	6,8	3,5	4,0	7,7	4,9	2,8
Vereinigtes Königreich	1,4	1,3	2,1	2,3	2,4	2,2	2,0
EU-27	2,1	2,3	2,3	2,3	2,3	2,4	2,2
Japan	- 0,3	0,0	- 0,3	0,2	0,0	0,2	0,5
USA	2,3	2,7	3,4	3,2	2,7	1,9	1,5

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.  
Stand: November 2007.

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>7,2</b>	<b>4,8</b>	<b>8,0</b>	<b>7,5</b>	<b>9,3</b>	<b>9,7</b>	<b>10,7</b>	<b>9,8</b>	<b>8,1</b>	<b>7,7</b>	<b>7,6</b>
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,2	7,5	7,2	6,9
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,7	10,5	9,8	8,9	8,4	7,9	7,5
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,6	9,2	8,5	8,1	8,5	9,1
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,5	9,6	9,7	9,5	8,6	8,2	8,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,7	4,5	4,3	4,4	4,5	5,3	5,5
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	6,8	5,9	5,7	5,5
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,1	4,6	5,2	4,6	4,3	4,1	3,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,7	4,7	4,5	4,2
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,3	6,8	6,6	6,5
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,1	2,7	2,4
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	4,7	4,3	4,2	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,7	8,0	8,0	7,7
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9	4,7	4,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	6,7	6,4	6,3
Euroraum	9,3	7,6	10,4	8,3	8,7	8,9	8,9	8,3	7,3	7,1	7,1
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	13,7	12,0	10,1	9,0	7,5	6,8	6,0
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,9	3,0	2,7	2,7
Estland	–	–	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,9	4,9	4,8	4,9
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	6,8	5,8	5,5	5,6
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	12,4	11,4	8,3	5,6	4,2	4,2	4,4
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,8	9,4	7,3	6,4
Rumänien	–	–	6,1	7,2	7,0	8,1	7,2	7,3	7,1	7,0	6,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,4	7,1	6,1	5,8	5,7
Slowakei	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	13,4	11,2	9,7	9,0
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,1	5,9	5,4	5,0
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,5	7,3	7,0	6,9
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,3	4,9	4,7	4,8	5,3	5,3	5,4	5,3
EU-27	–	–	–	8,7	9,0	9,1	8,9	8,2	7,1	6,8	6,6
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	4,0
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,3	5,4

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

Stand: November 2007.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2005	2006	2007 <sup>1</sup>	2008 <sup>1</sup>	2005	2006	2007 <sup>1</sup>	2008 <sup>1</sup>	2005	2006	2007 <sup>1</sup>	2008 <sup>1</sup>
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	6,6	7,7	7,8	7,0 ↓	12,1	9,4	8,9	8,3	8,8	7,6	4,3 ↓	1,8 ↓
darunter												
Russische Föderation	6,4	6,7	7,0	6,8	12,7	9,7	8,1 ↑	7,5	11,1	9,7	5,4 ↓	1,8 ↓
Ukraine	2,7	7,1	6,7	5,4 ↓	13,5	9,0	11,5	10,8	2,9	− 1,5	− 3,5 ↓	− 6,2 ↑
Asien	8,6	9,2	9,3 ↑	8,5 ↓	3,5	3,7	4,7 ↑	4,2 ↑	4,5	5,8	6,6	6,7 ↓
darunter												
China	10,4	11,1	11,5	10,2 ↓	1,8	1,5	4,3 ↑	3,9 ↑	7,2	9,4	11,7 ↓	12,6 ↓
Indien	9,0	9,7	8,9 ↓	8,4	4,2	6,1	6,1 ↑	4,2 ↑	− 1,0	− 1,1	− 1,9 ↓	− 2,3 ↓
Indonesien	5,7	5,5	6,2 ↑	6,3	10,5	13,1	6,3 ↑	6,2 ↑	0,1	2,7	1,8 ↑	1,5 ↑
Korea	4,2	5,0	4,8	4,8 ↓	2,8	2,2	2,5	2,5	1,9	0,7	0,2 ↑	− 0,3
Thailand	4,5	5,0	4,0	4,5	4,5	4,6	2,3	2,0	− 4,5	1,6	1,9	1,1
Lateinamerika	4,6	5,5	5,0	4,3 ↓	6,3	5,4	5,2	5,4	1,4	1,5	0,3	− 0,5
darunter												
Argentinien	9,2	8,5	7,5	5,5	9,6	10,9	9,5	12,6	1,9	2,4	0,9	0,2 ↑
Brasilien	2,9	3,7	4,4	4,2	6,9	4,2	3,6 ↑	3,9 ↑	1,6	1,2	0,7 ↓	0,0 ↑
Chile	5,7	4,0	5,9 ↑	5,2 ↓	3,1	3,4	3,4 ↑	3,1 ↑	1,1	3,6	3,7 ↓	2,6 ↑
Mexiko	2,8	4,8	2,9 ↓	3,1 ↓	4,0	3,6	3,8	3,5 ↑	− 0,6	− 0,3 ↓	− 1,3 ↓	− 1,7 ↓
Venezuela	10,3	10,3	8,0 ↑	5,0 ↑	16,0	13,7	18,0 ↓	19,0 ↓	17,8	15,0	6,9 ↑	2,1 ↓
Sonstige												
Türkei	7,4	6,1	5,0	5,5 ↓	8,2	9,6	8,2 ↓	4,2	− 6,2	− 7,9	− 7,5 ↓	− 7,0 ↓
Südafrika	5,1	5,0	4,7 ↓	4,3 ↓	3,4	4,7	6,3	5,9	− 4,0	− 6,5	− 6,7 ↓	− 6,2 ↓

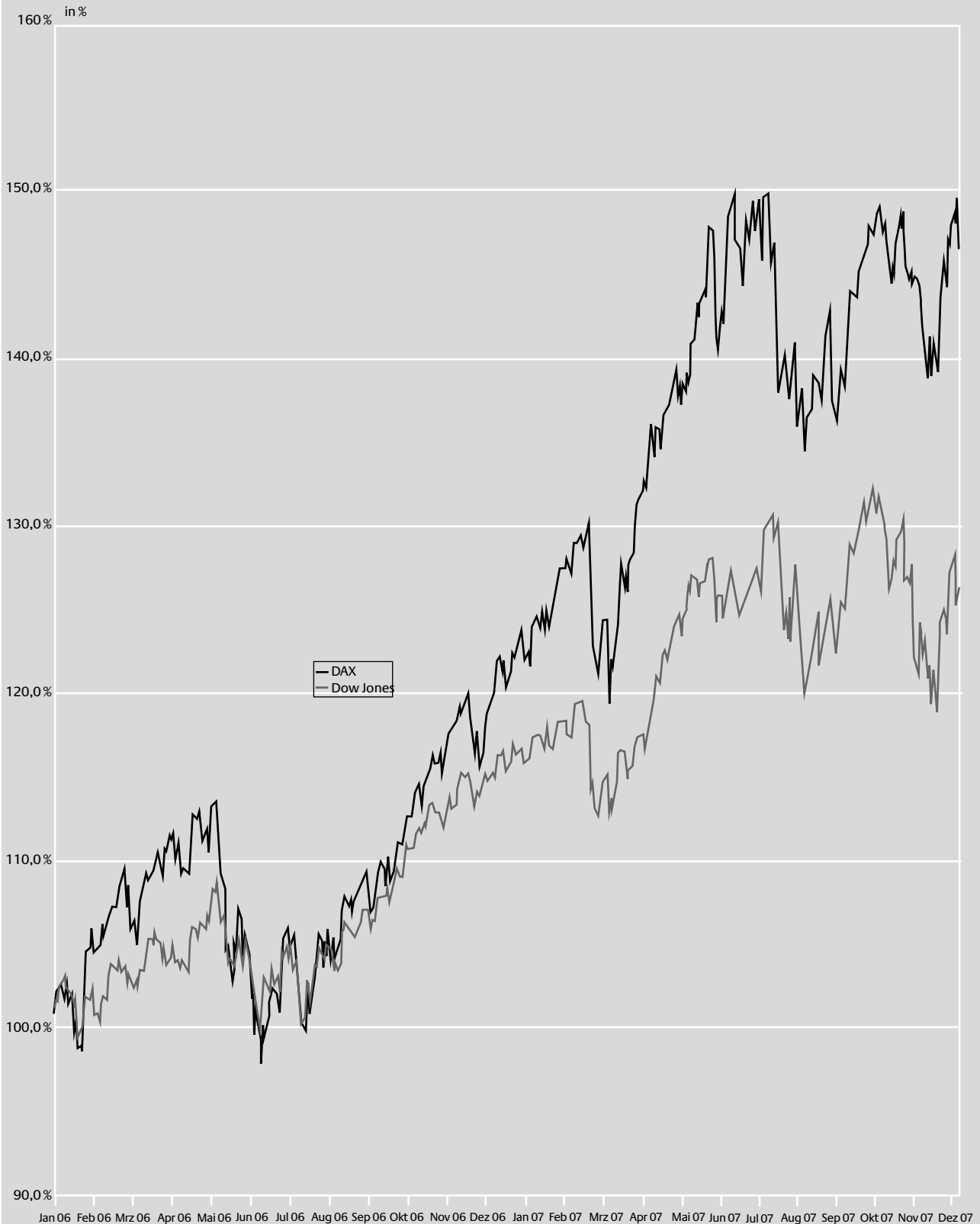
<sup>1</sup> Prognosen des IWF [↑ / ↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (September 2006) angehoben/gesenkt].

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2007, II. Update vom 5. Oktober 2007.



## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2006 = 100 %  
(2. Januar 2006 bis 13. Dezember 2007)



## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

### Aktienindizes

	Aktuell 13.12.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2007	Hoch 2007
Dow Jones	13 518	12 475	8,36	12 050	14 165
Eurostoxx 50	3 705	3 747	– 1,13	3 505	3 999
Dax	7 928	6 681	18,67	6 447	8 106
CAC 40	5 591	5 618	– 0,48	5 285	6 168
Nikkei	15 537	17 354	– 10,47	15 274	18 253

### Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 13.12.2007	Anfang 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2007	Hoch 2007
			in %		
USA	4,21	4,69	–	4,16	5,29
Bund	4,30	3,95	0,10	3,88	4,68
Japan	1,51	1,72	– 2,69	1,48	1,97
Brasilien	13,06	12,35	8,85	9,79	12,86

### Währungen

	Aktuell 13.12.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2007	Hoch 2007
Dollar/Euro	1,46	1,32	10,86	1,29	1,47
Yen/Dollar	112,21	119,00	– 5,71	109,00	124,00
Yen/Euro	164,18	157,00	4,57	151,00	169,00
Pfund/Euro	0,72	0,67	6,94	0,66	0,72

## 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	2,9	2,5	2,1	2,2	1,8	2,2	2,0	1,8	9,8	8,1	7,7	7,6
OECD	3,1	2,6	1,8	1,6	1,8	2,2	2,3	1,8	8,1	6,4	5,7	5,6
IWF	2,9	2,4	2,0	–	1,8	2,1	1,8	–	8,1	6,5	6,3	–
<b>USA</b>												
EU-KOM	2,9	2,1	1,7	2,6	3,2	2,7	1,9	1,5	4,6	4,6	5,3	5,4
OECD	2,9	2,2	2,0	2,2	3,2	2,8	2,7	1,9	4,6	4,6	5,0	5,0
IWF	2,9	1,9	1,9	–	3,2	2,7	2,3	–	4,6	4,7	5,7	–
<b>Japan</b>												
EU-KOM	2,2	1,9	1,9	2,3	0,2	0,0	0,2	0,5	4,1	3,9	4,0	4,0
OECD	2,2	1,9	1,6	1,8	0,2	0,0	0,3	0,4	4,1	3,8	3,7	3,6
IWF	2,2	2,0	1,7	–	0,3	–	0,5	–	4,1	4,0	4,0	–
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	2,0	1,9	2,0	1,8	1,9	1,5	1,7	1,6	9,5	8,6	8,2	8,1
OECD	2,2	1,9	1,8	2,0	1,9	1,5	2,2	1,9	8,8	8,0	7,5	7,4
IWF	2,0	1,9	2,0	–	1,9	1,6	1,8	–	9,5	8,6	8,0	–
<b>Italien</b>												
EU-KOM	1,9	1,9	1,4	1,6	2,2	1,9	2,0	1,9	6,8	5,9	5,7	5,5
OECD	1,9	1,8	1,3	1,3	2,2	2,0	2,4	1,9	6,8	5,9	5,8	5,8
IWF	1,9	1,7	1,3	–	2,2	1,9	1,9	–	6,8	6,5	6,5	–
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	2,8	3,1	2,2	2,5	2,3	2,4	2,2	2,0	5,3	5,3	5,4	5,3
OECD	2,8	3,1	2,0	2,4	2,3	2,3	2,2	2,0	5,5	5,5	5,7	5,5
IWF	2,8	3,1	2,3	–	2,3	2,4	2,0	–	5,4	5,4	5,4	–
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
OECD	2,8	2,6	2,4	2,7	2,0	2,4	1,7	1,8	6,3	6,0	5,8	5,8
IWF	2,8	2,5	2,3	–	2,0	2,2	1,9	–	6,3	6,1	6,2	–
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	2,8	2,6	2,2	2,1	2,2	2,0	2,1	2,0	8,3	7,3	7,1	7,1
OECD	2,9	2,6	1,9	2,0	2,2	2,1	2,5	2,0	7,7	6,8	6,4	6,4
IWF	2,8	2,5	2,1	–	2,2	2,0	2,0	–	7,8	6,9	6,8	–
<b>EU-27</b>												
EU-KOM	3,0	2,9	2,4	2,4	2,3	2,3	2,4	2,2	8,2	7,1	6,8	6,6

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.  
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007.  
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2007.  
 Stand: Dezember 2007.

## 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	2,8	2,7	2,1	2,2	2,3	1,7	2,1	1,8	8,2	7,5	7,2	6,9
OECD	2,9	2,6	1,9	2,0	2,3	1,7	2,3	2,0	8,2	7,7	7,3	7,0
IWF	3,0	2,6	1,9	–	2,3	1,8	1,8	–	8,2	7,6	7,6	–
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	5,0	4,3	3,4	2,8	1,3	1,5	2,4	2,1	7,7	6,7	6,4	6,3
OECD	4,9	4,2	2,9	2,6	1,3	1,5	2,3	2,4	7,7	6,6	6,3	6,1
IWF	5,0	4,3	3,0	–	1,3	1,5	1,8	–	7,7	6,7	6,5	–
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	4,3	4,1	3,8	3,7	3,3	2,8	3,1	3,1	8,9	8,4	7,9	7,5
OECD	4,3	4,1	3,7	3,9	3,3	2,9	3,3	3,1	9,3	8,6	8,4	8,3
IWF	4,3	3,9	3,6	–	3,3	3,0	3,2	–	8,9	8,5	8,5	–
<b>Irland</b>												
EU-KOM	5,7	4,9	3,5	3,8	2,7	2,8	2,2	2,0	4,4	4,5	5,3	5,5
OECD	5,7	5,2	2,9	4,2	2,7	2,8	2,5	2,0	4,4	4,8	5,6	5,4
IWF	5,7	4,6	3,0	–	2,7	2,5	2,1	–	4,4	4,7	5,5	–
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	6,1	5,2	4,7	4,5	3,0	2,5	2,8	2,3	4,7	4,7	4,5	4,2
OECD	6,0	5,2	4,9	4,1	3,0	2,6	3,3	3,0	4,4	4,4	4,2	3,9
IWF	6,2	5,4	4,2	–	2,7	2,2	2,2	–	4,4	4,4	4,6	–
<b>Malta</b>												
EU-KOM	3,2	3,1	2,8	2,9	2,6	0,8	2,5	2,2	7,3	6,8	6,6	6,5
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,3	3,2	2,6	–	2,6	0,6	2,0	–	–	–	–	–
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	3,0	2,7	2,6	2,5	1,7	1,6	2,3	2,7	3,9	3,1	2,7	2,4
OECD	3,0	3,0	2,4	2,3	1,7	1,6	2,0	2,4	4,1	3,3	2,9	2,7
IWF	3,0	2,6	2,5	–	1,7	2,0	2,2	–	3,9	3,2	3,1	–
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	3,3	3,3	2,7	2,4	1,7	1,9	1,9	1,8	4,7	4,3	4,2	4,2
OECD	3,1	3,3	2,5	2,5	1,7	2,1	2,4	2,0	5,4	5,3	5,3	5,5
IWF	3,3	3,3	2,5	–	1,7	1,9	1,9	–	4,8	4,3	4,2	–
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	1,3	1,8	2,0	2,1	3,0	2,4	2,4	2,3	7,7	8,0	8,0	7,7
OECD	1,3	1,8	2,0	2,2	3,0	2,4	2,6	2,2	7,7	7,9	7,6	7,3
IWF	1,3	1,8	1,8	–	3,0	2,5	2,4	–	7,7	7,4	7,1	–
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	5,7	6,0	4,6	4,0	2,5	3,5	3,7	2,9	6,0	4,9	4,7	4,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	5,7	5,4	3,8	–	2,5	3,2	3,1	–	6,0	6,0	6,0	–
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	3,9	3,8	3,0	2,3	3,6	2,6	2,9	2,7	8,5	8,1	8,5	9,1
OECD	3,9	3,8	2,5	2,4	3,6	2,8	3,6	2,5	8,5	8,1	8,1	8,3
IWF	3,9	3,7	2,7	–	3,6	2,5	2,8	–	8,5	8,1	8,2	–
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	3,8	3,8	3,9	3,9	2,2	2,0	2,3	2,1	4,6	4,3	4,1	3,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,8	3,8	3,7	–	2,5	2,0	2,4	–	4,5	4,0	4,0	–

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2007.

Stand: Dezember 2007.

## 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	6,1	6,3	6,0	6,2	7,4	7,1	7,3	5,8	9,0	7,5	6,8	6,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	6,1	6,0	5,9	–	7,3	8,2	7,9	–	–	–	–	–
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	3,5	1,9	1,3	1,4	1,9	1,7	2,4	2,4	3,9	3,0	2,7	2,7
OECD	3,5	2,0	1,7	0,8	1,9	1,6	2,4	2,7	3,9	3,5	3,4	3,6
IWF	3,5	1,9	1,5	–	1,9	1,9	2,0	–	4,5	3,6	3,9	–
<b>Estland</b>												
EU-KOM	11,2	7,8	6,4	6,2	4,4	6,3	7,3	4,8	5,9	4,9	4,8	4,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	11,2	8,0	6,0	–	4,4	6,0	7,0	–	–	–	–	–
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	11,9	10,5	7,2	6,2	6,6	9,6	9,8	6,0	6,8	5,8	5,5	5,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	11,9	10,5	6,2	–	6,5	9,0	8,9	–	–	–	–	–
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	7,7	8,5	7,5	6,3	3,8	5,6	6,5	5,2	5,6	4,2	4,2	4,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,5	8,0	6,5	–	3,8	5,2	4,6	–	–	–	–	–
<b>Polen</b>												
EU-KOM	6,1	6,5	5,6	5,2	1,3	2,5	2,8	2,9	13,8	9,4	7,3	6,4
OECD	6,2	6,5	5,6	5,2	1,3	2,3	3,6	4,2	13,8	9,7	8,4	7,7
IWF	6,1	6,6	5,3	–	1,0	2,2	2,7	–	–	–	–	–
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	7,7	6,0	5,9	5,8	6,6	4,7	5,6	4,6	7,3	7,1	7,0	6,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,7	6,3	6,0	–	6,6	4,3	4,8	–	–	–	–	–
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	4,2	3,4	3,1	2,4	1,5	1,6	2,0	2,0	7,1	6,1	5,8	5,7
OECD	4,5	3,4	3,2	2,6	1,4	1,9	2,5	2,6	5,3	4,6	3,8	3,6
IWF	4,2	3,6	2,8	–	1,5	1,9	2,0	–	4,8	5,5	5,0	–
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	8,3	8,7	7,0	6,2	4,3	1,7	2,5	3,0	13,4	11,2	9,7	9,0
OECD	8,3	9,3	7,3	6,9	4,5	2,7	3,2	2,8	13,3	11,0	10,1	9,4
IWF	8,3	8,8	7,3	–	4,4	2,4	2,0	–	–	–	–	–
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	6,4	5,8	5,0	4,9	2,1	3,0	3,8	3,2	7,1	5,9	5,4	5,0
OECD	6,4	6,1	4,6	4,9	2,6	2,7	4,6	3,1	7,2	5,4	5,0	4,7
IWF	6,4	5,6	4,6	–	2,5	2,9	4,4	–	–	–	–	–
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	3,9	2,0	2,6	3,4	4,0	7,7	4,9	2,8	7,5	7,3	7,0	6,9
OECD	3,9	1,8	2,6	3,8	3,9	7,8	4,7	3,4	7,5	7,3	7,2	7,1
IWF	3,9	2,1	2,7	–	3,9	7,6	4,5	–	–	–	–	–

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.  
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007.  
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2007.  
 Stand: Dezember 2007.

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	-1,6	0,1	-0,1	0,2	67,5	64,7	62,6	60,3	5,2	5,8	5,8	6,0
OECD	-1,6	0,0	0,1	0,3	-	-	-	-	4,9	6,0	6,0	6,0
IWF	-1,6	-0,2	-0,5	-	66,0	63,7	62,3	-	5,0	5,4	5,1	-
<b>USA</b>												
EU-KOM	-2,6	-2,7	-3,2	-3,4	-	-	-	-	-6,1	-5,4	-4,9	-4,3
OECD	-2,6	-2,8	-3,4	-3,5	-	-	-	-	-6,2	-5,6	-5,4	-5,3
IWF	-2,6	-2,6	-2,9	-	60,2	60,8	62,2	-	-6,2	-5,7	-5,5	-
<b>Japan</b>												
EU-KOM	-4,6	-4,0	-4,2	-4,7	-	-	-	-	4,0	4,7	4,8	4,8
OECD	-2,9	-3,4	-3,8	-3,4	-	-	-	-	3,9	4,7	4,8	5,2
IWF	-4,1	-3,9	-3,8	-	193,1	194,4	194,9	-	3,9	4,5	4,3	-
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	-2,5	-2,6	-2,6	-2,7	64,2	64,3	64,1	64,1	-2,2	-2,3	-2,3	-2,3
OECD	-2,6	-2,5	-2,6	-2,6	-	-	-	-	-1,3	-1,3	-2,2	-2,3
IWF	-2,5	-2,5	-2,7	-	64,1	63,3	63,4	-	-1,2	-1,6	-1,8	-
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-4,4	-2,3	-2,3	-2,3	106,8	104,3	102,9	101,2	-2,0	-1,7	-1,8	-1,7
OECD	-4,5	-2,2	-2,3	-2,0	-	-	-	-	-2,6	-2,0	-2,1	-2,2
IWF	-4,4	-2,1	-2,3	-	106,8	105,3	104,7	-	-2,4	-2,3	-2,2	-
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	-2,7	-2,8	-3,0	-2,8	43,2	43,6	44,8	45,6	-3,2	-3,1	-3,5	-3,5
OECD	-2,8	-2,9	-3,4	-2,7	-	-	-	-	-3,1	-2,9	-3,1	-3,5
IWF	-2,7	-2,5	-2,3	-	43,1	43,0	43,1	-	-3,2	-3,5	-3,6	-
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	1,0	1,3	0,7	0,6	-	-	-	-	1,6	1,9	1,8	1,6
IWF	1,0	0,9	0,9	-	73,5	68,4	64,7	-	1,6	1,8	1,2	-
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	-1,5	-0,8	-0,9	-0,8	68,6	66,5	65,0	63,4	-0,1	0,0	0,0	0,1
OECD	-1,6	-0,7	-0,7	-0,6	-	-	-	-	0,0	0,2	-0,1	-0,2
IWF	-1,6	-0,9	-1,1	-	68,6	66,6	65,4	-	-	-0,2	-0,4	-
<b>EU-27</b>												
EU-KOM	-1,6	-1,1	-1,2	-1,1	61,4	59,5	58,3	57,0	-0,7	-0,8	-0,9	-0,9

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2007.

Stand: Dezember 2007.

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	0,4	-0,3	-0,4	-0,4	88,2	84,6	81,7	79,0	3,3	3,0	3,1	3,4
OECD	0,2	-0,2	-0,4	-0,2	-	-	-	-	2,7	2,6	2,9	2,7
IWF	0,1	-	-	-	-	-	-	-	2,0	2,5	2,5	-
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	3,8	4,6	4,2	4,0	39,2	35,7	32,4	29,8	4,7	5,2	5,1	5,0
OECD	3,7	4,0	4,4	4,2	-	-	-	-	5,1	6,0	6,1	5,8
IWF	3,7	3,9	3,4	-	-	-	-	-	5,2	5,0	5,0	-
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	-2,5	-2,9	-1,8	-1,8	95,3	93,7	91,1	88,8	-11,1	-10,8	-10,8	-10,6
OECD	-2,8	-2,9	-2,0	-2,0	-	-	-	-	-11,1	-11,9	-11,7	-11,5
IWF	-2,1	-1,9	-1,8	-	-	-	-	-	-9,6	-9,7	-9,6	-
<b>Irland</b>												
EU-KOM	2,9	0,9	-0,2	-0,6	25,1	25,2	26,9	28,5	-4,2	-4,6	-4,4	-4,3
OECD	2,9	2,2	1,0	0,2	-	-	-	-	-4,2	-4,0	-3,0	-2,8
IWF	2,9	0,8	0,4	-	-	-	-	-	-4,2	-4,4	-3,3	-
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	0,7	1,2	1,0	1,4	6,6	6,6	6,0	5,4	10,3	11,5	12,7	13,8
OECD	0,7	1,2	1,0	1,7	-	-	-	-	10,3	11,0	10,1	9,6
IWF	0,1	0,4	0,4	-	-	-	-	-	10,6	10,5	10,3	-
<b>Malta</b>												
EU-KOM	-2,5	-1,8	-1,6	-1,0	64,7	63,1	61,3	59,2	-6,7	-3,8	-3,4	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,1	-9,4	-8,2	-
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	0,6	-0,4	0,5	1,3	47,9	46,8	44,8	41,7	7,6	6,9	7,5	8,2
OECD	0,5	-0,1	0,6	1,1	-	-	-	-	8,6	6,9	6,5	6,3
IWF	0,7	-0,5	0,5	-	-	-	-	-	8,6	7,4	6,7	-
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	-1,4	-0,8	-0,7	-0,4	61,7	60,0	58,4	57,2	3,5	4,8	5,3	5,3
OECD	-1,5	-0,8	-0,6	-0,2	-	-	-	-	3,2	4,7	4,9	5,5
IWF	-1,2	-0,8	-0,6	-	-	-	-	-	3,2	3,7	3,7	-
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	-3,9	-3,0	-2,6	-2,4	64,8	64,4	64,7	64,5	-9,9	-9,0	-8,8	-8,7
OECD	-3,9	-3,0	-2,4	-1,5	-	-	-	-	-9,4	-8,1	-8,2	-7,9
IWF	-3,9	-3,3	-2,4	-	-	-	-	-	-9,4	-9,2	-9,2	-
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	-1,2	-0,7	-1,0	-0,8	27,1	25,6	24,5	23,8	-2,8	-3,5	-2,6	-1,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,8	-0,9	-1,1	-	-	-	-	-	-2,5	-3,4	-3,1	-
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	1,8	1,8	1,2	0,6	39,7	36,3	34,6	33,0	-8,8	-9,3	-9,6	-9,8
OECD	1,8	1,9	1,5	1,3	-	-	-	-	-8,6	-9,8	-10,0	-10,1
IWF	1,8	1,6	1,4	-	-	-	-	-	-8,6	-9,8	-10,2	-
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	-1,2	-1,0	-0,8	-0,6	65,2	60,5	53,3	49,6	-5,9	-6,0	-5,9	-5,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,4	-1,0	-0,5	-	-	-	-	-	-5,9	-5,5	-5,6	-

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.  
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007.  
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2007.  
 Stand: Dezember 2007.

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	3,2	3,0	3,1	3,1	22,8	19,3	15,9	12,9	-15,8	-18,1	-17,7	-17,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-15,8	-20,3	-19,0	-
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	4,6	4,0	3,0	2,5	30,3	25,0	20,9	17,5	2,4	1,3	0,8	0,7
OECD	4,7	4,8	3,8	3,0	-	-	-	-	2,4	1,2	1,0	0,7
IWF	4,7	3,9	3,8	-	-	-	-	-	2,4	1,3	1,3	-
<b>Estland</b>												
EU-KOM	3,6	3,0	1,9	1,0	4,0	2,8	2,3	2,0	-15,7	-14,6	-12,3	-10,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-15,5	-16,9	-15,9	-
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	-0,3	0,9	0,8	0,5	10,6	10,2	7,8	6,4	-21,1	-23,8	-21,6	-19,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-21,1	-25,3	-27,3	-
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	-0,6	-0,9	-1,4	-0,8	18,2	17,7	17,2	16,1	-10,5	-13,9	-14,4	-14,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,9	-14,0	-12,6	-
<b>Polen</b>												
EU-KOM	-3,8	-2,7	-3,2	-3,1	47,6	46,8	47,1	47,1	-1,8	-4,3	-5,5	-6,2
OECD	-3,8	-2,8	-3,2	-3,0	-	-	-	-	-3,2	-4,9	-5,7	-6,2
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-2,3	-3,7	-5,1	-
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	-1,9	-2,7	-3,2	-3,9	12,4	12,5	12,8	13,5	-10,3	-13,7	-15,5	-16,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,3	-13,8	-13,2	-
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	2,5	3,0	2,8	3,0	47,0	41,1	35,7	30,5	6,9	7,1	7,0	7,3
OECD	2,3	2,9	3,1	3,1	-	-	-	-	7,1	7,0	6,7	6,8
IWF	2,1	2,3	2,2	-	-	-	-	-	7,2	6,0	5,7	-
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	-3,7	-2,7	-2,3	-2,4	30,4	30,8	30,7	30,6	-7,7	-4,4	-2,9	-2,0
OECD	-3,7	-2,6	-2,3	-1,8	-	-	-	-	-8,3	-4,1	-3,0	-1,8
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,3	-5,3	-4,5	-
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	-2,9	-3,4	-2,8	-2,7	30,1	30,2	30,3	30,5	-3,1	-2,8	-2,4	-2,3
OECD	-2,9	-3,7	-3,1	-2,5	-	-	-	-	-3,1	-2,9	-1,5	-0,6
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-3,1	-3,4	-3,5	-
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	-9,2	-6,4	-4,2	-3,8	65,6	66,1	66,3	65,9	-6,5	-4,4	-3,4	-2,7
OECD	-9,3	-6,4	-4,3	-3,5	-	-	-	-	-6,5	-4,6	-3,8	-3,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,5	-5,6	-5,1	-

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.  
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007.  
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2007.  
 Stand: Dezember 2007.





## Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2007...

...nach Veröffentlichungsdatum .....163

...nach Stichpunkten .....165



# Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2007 nach Veröffentlichungsdatum

Veröffentlichung	Berichte	Seite
Januar 2007	ECOFIN-Programm für die deutsche EU-Präsidentschaft 2007	35
	Die deutsche G7/G8-Präsidentschaft – Geschichte, Perspektiven und Themen in 2007	41
	Entwicklung der Steuer- und Abgabenlast in den Mitgliedstaaten der OECD	47
	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2006	53
	Stellungnahme zu den Artikel IV-Konsultationen des IWF mit Deutschland	69
	Projekt „Strukturentwicklung Zoll“	75
Februar 2007	Ist-Bericht zum Bundeshaushalt 2006	43
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2006 und im Jahr 2006	71
	Jahreswirtschaftsbericht 2007 – Den Aufschwung für Reformen nutzen	75
	Das Elterngeld – Ein neues Instrument einer nachhaltigen Familienpolitik	91
	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	97
März 2007	Bildungspolitik aus finanzpolitischer Sicht: Soziale Brücken bauen – Humanvermögen stärken	43
	Soll-Bericht zum Bundeshaushalt 2007	49
	Quantifizierung der Effizienzpotenziale alternativer Organisationsformen der Steuerverwaltung	75
	Die Unternehmensteuerreform 2008 in Deutschland	87
	Das Internetangebot der deutschen Zollverwaltung – www.zoll.de	101
April 2007	Finanzpolitische Aspekte europäischer Forschungs- und Technologiepolitik	37
	Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit	43
	Bericht zur Konferenz „Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa“	57
	Gesundheitsreform 2007	59
	Einheitliche Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer in der Europäischen Union	67
Mai 2007	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2007	41
	Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2007	47
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2007	61
	Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen	65
	Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2006 der EU-Mitgliedstaaten	69
Juni 2007	Entlassung Deutschlands aus dem Defizitverfahren	37
	Vergleich der Konjunkturzyklen in Deutschland: Ist der aktuelle Aufschwung anders?	43
	Rückblick auf das G8-Finanzministertreffen am 18. und 19. Mai 2007 in Potsdam	57
	Bericht zur Steuerkonferenz über eine Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage	61
	Steuerliche Behandlung von staatlichen Zahlungen zur Investitionsförderung in den Mitgliedstaaten der EU-25	67
	Die Jahresbilanz der deutschen Zollverwaltung für das Jahr 2006	75
Juli 2007	Entwurf des Bundeshaushalts 2008 - Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011	35
	Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2006	51
	Bericht zur Konferenz „Gesucht: Das Steuersystem der Zukunft“	63
	Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	67
	Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	73
	Kampf gegen die Marken- und Produktpiraterie	93

Veröffentlichung	Berichte	Seite
August 2007	Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2007	33
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2007	49
	Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen	53
	Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte	61
	Die Beschäftigungssituation älterer Erwerbstätiger: Bisherige Ergebnisse und Ausblick	67
	Die Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union	71
September 2007	21. Subventionsbericht der Bundesregierung	33
	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2006	39
	Erinnerung, Verantwortung und Zukunft – Abschluss der Zwangsarbeiterentschädigung in Deutschland	47
	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	53
	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	65
Oktober 2007	Ausbau der Kindertagesbetreuung	37
	Eindämmung der Normenflut im Steuerrecht	43
	Konferenz „Humanvermögen in Europa: Eine finanzpolitische Herausforderung“	49
	Die EU-Richtlinie zur Besteuerung ausländischer Zinserträge	51
	Geldtransfers von Migranten in ihre Heimatländer – Remittances	57
November 2007	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2007	37
	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 7. November 2007	53
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2007	59
	Hilfen für Helfer	63
	Jahrestagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzministertreffen in Washington D.C.	73
	Steigende Nahrungsmittelpreise und der Boom bei den Biokraftstoffen	79
Dezember 2007	Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung Dezember 2007	37
	Einkommensentwicklung im Spannungsfeld zwischen verbesserter Wettbewerbsfähigkeit und Konsumschwäche	51
	Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur zukunftsorientiert gestalten – Mobilität und Wachstum sichern	67
	G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs am 17./18. November 2007 in Südafrika	73
	Ergebnisse der G8-Konferenz zu Migrantentransfers („Remittances“) vom 28. bis 30. November 2007 in Berlin	77
	Stichworte zur Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	95

## Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2007 nach Stichpunkten

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
<b>Europa</b>	<b>Auszüge Monatsbericht</b>	Januar 2007	ECOFIN-Programm für die deutsche EU-Präsidentschaft 2007	35
		April 2007	Finanzpolitische Aspekte europäischer Forschungs- und Technologiepolitik	37
		April 2007	Einheitliche Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer in der Europäischen Union	67
		Mai 2007	Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2006 der EU-Mitgliedstaaten	69
		Juni 2007	Entlassung Deutschlands aus dem Defizitverfahren	37
		Juni 2007	Bericht zur Steuerkonferenz über eine Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage	61
		Juni 2007	Steuerliche Behandlung von staatlichen Zahlungen zur Investitionsförderung in den Mitgliedstaaten der EU-25	67
		Juli 2007	Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	67
		August 2007	Die Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union	71
		Oktober 2007	Konferenz „Humanvermögen in Europa: Eine finanzpolitische Herausforderung“	49
		Oktober 2007	Die EU-Richtlinie zur Besteuerung ausländischer Zinserträge	51
		November 2007	Steigende Nahrungsmittelpreise und der Boom bei den Biokraftstoffen	79
		Dezember 2007	Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung Dezember 2007	37
<b>Finanz- und Wirtschaftspolitik</b>	<b>Bundeshaushalt</b>	Februar 2007	Ist-Bericht zum Bundeshaushalt 2006	43
		März 2007	Soll-Bericht zum Bundeshaushalt 2007	49
		Mai 2007	Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2007	47
		Juli 2007	Entwurf des Bundeshaushalts 2008 – Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011	35
		August 2007	Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2007	33
		August 2007	Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte	61
		November 2007	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2007	37
<b>Finanz- und Wirtschaftspolitik</b>	<b>Finanzpolitik</b>	Januar 2007	Stellungnahme zu den Artikel IV-Konsultationen des IWF mit Deutschland	69
		Februar 2007	Ist-Bericht zum Bundeshaushalt 2006	43
		Februar 2007	Jahreswirtschaftsbericht 2007 – Den Aufschwung für Reformen nutzen	75
		Februar 2007	Das Elterngeld – Ein neues Instrument einer nachhaltigen Familienpolitik	91
		März 2007	Bildungspolitik aus finanzpolitischer Sicht: Soziale Brücken bauen – Humanvermögen stärken	43
		März 2007	Soll-Bericht zum Bundeshaushalt 2007	49
		April 2007	Finanzpolitische Aspekte europäischer Forschungs- und Technologiepolitik	37
		April 2007	Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit	43
		April 2007	Bericht zur Konferenz „Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa“	57
		April 2007	Gesundheitsreform 2007	59
		Mai 2007	Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2007	47
		Juni 2007	Entlassung Deutschlands aus dem Defizitverfahren	37
		Juli 2007	Entwurf des Bundeshaushalts 2008 – Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011	35

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
<b>Finanz- und Wirtschaftspolitik</b>	<b>Finanzpolitik</b>	August 2007	Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2007	33
		August 2007	Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte	61
		August 2007	Die Beschäftigungssituation älterer Erwerbstätiger: Bisherige Ergebnisse und Ausblick	67
		September 2007	21. Subventionsbericht der Bundesregierung	33
		Oktober 2007	Ausbau der Kindertagesbetreuung	37
		November 2007	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2007	37
		Dezember 2007	Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung Dezember 2007	37
		Dezember 2007	Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur zukunftsorientiert gestalten – Mobilität und Wachstum sichern	67
<b>Finanz- und Wirtschaftspolitik</b>	<b>Föderale Finanzbeziehungen</b>	September 2007	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	53
<b>Finanz- und Wirtschaftspolitik</b>	<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	August 2007	Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte	61
<b>Finanz- und Wirtschaftspolitik</b>	<b>Vermögensrecht und Entschädigungen</b>	September 2007	Erinnerung, Verantwortung und Zukunft – Abschluss der Zwangsarbeiterentschädigung in Deutschland	47
<b>Finanz- und Wirtschaftspolitik</b>	<b>Wirtschaftspolitik</b>	Februar 2007	Jahreswirtschaftsbericht 2007 – Den Aufschwung für Reformen nutzen	75
		Juni 2007	Vergleich der Konjunkturzyklen in Deutschland: Ist der aktuelle Aufschwung anders?	43
		Dezember 2007	Einkommensentwicklung im Spannungsfeld zwischen verbesserter Wettbewerbsfähigkeit und Konsumschwäche	51
<b>Geld und Kredit</b>	<b>Geld und Kredit</b>	Mai 2007	Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien- Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen	65
<b>Internationale Beziehungen</b>	<b>Internationale Beziehungen</b>	Januar 2007	Die deutsche G7/G8-Präsidentschaft – Geschichte, Perspektiven und Themen in 2007	41
		Januar 2007	Entwicklung der Steuer- und Abgabenlast in den Mitgliedstaaten der OECD	47
		Januar 2007	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2006	53
		Januar 2007	Stellungnahme zu den Artikel IV-Konsultationen des IWF mit Deutschland	69
		Februar 2007	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	97
		Juni 2007	Rückblick auf das G8-Finanzministertreffen am 18. und 19. Mai 2007 in Potsdam	57
		Juli 2007	Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	73
		September 2007	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	65
		Oktober 2007	Geldtransfers von Migranten in ihre Heimatländer – Remittances	57
		November 2007	Jahrestagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzministertreffen in Washington D.C.	73
		November 2007	Steigende Nahrungsmittelpreise und Boom bei Biokraftstoffen	79
		Dezember 2007	G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs am 17./18. November 2007 in Südafrika	73
		Dezember 2007	Ergebnisse der G8-Konferenz zu Migrantentransfers („Remittances“) vom 28. bis 30. November 2007 in Berlin	77
		Dezember 2007	Stichworte zur Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	95
<b>Steuern</b>	<b>Steuern</b>	Januar 2007	Entwicklung der Steuer- und Abgabenlast in den Mitgliedstaaten der OECD	47
		Januar 2007	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2006	53
		April 2007	Einheitliche Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer in der Europäischen Union	67
		Juni 2007	Bericht zur Steuerkonferenz über eine Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage	61

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
<b>Steuern</b>	<b>Steuern</b>	Juni 2007	Steuerliche Behandlung von staatlichen Zahlungen zur Investitionsförderung in den Mitgliedstaaten der EU-25	67
		Juli 2007	Bericht zur Konferenz „Gesucht: Das Steuersystem der Zukunft“	63
		Oktober 2007	Eindämmung der Normenflut im Steuerrecht	43
		Oktober 2007	Die EU-Richtlinie zur Besteuerung ausländischer Zinserträge	51
		November 2007	Hilfen für Helfer	63
<b>Steuern</b>	<b>Steuerschätzung/ Steuereinnahmen</b>	Februar 2007	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2006 und im Jahr 2006	71
		März 2007	Quantifizierung der Effizienzpotenziale alternativer Organisationsformen der Steuerverwaltung	75
		Mai 2007	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2007	41
		Mai 2007	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2007	61
		Juli 2007	Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2006	51
		August 2007	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2007	49
		August 2007	Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen	53
		September 2007	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2006	39
		November 2007	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 7. November 2007	53
		November 2007	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2007	59
<b>Steuern</b>	<b>Steuerreform</b>	März 2007	Die Unternehmensteuerreform 2008 in Deutschland	87
<b>Zoll in Deutschland</b>	<b>Zoll in Deutschland</b>	Januar 2007	Projekt „Strukturentwicklung Zoll“	75
		März 2007	Das Internetangebot der deutschen Zollverwaltung – <a href="http://www.zoll.de">www.zoll.de</a>	101
		Juni 2007	Die Jahresbilanz der deutschen Zollverwaltung für das Jahr 2006	75
		Juli 2007	Kampf gegen die Marken- und Produktpiraterie	93









**HERAUSGEBER:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
REFERAT KOMMUNIKATION  
WILHELMSTRASSE 97  
10117 BERLIN  
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
ODER  
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

**REDAKTION:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT  
[REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE](mailto:REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE)  
BERLIN, DEZEMBER 2007

**SATZ UND GESTALTUNG:**

HEIMBÜCHEL PR,  
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,  
BERLIN/KÖLN

**DRUCK:**

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES**

**BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90<sup>1</sup>

PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup> JEWEILS 0,12 €/MIN. AUS DEM FESTNETZ DER T-COM, ABWEICHENDE  
PREISE AUS ANDEREN NETZEN MÖGLICH.

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.